G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Gunnar Matthiessen
Große Koalition und Kleine Koalition

Klaus Fritzsche
Horst Ehmke oder „Politik der praktischen Vernunft"

Prof. Dr. Hans Werner Bartsch, D. D.
Die Araber und Israel

Tirono Gómez
Opposition in Spanien

Dr. Hanns-Jochen Hauß
Vor zehn Jahren Deutschlandplan der SPD

Schuon/Wiedner
Geschichtsbuchanalyse (II)

Einzelheft 3,– DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Abonnement für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,– DM

April 4 1969

XIV. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats März 1969 333

Kommentare und Berichte

Um Europas Sicherheit (Karl D. Bredthauer) 336

Verteidigungs-Weißbuch 1969 (Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow) 340

Die Literaturproduzenten organisieren sich (Dr. Erasmus Schöfer) 343

„Toller" (Dr. Charlotte Maack) 346

Gunnar Matthiessen
Große Koalition und Kleine Koalition 348

Klaus Fritzsche
Horst Ehmke oder „Politik der praktischen Vernunft" 356

Prof. Dr. Hans Werner Bartsch, D. D.
Die Araber und Israel. Politische und theologische Erwägungen zum Nah-Ost-Konflikt 366

Tirono Gómez
Opposition in Spanien 380

Dr. Hanns-Jochen Hauß
Vor zehn Jahren Deutschlandplan der SPD. Alibi oder Test? 391

Karl Theodor Schuon/Hanne Wiedner
Politisch-soziologische Analyse historischer Kausalität und politische Bildung in der BRD. Weimarer Republik und Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der Schulgeschichtsbücher für die Oberstufe der Gymnasien (II) 399

Fernseh-Spalte

Minus und plus (E. H. Wahl) 413

Bücher

Peter Hamm (Hrsgb.), Kritik — von wem/für wen/wie (Peter Schütt) 414

Fritz Frank, APO und Establishment aus biologischer Sicht (Dr. Peter Römer) 416

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 420

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des Budapester Appells der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an alle europäischen Länder vom 17. März 1969 422

Bericht der Bernal-Friedensbibliothek über chemische und biologische Kriegführung 424

Erklärung von Dr. Ehrenfried Petras, ehemals Leiter des Labors für Mikrobiologie am Institut für Aerobiologie in Grafschaft/Sauerland, vor der Presse am 6. Dezember 1968 in Berlin (DDR) 437

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Fritz Strassmann
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XIV. Jahrgang | April 1969 | Heft 4

Chronik des Monats März 1969

1. 3. — Berlin. Unter dem Oberbefehl von Marschall Jakubowski beginnen in den westlichen Teilen der DDR die angekündigten gemeinsamen Manöver der Nationalen Volksarmee und sowjetischer Einheiten. Die Autobahn Berlin—Helmstedt wird für mehrere Stunden gesperrt; die zeitweiligen Verkehrsunterbrechungen werden in den folgenden Tagen fortgesetzt und zum Teil auch auf andere Verbindungswege zwischen Westberlin und dem Bundesgebiet ausgedehnt. Am gleichen Tag führen Bundeskanzler Kiesinger und Sojetbotschafter Zarapkin ein weiteres Gespräch über die geplante Bundesversammlung. — Am 2. 3. erklärt der sowjetische Vertreter in der alliierten Luftsicherheitszentrale gegenüber seinen westlichen Kollegen, die UdSSR müsse jede Verantwortung für die Sicherheit der Flüge westdeutscher Politiker nach Berlin ablehnen. — Am 3. 3. verweigert Polizeipräsident Hübner die Genehmigung für eine von der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW) beantragte Demonstration und erläßt ein allgemeines Kundgebungsverbot bis zum Tage der Bundesversammlung. — Am 4. 3. treffen der Senatsbeauftragte Horst Grabert und DDR-Staatssekretär Dr. Michael Kohl zu einer neuen Unterredung im Haus der Ministerien in Ostberlin zusammen, zu der Dr. Kohl eingeladen hatte. Der Staatssekretär, so wird in einer Mitteilung des DDR-Presseamtes berichtet, habe gegenüber Senatsdirektor Grabert erneut darauf hingewiesen, „daß eine Verlegung der Bundesversammlung in eine westdeutsche Stadt eine Minderung der Spannungen bedeuten und die Möglichkeit des Besuches der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik für Westberliner Bürger zu Ostern 1969 eröffnen würde". — Am 5. 3. lassen die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in Moskau eine Note zur Berlin-Frage überreichen. In Westberlin tritt die Bundesversammlung zusammen. — Am 13. 3. weist die sowjetische Regierung die Proteste der drei Westmächte gegen die vorübergehenden Sperrungen der Straßenverbindungen nach Berlin in den ersten Märztagen als „unbegründet" zurück. Die Maßnahmen seien „in vollem Einklang mit den bestehenden vierseitigen Beschlüssen" getroffen worden. „Andere Verpflichtungen" habe die Sowjetunion in der Frage des Zugangs nach Berlin nicht übernommen.

2. 3. — USA. In Rom, der letzten Station seiner Europareise, die ihn nach Brüssel,

London, Bonn, Berlin und Paris geführt hatte, wird Präsident Nixon von Papst Paul VI. im Vatikan empfangen. Nixon kehrt am 3. 3. in die Vereinigten Staaten zurück. — Am 13. 3. ratifiziert der Senat nach viertägiger Debatte mit 83 (49 Demokraten, 34 Republikaner) gegen 15 Stimmen den Kernwaffensperrvertrag. Das Plenum lehnt es ab, die Ratifikation mit Vorbehalten zu verbinden. — Am 15. 3. empfiehlt Präsident Nixon dem Kongreß die Errichtung eines „Anti-Raketen-Systems", dessen Planung schon auf seinen Vorgänger Johnson und den früheren Verteidigungsminister McNamara zurückgeht. Die Kosten des Projekts sollen sich auf sechs bis sieben Milliarden Dollar belaufen. — Am 31. 3. halten sich anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 28. 3. verstorbenen ehemaligen Präsidenten Dwight D. Eisenhower in der amerikanischen Hauptstadt Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Minister aus 76 Ländern auf. Präsident Nixon empfängt u. a. Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Kiesinger zu einem kurzen politischen Meinungsaustausch.

— China/Sowjetunion. An der fernöstlichen Grenze zwischen beiden Staaten kommt es zu einem Feuergefecht, das mehrere Tote und Verwundete fordert. Der Zwischenfall ereignete sich auf der Insel Damansky (chin.: Tschen Pao) im Ussuri, einem Nebenfluß des Amur. Die sowjetische Regierung protestiert in einer scharf gehaltenen Note, während in einer chinesischen Erklärung Ansprüche auf die Insel erhoben werden. — Am 15. 3. berichtet die sowjetische Nachrichtenagentur TASS über eine neue „bewaffnete Provokation" chinesischer Einheiten und bezeichnet die Insel Damansky als „unveräußerlichen Bestandteil des sowjetischen Territoriums". Die Kämpfe hätten insgesamt zehn Stunden gedauert und auf beiden Seiten Tote und Verwundete gefordert. — Am 30. 3. schlägt die sowjetische Regierung der Volksrepublik China vor, „die Konsultationen zwischen den beiden Staaten, die 1964 in Peking aufgenommen worden sind", fortzusetzen, um die Situation an der beiderseitigen Grenze zu normalisieren.

3.—13. 3. — Weltraum. Das amerikanische Raumschiff „Apollo 9" absolviert mit den Astronauten James McDivitt, David Scott und Russell Schweickart ein ausgedehntes Programm im Weltraum, in dessen Verlauf erstmalig eine Mondlandefähre erprobt wird.

5. 3. — Bundespräsident. Zur Wahl eines Nachfolgers von Bundespräsident Heinrich Lübke treten in der durch ein starkes Polizeiaufgebot gesicherten „Ostpreußenhalle" am Berliner Funkturm die Abgeordneten der Bundesversammlung zusammen. Die CDU/CSU nominiert Verteidigungsminister Dr. Gerhard Schröder, die SPD Justizminister Dr. Gustav Heinemann. Am Vorabend hatte die FDP-Fraktion beschlossen, den Kandidaten der SPD zu unterstützen; die anwesenden 22 Wahlmänner der NPD hatten sich schon früher gegen Dr. Heinemann ausgesprochen. Im ersten und zweiten Wahlgang erhält keiner der beiden Bewerber die notwendige Mehrheit von 519 Stimmen (1. Wahlgang: Heinemann 514, Schröder 499 Stimmen; 2. Wahlgang: Heinemann 511, Schröder 507 Stimmen). Nach dem dritten Wahlgang, in dem die einfache Mehrheit entscheidet, gibt Bundestagspräsident v. Hassel die Wahl Dr. Heinemanns zum neuen Bundespräsidenten bekannt (Heinemann 512, Schröder 506 Stimmen).

8. 3. — Naher Osten. Ägyptische und israelische Truppen liefern sich auf einer Breite von 110 km über den Suez-Kanal hinweg ein fünfstündiges Artilleriegefecht. Das israelische Geschützfeuer setzt u. a. zwei ägyptische Erdölraffinerien in Brand. — Am 9. 3. kommt bei einem weiteren Gefecht der ägyptische Generalstabschef General Riad ums Leben. — Am 26. 3. unternehmen israelische Flugzeuge einen Angriff auf jordanisches Territorium 15 km östlich der Waffenstillstandslinie. — Am 27. 3. beschäftigt sich der UN-Sicherheitsrat mit dem Bombardement.

10. 3. — Niederlande. Der Kongreß der Sozialistischen Partei der Arbeit (PdA) spricht sich in einer Resolution für die Anerkennung der DDR durch die Niederlande aus. Die PdA ist das erste Mitglied der Sozialistischen Internationale, das einen solchen Schritt befürwortet. — Am 12. 3. kritisiert Bundesaußenminister Brandt in einem Interview die Haltung der niederländischen Sozialisten.

11. 3. — Israel. Präsident Shasar beauftragt den früheren Außenminister Frau Golda Meir mit der Bildung einer neuen Regierung. Die Posten des Außen- und

Verteidigungsministers werden wiederum von Abba Eban und General Moshe Dayan eingenommen. Frau Meir tritt die Nachfolge des verstorbenen Ministerpräsidenten Eshkol an.

— Kernenergie. Regierungsmitglieder der Bundesrepublik, der Niederlande und Großbritanniens erzielen in London grundsätzliche Einigung über den Bau gemeinsamer Anlagen für die Anreicherung von Uran. Die Bundesrepublik ist durch Wissenschaftsminister Stoltenberg und Staatssekretär Harkort vom Auswärtigen Amt vertreten.

11.—15. 3. — Jugoslawien. Der 9. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens findet in Belgrad statt. Staatspräsident Tito, der einen umfangreichen Rechenschaftsbericht unterbreitet und weitreichende Änderungen des Parteistatuts begründet, wird zum Vorsitzenden eines neugeschaffenen Exekutivbüros, des leitenden Gremiums des Bundes, gewählt. Abordnungen aus den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes bleiben, mit Ausnahme Rumäniens, den Beratungen fern. Anwesend ist dagegen u. a. eine Beobachterdelegation der SPD unter Leitung ihres Bundesgeschäftsführers Wischnewski.

16. 3. — Warschauer Pakt. Der Politische Beratende Ausschuß der Organisation, dem die Partei- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten angehören, hält in Budapest eine Zusammenkunft ab. In einem Kommuniqué werden nicht näher bezeichnete Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur des gemeinsamen Oberkommandos angekündigt. Die Teilnehmer unterzeichnen einen Appell zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz.

18. 3. — Abrüstung. Der Achtzehn-Staaten-Abrüstungsausschuß nimmt in Genf seine am 28. August 1968 unterbrochenen Beratungen wieder auf. In einer Botschaft erinnert UN-Generalsekretär U Thant die Delegationen daran, daß die jährlichen Rüstungsausgaben in der Welt seit 1962 um etwa 60 Milliarden Dollar auf 180 Milliarden Dollar gestiegen seien. Der sowjetische Vertreter bringt den Entwurf eines Vertrages ein, der ein Verbot militärischer Nutzung des Meeresbodens vorsieht.

18.—22. 3. — Weltkommunismus. Delegationen von 67 Parteien erörtern in Moskau die Konferenzdokumente für das bevorstehende kommunistische Welttreffen. Die Hauptkonferenz wird zum 5. Juni 1969 ebenfalls nach der sowjetischen Hauptstadt einberufen. Einziger Punkt der Tagesordnung: Die Aufgabe des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien sowie aller anti-imperialistischen Kräfte.

19 3. — Vietnam. Vor der Militärkommission des Senats wendet sich der amerikanische Verteidigungsminister Melvin Laird in einem längeren Exposé gegen eine Reduzierung der US-Truppen in Südvietnam. Laird, der einige Tage zuvor von einer Inspektionsreise aus Vietnam zurückgekehrt war, spricht von der Notwendigkeit, dem Feind weit größere Verluste als bisher zuzufügen.

21. 3. — Lateinamerika. Mit der Hinterlegung der (elften) Ratifikationsurkunde durch Paraguay tritt der Vertrag über die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika in Kraft.

23. 3. — SPD. Der Landesparteitag der Sozialdemokraten von Schleswig-Holstein beauftragt seine Delegierten, auf dem bevorstehenden Bundesparteitag für die Herstellung „normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR als gleichberechtigte souveräne Staaten deutscher Nation" einzutreten. Eine ähnliche Forderung hatte der Bezirksparteitag der südhessischen SPD erhoben und für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze plädiert.

27. 3. — VDS. Mit sofortiger Wirkung verfügt die Bundesregierung die Sperrung aller Zuschüsse an den Verband Deutscher Studentenschaften. Die zuständigen Ministerien werden ermächtigt, Subventionen anderen Studentenvereinigungen zuzuwenden.

31. 3. — Tschechoslowakei. Der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Gretschko und der stellvertretende sowjetische Außenminister Semjonow treffen in Prag ein. Obwohl über den Inhalt ihrer Verhandlungen mit führenden tschechoslowakischen Politikern nichts verlautet, wird der Besuch in Zusammenhang mit den antisowjetischen Demonstrationen gebracht, zu denen es nach einem Sieg der tschechoslowakischen Eishockey-Nationalmannschaft über die UdSSR am Abend des 29. 3. in der Hauptstadt und anderen Städten der CSSR gekommen war.

Verteidigungs-Weißbuch 1969

„Rüstung kann doch nicht an sich etwas Gutes sein. Wenn es aber so ist, daß alles Soldatentum einen politischen Dienst zu erfüllen hat, dann müssen sich auch alle Soldaten jederzeit mit vor die Frage gestellt sehen: Ist diese politische Aufgabe noch so, wie sie etwa anzusehen war, als man mit der Rüstung begann? Das heißt, jede Bundeswehr muß grundsätzlich bereit sein, sich um einer besseren politischen Lösung willen in Frage stellen zu lassen. Auch die Zugehörigkeit zur NATO ... kann nicht Endstation der Deutschlandpolitik sein, weil es unmöglich ist, in der NATO eine Wiederherstellung der Gemeinschaft unseres Volkes zu erreichen." Diese längere Passage stammt aus einem Interview der Stuttgarter Zeitung mit dem designierten Bundespräsidenten. Es wurde dort am 8. März 1969 veröffentlicht und erregte in der CDU/CSU, aber auch innerhalb der SPD Entrüstung und Widerspruch. Beides ist um so unverständlicher, als diese Äußerung Heinemanns wahrlich nicht mehr ist als eine Selbstverständlichkeit: daß nämlich jede politische Linie immer wieder neu überdacht werden muß und daß die Politik der Remilitarisierung der Bundesrepublik die Wiedervereinigung endgültig unmöglich gemacht hat. Wenn also die Wiedervereinigung Deutschlands und die Existenz eines friedlichen Deutschlands die untrennbar miteinander verbundenen Ziele der westdeutschen Politik wären, so würde sich niemand in diesem Lande sträuben, Sinn und Auftrag gerade der Bundeswehr und ihre Ausstrahlungen nach außen und innen immer wieder kritisch zu überprüfen.

Das vom Bundesministerium der Verteidigung erstmals vorgelegte Weißbuch zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung läßt aber eine solche kritische Überprüfung auch nur in Ansätzen leider vermissen. Aufgabe dieses 90seitigen offiziellen Dokumentes ist es, wie Minister Dr. Gerhard Schröder in seinem Vorwort schreibt, das In- und Ausland über den Stand und die Aufgaben der militärischen Anstrengungen sowie über die auf die Wahrung des Friedens gerichteten Ziele der Verteidigungspolitik der Bundesregierung zu informieren. Im ersten und grundlegenden Teil des Weißbuches wird deshalb auf die Ziele der westdeutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingegangen. Wichtigste Aufgabe der Politik der Bundesregierung sei es, den Frieden zu bewahren und die Freiheit und Unabhängigkeit Westdeutschlands zu erhalten und zu schützen. Im Rahmen dieser Zielsetzung sei es die Aufgabe der Bundeswehr, für „äußere Sicherheit" zu sorgen. Diesem Auftrag könne sie jedoch nur gerecht werden, „wenn unsere verteidigungspolitischen Anstrengungen von der Verteidigungsbereitschaft der gesamten Bevölkerung, vor allem der Jugend, getragen werden" (S. 11). Dieser Zielsetzung und ihren Bedingungen stehen „militärpolitische Gegebenheiten" gegenüber. Darunter versteht das Weißbuch die Existenz des Warschauer Paktes, von dem eine „Bedrohung" für die Bundesrepublik ausgehe. Die osteuropäischen Staaten seien in der Lage, ihre Truppen „jederzeit ziemlich unbemerkt" zu verstärken und zu verlegen, so daß die „Vorwarnzeiten" sehr kurz seien. Was bislang die Sicherheit Westeuropas gewährleistet habe, sei allein die NATO gewesen. Die jetzige Strategie der NATO, das Konzept der „flexible response", verlange dreierlei von ihren Mitgliedern: politische Entschlossenheit, „jeder Aggression oder militärischen Erpressung gemeinsam entgegenzutreten", ferner das Vorhandensein starker Armeen und schließlich die Möglichkeit, „unter verschiedenen militärischen Mitteln, konventionellen wie nuklearen, zu wählen" (S. 18). Aus diesem Grunde fordert das Weißbuch für die Bundeswehr weiterhin den Besitz

von Trägermitteln für nukleare Waffen. Eine zweite Begründung dafür lautet: „Der deutsche Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung würde materiell und psychologisch entscheidend beeinträchtigt werden, wenn die deutschen Streitkräfte nicht in der gleichen Weise zu kämpfen in der Lage wären wie die des potentiellen Gegners und wie die der Verbündeten" (S. 19). Um solche „Minderwertigkeitskomplexe" zu überwinden, strebt die Bundesregierung ein erweitertes Mitspracherecht bei der Planung für den Einsatz und bei Konsultationen über die Freigabe von Nuklearwaffen an.

Das zweite Kapitel ist überschrieben „Die deutschen Streitkräfte", womit die Bundeswehr gemeint ist. In ihm wird nach einer Übersicht über die Gliederung der Spitzen der Teilstreitkräfte und anderen Angaben, die keine neuen Informationen vermitteln, über die Maßnahmen zur Verbesserung der Personallage und der materiellen Ausstattung der Bundeswehr sowie über ihre „innere Lage" berichtet. Aus den beigefügten Zahlen wird dabei noch einmal überaus deutlich, was für ein Gigant die Bundeswehr im Rahmen der westdeutschen Gesellschaft ist. Die Planungen für dieses Jahr sehen vor, daß bei der Bundeswehr 465 000 Soldaten arbeiten. Dazu kommen noch 167 400 Beamte, Angestellte und Zivilarbeiter (Stand: Ende 1968).

Die innere Lage der Bundeswehr ist nach der Aussage des Weißbuches trotz des Fehlens von Offizieren und Unteroffizieren sozusagen ausgeglichen. Dank des Prinzips der Inneren Führung sei die Armee mit der gesellschaftlichen und politischen Ordnung der Bundesrepublik verwachsen. In der letzten Zeit habe sich jedoch das Problem der Wehrgerechtigkeit als immer drängender erwiesen: nur ein Teil der Wehrpflichtigen eines Jahrgangs wird zur Ableistung der Wehrpflicht herangezogen. Ein weiteres Problem betrifft die Zunahme der Zahl der Kriegsdienstverweigerer. „Die Gründe für diese Zunahme sind vielfältiger Art, sie sind auch in der Aktivität bestimmter Gruppen zu suchen, die sich bewußt nicht darauf beschränken, Wehrpflichtige auf deren Wunsch hin über ihre gesetzlichen Möglichkeiten aufzuklären, sondern sich werbend für die Kriegsdienstverweigerung zunehmend auch an Wehrpflichtige nach Antritt des Wehrdienstes wenden. Einige dieser Gruppen argumentieren nicht mit verfassungsrechtlich allein zulässigen Gewissensgründen, sondern regen Emotionen oder Überlegungen an, die rein egoistischer Natur sind oder die in keiner Beziehung zum Waffendienst für die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland (z. B. Vietnam-Krieg, Protest gegen die Gesellschaft) stehen. Dadurch werden diejenigen in Mißkredit gebracht, die aus echter Gewissensnot den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern" (S. 52).

In den letzten beiden Kapiteln, „Rüstung" und „Verteidigungshaushalt", werden mit eindrucksvollen Zahlen die Rüstungsplanung der Bundeswehr und ihre Kosten dargelegt. Die Rüstungsindustrie der Bundesrepublik und vor allem die wehrtechnische Forschung werden in den nächsten Jahren mit kräftigen Zuschüssen aus dem Verteidigungshaushalt rechnen können. Auf dem Gebiet der wehrtechnischen Forschung sollen demnächst auch die Bereiche erschlossen werden, auf denen Fragen bezüglich des Verhältnisses des Menschen zur Maschine liegen. In Klammern fügt das Weißbuch an dieser Stelle hinzu, „Anthropotechnik, ‚Human Engineering' " (S. 63).

In den Jahren 1956 bis 1967 belief sich der Rüstungshaushalt auf insgesamt rund 151 Mrd. DM. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung waren weiter vorgesehen: für 1968 ein Betrag von 18 Mrd. DM, für 1969 18,8 Mrd. DM, für 1970 19,7 Mrd. DM, für 1971 20,3 Mrd. DM und für 1972 21 Mrd. DM. Inzwischen sind diese Summen weiter

aufgestockt worden: für 1969 wurden knapp 200 Mill. DM mehr in Anschlag gebracht. Für den gesamten Planungszeitraum bis 1972 ergeben sich Aufschläge von insgesamt rund 2,5 Mrd. DM. Keinen Widerspruch sieht das Weißbuch, wenn es diesen Zahlen einen Absatz aus der Regierungserklärung Kiesingers vom 13. Dezember 1966 gegenüberstellt: „Die deutsche Regierung tritt für eine konsequente und wirksame Friedenspolitik ein, durch die politische Spannungen beseitigt und das Wettrüsten eingedämmt werden. Wir werden an Vorschlägen zur Rüstungskontrolle, Rüstungsminderung und Abrüstung mitarbeiten" (S. 22).

Worüber im Verteidigungsweißbuch nichts zu finden ist: über den „inneren" Auftrag der Bundeswehr, der in den Notstandsgesetzen überaus klar definiert ist, und über die Tatsache, daß die neofaschistische NPD unter Bundeswehrsoldaten einen überproportional hohen Zulauf besitzt. Nichts wird darüber gesagt, daß die führenden Politiker der Bundesrepublik nicht bereit sind, militärische Fakten innerhalb des Rahmens politischer Entscheidungen offen zu diskutieren. Ja, das Weißbuch ist selbst ein Symptom für die Ausprägung der gegenläufigen Tendenz — daß nämlich politische Entscheidungen mehr und mehr nach militärischen Kategorien getroffen werden. Wie das gehandhabt wird, zeigt der Mechanismus der Abschreckungsstrategie — hier wird ein Feindbild konstruiert, demgegenüber man nur bestehen könne, wenn die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik zur „totalen Verteidigungsbereitschaft" erzogen wird. Die Folgen dieser Strategie nach außen sind leicht zu erkennen. Zwischen dem Gegner und der eigenen Partei besteht ein unüberwindliches Freund-Feind-Verhältnis, wobei der „Gegner" das Böse und „wir" das Gute verkörpern. Die Gegenpartei wird überhaupt nicht als realer Verhandlungspartner wahrgenommen, sondern bereits so gesehen, wie es den eigenen Wünschen nach „totaler Verteidigungsbereitschaft" am meisten entspricht. Nur wer nach diesen irrationalen Kategorien Politik treibt, kann wie die Verfasser des Weißbuches mit missionarischer Unbeugsamkeit von der unablässigen „Bedrohung" durch die anderen sprechen. Diese Lähmung der Politik mittels militärisch-starren Denkens ist denkbar ungeeignet als Ausgangspunkt für eine konkrete Friedenspolitik. Und der Verdacht ist inzwischen auch bestätigt worden, daß die Haltung der Bundesregierung gegenüber den verschiedenen Abrüstungskonzeptionen hauptsächlich taktisch bedingt war und ist. Das Gerangel um die Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag, das Schwelgen in Friedens-Phrasen und die vollständige Unfähigkeit der westdeutschen Seite (und ihr Unwille), trotz der Existenz eines Abrüstungsbeauftragten auch nur den geringsten eigenen Beitrag zur Friedenssicherung zu leisten: dies alles verweist deutlich genug auf die wahre Prioritätenliste westdeutscher Politik [1]).

Zweitens aber, und dies sollte nicht übersehen werden, muß die Bevölkerung der Bundesrepublik auch mit den innenpolitischen Konsequenzen der Militärkonzeption, wie sie das Weißbuch ausführt, fertig werden. Auf diesem Felde ist seit je die Gefahr vorhanden gewesen (und auch gesehen worden), daß die Armee ihres instrumentalen Charakters entbunden wird und ihre Bedürfnisse und Wünsche immer mehr zur Richtschnur politischer und sozialer Entscheidungen werden. Wie nämlich soll die „Verteidigungsbereitschaft des gesamten Volkes" beschaffen sein? Nicht alle Äußerungen der Auguren sind so polternd wie die des ehemaligen Generalinspekteurs der Bundeswehr Adolf Heusinger, der unlängst in einer Illustrierten konsta-

[1]) Vgl. die neue, sehr informative Studie des Bracher-Schülers Thomas Jansen, Abrüstung und Deutschlandfrage. Die Abrüstungsfrage in der deutschen Außenpolitik, Mainz 1968 (Sozialwiss. Bibliothek, Bd. 1), insbes. S. 190 f.

tierte, die Bundeswehr finde im deutschen Volk nicht genügend Rückhalt. „Eine Heilung dieser Schäden sei nur möglich, wenn die politische Führung und alle Gutwilligen im Lande diesen ‚Aufweichungstendenzen' in der Bevölkerung entgegenträten" [2]). Diesem Appel an das Irrationale wird schon lange Folge geleistet — speziell auf dem Gebiet der Traditionspflege geschieht nicht wenig, um die ehemals so hochgestellten „soldatischen Werte" im Bewußtsein der Bevölkerung wieder auf den ersten Platz rücken zu lassen. Das Problem der Kriegsdienstverweigerung etwa ist gewiß in erster Linie ein politisches Problem. Anstatt nun die Ursachen für das wachsende Mißtrauen der Jugendlichen in Wesen und Auftrag der Bundeswehr näher zu untersuchen, flüchtet sich das Weißbuch in die These vom „Mißbrauch eines Grundrechts". Wer aber so denkt und argumentiert, enthüllt nicht nur das höchst geringe Maß an eigener Verbundenheit mit demokratischen Normen, sondern auch die Absicht, diese weiter abzubauen. Die Militär- und Rüstungskonzeption des Weißbuches, und das ist die Konzeption der Großen Koalition, läuft auf das Modell einer geschlossenen, allseits mobilisierbaren und zentralisierten Gesellschaft hinaus, auf das Modell des „garrison-state".

Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow

Die Literaturproduzenten organisieren sich

Als die westdeutschen Verleger in der ersten Märzhälfte in Frankfurt tagten, reiste auch eine vierköpfige Delegation von Lektoren und Buchhändlern an, von der ersten „Arbeitskonferenz der Literaturproduzenten" beauftragt, dem Unternehmerverband „Börsenverein" die Forderungen der Konferenz zu unterbreiten. Die Delegation wurde vor der Haustür empfangen, das Patronat beschloß, unter sich zu bleiben. Kein Interesse an der Meinung der Unselbständigen. So wahrten die Verleger sich den Frieden des Hauses und handelten sich den Klassenkampf ein. Die Unruhen um Senghor, den „Friedenspreis des deutschen Buchhandels" und die Polizei auf der letzten Frankfurter Buchmesse waren das Signal für den Anfang vom Ende einer Epoche des Buchgeschäfts, das noch patriarchalischen Charakter trägt und auch in seinen kapitalistisch organisierten Großbetrieben die Macht der Lohnabhängigen noch nicht verspürt hat. Es ist Ausdruck des treudeutschen Idealismus der bürgerlich gebildeten Angestellten dieses Wirtschaftsbereichs, Ausdruck der rücksichtslosen Ausnutzung und Pflege solcher frommen Illusionen durch die Unternehmer, daß die anachronistischen Verhältnisse sich so lange halten konnten. Um so heftiger kracht jetzt der Bau. Bei Suhrkamp, Goldmann und Melzer revoltierten die progressiven Angestellten, Mitbestimmung war plötzlich gefragt — und wird in den neuen, von den Dissidenten gegründeten genossenschaftlichen Verlagen garantiert. Die gespannte Situation läßt weitere verlagsinterne Revolten erwarten. Der „Börsenverein des deutschen Buchhandels", von seinen wenigen progressiven Mitgliedern kaum beeinflußt, tut das seine, den Prozeß durch Verschleppung, Verschleierung und Viertelkonzessionen zu beschleunigen. Ein Fall fürs Lehrbuch der Emanzipationsgeschichte.

Es geht nun nur noch am Rande darum, den Verlegern eine polizeifreie demokratisch-öffentliche Buchmesse abzuringen, die sie ohnehin, von Rechtsgutachten belehrt, zu-

[2]) Zit. nach FAZ v. 8. 3. 1969.

sichern müssen; auch die Klarstellung, daß der ominöse Preis ein rein kommerzieller Preis des Unternehmerverbandes ist, der weder vom Frieden noch vom Buchhandel allgemein mehr als den Namen hat, wird die Kritiker nicht besänftigen — unabhängig davon, ob Prof. Mitscherlich die ihm rasch zugeschusterte Auszeichnung nun annimmt oder nicht. Gewiß werden Messe und Preis zumindest in diesem Jahr noch die Kristallisationspunkte der Auseinandersetzung bleiben, aber der Kampf zielt weit gründlicher: auf die ökonomische Sicherung der bislang recht- und tariflosen rund 30 000 Buchhandels- und Verlagsangestellten und auf die demokratische Mitbestimmung der Literaturproduzenten über die Verteilung ihrer Produkte. Es ist klar, daß die Manipulation des öffentlichen Bewußtseins nicht nur von den Zeitungsverlegern und Sendeanstalten, sondern weitgehend auch von den Kapitaleignern im Buchgeschäft ausgeht: den Verlegern, Buchgesellschaften und Sortimentern. Die primären Produzenten der Produktivkraft Wissenschaft (und Literatur), die Autoren und Lektoren, haben keinen Einfluß auf die Verteilungsweisen ihrer Produkte. Aus der Kenntnis dieser Sachlage hat sich spontan eine Reihe der bekanntesten Autoren auf der Messe mit den Demonstranten bzw. den Buchhandelsangestellten solidarisiert und an der Arbeitskonferenz der Literaturproduzenten teilgenommen. Sie bilden, mit den Lektoren, einen der drei Arbeitsausschüsse, die eine zweite Arbeitskonferenz der Literaturproduzenten vorbereiten werden. Die Verlags- und Sortimentsangestellten bilden die beiden anderen. Auf der Kölner Pressekonferenz vom 19. März, die schon durch die Wahl des Ortes eine Auflösung des Frankfurter Zentralismus demonstrierte, sprach daneben ein Vertreter der Gewerkschaft Handel—Banken—Versicherungen. In dieser Gewerkschaft haben sich vor allem in der Zeit nach der Messe etwa 2 000 Angestellte der Branche organisiert und bereits zehn örtliche Fachgruppen gebildet. Es wurde hier noch nicht klar, in welchem praktischen Verhältnis die Gewerkschaft, die die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder vertreten soll, zu der Arbeitskonferenz und ihren Ausschüssen stehen wird. So wird als Ersatz des Messedirektors ein paritätisch mit Ausstellern, Gewerkschaftern und Autoren besetzter Rat gefordert, andererseits soll die Arbeitskonferenz ein „Parlament des Buchhandels" zu einer ersten Tagung während der Herbstmesse einberufen, um dort, wie Frank Benseler sagte, auch Gegenmaßnahmen gegen Anordnungen der Messeleitung beschließen zu können. Das Parlament aber müßte aus den Vertretern der in den drei Arbeitsausschüssen repräsentierten Gruppen gebildet sein, die gewerkschaftlich organisiert sein können oder nicht, und außerdem müßte darin auch die Unternehmerseite vertreten werden, wenn das Parlament für die ganze Buchbranche repräsentativ sein soll. Da wären also noch einige Funktionen und Kompetenzen gegeneinander abzugrenzen.

Das wird nicht über Nacht geschehen, da wir es hier mit dem selten gewordenen real demokratischen Prozeß der Organisierung eines Wirtschaftsbereichs von der Basis her zu tun haben (es gibt dafür zwar Vorbilder, aber die Spontaneität des Vorgangs ist unübersehbar): von dem Zusammenstoß der Literaturproduzenten mit den Unternehmern auf der Messe über die demokratische Willensbildung der Lohnabhängigen auf einer ersten überregionalen Konferenz und die durch den versteiften Widerstand der Unternehmer geförderte Konsolidierung der gegensätzlichen Fronten bis zu der Einberufung einer Generalversammlung. Die in der „Welt" gemachte Behauptung des neuen Vorstehers des Börsenvereins, des Sprin-

ger-Angestellten Stichnote, Aktionen seien schon geplant gewesen, ehe die Verleihung des Preises an Senghor feststand, paßt da genau in das übliche Arsenal der Verleumdungen jeder wirklich spontan-demokratischen Bewegung. Fragen kann man sich allenfalls, ob ohne die Hellhörigkeit der Linken in Frankfurt und ihre schnelle Reaktion die Gegensätze so rasch und radikal aufgeplatzt wären.

Die neue Entwicklung im Buchgeschäft muß nun aber noch in einem größeren Zusammenhang gesehen werden. Auch andere der mit der Herstellung und Veröffentlichung von Meinungen und Informationen Beschäftigten (um es möglichst pauschal auszudrücken) haben im vergangenen Jahr demokratische Regungen verspürt, sind, anders gesagt, auf die Verwendung ihrer Arbeitskraft und Produkte für die Zwecke der kapitalistischen Ökonomie aufmerksam geworden. Alle diese Gruppen waren bisher durch ihr idealistisch-individualistisches Selbst- und Berufsverständnis gehindert, ihrer eigenen Funktion inne zu werden. So muß man es als einen Entwicklungsprozeß von größter Bedeutung verstehen, wenn jetzt nach den Studenten die Autoren, Theaterangehörigen, Buchhandels- und Verlagsangestellten und hoffentlich bald auch die Journalisten beginnen, eigene Machtpositionen aufzubauen und von da aus die Produktivkräfte Wissenschaft und Information aus der Verfügungsgewalt des Kapitals zu lösen, mithin für das Gemeinwohl zu demokratisieren versuchen. Sieht man, daß der Kampf um die Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft ein Kampf um das Bewußtsein der Massen ist, so wird man die Bewußtwerdung und Organisierung der Informa-

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

tionsproduzenten als einen emanzipatorischen Schlüsselprozeß unserer Gegenwart verstehen.

Dr. Erasmus Schöfer

„Toller"

Tankred Dorsts „Toller" hat in der Presse, im Funk und Fernsehen ein ungewöhnlich starkes Echo gefunden. Diese mehr aufeinander bezogenen als chronologisch nacheinander ablaufenden „Szenen aus einer deutschen Revolution" — gemeint ist die im Frühjahr 1919 in Bayern blutig niedergeschlagene Räterepublik — wurden nicht nur von engagierten Sozialisten, Studenten und gesellschaftskritischen Literaten mit Spannung erwartet und nach ihrer Stuttgarter Uraufführung lebhaft diskutiert. Ihre Aktualität ist unübersehbar. Sowohl die Auseinandersetzungen über die Mitbestimmung wie die zunehmende Kritik an dem reformbedürftigen westlichen Parlamentarismus weckten in den letzten Jahren Interesse für Informationen über die Rätedemokratie. Auch außerhalb des SDS. Peter Palitzsch — hochgeschätzter und scharf angegriffener Regisseur und Schauspieldirektor in Stuttgart — setzt in seiner „Toller"-Inszenierung alle ihm zur Verfügung stehenden bühnentechnischen Mittel ein, um den Theaterbesucher zum politischen Lernprozeß zu provozieren. Wenn sich der Vorhang hebt, gellt dem Publikum ein den ganzen Bühnenraum ausfüllender Revolutionschor entgegen. Aufbegehrend, drohend, um einige Phonstärken zu entschlossen ... „Alle Macht den Räten, alle Macht den Räten." Er skandiert diesen aufreizenden Fanfarenruf über die Rampe, bemächtigt sich mit ihm des Zuschauerraums und scheint jeden, der dort stumm wartet, bei den Schultern zu packen und in das dramatische Geschehen hineinzureißen. Spiel soll zeitlose Wirklichkeit werden, eine politische Wirklichkeit, an der jeder mitbeteiligt ist, in der jeder mitschuldig wird. Bevor sich der Vorhang nach dem letzten Bild senkt, steht Toller, der revolutionäre Dichter, der gescheiterte, ein wenig theatralische Volkstribun im leer gewordenen fahlen Raum vor der Schranke des Standgerichts und schleudert der unverrückbar stabilisierten Bourgeoisie seine Verachtung ins Gesicht. Der Teilnehmer im Parkett fühlt und weiß: hier ist nicht nur das Bürgertum von 1919 gemeint, das diesen Angeklagten durch ein mildes Urteil von seinen erschlagenen Genossen trennen und als Revolutionär korrumpieren will. Der Hohn des Gescheiterten gilt auch jener Bourgeoisie, die fünfzig Jahre später mit kaum aufgeklärterem Bewußtsein über ihn urteilt. Daß sich in dem anklagenden Abgesang eines vertanen und abgewürgten gesellschaftlichen Umbruchs — genau wie in dessen vielstimmig-grellem Auftakt — durch akustisch überzogenes Pathos Ahnen und Erkennen niederschlagen: daß diese Revolution scheitern würde (und mußte), gehört zu den künstlerischen und psychologischen Glanzlichtern von Peter Palitzschs Inszenierung.

Zwischen dem Auftakt (der Erhebung der „Massen" unter roten Fahnen) und dem Abgesang (Tollers Schlußrede vor Gericht) vollzieht sich die hektische Entartung einer ekstatisch proklamierten Volksherrschaft zur blutigen Farce. Die Revolution der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte erstickt am Dilettantismus, an der ideologischen Zwietracht ihrer Initiatoren und Anführer und an der politischen Unreife der „Massen". Der Glaube an deren Spontaneität (Rosa Luxemburg) erweist sich als gefährlicher Irrtum. Die sich in Freikorps und Noskes Regierungstruppen formierende, sich stumpfsinnig

roh rächende Reaktion zerschlägt ein von vornherein zum Scheitern verurteiltes politisches (und hochherziges) Wagnis.

Der Szenenablauf zwischen dem 2. und 32. Bild offenbart die Zwangsläufigkeit seines Scheiterns. Jede Szene enthält symptomatische Bestandteile des tatsächlichen historischen Ablaufs. Die Hauptakteure haben gelebt (Toller, Landauer, Mühsam, Leviné; Eglhofer, die erschossenen Geiseln der Thulegesellschaft u. a.). Was sie berauscht oder resigniert sagen und in einer bestimmten Situation (hier: Szene) tun, wie sie sich entscheiden, ist vielfach authentisch. Nicht zuletzt weil Dorst überlieferte Zitate, Redefragmente und Dokumente als „Partikel der Wirklichkeit" in seiner dramatischen „Revue" verwendet, steigert er sein Bühnenwerk über die Münchner Räterepublik zum blutvollen überzeitlichen Appell an das Gewissen der heute politisch Engagierten. Im „Toller" fordern nicht abstrakte Denkmuster, Gesellschaftstheorien, sondern handelnde, erleidende und versagende Menschen zur kritischen politischen Einsicht heraus. Und nicht nur das. Auch zum Engagement. Zu einem Engagement jedoch, das die realistischen Machtverhältnisse und Gegebenheiten einer historischen Stunde ebenso wie die psychischen Unwägbarkeiten der Akteure illusionslos einkalkuliert. Man darf nicht nur das „Unmögliche wollen", wie Gustav Landauer, der erschütterndste Märtyrer dieser „deutschen Revolution" in der bösen Szene mit den stupid-antisemitischen Korpsstudenten doziert. Man muß es auch durch mühsame intellektuelle und praktische Vorarbeit, politisches Augenmaß und Erfahrungen in der Macht-Anwendung ermöglichen. Die zuletzt genannte Bedingung kommt in der kontrapunktischen Szene mit der Auseinandersetzung zwischen Toller (dem enthusiastischen Menschenfreund und Pazifisten ohne politischen Instinkt) und Leviné (dem skrupelfreien KP-Dogmatiker, der die „Diktatur des Proletariats" ausruft und Toller verhaften läßt) schneidend zur Sprache. Zugrunde gehen beide. Leviné wird zum Tode verurteilt, Toller begeht 1939 Selbstmord. Beide tötet der gleiche faschistische Bazillus — jenes zunächst schleichende Gift, das 1919 Weißgardisten und reaktionären Pleps barbarisiert (Szene: Fertigmachen, Landauer wird zu Tode gemartert und erschlagen), 1939 ein ganzes Volk befallen hat ... und 1969 in verhängnisvoller Weise wiederum virulent ist. In Einzelhirnen und Institutionen.

Eingangs wurde auf die Aktualität des hier kurz skizzierten Bühnenwerkes „Toller" hingewiesen. Sie ist nicht allein unüberhörbar, sie ist vor allem beziehungsreich. Ihr Gegenwartsbezug sollte (und darf) nicht unterschätzt werden. Nicht von den Radikaldemokraten, den Sozialisten und den Nur-Liberalen.

Dr. Charlotte Maack

Gunnar Matthiessen

Große Koalition und Kleine Koalition

I

Theodor Eschenburg klagte Anfang des Jahres 1969 im ‚Spiegel' [1]), daß sich die Große Koalition nicht als jene „Diktatur auf Zeit" erwiesen habe, die zur Durchsetzung großer Reformwerke unerläßlich sei. Und Ralf Dahrendorf stimmte ihm im ‚Volkswirt' [2]) in dieser Beurteilung grundsätzlich zu, meinte jedoch, daß diktatorische Initiative von den beiden Parteien unter den gegenwärtigen Verfassungsbedingungen von vornherein nicht hätte erwartet werden können, vielmehr „dasselbe" nur durch einen völligen Umbau des Grundgesetzes erreichbar wäre. Aus diesem Grunde befürwortet Dahrendorf die Forderung des CDU-Abgeordneten und Vorstandsmitglieds der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie Hans Dichgans nach Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung zwecks Ausarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfs.

In der Wochenzeitschrift ‚Die Zeit' und im ‚Spiegel' wird die Große Koalition seit langem ausschließlich unter dem Gesichtspunkt kritisiert, daß sie die „innere Staatsreform", zu deren Verwirklichung sich die beiden Parteien zusammenfanden, nicht zügig genug durchführe. Die Jahresrückblicke der Industrieverbände haben, bei aller Anerkennung für das tatsächlich „Geleistete" — wie Stabilitätsgesetz, Notstandsgesetze etc. —, durchweg diesen klagend-kritischen Unterton, und selbst die beiden Fernsehanstalten wußten bei ihren Rückblenden auf das Jahr 1968 an der Großen Koalition nichts anderes auszusetzen, als daß diese ihre vorgegebenen Reformziele nicht gänzlich erreicht und sich folglich noch nicht genügend bewährt habe.

Das also ist heute die Kritik der sogenannten „liberal-gemäßigten" Kreise an der Großen Kaolition. CDU und SPD gaben die Parole aus: „Die Richtung stimmt" — und sie alle akzeptieren diese Richtung, indem sie sie grundsätzlich unerörtert lassen, und messen — in unverändert liberal-kritischer Sprache — die regierenden Parteien nur noch daran, ob sie den 1966 verkündeten Zielen auch genügend nahe gekommen seien.

Die demokratische Opposition dagegen zieht eine ganz andere Bilanz. Sie kritisiert nicht, daß die Große Kaolition in einigen Punkten hinter ihren Zielen zurückgeblieben ist, sie fragt vielmehr: was sind das für Ziele, auf die diese Koalition hinarbeitet, und was ist das für eine Richtung, die da angeblich „stimmt"? Für wen stimmt sie?

Bei sehr vielen im Lande erweckte die Große Koalition, als sie antrat, die Hoffnung, daß die CDU-Politik, die unter Erhard an den Rand des Bankrotts geraten war, über die SPD nunmehr wenigstens einem im wörtlichen Sinne sozial-demokratischen Einfluß ausgesetzt werden würde. Die Konstellationen hierfür konnten dem, der nur oberflächlich hinsah, günstig erscheinen: Die CDU hatte die Bundesrepublik außenpolitisch in die Isolation manövriert, wirtschaftlich war sie für die erste ernsthafte Krise seit Kriegsende verantwortlich, ihre Popularitätskurve

---

1) Für die Demokratie eine Diktatur auf Zeit? Spiegel-Gespräch mit dem Politik-Professor Theodor Eschenburg, Spiegel Nr. 8/69, S. 36 ff.
2) Ralf Dahrendorf, Die Finanzreform findet nicht statt, in: Der Volkswirt Nr. 7/69 vom 14. 2. 1969, S. 31.

war auf einem Tiefpunkt wie noch nie zuvor angelangt. Die Möglichkeit, sich am eigenen Zopfe aus dem Sumpf zu ziehen, bestand für die einst so selbstherrliche Partei Konrad Adenauers nicht mehr. Dagegen verfügte die SPD über zugkräftige Politiker, die ein fertiges Krisenbekämpfungsprogramm und Vorschläge für eine Reform der außenpolitischen Methoden in der Tasche hatten. Die CDU war nur zu retten, wenn ihr die SPD die Hand dazu reichte. Sollte dann nicht, wenn sie dies schon wider alle Vernunft tat, ein gewisses Quantum sozialer und demokratischer Impulse aus dem Restbestand einstiger SPD-Traditionen in die gemeinsame Politik dieser beiden Parteien Eingang finden?

Manche sagen noch jetzt, nach zweieinhalb Jahren Erfahrung mit der Großen Koalition, davon habe sich ja auch wirklich etwas bemerken lassen. Sei etwa die Haltung der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Ländern nicht flexibler, entspannungsfreundlicher geworden, sei die „neue Ostpolitik" Willy Brandts nicht doch etwas Sympathischeres als beispielsweise die Politik eines Strauß — und nun ja, gut, restlos alles könne die SPD eben nicht durchsetzen, dafür sei sie halt in einer Koalition. Und habe Karl Schiller nicht wirklich die Wirtschaft wieder in Schwung gebracht, das Gespenst der Arbeitslosigkeit vertrieben, den Weg frei gemacht für langsam wieder steigende Löhne — gewiß, die „Konzertierte Aktion" mit ihrer Begünstigung der Unternehmergewinne sei ärgerlich, aber war sie nicht der Preis für die Konjunkturbelebung, die erst in der zweiten Phase eine Politik der wirklichen „sozialen Symmetrie" möglich mache? Und: hat die SPD nicht immerhin einen Gesetzentwurf über die Mitbestimmung im Parlament eingebracht, wenn er auch nicht ganz den gewerkschaftlichen Vorstellungen entspricht? Und: hat sie nicht mit Heinemann zum ersten Mal einen Mann der Vernunft auf den Präsidentenstuhl gebracht?

All diese Urteile beruhen auf einer Illusion über den Weg, auf den sich die SPD-Führung festgelegt hat. Sie übersehen die Rolle, die die SPD in unserem heutigen Staat spielt.

II

Die Krise der CDU, die im Jahre 1965 begann und zur Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966 führte, war nicht nur eine Krise ihrer Politik, sondern primär eine Krise des Systems der Sozialen Marktwirtschaft.

Die neoliberale Wirtschaftspolitik mit ihrer prinzipiellen Planungsfeindlichkeit und ihrem nur punktuellen Dirigismus hatte bis dahin ausgereicht, konjunkturelle Risiken abzufangen, und war dem privatwirtschaftlichen Aufstiegsinteresse im Zeichen des Nachkriegs- und Korea-Booms sogar besonders bekömmlich. Ab ca. 1960 aber geriet die Wirtschaftsentwicklung durch den wiedererreichten hohen Konzentrationsgrad, den verschärften internationalen Konkurrenzkampf und den technologischen Fortschritt unter neue Bedingungen. Da Erhard sich diesen Bedingungen nicht anpaßte, fand seine Wirtschaftspolitik mit dem Ausbruch der Krise ihr Ende. Denn die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit der einzelnen Industriezweige untereinander und der Wirtschaft insgesamt von allen politischen Entscheidungen machte es jetzt notwendig, daß der Staat mehr als bisher im Interesse des Großkapitals regulierend in den Wirtschaftsprozeß eingriff. Die staatlichen Institutionen und die Institutionen der privaten Wirtschaft mußten einen Lenkungs- und Abstimmungsmechanismus schaffen, der die permanente Anpassung aller staatlichen Politik an die Interessen der Wirtschaft durch Zentralisierung und Vorausplanung der politischen Entscheidungen ermöglichte. Das wiederum erforderte den weitgehenden Abbau der bisherigen formaldemokrati-

schen und dezentralisierten Entscheidungsstrukturen und eine verstärkte staatliche Kontrolle und Verfügung über alle gesellschaftlichen Bereiche. Notstandsgesetze, Stabilitätsgesetz, Finanzreform, Verwaltungsreform, Hochschulreform, Wahlrechtsreform, Parlamentsreform und Parteiengesetz dienen nicht nur der Absicherung der Profite und der Vermeidung von Reibungsverlusten durch den demokratischen Prozeß, sondern mit alledem zugleich auch der politischen Machtausweitung der Exekutive und damit der Ausdehnung des Konzerneinflusses auf die Gesellschaft, also ihrer Formierung.

Objektiv ist die Entwicklung des Wirtschaftssystems heute erneut an den Punkt gelangt, an dem in den dreißiger Jahren, als sich das Versagen der liberalen Methoden der Konjunkturbeherrschung in der Praxis herausstellte und die Industrie die Abkehr von liberaler Wirtschaftspolitik wie liberalem Parteienstaat forderte, der Übergang in den totalen Staat des Faschismus vollzogen wurde. Tatsächlich erwies sich damals die Koppelung des wirtschaftspolitischen Methodenwechsels mit der Liquidation des parlamentarischen Staates für die Wirtschaft als höchst förderlich. 1939 resümierte der heutige Bundesbankpräsident Karl Blessing: „Bisher hatte allein Deutschland mit seinen Methoden Erfolg. Zum Staunen der ganzen Welt zeigt die Produktion in Deutschland seit 1933 einen ununterbrochenen Aufstieg. Die seitherigen Ergebnisse lassen vermuten, daß eine Mobilisierung und Lenkung aller wirtschaftlichen Energien nur in einem totalitären Regime möglich scheinen . . ." [3]).

Heute natürlich wäre ein abrupter Übergang in den offenen Faschismus aus Gründen des internationalen Rückschlags, den das für die Bundesrepublik bedeuten würde, auch vom Industriestandpunkt aus nicht opportun, und wegen der Beunruhigung, die er heute wohl doch bei unerwünscht großen Teilen der Bevölkerung auslösen — und sie zu einem politisch bewußten Antifaschismus zurückführen — würde, wäre er auf längere Sicht sogar gefährlich. Franz-Josef Strauß: „Es ist schlechterdings in einer parlamentarischen Demokratie und im Hinblick auf die Vorgeschichte einer ganzen Reihe von Jahren nicht möglich, brutalste Eingriffe über Nacht vorzunehmen" [4]).

Deshalb soll die für notwendig befundene Anpassung der politischen Verfassung an die neuen Erfordernisse des Wirtschaftssystems diesmal nicht in den einstigen Formen, sondern unter Beibehaltung bestimmter Versatzstücke aus der formaldemokratischen Fassade und unter Einbeziehung möglichst aller „relevanten gesellschaftlichen Kräfte" vor sich gehen. Ludwig Erhard entwickelte mit der Vision von der „formierten Gesellschaft" die im Industrieinteresse liegende „richtige Zielvorstellung, aber er kannte nicht die Methoden, die zu ihrer Schaffung erforderlich sind", wie das ‚Handelsblatt' [5]) schrieb.

Diese Methoden aber kannte die SPD-Führung, die während ihrer gesamten Oppositionszeit die neoliberale Wirtschaftspolitik von keynesianistischen Positionen aus kritisiert und sich spätestens seit Godesberg auf den Augenblick vorbereitet hatte, an dem die Industrie zur Sicherung ihrer Interessen ein „modernes" Steuerungsinstrumentarium benötigen würde. Und sie hatte sich auch Gedanken darüber gemacht, wie die von der Industrie beklagte Kluft zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen Gewicht der Bundesrepublik überwunden, die Bonner Politik also aus ihrer Isolierung herausgeführt und zu wirksameren Offensiven gegen den europäischen Status quo befähigt werden könne.

3) Karl Blessing, Internationale Währungslage, Berlin/Leipzig/Wien 1939, S. 12.
4) Spiegel Nr. 1/2/1967.
5) Handelsblatt vom 2./3. Dezember 1966.

Gewiß hatte Außenminister Gerhard Schröder in Übernahme der amerikanischen Strategie bereits einen neuen Kurs entwickelt, der sich verbal den internationalen Entspannungserwartungen anpaßte, die alten Forderungen nach „Überwindung der europäischen Spaltung" durch Rückzug des Sozialismus aus der DDR und Osteuropa aber eben nur in der Form konzilianter „Verständigungsangebote" nach Art der berühmten Bonner „Friedensnote" vortrug, um so die Verweigerung des Rückzugs als Spannungsursache erscheinen zu lassen und zugleich mit Hilfe gezielten wirtschaftlichen Entgegenkommens an einzelne osteuropäische Länder und einer betont freundlichen Sprache ihnen gegenüber die Einheitlichkeit der osteuropäischen Deutschlandpolitik aufzubrechen und die DDR allmählich von ihren unmittelbaren Nachbarn zu isolieren. Und Franz-Josef Strauß hatte in seinem Buch „Entwurf für Europa" [6]) die Perspektive dieser Politik „selektiver Entspannung" gezeichnet und damit allerdings nur bestätigt, was ihm und der Bonner Politik von den Verfechtern einer wirklichen Entspannung seit eh und je vorgeworfen wird: daß die westdeutsche Industrie eine imperialistische Expansionspolitik betreibt, die sie unter der Flagge des Anspruchs auf Einigung Westeuropas, der Befreiung der osteuropäischen Völker von „sowjetischer Bevormundung" und der „Hilfe" für die Entwicklungsländer verfolgt. Aber diese Offensive unter dem Deckmantel einer angeblich neuen „Friedenspolitik" konnte die durch den Popularitätsschwund im Innern geschwächte und in Osteuropa in ihren Absichten durchschaute CDU selbst nicht mehr genügend „glaubwürdig" einleiten. Zu ihrer Abdeckung bedurfte es einer SPD, die einerseits die Forderung nach Änderung des Status quo teilte [7]), andererseits aber durch ihr geschichtlich tradiertes Profil als nichtexpansionistische Partei der neuen Strategie internationalen Spielraum zu schaffen versprach. Strauß: „Eine Große Koalition würde sicherlich eine Initiative für den großen Entwurf einer Europapolitik praktikabler machen — schon deshalb wäre sie wünschenswert."

Die gleiche Abdeckungsfunktion kam der SPD aber auch im Innern zu, und zwar nicht nur hinsichtlich der auf einen außenpolitischen Kurswechsel drängenden außerparlamentarischen und innerparteilichen Opposition, sondern vor allem auch in bezug auf die innere Staatsreform einschließlich der lohnpolitischen (und darüber hinausgehenden weiteren) Integration der Gewerkschaften mit Hilfe der Konzertierten Aktion und hinsichtlich der Schwächung des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen die Notstandsgesetze durch das „vermittelnde" Auftreten sozialdemokratischer Politiker. Ein Wirtschaftsminister Karl Schiller war weit geeigneter als ein Repräsentant der CDU, den Übergang zu den neuen Formen staatlicher Regulierung so zu vollziehen, daß sich bei den Gewerkschaften und in den progressiv denkenden Teilen der Öffentlichkeit weniger die Erinnerung an die dreißiger Jahre einstellte als vielmehr eine Art vager Hoffnung, daß dies vielleicht doch eine vorsichtige Annäherung an alte gewerkschaftliche Forderungen bedeute. Unternehmer und kurzsichtige Konservative, die den neuen Prozeß noch nicht begriffen, klärte Kiesinger auf dem Braunschweiger CDU-Parteitag folgendermaßen auf: „Eine Reihe von neuen Wortbildungen kam vor allem durch unseren neuen Wirtschaftsminister Schiller in Kurs, wie Globalsteuerung, Konzertierte Aktion und ein wenig im Hintergrund Soziale Symmetrie. Diese neuen termini technici beunruhigen manche Gemüter nicht wenig. Es handelt sich um nichts anderes als um die bewährte Politik der Sozialen Marktwirtschaft, ange-

---

6) Franz-Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1967, S. 160.
7) Z. B. Willy Brandt: „Der gegenwärtige Zustand, wie er in Europa besteht, wird so nicht immer weiter bestehen. Eine europäische Friedensordnung soll man sich nicht so vorstellen, als ob einfach nur zu bestätigen wäre, was der 2. Weltkrieg in Europa hinterlassen hat." Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 4. 7. 1967.

paßt an die neue Phase, in welche unsere Wirtschaft eingetreten ist, angepaßt nicht, um ihre bewährten Prinzipien preiszugeben, sondern ihnen in einer gewandelten Situation treu bleiben zu können."

Aber die Anpassung der Marktwirtschaft an die neue Situation war und ist nur möglich durch die verstärkte Bindung der wesentlichen gesellschaftlichen Gegenkräfte an die politischen Interessen der Industrie, also durch die gesellschaftliche Formierung, zu der der Eintritt der SPD in die Große Koalition in der Tat ein wesentlicher Schritt war und von dem aus weitere Integrationseffekte möglich werden sollten.

Die subjektive Entschlossenheit der SPD-Führung zur Erfüllung dieser Rolle bestätigte sich in der Vorlage jenes Acht-Punkte-Programms, mit dem die SPD-Fraktion am 8. November 1966 im Bundestag die Bedingungen nannte, zu denen sie sich bereiterkläre, „im Interesse der Nation über Regierungsverantwortung zu verhandeln" und in die Große Koalition einzutreten. In diesen acht Punkten und ihrer Erläuterung [8]) ist nicht nur — nachlesbar für jedermann — niedergelegt, um welche Politik es der SPD bei ihrem Eintritt in die Große Koalition allein und ausschließlich ging, es wird hier auch exemplarisch die neue Art des Sprechens demonstriert und somit insgesamt auf wenigen Seiten programmatisch das formuliert, was wir in den darauf folgenden zweieinhalb Jahren dann tatsächlich in der Praxis erlebt haben.

Niemand kann also Beschwerde darüber führen, daß die SPD beim Eintritt in die Große Koalition etwa nicht gesagt habe, was von ihren Ministern in der Regierung zu erwarten sei — und doch ist nur allzu begreiflich, weshalb nur wenige in der Öffentlichkeit dies damals verstanden haben und Illusionen entstehen konnten, da das zur Propagierung dieser Politik eingesetzte Vokabular bewußt darauf ausgerichtet war, derartige Illusionen zu erzeugen. Unter Verwendung eines auf falsche Assoziationen spekulierenden Vokabulars formulierte die SPD in ihren acht Punkten damals nichts anderes als politische Richtlinien, die besser als das Erhardsche Konzept geeignet sein sollten, neuen Handlungsspielraum für außenpolitische Offensiven zu gewinnen und die Herrschaft der Industrie im Innern durch den Übergang zu einer konzertierten Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik einschließlich der dazu erforderlichen Verfassungsreformen, deren wichtigste zunächst die Notstandsgesetzgebung war, zu sichern.

Deshalb hat uns die bisherige Praxis des Zusammengehens der SPD mit der CDU, zieht man heute eine Bilanz, nichts anderes gebracht als eine gewaltige Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Monopole und auf Kosten der Arbeitenden, eine Fesselung der Arbeitnehmerorganisationen an die Orientierungsdaten des Wirtschaftssystems, eine beispiellose Demontage der Verfassung und mit alledem insgesamt eine eindeutige Befestigung der Kapitalherrschaft und ihrer autoritären Klassenstruktur. Deshalb war auch der außenpolitische Effekt der Großen Koalition nur eine Zuspitzung des innerdeutschen Gegensatzes und des Verhältnisses zwischen West- und Osteuropa. Und aus diesem Grunde wirkte die Große Koalition auf die Industrie ermutigend und konjunkturbelebend, war die Art der Krisenüberwindung aber eben zugleich ein Schlag gegen die Chance einer sozialen und demokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft.

Und dieser von den Konzernbedürfnissen diktierte Demokratieverlust hat im Verlaufe der letzten zweieinhalb Jahre mit unheimlich logischer Konsequenz

8) Aufgaben einer neuen Bundesregierung, Tatsachen-Argumente Nr. 218/66, herausgegeben vom Vorstand der SPD (SOPADE-Rednerdienst).

einem allgemeinen Rechtstrend im Lande den Boden bereitet, der nicht nur der neonazistischen Propaganda der NPD günstig war und ihr bestürzende Stimmenerfolge ermöglichte, sondern die Repräsentanten dieser unverhüllt am Geist der Nazizeit wieder anknüpfenden Partei inzwischen sogar schon zu hoffähigen politischen Partnern der anderen Parteien hat werden lassen. Erst zeigte sich dies nur an einigen lokalen Wahllistenverbindungen in kleineren Orten der Bundesrepublik, dann aber in großem Stil am Zusammenstehen von CDU, CSU und NPD bei der Westberliner Bundespräsidentenwahl. Zugleich hat die staatliche Administration sich wie nie zuvor seit dem Zusammenbruch des Nazireichs wieder einheitlich auf den Kampf gegen den demokratischen Widerstand verlegt. Den Notstandsgesetzen folgten Polizeiterror gegen Demonstranten, offene Klassenjustiz und Vorbeugehaftpläne. Alle offiziellen und offiziösen Propagandastellen der Bundesrepublik sind nach zweieinhalb Jahren sozialdemokratisch mitbestimmter CDU-Politik auf das Kesseltreiben gegen die demokratische Opposition ausgerichtet, weil wachsende Bevölkerungsteile durch die allgemeine Politik des heutigen Dreiparteienkartells, insbesondere aber durch die die Mittelschichten proletarisierende ökonomische Konzentration, in eine Abwehropposition getrieben worden, aus der sich eine bewußte, auf eine wirklich demokratische Gesellschaft gerichtete antimonopolistische Volksopposition entwickeln kann.

III

Gegenüber dieser Politik von CDU, CSU und SPD hat nun seit Antritt der Großen Koalition die FDP formell die Oppositionsrolle übernommen. Doch sie spielt diese Rolle in jeder Hinsicht durchaus konformistisch, indem sie die regierenden Parteien nur unter dem Gesichtswinkel der Effektivität kritisiert. So bestand der Hauptvorwurf der FDP an die Große Koalition auf dem hessischen FDP-Parteitag Ende März 1969 darin, daß Kiesinger der „Führungswille" abgehe (man erinnere sich, daß so — und nur so — seinerzeit auch Erhard gemeinsam von industrieller und sozialdemokratischer Seite kritisiert wurde) und sich die Große Koalition angeblich durch „völligen Mangel einer gesellschaftpolitischen und außenpolitischen Zielsetzung" [9]) auszeichne. Der von der Großen Koalition begonnene Umbau der gesamten inneren Verfassung zu einer den staatsmonopolistischen Erfordernissen entsprechenden illiberalen Ordnung wird von der FDP in allen ihren Verlautbarungen entweder verschwiegen oder zum Anlaß genommen, sich selbst als eine Partei zu empfehlen, die für die zügigere und bessere Durchsetzung derselben Reformziele über das notwendige „know how" verfügt.

So entwickelt Dahrendorf die Ansätze der Formierungsprogrammatik nur logisch weiter, wenn er, über die offiziellen Forderungen der CDU und SPD hinaus, ein neues Verfassungsmodell empfiehlt, in dem entscheidende Parlamentsrechte der Exekutive übertragen werden, um so die Reibungsverluste auszuschalten, die im parlamentarischen Entscheidungsprozeß selbst bei formierten Parteien unvermeidlich sind. Hinter allem liberalen Reformpathos der FDP verbirgt sich nichts anderes als der Wille zur Anpassung des Grundgesetzes an die Herrschaftsbedürfnisse der Monopole. Auf deren Interessen die Außerparlamentarische Opposition, die Studenten und im Rahmen des Mittelstandes besonders die akademischen Berufe und die kleinen und mittleren Unternehmer und Geschäftsleute zu orientieren, ist die von der FDP — und zwar gerade von ihrem Reformflügel um Dahrendorf, Genscher und Scheel, weniger von den dazu untauglichen antiquiert-nationalkonservativen Freidemokraten wie Zoglmann etc. — bewußt ausgeführte

9) AP-Meldung über den Hanauer Landesparteitag der hessischen FDP vom 29. 3. 1969, Zitat nach Welt am Sonntag vom 30. 3. 1969.

Rolle. Diese Arbeit aber leistet sie, wie alle Parteien mit vergleichbarer Funktion in anderen Ländern, natürlich nicht unter dem offenherzigen Motto, daß der Widerstand gegen die Herrschaft der Großbanken und Konzerne gebunden und aufgesogen werden müsse, sondern zweckmäßigerweise mit Hilfe der wohlgefälligeren Formulierung, daß es gelte, die „staatsverneinenden" Kräfte für die „Demokratie" zu gewinnen.

Scheel erläuterte diese Funktion seiner Partei wenige Tage nach der Heinemann-Wahl gegenüber Springer-Redakteuren in einem Interview, dessen entscheidende Passage ‚Die Welt' [10]) wie folgt wiedergibt: „‚Wegen der nun nachgewiesenen Fähigkeit, auch in kritischen Situationen Entscheidungen herbeizuführen, ist es uns gelungen, Gruppen anzusprechen, die eine gewisse Skepsis den Parteien gegenüber haben und die nun sagen, man kann die FDP wählen, wenn man in Opposition zur Regierung steht. Wir brechen zweifellos in die der Demokratie verpflichteten Wählergruppen der Außerparlamentarischen Opposition ein, denn Außerparlamentarische Opposition heißt ja nicht, daß die Leute gegen die Demokratie sind . . .' Eine geringe Mehrheit nur sei antidemokratisch und wolle die Revolution. ‚Wir sind deren erbitterte Feinde.' Die anderen aber an die Demokratie heranführen, sei für alle Parteien wichtig."

Dies fügt sich lückenlos in die Integrationsstrategie der Inudstrie ein, die immer auf mindestens zwei oder gar noch mehr grundsätzlich mit ihr harmonierende Parteien angewiesen ist, welche sich darin ablösen, einmal als Regierungsangehörige zu handeln und damit allmählich den Wählerunmut auf sich zu ziehen, ein anderes Mal als Opposition eben diesen Unmut anzusprechen und zu kanalisieren. Für die SPD schilderte Heinz Kühn dieses System der in ihrer Politik austauschbar gewordenen Parteien einmal so [11]), daß es nach seiner Meinung in einer Demokratie immer zwei Parteien geben müsse, von denen die eine das rechts von einer gedachten Mittellinie entstehende Volksunbehagen, die andere das links von ihr entstehende anzuziehen und zur Mitte hin zusammenzufassen habe. Deshalb kann Scheel bei allen liberal-demokratisch-oppositionellen Fanfarenstößen, die seine Partei in Blick auf die Wahlen und das Wählerpotential der Außerparlamentarischen Opposition von sich gibt, gleichzeitig sagen: „Unser Abstand zur CDU ist nicht größer als der zur SPD." Damit sagt Scheel nicht nur die Wahrheit über das Verhältnis der FDP zu den beiden anderen Parteien, sondern auch über das Verhältnis der drei Parteien zueinander. Wegen ihrer gemeinsamen grundsätzlichen Bindung an die politischen Interessen der Industrie verhalten sich die drei Parteien zueinander wie die drei Seiten eines gleichwinkligen Dreiecks.

Erst auf dem Hintergrund dieser prinzipiellen Bindung wird auch der relative Charakter aller „neuen Töne", die aus der FDP gerade jetzt während des Wahlkampfes kommen, erkennbar. So ist z. B. die Forderung der FDP, endlich den Alleinvertretungsanspruch aufzugeben, im Kontext ihrer gesamten übrigen Politik auffällig funktionslos, weil sie von der Basis der bisherigen militärischen Strategie her erhoben und nicht in den Zusammenhang einer gesamteuropäischen Entspannkungskonzeption gestellt wird. Dahrendorf bezeichnete „militärische Sicherheit und wirtschaftlichen Wohlstand" als die Voraussetzungen für jede „progressive Politik" seiner Partei [12]), was ein Widerspruch in sich selbst ist, weil Dahrendorf und die FDP darunter die bisherige NATO- und Rüstungspolitik der Bundesregierung und die durch keinerlei Mitbestimmung eingeschränkte

10) Die Welt vom 15. 3. 1969, S. 5.
11) Spiegel Nr. 24/1968.
12) Kölner Stadt-Anzeiger vom 31. 3. 1969, S. 2.

Unternehmermacht verstehen. Beides steht bekanntlich jeder progressiven Entwicklung hemmend im Wege. Die isolierte Verneinung des Alleinvertretungsanspruchs überspielt, daß das Haupthindernis jeder europäischen Entspannungspolitik im Willen der tonangebenden Industriekreise der Bundesrepublik liegt, den Status quo in Europa zu verändern, weshalb der Weg zur Entspannung nur über die Ausweitung des politischen Spielraums derjenigen inneren Kräfte der Bundesrepublik führt, die auf eine solche Revision der Nachkriegsergebnisse grundsätzlich nicht ausgehen. Die FDP hingegen macht mit ihrem betonten Festhalten an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen und an dem gesamten übrigen außen- und wehrpolitischen Instrumentarium, das seine Existenz nur dem Willen zur Änderung des europäischen Status quo verdankt, den Eindruck fast zur Gewißheit, daß es ihr mit ihrer Anerkennungsforderung nach innen hin vorerst nur um die Beeindruckung des außerparlamentarischen Wählerreservoirs, nach außen hin aber um einen für die Strategie der Großen Koalition zur Zeit lebenswichtigen Ablenkungseffekt geht. Denn in ihrer Isoliertheit erfüllt diese Forderung die wichtige Funktion, der seit dem 21. August 1968 festgefahrenen „neuen Ostpolitik" das Terrain zurückzugewinnen, indem sie in den osteuropäischen Ländern den Eindruck erweckt, diese Politik laufe über kurz oder lang auf die Anerkennung der DDR hinaus und mache daher schon jetzt eine kompromißbereite Haltung gegenüber der Bundesregierung ratsam. Auch in diesem Punkt erfüllt die FDP also objektiv nur die Funktion, abermals Illusionen über die Absichten unseres autoritären Klassenstaates zu wecken, so als könne dieser punktuell fortschrittliche Einzelentschlüsse fassen, die der inneren Logik seiner Gesamtpolitik widersprechen.

IV

Die Aufgabe der demokratischen Opposition kann nicht darin bestehen, jedesmal, wenn ihre Forderungen in der Bevölkerung einen solchen Widerhall gefunden haben, daß es eine der auf die Interessen der Großindustrie eingeschworenen Parteien für opportun hält, sie zu kanalisieren, sich auf diese jeweilige Partei zu orientieren und die Bevölkerung durch Aufruf zu deren Unterstützung von der selbsttätigen Vertretung ihrer Interessen abzuhalten. Zugeständnisse der Konzernparteien sind immer nur das Produkt des Druckes von unten und werden sofort zurückgenommen, wenn sich die Opposition, durch Detailzugeständnisse zufriedengestellt, ins Gestänge der formierten Parteien zurückbegibt. Deshalb besteht die Aufgabe der demokratischen Opposition darin, den Parteien des Großkapitals und ihrer Politik die im objektiven Interesse der Bevölkerungsmehrheit liegenden Forderungen stets so entgegenzustellen, daß sich um sie die von der Formierung Betroffenen zu einer effektiven politischen Gegenmacht organisieren können.

Die seit 1949 in der Bundesrepublik herrschenden Parteien haben der heute zu einem eigenen Selbstbewußtsein findenden demokratischen Bewegung nichts mehr zu bieten. Welche Koalitionen sie untereinander eingehen mögen und mit welchen inhaltlichen Zugeständnissen sie vermeinen, die Front derjenigen Kräfte, die auf Erfüllung der objektiven Volksinteressen drängen, paralysieren zu können — die Antwort der Opposition kann immer nur darin bestehen, durch eigenes Handeln die Opposition zu vergrößern und dadurch den Druck auf die Parteien der Monopole zu verstärken, nicht aber, sich auf sie einzulassen.

Natürlich bedeutet das keineswegs, daß es nicht richtig wäre, alle Anknüpfungspunkte, die die herrschenden Parteien für die Durchführung einer vernünftigeren

Politik bieten — wie also etwa die Anerkennungsforderung der FDP —, stets sofort aufzugreifen und die Regierung zur Einlösung solcher Versprechungen zu drängen, die Parteien vor allem aber eben auch ständig mit der Gesamtheit aller objektiven Interessen und Forderungen der Bevölkerung zu konfrontieren und sie so zu zwingen, entweder diesen Forderungen Schritt für Schritt nachzugeben oder sich von der Bevölkerung zu isolieren. Im Gegenteil, eine solche Strategie macht es sogar unerläßlich, mit Politikern oder Mitgliedergruppen der Kartellparteien, die auch nur in einem einzigen bescheidenen Punkt in Differenz zum herrschenden Kurs stehen und sich mit einer entsprechenden Forderung der Opposition in Übereinstimmung befinden, zusammenzuarbeiten und zu versuchen, sie so weit wie möglich auf die Seite der Opposition zu ziehen. Nur darf dies niemals zu Illusionen bei den so agierenden Oppositionsgruppen oder gar in der Öffentlichkeit führen. Denn eine wirkliche Demokratisierung unserer Gesellschaft und eine wirkliche Änderung des bisherigen politischen Kurses ist nur denkbar, wenn diejenigen sozialen Kräfte, in deren Interesse dieser Wandel liegt, selbst stark werden und so den Parteien der Großindustrie die Massenbasis in der Bevölkerung entziehen.

Deshalb ist nicht die Frage, ob die auf die Industrieinteressen verpflichteten Parteien nach den Bundestagswahlen eine große oder eine kleine Koalition bilden werden, für die demokratische Opposition ein relevanter Diskussionspunkt, sondern allein die Frage, wie sie selbst durch Überzeugung der Bevölkerung davon, daß eine demokratische Erneuerung von Gesellschaft und Staat in deren Interesse liegt, quantitativ und qualitativ Gewicht und Profil gewinnen kann.

Klaus Fritzsche

Horst Ehmke oder „Politik der praktischen Vernunft"*)

Alte Vorurteile sind leicht zu pflegen (Horst Ehmke).
Es gibt keine Instanz über der Vernunft (Sigmund Freud).

Wer der Bundesrepublik eine „Politik der praktischen Vernunft" empfiehlt, kann auf Interesse und Zustimmung rechnen — gerade weil er auf Fremdes, Ungewohntes, fast Revolutionäres deutet. Die Empfehlung kommt von Prof. Horst Ehmke, Freiburger Ordinarius für Öffentliches Recht, bisher Staatssekretär, jetzt Bundesminister der Justiz.

*) Horst Ehmke, Politik der praktischen Vernunft. Aufsätze und Referate, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1969, 228 S., 9,80 DM.

HORST EHMKE ODER „POLITIK DER PRAKTISCHEN VERNUNFT"

Ehmke ist der exemplarische Karrieremann der SPD: 1965 „aus dem Stand" Staatssekretär, 1967/68 Mitverfasser der „Sozialdemokratischen Perspektiven", 1969 Minister, schon im Gespräch für die Zeit nach Willy Brandt. Er hat sich als taktisch geschickt, mobil und fintenreich gezeigt und steht demzufolge in Rivalität zu denen, die sich gleichfalls für die Hoffnung der Sozialdemokratischen Partei halten. Denn Karl Schiller, Helmut Schmidt, Georg Leber und Horst Ehmke verbindet — und trennt, selbstredend — immerhin dies, daß sie, durch sozialistische Bewußtseinselemente nicht gehemmt, jeweils als allumfassende Integratoren des sogenannten „Gemeinwohls" sich anbieten, und daß ihr politisches Denken auf Macht zentriert ist. Durch seinen neuen Karriereschritt hat Ehmke auch die Schlappe bei den Vorstandswahlen auf dem Nürnberger Parteitag mehr als ausgeglichen und sich, wie es scheint, wenigstens vor den langjährigen second star Helmut Schmidt gesetzt, dessen Glanz durch Ausfälle und Ausfallerscheinungen schon stark verdunkelt ist. Für den Fall, daß nach dem 28. September die SPD auf die karge Oppositionsbank zurück muß, sind tektonische Beben beim Kampf ums Überleben zu erwarten.

In diesem Kräftefeld spielt Ehmke eine der Hauptrollen. Was er gesellschaftlich und politisch denkt, ist deshalb im Blick auf ihn selbst, auf die Entwicklung der SPD, aber auch auf den Zustand der Bundesrepublik von Erkenntniswert.

„Und wenn die Verhältnisse die Menschen bilden, so hilft nichts, als die Verhältnisse menschlich zu bilden; es lebe die praktische Vernunft" [1]). Dieses Zitat von Ernst Bloch steht am Ende des Bandes (S. 228). Es bietet sich als Kategorie, Ehmkes Darlegungen zu messen. Freilich hat es seine List, daß das gut marxsche Wort sich nicht am Anfang findet, als Menetekel dessen, was folgt: es soll das schon Gesagte mit Glanz bekräftigen, ohne noch Reflexion darauf nahezulegen. Die Leitlinie, die Ehmke sich in der Einleitung zeichnet (S. 9), beschwört den übermächtigen Schatten nur undeutlich-negativ und gibt sich selbstgewiß: „Fehlt der Politik die produktive Beziehung zu den geistigen Kräften der Gesellschaft, von denen die Wissenschaft nur eine ist, so gerät sie in Gefahr, blind zu werden für die Risiken und die Hoffnungen der Zukunft. Theorie und Praxis müssen daher nicht irgendwo in der Gedankenwelt, sondern in der Gesellschaft zueinander finden, in einer Politik der praktischen Vernunft." Wie also sollen Theorie und Praxis sich begegnen, um — mit Bloch — die Verhältnisse menschlich zu bilden? Der Denkrahmen deutet sich in voller Fragwürdigkeit an, wenn Ehmke (S. 10) bekennt, daß für ihn „die moderne Industriegesellschaft und die moderne Demokratie Kunstwerke sind, die nur durch eine Politik der praktischen Vernunft erhalten und fortentwickelt werden können". In diesem ästhetisierenden Naivismus ist ja klar genug das reflektorische Bestehen auf dem Bestehenden angezeigt, die Unwilligkeit oder Unfähigkeit, das grundsätzlich-kritisch zu befragen, was durch Existenz approbiert ist. Das denkerische Niveau dieses Ansatzes legt zugleich schon den Verdacht nahe, daß durch die Hervorhebung des Praktischen der Vernunft der Mangel an Theorie, an Reflexion, kritischem Eindringen, Genauigkeit, Intensität und Differenzierung bemäntelt werden soll — ein Verdacht, der sich fort und fort verdichtet.

Dafür gibt — unter dem Rubrum „Historische Fragen" — der süddeutsche Liberale Karl von Rotteck als „der »politische Professor«" (S. 13) gleich ein signifikantes Lehrstück ab. Ehmke führt ihn in jenem mild-spannungslosen Feuilletonismus à la Heuss oder Kiesinger vor, der keine ernsthaften Probleme analysieren, sondern den Seelenkomfort des Lesers steigern will. Nicht untypisch, daß Ehmke sich

1) Widerstand und Friede. Aufsätze zur Politik, Frankfurt 1968.

einen Liberalen vorgenommen hat, um den politischen Professor zu exemplifizieren; ein Stück Selbstdarstellung, und unabsichtlich verdeutlicht durch die Erkenntnis (S. 15): „Schließlich hat er — als ein Vertreter des dritten Standes noch mit dem Kampf um die Schaffung bürgerlich-liberaler Zustände beschäftigt — zu den heraufziehenden schweren sozialen Problemen des 19. Jahrhunderts kaum ein Verhältnis gefunden."

Ehmkes Vorstellungen müssen aus einer Anhäufung disparater Materialien heraussortiert werden, denn seine „Politik der praktischen Vernunft" systematisch-monografisch zu begründen hat er nicht für erforderlich gehalten. Allein dies öffnet gewisse Aspekte. Der Titel ist hier nicht innere Mitte und Leitbegriff einer Erörterung, sondern das größte gemeinschaftliche Vielfache, das durch perspektivische Übersteigerung des tatsächlich Gebotenen synthetisch hergestellt werden kann. Gemeinhin gilt solches als geistiger Betrug, als Hochstapelei, die hier doppelt peinlich wirkt durch die Assoziation der Formulierung zu Kants „Kritik der reinen Vernunft". Ehmke hat, um ein Buch zu füllen, anscheinend alles hergenommen, was er überhaupt an Druckbarem zu politischen Fragen geäußert hat — und dabei bis ins Jahr 1954 zurückgegriffen. Bei all diesen Wörtern muß er sich nehmen lassen, wie auch bei ihrer Gewichtsverteilung und bei den Leerräumen. Es ist davon auszugehen, daß hier alles versammelt ist, was Ehmke zum Gegenstand zu sagen hat.

Demokratiebegriff und bundesrepublikanische Wirklichkeit

Von seinem Denkhorizont leitet sich her, daß Ehmkes gesellschaftlich-politisches Problembewußtsein sehr schwach entwickelt ist. Allenthalben finden sich ungedeckte Postulate als Tatsachenbehauptungen, etwa derart: „... der Verfassungsstaat als menschenwürdiger, menschengemäßer Staat" (S. 139) — ohne daß auch nur in den Blick träte, welche — bei uns weithin unerfüllten oder wieder beseitigten — fundamentalen Voraussetzungen diese Menschenwürdigkeit hat. Von den inhumanen Grunddimensionen der kapitalistischen Gesellschaft ist bei Ehmke höchstens da die Rede, wo er sub verbo Entfremdung die industriellen Massengesellschaften in Kapitalismus und Sozialismus gleicherweise über den Leisten des verletzten bürgerlichen Lebensgefühls schlägt und vom technischen Fortschritt „eines absehbaren Tages die Befreiung des Menschen von der industriellen Arbeit und die Aufhebung seiner in dieser wurzelnden Selbstentfremdung" erwartet (S. 191). Damit ist, in typisch neoliberaler Weise, das Problem von einem der Struktur zu einem des Komforts hinwegideologisiert, von den Produktionsverhältnissen zu den Produktivkräften verschoben.

Freilich weiß auch Ehmke, daß eine Politik des kapitalistischen Profitinteresses „einen kleinen Personenkreis privilegiert hat". (S. 217) Aber darin sprechen sich eben die — völlig wertfrei notierten — „Interessengegensätze der industriellen Gesellschaft" (S. 174) aus; und Abhilfe schafft überdies der Investivlohn und die Beteiligung der Lohnabhängigen am „Zuwachs des Produktivvermögens" (S. 217): Maßnahmen, die ja in Wirklichkeit alles so schlecht lassen, wie es ist. Ehmke reproduziert hier bloß die bundesweite Ideologie der elitären Leistungsgesellschaft, in der alle zum angeblichen Wohl des Ganzen tätig sind, weil die fortschreitende Ausbeutung und Entmündigung durch das „neumodische Eiapopeia Sozialpartnerschaft" [2]) dem Bewußtsein der manipulierten Massen entzogen wird. Ehmkes Bild von demokratisch verfaßter Gesellschaft und seine Einschät-

[2]) Ernst Bloch: Marx, aufrechter Gang, konkrete Utopie, in: Über Karl Marx, Frankfurt 1968.

Kritische Studien zur Politikwissenschaft

Ob nun die „Kritischen Studien zur Politikwissenschaft" einen Klassiker der politischen Theorie zum Gegenstand haben, ob sie sich mit den politischen Institutionen oder den internationalen Beziehungen befassen — immer werden sie an dem Grundgedanken festhalten, daß politische Phänomene nur von einer Analyse des Gesamtzusammenhangs der Gesellschaft her aufzuhellen sind. Es ist Aufgabe der Politikwissenschaft, die treibenden Kräfte, die Interessenanlagen des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs und die Ideologien, die er hervorbringt, zu benennen.

Politikwissenschaft

Eine Einführung in ihre Probleme

Herausgegeben von Dieter Senghaas und Gisela Kress

ca. 304 Seiten, kartoniert ca. 15 DM, Leinen ca. 22 DM

Dieter Senghaas
Abschreckung und Frieden

Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit

ca. 358 Seiten, kartoniert ca. 18 DM, Leinen ca. 26 DM

Ernest Mandel
Die deutsche Wirtschaftskrise

Lehren aus der Rezession 1966/67

„res novae provokativ"

56 Seiten, kartoniert 3 DM

Der Gründungsparteitag der KPD

Protokoll und Materialien

Herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber

„Politische Texte"

ca. 248 Seiten, kartoniert ca. 12 DM, Leinen ca. 18 DM

Karl Korsch
Schriften zur Sozialisierung

Herausgegeben und eingeleitet von Erich Gerlach

„Theorie und Praxis der Gewerkschaften"

127 Seiten, kartoniert 5 DM

Karl Marx/Friedrich Engels
Pressefreiheit und Zensur

Herausgegeben und eingeleitet von Iring Fetscher

„Politische Texte"

238 Seiten, kartoniert 15 DM, Leinen 22 DM

Europäische Verlagsanstalt

zung bundesrepublikanischer Wirklichkeit äußern sich fast klassisch so (S. 188): „Die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik wurde lange Zeit auch von einigen ihrer Repräsentanten in Frage gestellt. Wer erinnert sich nicht?" Er selbst erinnert sich, daß in der Adenauer-Erhard-Zeit „Mißstände" Platz gegriffen haben, und spricht auch von „krisenhaften Folgeerscheinungen". (S. 188) Aber das kann nur aus persönlichem Versagen der mehr oder weniger großen Einzelnen gekommen sein, die unsere Geschichte machten; die demokratische Ordnung ist vorhanden und gut so. Man muß auch schließen, daß seit November 1966 niemand mehr sie in Frage stellt. Sicher ist jedenfalls, daß es für Ehmke das Problem der Fragwürdigkeit des ganzen Systems nicht gibt, daß er die restaurative Abdrängung unserer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, den schleichenden oder galoppierenden Prozeß der Formierung und Disziplinierung, des Demokratieverlusts, die Hinwendung zur autoritären Herrschaft auswechselbarer Funktionseliten nicht reflektiert. Seine Einwände enden stets an der Oberfläche operationeller Machbarkeit.

So gibt er zwar „der studentischen Kritik" — als wäre Sozialkritik quasi ein Altersproblem — zu, „daß alle heute noch gängigen Demokratie- und Parlamentarismustheorien unter dem Verdacht stehen können, die zentralen Probleme der heutigen Demokratie zu verschleiern". (S. 200) Daß es jedoch Theorien gibt — nämlich die marxistischen —, die Ideologien entschleiern: davon ist keine Rede, und auch nicht davon, daß die zentrale Verschleierungsinstanz, die Bewußtseinsindustrie, als stabilisierendes Element im System der gesellschaftlichen Realitäten integriert und für dessen Aufrechterhaltung notwendig ist. Ehmke spricht auch von dem „für alle modernen Demokratien typischen intensiven Prozeß der gegenseitigen Information, Einflußnahme und Abstimmung zwischen den organisierten Gruppen und ihren »zuständigen« Bürokratien und Parlamentsausschüssen", so daß dem Parlament „nur noch die Ratifikation, nicht aber die Auswahl unter möglichen Alternativen" bleibt (S. 201), und er verwendet sogar das erkenntnisträchtige Wort „Machtoligopol". Aber das gilt für nichts, denn die Kritik verteilt sich gleichmäßig auf Produzenten und Aneigner, Konsumenten und Profiteure, auf die erdrückende Mehrheit der Lohnabhängigen und die wahrhaft kleine radikale Minderheit der großkapitalistischen Herrschaftsschicht: er sieht ein Machtoligopol „relativ weniger wirtschaftlich potenter oder (!) zahlenmäßig starker und straff organisierter Interessenverbände und ihres bürokratischen Apparats" (S. 202). Ehmke weiß nichts davon, daß die Repräsentanz und Wirkungsmacht der Wirtschaftsverbände vielfach größer und durchschlagskräftiger ist als die der Gewerkschaften — in denen zudem nur eine Minderheit der Betroffenen organisiert ist, während das Kapital eine nahezu lückenlose Kampffront einsetzen kann. Diesem Sozialdemokraten ist nicht bewußt geworden, daß das demokratische Interesse der Mehrheit sich nur höchst selten und bruchstückweise gegen die Machtballung der Etablierten durchsetzt.

Ehmkes Begriff von Demokratie ist oberflächlich und realitätsfern, er deckt und verhüllt weit mehr als er klärt. Seine Frage ist nicht, für wen „die Demokratie", die er schlicht als gegeben voraussetzt, funktioniert, sondern: wie. Zwar äußert auch er Bedenken gegen die Machtergreifung der kybernetischen Technokratie: „Die demokratische Politik läuft ... Gefahr, sich selbst vollends zu entmachten ..." (S. 204) Aber auf die Frage nach den Bestimmungsgrößen einer legitimen, substantiell demokratischen Politik hat er nichts Konkreteres als „die Vision der Menschenrechte". (S. 204) Für eine Politik, die den „freiheitlichen Sozialismus" immer noch bekennt (S. 211 f), dürfte es mit dieser unverbindlichen Anrufungsgebärde nicht getan sein. So manifestiert sich im Denken Horst Ehmkes

paradigmatisch der Verlust des sozialkritischen Realismus und Engagements, deren Stelle bei der deutschen Sozialdemokratie wieder der verbale Idealismus der Denkzeit vor Karl Marx und Friedrich Engels eingenommen hat.

Bei einer solchen Disposition wundern auch Deklarationen nicht wie: „Vor wenigen Jahren noch sah es so aus, als seien die Deutschen Musterschüler im Lehrfach Demokratie". (S. 187) Dieser Satz wirft zugleich Licht auf den Hintergrund des Ehmke'schen Demokratiebegriffs: nämlich seine ausgeprägte Vorliebe für die USA-Demokratie, von der ja die heutige SPD-Führungsspitze überhaupt stark fasziniert ist. Damit ist bei Ehmke eine Art negativ-plebiszitärer Denkweise verbunden, die „dem Volk" die Schuld an den gesellschaftlich-politischen Zuständen, unter denen es zu leiden hat, zumißt: „In der Gestaltung des Parteiwesens wird sich heute am ehesten die politische Fähigkeit oder Unfähigkeit eines Volkes zeigen". — (S. 81) „... die Möglichkeiten der Demokratie in einem Volk (sind) proportional zu dem Maß an Selbstachtung ..., das ein Volk für sich aufbringt". — (S. 142) „Keine Verfassung — und noch nicht einmal ein Verfassungsgericht — kann ein Volk vor den Folgen seiner politischen Ungerechtigkeit, Unfähigkeit, Bequemlichkeit oder Dummheit bewahren". (S. 156)

Statt hinter Wirkungen Ursachen zu suchen, denunziert Ehmke das Objekt als Subjekt. Analysenschritte zur Erkenntnis werden zwar gelegentlich gewagt, aber bloß mit halbem Einsatz, und sogleich entwertet: Ehmke weiß, „daß zu Beginn des Neuanfangs eine Minderheit aktiver Demokraten einer Mehrheit von Bürgern und einer Führungsschicht in Wirtschaft, Verbänden und Verwaltung gegenüberstand, die weder geborene noch gelernte Demokraten waren, deren Verhaltensmuster vielmehr weitgehend durch antidemokratische Tradition geprägt war". (S. 198) Bezeichnenderweise fehlen jedoch in dieser Skizze die Parteien, deren Traditionsfundus und Interessenhaltung den Weg der Bundesrepublik in Wirklichkeit ganz entscheidend bestimmt haben. Ehmke allerdings lokalisiert die Grundhaltung im Ehrenkodex des Demokratischen: man habe auf Integration statt auf grundlegende Reform gesetzt, „da eine Diktatur unter neuem Vorzeichen, wie sie in der DDR zur Durchführung einer »Revolution von oben« errichtet wurde, für die Demokraten nicht in Betracht kam". (S. 198) In Wahrheit waren es massive politisch-wirtschaftliche Pressionen und Interessen, die radikaldemokratische Gehversuche unterbanden (man vergleiche nur die Lebensgeschichte des Buchenwalder Manifests oder des Ahlener Programms).

Wo Ehmke sich mit konkreten Problemen der bundesrepublikanischen Wirklichkeit beschäftigt, sind seine Erwägungen an der Funktionenverbesserung einer sonst intakten Ordnung ausgerichtet. So schlug er schon 1954 (!) eine Notstandsregelung vor, deren Anliegen war: „Der Einsatz von Truppen im Innern ist als polizeiliche Aufgabe dem Bundesinnenminister zu übertragen". (S. 89) 1967 deutete er unter Hinweis auf den KPD-Prozeß an, das exekutive Parteiverbot mit anschließender verfassungsgerichtlicher Kontrolle sei doch die bessere Lösung. In der Frage des Mehrheitswahlrechts sieht er Nachteile bloß in der Kandidatenauslese und der regionalen Vertretung der Parteien — nicht etwa in der verfassungswidrigen Beseitigung der Chancen für neugegründete und kleinere Parteien. (S. 149) Und am Schluß einer — umsichtigen — Erörterung des Pressekonzentrationsproblems, in der viel vom Wert und Vorrang der Pressefreiheit und von Maßnahmen zu ihrer Sicherung die Rede ist, zieht Ehmke sich gegenüber der demokratischen Kernfrage auf die pragmatisch-nichtssagende Formel zurück (S. 134): „Daß solche Regelungen verfassungsrechtlich möglich wären, heißt allerdings noch nicht, daß der Gesetzgeber sie erlassen sollte."

Die „sogenannte Politik der sogenannten Stärke"

Aus einer so inhaltsvagen und horizontlosen gesellschaftlich-politischen Grundeinstellung geht dieser agile neue Mann der SPD an die Probleme der aktuellen Politik. Zur Deutschlandpolitik etwa ist ihm durchaus klar, daß wir infolge der „sogenannten Politik der sogenannten Stärke vom Ziel der Wiedervereinigung weiter entfernt als je" sind, und daß diese Politik „hinter der Fassade einer ebenso wortreichen wie gedankenarmen Kraftmeierei ... in Wirklichkeit, politisch-psychologisch gesehen, eine Politik der Schwäche" ist. (S. 162) Aber was er dieser Politik übelnimmt, ist nicht ihr revanchistisch-militaristischer Impetus, sondern ihre Erfolglosigkeit: „Ich halte diese Politik daher für falsch — für falsch, nicht für verwerflich". (S. 162) Er rhetorisiert auch: „... welches Land sollte die politische und soziale Auseinandersetzung mit dem Kommunismus mehr als seine Aufgabe empfinden als das Land, in dem Karl Marx geboren wurde?" (S. 164) Und er weiß: „Der Anti-Kommunismus des Kalten Krieges war geistig zu unproduktiv, als daß er dessen Abklingen hätte überleben können". (S. 195) Er kommt sogar zu der Einsicht: „Da die DDR, das Pankow-Regime, da ist, wird man mit ihm reden müssen, wenn man eine Normalisierung der deutschen Verhältnisse anstrebt". (S. 168)

Aber all das sind nur verbale Abweichungsübungen vom antikommunistisch-gesamtdeutschen Syndrom, dessen Typen und Phrasen Ehmke ungebrochen reproduziert: naive „Träumer und Wunschdenker" liefern lediglich dem Gegner Argumente (S. 163); die Wiedervereinigung muß „ein Hauptziel unserer Politik bleiben" (S. 163); „Was wir von diesem Regime zu halten haben, wissen wir ... Gespräche mit Pankow sind für uns innerdeutsche Gespräche mit einem Regime, das sich eine Position anmaßt, die wir vom deutschen und demokratischen Standpunkt nicht anerkennen können". (S. 168) Analog heißt es zur Oder-Neiße-Grenze, ihre Anerkennung löse keine Schwierigkeiten; die Bundesrepublik sei schwerlich dazu „überhaupt legitimiert": „Jede isolierte deutsch(!)-polnische Annäherung würde vermutlich geradezu automatisch zu einer Aufwertung der DDR durch Moskau führen". (S. 169 f)

Auf einen Nenner gebracht: auch Ehmke steht in der wankenden Phalanx derer, die sich weigern, die Lage in Mitteleuropa realistisch zu sehen. Sein Statement zur Sache indes lautet (S. 228): „Außenpolitisch ist die deutsche Sozialdemokratie, aus Tradition von nationalistischer Großmannssucht ebenso frei wie von würdeloser Unterwürfigkeit, der stärkste Verfechter einer europäischen und internationalen Friedensordnung und der überzeugendste Vertreter und Interpret des deutschen Friedenswillens in der Welt."

„Die Generation, auf die wir gewartet haben"

Der protestierenden Jugend — die ja nicht zuletzt auch auf die Katastrophe der von der SPD mitübernommenen Adenauerschen Außenpolitik antwortet — macht Ehmke bemühte Avancen: „Erst wenn wir der Jugend zuhören, wird sie bereit sein, mit uns gemeinsam die Zukunft anzupacken". — (S. 207) „So kräftezehrend die Auseinandersetzung mit den Studenten ist, verlieren dürfen wir diese Generation schon einfach darum nicht, weil sie die Generation ist, auf die wir für die Bewährungsprobe unserer Demokratie gewartet haben". (S. 199) Ehmke konzediert sogar „den Studenten" — immer wieder diese abgründige Fixierung der Kritik von links —, „daß selbst eine radikale politische Kritik der Jugend an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen eine der produktiven Formen ist, in denen sich die Jugend mit der Gesellschaft auseinandersetzt". (S. 190)

Aber hinter diesen Höflichkeiten und taktischen Verbeugungen ist die Welt kaum verändert: „Gewiß: die Diagnose der Studenten mag oft falsch, ihre therapeutischen Vorschläge mögen zumeist nicht akzeptabel sein, wir haben dennoch keinen Grund, arrogant zu reagieren, denn diese große Konfusion ist nicht nur im Lager der Studenten zu finden". (S. 190) Und der harte Kern ist da erreicht, wo es über die „blind anti-liberale action directe" heißt: „Soweit sie Diskussionen sprengt, Vorlesungen stört, Zeitungen verbrennt und Fensterscheiben einschlägt, verdient sie durchaus als pseudo-linker Faschismus bezeichnet zu werden". (S. 193) Denunzieren spart Argumente; und auch kein schwacher Reflex findet sich darauf, daß es sich um antwortende, herausgeforderte, um verzweifelte Gewalt handeln könnte. Der Verdacht muß naheliegen, daß es Ehmke um nichts anderes geht als darum, die Protestierenden in ein reichlich bloßgestelltes Machtkartell einzukaufen.

SPD — Standort und Weg

„Niemand hat mehr Grund, diese Herausforderung aufzunehmen, als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands". (S. 187) Wer wollte dieser Mahnung Wahrheit absprechen; von einem substantiellen Eingehen der SPD auf Kritik und Entwürfe von links wäre Gutes zu erwarten. Entschieden betont Ehmke auch die Offenheit der SPD: „In der deutschen Sozialdemokratie kann jeder seine Meinung sagen und mit Nachdruck für sie eintreten. Er muß sich allerdings der Mühe unterziehen, den Mund aufzumachen ... Die SPD wird nach außen um so stärker sein, je lebendiger sie im Innern ist". (S. 177, 179) Der Wert solcher Deklarationen bemißt sich nach der Realität; aktuelle Stichworte: Vorbeugehaft, Jugendkongreß, Bruch mit dem SHB. Was soll auch das Meinung-Sagen helfen, wenn ausschließlich die das Tun haben, die die „Ent-Ideologisierung unserer Partei" begrüßen (S. 178) und damit genau jenen Theorie- und Substanzverlust als Positivum feiern, der der Hauptgrund für die Abwendung der kritisch Denkenden von der gegenwärtigen SPD ist. Einer derart verschobenen Optik bietet sich zum Godesberger Programm innerparteiliche Genugtuung an: „Inzwischen ist die Zahl der Kritiker kleiner geworden". (S. 209) Natürlich, denn die Kritiker sind zum größten Teil eliminiert. Wohl weiß auch Ehmke, daß von diesem Programm keine Anziehungskraft ausgeht; aber der Lösungsversuch der „Perspektiven" empfiehlt sich kaum besser: nach Ehmkes Konzept soll die SPD „die Alternativen der zukünftigen Ordnung unserer Industriegesellschaft in der Tat entschiedener stellen als bisher. Aber das heißt nicht, daß sie hinter Godesberg zurück, sondern daß sie über Godesberg hinaus muß". (S. 220) Für die Organisation einander ausschließender Gegensätze in die Schlagkraft der Parteilinie wird auch das bewährteste und unerträglichste aller Verhüllungsklischees bemüht: die Sozialdemokratie habe seit Anbeginn „ihr Ziel nicht geändert" und brauche deshalb „innerhalb ihrer eigenen Reihen die geistigen Auseinandersetzungen von gestern nicht noch einmal zu führen". (S. 212)

Der Sinn aller dieser schönen Worte ist klar genug: die SPD soll so bleiben, wie sie ist — es darf zwar diskutiert werden, aber geändert wird nicht. Die „Alternative", um die es geht, heißt schlicht: Kommandowechsel in Bonn. Die SPD hat sich „durch ihre Reformpolitik in unseren Staat hineingekämpft". (S. 213) Daher ist nicht mehr „demokratisches Mißtrauen gegen die Macht", sondern „Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen" und „der leidenschaftliche Wille zur Macht" geboten. (S. 218 f) Sie muß die Führung übernehmen, denn: „Die deutsche Demokratie braucht diesen Erfolg der SPD". (S. 220)

Für dieses Ziel mobilisiert Ehmke integrale Bekenntnisgüter, in deren Anrufung heute zwischen etablierten Parteien, Wirtschaftsverbänden, Springerpresse und Vertriebenenorganisationen Unterschiede nur in Nuancen bestehen: „Wir bedürfen keiner Belehrung über Vaterlandsliebe". (S. 161) Arbeit für die Partei ist „für uns keine Frage des Lohnes oder des Dankes", vielmehr „ein Stück nicht lautstarker und nicht pathetischer, dafür aber auch nicht nur rhetorischer, sondern praktischer Vaterlandsliebe". — (S. 185 f) „Als politischer Treuhänder der breiten Schichten unseres Volkes kann sie (sc. die SPD) in ihren politischen Entscheidungen die Forderungen des Gemeinwohls verwirklichen". (S. 228)

In solchen Leerformeln, die auf die Unaufgeklärtheit der Bürger spekulieren, tritt ein lebensgefährlicher politischer Irrationalismus ans Licht. Aus dieser Quelle zapft die SPD nicht ungestraft.

Das in der Tat ist die Dimension, in der sich „die SPD schon weiter als die Gewerkschaften aus der Diskriminierungsecke der bürgerlichen unpolitischen Vorurteile herausgekämpft" hat und in der sie „eher ein Stück voraus" ist. (S. 183) Auf der gesellschaftlichen Basis korrespondiert dieser Wertewelt, daß für Ehmke Karl Schiller „eine moderne freiheitliche Wirtschaftspolitik . . . endlich praktiziert". (S. 216)

Sehr treffend und aktuell heißt es bei Ehmke (S. 210): „Unser liberales Bürgertum hatte sich in der Auseinandersetzung mit dem Obrigkeitsstaat schließlich auf die rechtsstaatliche Sicherung wohlerworbener Rechte beschränkt, in Sachen Demokratie aber seinen politischen bzw. apolitischen Frieden mit den konservativen Kräften geschlossen."

Große Koalition und demokratische Politik

Der Ort der Bewährung einer so konzipierten Politik ist die Große Koalition. Auch zu ihr, einer gewiß zentralen Frage für das gesellschaftlich-politische System in der Bundesrepublik, ist keine zusammenhängende Erörterung angesetzt; bloß einige wenige Bemerkungen finden sich verstreut an verschiedenen Stellen. Dies hat seinen Grund zweifellos darin, daß Ehmke mit dem SPD-Establishment die Große Koalition nur als sinnvolle und notwendige Etappe auf dem Weg zur Macht — für eine nicht substantiell andere, sondern gerade systemsteigernde Politik: Planeffizienz und Krisenmanagement gegen Reibungsverluste und Interessenstörung der Konzerne — verstehen und ihr auch deshalb keine essentielle Fragwürdigkeit abspüren kann. So hat die einzige dezidierte Äußerung im Text den Duktus der Heiligenlegende: „Als sich die SPD vor über einem Jahr bereit erklärte, den festgefahrenen Regierungskarren aus dem Dreck zu ziehen, war ihr noch nicht bewußt, daß die langjährigen Versündigungen der CDU/CSU auch ihr angekreidet werden könnten. Aber so kritisiert die Jugend: pauschal, oft ungerecht und noch öfter weit über das Ziel hinaus. Wir haben keinen Grund zum Lamentieren. Wir haben schon anderes ausgehalten". (S. 188)

Daß auch von langjährigen Versündigungen der SPD zu sprechen wäre, die in der Großen Koalition und dann in deren signifikantester Leistung, den Notstandsgesetzen, auf ihren Begriff kamen, scheint Ehmke nie gehört zu haben — obwohl in früheren Tagen selbst der mit ihm befreundete Günter Grass dergleichen öffentlich an Willy Brandt schrieb. Man muß fragen, für wie beschränkt Ehmke die Bürger hält, daß er ihnen die SPD als Hiob in der Asche oder als reinen Toren Parsifal vorzustellen wagt.

In einem anderen Zusammenhang hat Ehmke selbst, ohne es zu bemerken, eine schneidende Kritik an der politischen Wirklichkeit der Großen Koalition formu-

liert: „Die pluralistische Politik orientiert sich notwendigerweise am Bestehenden und an den einmal etablierten Gruppeninteressen. Sie ist tendentiell konservativ, unfähig zu grundlegenden Reformen und zur bewußten Zukunftsgestaltung unter dem Aspekt des Gemeininteresses ... Die sich selbst überlassene Gesellschaft tendiert zur Fixierung anti-moderner, anti-demokratischer und antihumaner Strukturen". (S. 202 f)

Vom Seniorpartner des Kartells hat Ehmke indes eine außerordentlich hohe Meinung: „... diese konservative Partei ist nicht nur eine große Partei, sie ist auch eine für unsere Demokratie notwendige Partei ... Niemand, der es mit der Bundesrepublik gut meint, kann ein Interesse daran haben, daß die CDU eines Tages zerfällt und wir zum zersplitterten Parteiensystem Weimars zurückkehren ... Nur beide große Parteien zusammen können unsere Demokratie gegen Angriffe und Versuchungen von links und rechts sichern. Dabei ist die Absicherung nach links primär unsere Aufgabe — wir haben sie wohl erfüllt —, während die Absicherung nach rechts primär Aufgabe der CDU sein muß". (S. 176)

Zu der so beschworenen bürgerlichen Kumpanei zwecks Erhaltung „unserer Demokratie" hat sich Franz Josef Strauß deckungsgleich geäußert [3]) — und zwar mit Wendung gegen eine Verlängerung der Großen Koalition, da sie „Schaden bringen würde, für unsere Partei und für die Sozialdemokraten ... Getrennt werden wir besser in der Lage sein, die auseinanderstrebenden Tendenzen zu absorbieren, wir auf der rechten Seite, und sie auf der linken."

Ein Ehmke, der der CDU/CSU, und eine SPD, der ein Strauß Staats- und Demokratienotwendigkeit attestieren, sind wahrhaft Garanten für eine „Politik der praktischen Vernunft".

Zur Zukunft der Großen Koalition äußert sich Ehmke übrigens mit keinem Wort — Kursangaben könnten dem Wähler unangemessen politische Entscheidungskriterien vermitteln.

Perspektive

Die „Aufgabe der Sozialdemokraten" hat Ehmke so formuliert (S. 207): „Kompromißlose Bekämpfung der irrationalen Einbrüche von Rechts und Links, permanente rationale, demokratische, humane Reform unseres Landes. In diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, lebe die praktische Vernunft!" Bei einem anders ausgewiesenen Politiker klänge das wohl wie demokratische Entschiedenheit und Rationalität — hier hat es kaum mehr als Verhüllungs- und Appellfunktion. Gesellschaftliche Kampfplätze und Antagonismen, grundsätzliche, substantielle Entscheidungen, Alternativen, Reformentwürfe, Horizonte werden nicht gezeigt. Wo Theorie fehlt, kann die Praxis nicht mit ihr zusammenfinden. Was bleibt, ist ein flinker, verwaschener Pragmatismus, der auf umfassende Handhabbarkeit des Politischen zielt, auf Spielraum für die Führung, um nach ideologischem Vorab, taktischem Gutdünken und persönlichen Machtinteressen systemkonform zu agieren. Ehmkes „Politik der praktischen Vernunft" ist in Wirklichkeit ein Heerlager sich überkreuzender bürgerlicher Ideologien, ein exemplarischer Ausweis von Dimensionsverlust und planvoller Bewußtseinsüberfremdung.

Wer diese Mixtur als Politik der praktischen Vernunft offeriert, hat keine hohe Meinung von einer solchen. Ehmke hat sein Buch Adolf Arndt gewidmet. Was immer man sagen kann — das hat Adolf Arndt nicht verdient.

---

[3]) In dem umstrittenen „Espresso"-Interview vom 5. 3. 1969 in Berlin, zit. n. dpa v. 13. 3. 69. Der hier in Betracht kommende Teil wurde von Strauß jedenfalls nicht dementiert.

Nur eine Politik der sozialen Emanzipation und der Zurückdrängung der hochprivilegierten Kapitalmacht kann menschliche und vernünftige Politik sein. Ihrer Einleitung muß die Erkenntnis von Holzwegen und Abgründen vorausgehen (Ansätze etwa in der SPD Hessen-Süd und Schleswig-Holstein). Auf Horst Ehmke ist dafür schwerlich noch zu hoffen.

Prof. Dr. Hans Werner Bartsch, D. D.

Die Araber und Israel

Politische und theologische Erwägungen zum Nah-Ost-Konflikt

Der Autor dieser Arbeit, Ordinarius für evangelische Theologie der Universität Frankfurt, Mitarbeiter der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, nahm an der 2. internationalen Konferenz zur Unterstützung der arabischen Völker vom 25. bis 28. Januar 1969 in Kairo teil. An dieser Konferenz nahm auch der Führer der Freiheitsbewegung von Mozambique, Eduardo Mondhlane, teil, der wenige Tage später, am 3. Februar 1969, in Daressalam ermordet wurde. Eduardo Mondhlane, der sich als Freiheitskämpfer des unterdrückten Afrikas dennoch auch ein Verstehen des Gegners zum Ziel gesetzt hatte, ist dieser Aufsatz vom Verfasser gewidmet. D. Red.

I

Der Nah-Ost-Konflikt läßt wie kaum ein anderes Problem deutlich erkennen, daß der Antisemitismus auf unserem Denken wie ein Trauma lastet, dessen Überwindung nicht damit geschafft ist, daß wir bestreiten, Antisemiten zu sein. Gerade wenn wir uns pauschal und heftig mit dem Staat Israel identifizieren, so ist der tiefere Grund dafür jener verborgene Antisemitismus, der sich nur in seiner Kehrseite zeigt, dem Philosemitismus. Kennzeichen des Antisemitismus ist die Unmöglichkeit, über ein Problem politischer oder sozialer oder religiöser Art zu verhandeln, ohne den Juden eine Sonderstellung einzuräumen. Diese Sonderstellung mag zeitweise als eine besondere, hohe Achtung erscheinen, sie ist in der Geschichte aber zumeist durch das Gegenteil, die Verachtung der Juden, sichtbar geworden. So verstanden, sind es nur zwei Seiten des gleichen Phänomens, wenn die „Nationalzeitung" in einer Schlagzeile vom „Verbrecherstaat Israel" schreibt und wenn die Bundesregierung und die Springer-Presse pauschal jenen 6-Tage-Feldzug vom Juni 1967 rechtfertigen und bewundern. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: Das Motiv eines Geschäftsmannes, der in den Jahren 1934 bis 1938 das Unternehmen eines jüdischen Konkurrenten aufkaufte (und ihm dadurch die Emigration ermöglichte!), ist das gleiche, das Axel

C. Springer veranlaßte, dem Staat Israel eine namhafte Summe für eine Stiftung zu schenken: Ablaß für den Antisemitismus, dessen man sich bewußt ist, den man aber verdrängen möchte.

Dieses Trauma erscheint fast als unüberwindlich, und niemand kann sich dem Vorwurf entziehen, daß seine Reaktion auf irgendein Ereignis im Nahen Osten davon bestimmt ist. Wie auch immer wir reagieren, es scheint fast zwangsläufig unsere besondere Haltung den Juden gegenüber mitzuspielen. Eine Überwindung dieses Traumas ist nur unter der Voraussetzung möglich, daß wir uns zuerst bewußt werden, daß jene 6 Millionen ermordeter Juden sich weder aus unserem Bewußtsein verdrängen noch aus der Geschichte unseres Volkes auslöschen lassen. Eine Kollektivschuld bleibt wenigstens insoweit bestehen und läßt sich nicht abtragen, als die Verbrennungsöfen von Auschwitz stets zwischen uns und dem Volk der Juden stehen werden. Es bleibt darum immer die Möglichkeit, in jedem Satz, den wir gegenüber Juden oder unter Beziehung auf sie aussprechen, daß wir entweder versuchen, uns zu rechtfertigen oder diese Schuld abzutragen. Und beides sind hoffnungslose Versuche. Nur jeweils im konkreten Gespräch läßt sich dieses Trauma überwinden, indem schlicht Vergebung erbeten und geübt wird. Wir müssen uns dazu bekennen, daß wir Antisemiten nach Herkunft und Tradition sind, um uns durch dies Bekenntnis davon zu befreien. Und dies Bekenntnis fragt nach Vergebung. Das braucht nicht banal ausgesprochen zu werden, das wird besser durch die sachliche Form des Gesprächs deutlich. Jedenfalls bedeutet die kompensatorische pauschale Verteidigung der Position des Staates Israel und seiner Regierung das Gegenteil einer Überwindung dieses Komplexes.

Darum gehört zu einer Auseinandersetzung über den Nah-Ost-Konflikt, die sich vom Antisemitismus befreien will, die sachliche Prüfung der Gegenposition. Erst dann ist ein sinnvolles Gespräch möglich, wenn auch die andere Seite gehört wurde. Verschließt man konstant die Ohren gegenüber den Argumenten der Araber, so läßt man nur jenen Antisemitismus erkennen, der sich nur schlecht mit einer philosemitischen Haltung kaschiert. Ein Beispiel, das an Aktualität gewonnen hat, seit seine Wiederholung möglich erscheint, ist das Kommandounternehmen auf dem Flugplatz von Beirut. Es ist mit Recht gerühmt worden, daß dieses Unternehmen so exakt ausgeführt wurde, daß kein Menschenleben dabei zu Schaden kam. Und man kann ebenso mit Recht argumentieren, daß die 13 Flugzeuge, die dabei zerstört wurden, immer noch nicht das eine Menschenleben aufwiegen, das der Anschlag der Araber in Athen forderte. Aber wenn man derart argumentiert, hat man bereits eine Voraussetzung gemacht, die bei nüchterner Beurteilung niemals gemacht werden kann: daß nämlich ein Vergeltungsakt rechtens sei. Es gibt kein Recht, weder national noch international, das einen Vergeltungsakt rechtfertigt. Daß der Staat Israel und seine Regierung in internationalem Maßstab Lynchjustiz geübt haben, muß zuerst festgestellt werden. Man kann das Unternehmen natürlich damit rechtfertigen, daß Israel sich im Kriegszustand mit den arabischen Staaten befindet. Aber diese Rechtfertigung beinhaltet das Zugeständnis, daß Israel schuldhaft den Waffenstillstand gebrochen hat. Bei allen Konflikten, die eine Verletzung des Waffenstillstands bedeuten, geht die Beschuldigung stets in beiden Richtungen, und niemals läßt sich eindeutig feststellen, wer der erste war, der den Waffenstillstand verletzt hat. Für dieses Kommandounternehmen aber — wie für eine Reihe anderer, bei denen nicht so sorgsam Menschenleben geschont werden konnten — wird die Verantwortung für den Bruch des Waffenstillstandes ausdrücklich Israel zugesprochen. Bedenkt man dazu die politische Situation, in der jenes Beiruter

Unternehmen geschah, so kommt erschwerend hinzu, daß es politische Möglichkeiten behinderte, wenn nicht gar abschnitt, die auf eine friedliche Lösung des Konfliktes tendierten.

Eine nüchterne Beurteilung jenes Unternehmens wird darüber hinaus feststellen müssen, daß Israel dadurch eine gerechte Sühne für jenen Anschlag auf dem Athener Flugplatz verhindert hat. Israel hat sich nicht nur die Sympathien verscherzt, die ihm nach dem Anschlag der Araber entgegengebracht wurden, es hat politisch den Gegensatz verschärft und eine Lösung weiter in die Ferne geschoben. Während für den Athener Anschlag keine der arabischen Regierungen die Verantwortung trägt, sondern eine bestimmte Gruppe der sogenannten Palästinensischen Befreiungsfront — die immer weniger als eine einheitliche Größe angesehen werden kann —, sind für den Beiruter Anschlag eindeutig die Regierung Israels und die Führung der Armee Israels verantwortlich. Und hier wird eine nüchterne Beurteilung, die sich jenes Traumas bewußt ist und es zu überwinden sucht, auf eine notwendige Unterscheidung verwiesen, die ein erster Schritt in Richtung auf eine Überwindung des Antisemitismus ist: Der Staat Israel ist nicht mit dem jüdischen Volk identisch, und die Regierung und Armee dieses Staates sind nicht mit dem Volk identisch, das im Staate Israel lebt. Vor allem die zuletzt genannte Unterscheidung ist nicht nur für diesen Anschlag von Bedeutung. Sie muß auch in Rechnung gestellt werden, wenn wir den Juni-Feldzug des Jahres 1967 und seine Folgen zu beurteilen suchen.

II

Jener 6-Tage-Krieg ist weithin als ein Akt der Notwehr gegenüber der massiven Bedrohnung Israels durch die arabischen Armeen verstanden worden. Und als solcher erschien er gerechtfertigt. Man kann durchaus verstehen, was Moshe Dajan vor diesem Feldzug seinen Soldaten sagte: „Soldaten Israels! Wir haben keine Ziele territorialer Eroberungen. Unser einziges Ziel ist es, die Absicht der arabischen Armeen zu durchkreuzen, unser Land zu erobern, und die uns einschließende Blockade und Aggression zu zerstören" (New York Times, 5. Juni 1967).

Selbst als der ursprüngliche Vorwand, ägyptische Truppen hätten die Waffenstillstandslinie überschritten, sich nicht mehr aufrecht erhalten ließ, als eindeutig klar wurde, daß Israel die Feindseligkeiten begonnen hatte, erschien dieser Feldzug nach dem bewährten militärischen Rezept eines Präventivkrieges gerechtfertigt.

Aber sehr bald wurde jene Erklärung Dajans ebenso Lügen gestraft wie der Charakter des Feldzugs als Präventivmaßnahme. Eine Präventivmaßnahme hat ja ihr Ziel erreicht, wenn verhindert worden ist, was es zu verhindern galt. Zahlreiche Äußerungen führender israelischer Politiker erweisen jedoch, daß jene Proklamation Dajans niemals ernst gemeint war, daß es vielmehr um eine Ausweitung der Grenzen Israels ging, die nicht einmal nur strategisch begründet ist. Es läßt sich tatsächlich darüber verhandeln, daß die unsinnige Grenze des Waffenstillstandes vom Frühling 1949 in eine sinnvolle Grenze verändert wird, die dem Staat Israel ebenso Sicherheit bietet wie den Arabern. Aber die Besetzung der Sinai-Halbinsel und des Westufers des Jordan überschreiten bei weitem jene Sicherheitsforderungen, die Israel stellen kann. Es ist auch keineswegs mehr die Rede von derartigen Gesichtspunkten.

Am 8. Dezember 1968 legte der Außenminister der VAR dem Botschafter der UNO Jarring ein Memorandum vor, in dem er eine Rede Dajans zitiert, die dieser

am 5. Juli 1968 vor einem Treffen der Kibbuzim-Jugend-Organisation gehalten hat: „Unsere Väter haben die Grenzen erreicht, die im Teilungsplan von 1947 anerkannt wurden. Unsere Generation erreichte die Grenzen von 1949. Aber die 6-Tage-Generation war in der Lage, Suez, den Jordan und die Golan-Höhen in Syrien zu erreichen ... Dies ist nicht das Ende; denn nach den augenblicklichen Waffenstillstandslinien wird es neue Linien geben. Aber diese werden über den Jordan hinausreichen, vielleicht nach Libanon und vielleicht nach Zentralsyrien ..." Es gibt zahlreiche Erklärungen führender Politiker der israelischen Regierung, die in die gleiche Richtung gehen, bis hin zu dem Anspruch auf ein „größeres Israel" vom Euphrat bis zum Nil. Stellt man derartige Äußerungen in Rechnung, so kann man den Vorwurf der Araber nicht unbesehen zurückweisen, Israel bedeute im Vorderen Orient eine Kolonialmacht, die die arabischen Völker unterwerfen wolle. Die Beziehung zu den Vereinigten Staaten, die die Politik Israels zunehmend bestimmt, legt die Parallele zu der Rolle der USA in Lateinamerika nahe, und die Praktiken der israelischen Besatzungstruppen im Gaza-Streifen und in den eroberten syrischen und jordanischen Gebieten erhärten diese Parallele.

Es wird sich niemals exakt feststellen lassen, welche Rolle die israelischen Truppen bei der Flucht der arabischen Bevölkerung gespielt haben. Man mag es bestreiten, daß sie diese Flucht vielfach veranlaßt haben. Sicher ist jedenfalls, daß Israel die Forderung der UNO-Resolution, den Flüchtlingen die Rückkehr zu ermöglichen, praktisch nicht erfüllt hat. Anstatt den arabischen Flüchtlingen die Rückkehr zu ermöglichen, hat man mit der Errichtung von jüdischen Siedlungen in den eroberten Gebieten begonnen, und der Ruf nach mehr jüdischen Einwanderern, um diese Gebiete besiedeln zu können, wurde wiederholt laut. So berichtete die Daily Mail am 11. November 1967, daß Abgesandte in alle Welt geschickt werden sollten, um „zionistische Begeisterung zu entfachen". Das unmittelbare Ziel sei, jährlich 50 000 junge Techniker zur Immigration zu bewegen. Aber auch offizielle Äußerungen jüdischer Politiker gehen in die gleiche Richtung. Am 12. Juni 1967 bereits sagte der Gesandte Israels in London: „Die jüdischen Gemeinden in der Welt sollten eine Million neuer Immigranten nach Israel senden."

III

Trotz aller dieser Äußerungen und der entsprechenden Regierungsmaßnahmen verkennt man aber das Problem, wenn man dahinter lediglich einen Imperialismus des jungen Staates Israel sieht. Die Entwicklung zu einem solchen Imperialismus kann nicht übersehen werden, aber damit ist die Ursache, das Motiv und damit das Wesen dieser Entwicklung noch nicht erkannt. Die entscheidende Bedeutung, die der Staat Israel für das Judentum in der ganzen Welt hat, ist zweifellos nicht für diese Entwicklung verantwortlich. Diese Bedeutung liegt darin, daß es für die Juden jetzt einen Staat in dieser Welt gibt, in dem es nichts Besonderes ist, Jude zu sein, in dem das Jude-sein selbstverständlich und ohne Kommentar akzeptiert wird. Seit der Existenz dieses Staates ist es den Juden in der ganzen Welt möglich, ebenso Jude zu sein, wie etwa ein Franzose Franzose ist. Das kann man nicht damit abtun, daß man fragt (wie es von arabischer Seite geschieht), warum dies ausgerechnet auf Kosten der Araber geschehen mußte. Stellt sich von daher das Problem, warum der Staat Israel ausgerechnet in Palästina errichtet werden mußte, so muß auch dieses Problem zunächst noch unabhängig von dem expansionistischen Drang dieses jungen Staates gesehen werden. Dagegen begegnet einem bei dieser Frage der religiös begründete Anspruch auf dieses Land.

Von arabischer Seite wird gern darauf hingewiesen, daß die Juden nur für eine relativ kurze Periode tatsächlich in jenem Land einen eigenen Staat gebildet haben. Es war die kurze Periode des Reiches David, die spätestens mit der Exilierung der Juden nach Babylon 587 v. Chr. ihr Ende fand, also höchstens 450 Jahre gedauert hat. Die kurze Zeit des Makkabäer-Reiches (164—63 v. Chr.) zählt kaum. Diesen 450 Jahren eigener Staatlichkeit der Juden in Palästina stehen mindestens 1 500 Jahre gegenüber, in denen das Land nach dem Ende der römischen Herrschaft über Palästina von Arabern bewohnt wurde. Aus dieser Rechnung ergibt sich dann der etwas kurzschlüssige Vorwurf, der europäische Antisemitismus, vor allem die Judenverfolgung durch die Nazis, werde auf Kosten der Araber kompensiert. Es entbehrte nicht einer makabren Ironie, daß auf der Konferenz in Kairo zur Unterstützung der arabischen Völker im Januar 1969 ausgerechnet eine Delegierte aus Madagaskar fragte, warum die Juden nicht in einem anderen Teil der Welt eine Heimstätte gesucht hätten. Der Hinweis, daß es eine Zeitlang Hitlers Plan gewesen sei, den Juden eine Siedlungsstätte in Madagaskar zuzuweisen, erntete betretenes Schweigen. Er macht aber deutlich, daß nur die Negierung jeden Anspruchs der Juden auf eigene Staatlichkeit in diesem Sinne allen anderen Nationen Gerechtigkeit widerfahren lassen kann.

Der Anspruch der Juden auf ihre Heimat Israel muß jedoch etwas tiefergehend geprüft werden. Er kann nicht einfach historisch begründet, er kann aber auch nicht mit historischen Argumenten widerlegt werden. Die Argumentation mit der Geschichte hat für diesen Anspruch in beiden Richtungen ihre Gültigkeit verloren. Im Grunde wird der Anspruch ja auch nicht mit jenen paar Jahrhunderten der eigenen Staatlichkeit Israels in Palästina begründet. Der Grund für den Anspruch liegt eher in jener Schlußformel am Ende der Passah-Liturgie, die überall in der Welt von Juden gesprochen wird: „Im nächsten Jahr in Jerusalem!" Der Anspruch ist religiös in dem Sinne begründet, daß das Volk der Juden durch die Jahrhunderte des Exils niemals aufgehört hat, sich als in jenem Lande beheimatet zu verstehen.

Ein Gegenbeispiel aus der unmittelbaren Gegenwart mag erweisen, welche Bedeutung in diesem Selbstverständnis des jüdischen Volkes liegt. Nur zwanzig Jahre nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten, die nach dem Zweiten Weltkrieg an Polen fielen, hat der größte Teil der jungen Generation bereits das Bewußtsein verloren, in jenen ehemals deutschen Ostgebieten beheimatet zu sein. Dagegen haben Jahrhunderte es nicht vermocht, unter den Juden das Bewußtsein auszulöschen, daß sie das Volk jenes Landes sind, dessen Name Israel für sie sowohl Name des Landes wie des Volkes ist. Man kann dies nicht damit abtun, daß dieses Bewußtsein in religiösen Mythen begründet sei, die in moderner Zeit keine Geltung mehr hätten. Das Bewußtsein ist politisch wirksam geworden und hat im Staat Israel eine Generation aufwachsen lassen, die von dem gleichen Nationalbewußtsein erfaßt ist, wie es nach der Französischen Revolution die europäischen Völker ergriffen hatte. Nicht eine absolute historische Reminiszenz begründet also den Anspruch der Juden auf das Land, sondern ein lebendiges Bewußtsein, das zu allen Zeiten Gegenwart gewesen ist. Damit ist jedoch nur am Rande ein religiöses Phänomen berührt; denn dieses Bewußtsein ist grundsätzlich unabhängig von dem Glauben an die göttliche Erwählung des Volkes und an die göttliche Verheißung, die diesem Volk das Land zuwies. Das Wiederaufleben der hebräischen Sprache, die fast 3 000 Jahre lang das Winkeldasein einer toten Sprache gefristet hat, die nur im sakralen Bereich Geltung besaß, ist ein Zeichen für die Säkularisierung des Religiösen und die Bedeutung jenes Phänomens Israel. Dennoch kann die religiöse Begründung nicht einfach

übersehen werden; denn sie ist sicher die letztgültige Begründung für jenen Anspruch, auch wenn sie seit langem säkularisiert ist. Am deutlichsten wird der religiöse Charakter des Anspruchs in der Eingliederung der Altstadt von Jerusalem in den Staat Israel. Diese Eingliederung zeigt am entschiedensten die Weigerung Israels, der UNO-Resolution vom November 1967 zu gehorchen und die besetzten Gebiete wieder herauszugeben. „Jerusalem ist die Hauptstadt Israels, und ohne die Altstadt Jerusalems, das heißt ohne die ganze Heilige Stadt, wäre Israel ein Rumpf ohne Kopf" (Premierminister Levi Eshkol, Bonn, 10. Juli 1967, UP).

IV

Weil der Konflikt zwischen den Arabern und Israel wesentlich auf beiden Seiten eine religiöse Komponente hat und weil gerade an Jerusalem sich dieser religiöse Gegensatz entzündet, lohnt es sich, diesen Gegensatz in seiner Bedeutung zu überprüfen. Es kommt hinzu, daß neben den Juden und den Arabern auch die Christen ein besonderes Interesse an der Heiligen Stadt haben, auch wenn es sich nicht in einem Anspruch artikuliert.

Für die Christen ist Jerusalem einerseits die Stadt, in der Jesus gekreuzigt wurde, und an dieser Stadt hängt die Tradition seiner Erscheinungen als Auferstandener. Aber darüber hinaus verbindet diese Liebe zu Jerusalem die Christen mit den Juden. Paulus sammelte bei allen seinen Gemeinden eine Kollekte für Jerusalem (Römer 15,25 f), und er riskierte Freiheit und Leben, als er diese Kollekte zur Heiligen Stadt brachte. Für die Christen hängt die Erfüllung ihrer Hoffnungen auf das Gottesreich an dieser Stadt, am Berge Zion; denn die Christen haben die alttestamentlichen Verheißungen übernommen, die jene Stadt als die Metropole des Gottesreiches bezeichnen, von der das Gesetz Gottes in alle Welt gehen soll (Jesaja 2, 3; Micha 4, 1—3). Gerade indem die Christenheit damit den jüdischen Glauben in bezug auf Jerusalem aufnimmt, kann sie aber auch den Anspruch Israels auf die Heilige Stadt zumindest modifizieren. Eine exklusiv jüdische Stadt Jerusalem widerspricht dem, was Israel selbst als die Erfüllung seiner Hoffnung und der ihm gegebenen Verheißungen erwartet. Eine Restaurierung des Reiches David mit Jerusalem als Hauptstadt, ein rein jüdischer Staat Israel, wie er als Ziel der israelischen Politik erscheint, würde einen Rückschritt in der Geschichte bedeuten; würde nur bedeuten, daß eben ein Reich restauriert wird, das nur noch in seinen lokalen Dimensionen dem Reich Davids und Salomos entspricht. Es würde eine kurzfristige Wiederholung des makkabäischen Experiments bedeuten. Die Araber weisen darauf hin, daß die Kreuzritter fast 300 Jahre lang ein Reich in Palästina errichtet hatten und dann doch wieder abziehen mußten. Sie könnten noch besser auf jene kurze Dauer von knapp 100 Jahren verweisen, die das Reich der Makkabäer hatte, um dann sang- und klanglos zu einer römischen Provinz zu werden. Die Restaurierung eines jüdischen Staates im Heiligen Land wäre nichts, was Zukunft verheißt, sondern es wäre in jeder Beziehung nur ein Rückschritt, der allem widerspricht, was Israel als Verheißung gegeben ist.

Erkennt man diesen Widerspruch zwischen dem Anspruch, der von der Regierung Israels erhoben wird, und dem, was tatsächlich als Verheißung über dem Volk und Land Israel steht, dann wird verständlich, daß die Etablierung des Staates Israel zu einer Kolonialherrschaft führte, die jetzt unter dem kolonialistischen Einfluß der Vereinigten Staaten immer deutlicher in Erscheinung tritt. Der Großmachtanspruch, der von einem jüdischen Staat vom Euphrat bis zum Nil redet,

die Drohung, die Araber in die Wüste zu treiben, widerspricht absolut allem, was aus dem Alten Testament an Verheißung für das Volk Israel entnommen werden kann.

Ist dies erkannt, so wird auch eine sachliche Auseinandersetzung mit dem arabischen Anspruch auf Jerusalem möglich. Auf einem internationalen Seminar in Beirut hat Father Youakim Moubarac aus dem Libanon die Bedeutung Jerusalems für den Islam dargelegt. Sie liegt einerseits darin, daß nach islamischer Überlieferung der Tempelplatz in Jerusalem der Opferfelsen Abrahams ist. Zu dieser Bedeutung kommt das Zeichen Jesu, der im Tempel dargestellt wurde. Darum hieß die El-Aqsa-Moschee ursprünglich die Kapelle des Zacharias. Abrahams Opferstätte und der Ort der Darbringung Jesu ist aber für den Islam zugleich der Ort des Jüngsten Gerichts, also der Ort, wo das kommende Gottesreich seinen Ausgangspunkt hat. Während die Christen den Juden die Verheißung entreißen wollten, um sie eifersüchtig zu bewahren, verkündigt der Islam die Verheißung, die Abraham gegeben wurde, für alle Völker, die wie er an den einen Gott glauben.

Während arabischer und jüdischer Nationalismus diese ursprüngliche Einheit, die religiös in beider Erwartung begründet ist, zerrissen haben, hat der christliche Anspruch auf das Monopol des rechten Glaubens die eigene Berufung in das Gegenteil verkehrt. Anstatt für Juden und Heiden die Einheit zu proklamieren, anstatt von daher Jerusalem zu der Stadt werden zu lassen, von der das Gesetz in alle Welt ausgeht, haben sie das Monopol beansprucht und dadurch jene Pervertierung der jüdischen Hoffnung verursacht, die im gegenwärtigen Nationalismus in Israel ihren Ausdruck findet. Father Moubarac schloß sein erwähntes Referat mit der Feststellung: „Das islamische Verständnis Jerusalems erhebt diese Konfrontation der drei Glaubenshaltungen geradezu zu einer ökumenischen Aufgabe — es geht nicht um den Kampf, es geht um das Zeugnis einer größeren Liebe und um brüderliche Gemeinsamkeit."

Es mag utopisch erscheinen, in der gegenwärtigen Situation Hoffnungen auf eine Verwirklichung derartiger Vorstellungen zu hegen. Wohl aber lassen sich im Gespräch von daher bestimmte Vorstellungen in Israel, die augenblicklich die Politik der Regierung Israels bestimmen, korrigieren. Es läßt sich vor allem im christlich-jüdischen Gespräch frei von allen Ressentiments aufdecken, daß jener Kolonialismus, der sich nach dem Juni-Feldzug nicht mehr bestreiten läßt, allem widerspricht, was Israel an Verheißungen gegeben wurde.

V

Dieses entscheidende Kriterium aus dem Alten Testament gegen einen kolonialistischen und imperialistischen Staat Israel, gegen die Politik der gegenwärtigen Regierung Israels läßt sich noch konkreter aufzeigen. Martin Buber berichtet, daß Max Nordau, als er zum erstenmal von der Existenz einer arabischen Bevölkerung in Israel hörte, zu Theodor Herzl lief und ausrief: „Ich wußte das nicht, aber dann begehen wir ja eine Ungerechtigkeit!" Dieser Ausruf zeigt die Kurzsichtigkeit der zionistischen Politik, die tatsächlich so getan hat, als wäre Palästina das Land ohne Volk für ein Volk ohne Land. Damit brauchen jedoch keineswegs die Gründe für eine Rückkehr der Juden in das Land Israel außer Kraft gesetzt zu werden; ausgeschlossen ist lediglich die Möglichkeit einer kolonialistischen Besiedlung des Landes, wie sie vom Zionismus betrieben wurde. Auch nach jüdischem Verständnis ist der Araber in Palästina der Nächste, von dem es 3. Mose, 19, 18 heißt: „Er ist wie du!"

Der Rückgriff auf dieses Gebot der Nächstenliebe, das in der christlichen Tradition sich stets durchaus ungefährlich neben und abseits der Politik als individualethisches Gebot behauptet hat, erscheint zunächst als politisch unwirksam. Aber dieser Anschein ist in der genannten christlichen Tradition begründet. Einerseits hat das Gebot in seiner alttestamentlichen Formulierung, die bis heute im Judentum gültig ist, einen direkten sozialen Aspekt, und andererseits sind bis in die Politik des Staates Israel hinein die religiös begründeten Gebote anders wirksam, als wir es für möglich halten. Die Annexion der Altstadt Jerusalems etwa ist ausschließlich derart begründet. Und diese Begründung ist nicht nur eine abstrakte Rechtfertigung einer politischen Maßnahme, sondern im Bewußtsein der Bürger Israels durchaus lebendig. Eine Argumentation, die von den gleichen religiösen Prämissen ausgeht, könnte also bei den Bürgern Israels durchaus Gehör finden und von daher politisch wirksam werden.

Der Wortlaut jenes Gebotes besteht aus drei gleichwertig nebeneinander stehenden Sätzen: Liebe deinen Nächsten; er ist wie du; ich bin Jahve (der Herr). In dieser Folge von Sätzen begründet der jeweils folgende den vorhergehenden. Die letzte Begründung für das Gebot ist also in dem Satz „Ich bin der Herr" genannt. Israel versteht seine eigene Existenz als gesetzt, gegeben und nicht aus eigenem Wirken erworben. Es führt seine Existenz auch nicht, wie andere Religionen, auf ein urzeitliches Schöpfungsdrama zurück, sondern es versteht sie als in einem geschichtlichen Ereignis mit dem Exodus aus dem Sklavenhause Ägypten gesetzt. Dieses Selbstverständnis Israels hat eine unmittelbare soziale Folgerung. Seine Existenz geht nicht auf mythische Vorväter zurück — in der Gestalt Abrahams wird lediglich jener geschichtliche Ursprung personifiziert —, sondern konkret auf die Befreiung aus der Sklaverei und die Hinführung in jenes Land, das darum für dieses Volk die Existenz in Freiheit bedeutet.

Von daher resultiert die Feststellung der Freiheit jedes Einzelnen: Er ist wie du! Das heißt, daß die eigene Freiheit nur so weit gegeben ist, als die Freiheit des anderen anerkannt und gewährleistet wird. Diese Anerkennung des anderen in seiner Freiheit ist dann aber die Erfüllung des Liebesgebotes; sie ist das, was dann im Gesetz und bei den Propheten die Gerechtigkeit Gottes genannt wird. Daß es sich dabei um einen sozialen Begriff handelt, wird etwa darin sichtbar, daß im alten Israel die Sklaverei als Institution nicht anerkannt war. Zwar hat sich im Laufe der Zeit auch in Israel Sklaverei als Folge sozialer Unterschiede ergeben. Aber das Sabbatjahr (jedes 7. Jahr) mußte stets die ursprünglichen Verhältnisse wieder herstellen. Jeder Sklave mußte nicht nur freigelassen werden, sein ehemaliger Herr mußte ihn überhäuft mit Geschenken aus seinem Hause entlassen (5. Mose, 15, 14). Das ist eine deutliche Anspielung auf den Exodus Israels aus Ägypten, bei dem das Volk ebenfalls mit Geschenken beladen das Sklavenhaus verließ. Welche Bedeutung dieses soziale Gebot hat, wird am deutlichsten daran, daß die prophetische Überlieferung den endgültigen Untergang Jerusalems im Jahre 587 damit verbindet, daß ein letzter Aufruf Gottes, alle Sklaven freizulassen, nicht eingehalten wurde (Jeremija 34, 8—22). Wie Israels Existenz in der Freiheit aller begründet ist, so ist sein Untergang die Folge der Versklavung eines Teils des Volkes.

Um die Bedeutung dieses religiös begründeten sozialen Modells für die gegenwärtige Politik des Staates Israel im Bewußtsein seiner Bürger zu erkennen, ist darauf zu verweisen, daß im Bewußtsein der Juden die Gesetzgebung vom Sinai, das Gesetz Gottes, das Israel gegeben ist, ebenfalls Vorbild für das Zusammenleben aller Menschen sein soll. Gott hat mit Israel modellhaft praktiziert, was

für alle Welt das Gesetz des Zusammenlebens sein soll. Darum galten die Gebote nicht nur für die Kinder Israels, sondern der Fremdling in den Toren der Städte Israels und Judas sollte in gleicher Weise den Schutz dieser Gesetze genießen. Modellhaft praktizierte Israel innerhalb der eigenen Grenzen, was für alle Welt gelten soll. Und die eschatologische Hoffnung Israels war darauf gerichtet, daß dereinst jenes Gottesgesetz für alle Welt gelten soll, so daß dann jener Friede, den das Gesetz innerhalb der Tore Jerusalems gewährte, überall herrschen wird.

VI

Als gegen Ende des 19. Jahrhunderts Juden begannen, in Palästina Siedlungen zu schaffen — noch ehe der Gedanke des Zionismus Gestalt gewonnen hatte —, geschah dies keineswegs im Gegensatz zur arabischen Bevölkerung, sondern durchaus im Einvernehmen und in Zusammenarbeit mit den Arabern. Dies gilt jedenfalls für die erste Rückwanderungswelle, die 1882 begann. Und im Gegensatz zu ihrer späteren Verwendung ist auch die umstrittene Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 keineswegs auf einen nationalen Judenstaat gerichtet, sondern sieht ausdrücklich die Wahrung der bürgerlichen und religiösen Rechte der nichtjüdischen Bewohner Palästinas vor. Daß die Rückwanderer das Land kolonisierten, das heißt, daß sie Ödland wieder fruchtbar machten, Sümpfe trockenlegten, schuf die Voraussetzung für das Zusammenleben zwischen Juden und Arabern in Palästina, insofern, als dadurch die Ernährung einer steigenden Bevölkerungszahl ermöglicht wurde. Wenn man heute die Erfolge der landwirtschaftlichen Nutzbarmachung des Negev sieht, so wird eindrücklich sichtbar, daß sowohl in Palästina selbst wie in den angrenzenden Gebieten genügend Land vorhanden ist, das angesichts der modernen technischen Möglichkeiten ein Zusammenleben von Juden und Arabern in diesem Gebiet ermöglichen kann.

Jene Zusammenarbeit der ersten Jahre der Rückwanderung, die Juden und Arabern Nutzen und bessere Lebensbedingungen schufen, ist auf größerer Basis auch heute noch zum Nutzen aller möglich. Sie wurde unmöglich gemacht, als jene Fraktion des politischen Zionismus sich durchsetzte, die anstatt in die Zukunft zu sehen und die Bedeutung Israels für die Völker in Rechnung zu stellen, sich ausschließlich an der Vergangenheit orientierte und die Restaurierung eines jüdischen Nationalstaates betrieb. Aber auch der erste Teilungsplan der UNO, der ein seltsames, ineinander geschachteltes Gebilde zweier Staaten, eines jüdischen und eines arabischen, vorsah, hatte die Möglichkeit einer Zusammenarbeit dieser beiden Staaten zur Voraussetzung. Er zielte — wenn man ihm überhaupt einen politischen Sinn unterlegen will — auf einen föderativen binationalen Staat von Juden und Arabern. Noch einmal wäre dadurch jene Rolle Israels eine geschichtliche Möglichkeit geworden, ein Zusammenleben verschiedener Völker in Frieden zu demonstrieren. Allerdings war die Voraussetzung schon lange durch die Mandatsregierung beseitigt worden.

Es ist wenig sinnvoll, ein Abwägen der Schuld zu versuchen und sich zu fragen, wer dafür verantwortlich ist, daß das Zusammenleben von Juden und Arabern in Palästina, die ursprüngliche Zusammenarbeit sich in einen Gegensatz verkehrte, dessen Schärfe dadurch gekennzeichnet ist, daß auf der einen Seite arabische nationalistische Führer proklamierten, sie wollten die Juden ins Meer treiben, während auf der anderen Seite israelische Politiker proklamieren, sie wollen die Araber in die Wüste treiben. Es hat keinen Sinn, danach zu fragen, welche Parole am Anfang stand und welche als Reaktion auf die der Gegenseite

verstanden werden kann. Nicht die extremen Parolen sind der rechte Ansatz, um die Ursachen dieser Entwicklung zu erkennen. Sie können höchstens dazu dienen, eine Rechtfertigung für die Parole der Seite zu liefern, mit der man sympathisiert. Lassen wir uns aber darauf ein, um von daher die israelische Politik zu rechtfertigen, so bedeutet dies Verzicht auf eine wirkliche Analyse der Entwicklung und damit Verzicht auf das Bemühen um einen Ausgleich, der dem jüdischen Volk in Palästina die ihm eigene, durch seine Tradition zugewiesene Rolle verschafft. Ist diese Rolle das modellhafte Zusammenleben der Völker in Frieden im Raume des alten Israel, in dem von Gott gegebenen Land, so müssen wir die Ursachen zu erkennen suchen, die diese um die Jahrhundertwende noch vorhandene Möglichkeit zunichte machten. Wodurch wurde aus den kolonisatorischen Anfängen der jüdischen Rückwanderer ein Kolonialismus, der nicht mehr in Zusammenarbeit mit den Arabern Land schaffte, in dem Araber und Juden zusammenleben konnten, sondern der eine Verdrängung und Unterjochung der Araber zum Ziel hatte?

Es ist hier nicht möglich, die einzelnen Interessen, die für diese Entwicklung verantwortlich sind, aufzuzählen. Aber sie lassen sich unter einem Begriff zusammenfassen: Es sind politische Interessen vor allem der Westmächte (England und USA), die im Vorderen Orient einen Brückenkopf schaffen und halten wollten gegen eine eventuelle Veränderung der Macht- und Gesellschaftsverhältnisse. Das Ölreservoir des Vorderen Orients sollte unter der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft der englischen und amerikanischen Gesellschaften bleiben. Und auf der anderen Seite unterstützte die Sowjetunion die arabischen Staaten um so mehr, je eindeutiger sichtbar wurde, daß die ursprünglichen Ansätze einer sozialistischen Gesellschaftsstruktur in den Kibbuzim von dem Einfluß des amerikanischen Kapitals überspielt wurden. Es gehört zur Tragik des jungen Staates Israel, daß er nur mithilfe dieses Kapitals, das vor allem von den Juden der USA gegeben wurde, lebensfähig war. Man kann von daher die Entwicklung als nahezu zwangsläufig bezeichnen. Aber der entscheidende Wendepunkt ist die Preisgabe der ursprünglichen Idee einer modellhaften Verwirklichung des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Nationalität und Religion in einer Gesellschaft, die als das Gottesreich die eschatologische Hoffnung und Verheißung Israels war. Ideologisch ist dies schon in Theodor Herzls Buch „Der Judenstaat" geschehen, und die zweite Rückwanderungswelle 1904 bis 1914 steht bereits stärker unter dem Gedanken eines jüdischen Nationalstaates als unter der eschatologischen Hoffnung.

Die Abkehr beider Seiten von der Zusammenarbeit und die Wendung zu einem unüberbrückbaren Antagonismus läßt sich in ihren letzten Ursachen nicht mehr erklären. Wohl aber ist festzustellen, daß am Anfang der Rückwanderung, der „Alijah", auf keiner Seite nationalistische Tendenzen herrschten. Juden und Araber standen unter türkischer Herrschaft, und soweit nationalistische Tendenzen zur Befreiung vom osmanischen Joch wirksam waren, standen Araber und Juden auf derselben Seite. Bis heute wird in der Propaganda der Araber darauf verwiesen, daß in einer Zeit, in der die Judenverfolgungen in allen europäischen Staaten selbstverständlich waren, die arabischen Völker den Juden stets eine Zuflucht gewährt haben. Erst die Wendung des Zionismus zu einem israelischen Nationalismus hat eine Wendung auch in der Beziehung zwischen Juden und Arabern gebracht. Damit soll nicht einmal den Zionisten eine Schuld an dieser Wendung zugeschoben werden; es geht ausschließlich um die Erkenntnis des sachlichen Grundes. Dieser sachliche Grund ist aber die so oder so verursachte Preisgabe des messianischen Gedankens an ein „Reich", in dem die Völker in Frieden

miteinander leben können. Dieser Gedanke ist jedoch bis heute selbst in Israel nicht völlig verschüttet, und es ist nach Möglichkeiten zu suchen, ihn wieder neu zu beleben.

VII

In einem kleinen informatorischen Handbuch über Israel findet sich am Ende des historischen Überblicks die Feststellung, daß der Staat Israel „mit der Absicht gegründet wurde, die Sache des Friedens zu fördern und beizutragen zur Erfüllung der Verheißung der Propheten: ‚Völker werden fürderhin nicht mehr das Schwert gegen einander erheben, und das Kriegshandwerk wird man nicht mehr erlernen' (Jesaja II,4)." Dieses Handbuch wurde im Jahre 1965 gedruckt und ist von der Zuversicht getragen, daß nach dem Rückzug der israelischen Truppen aus den 1956 besetzten Gebieten Friede herrscht und die Kräfte der israelischen Bürger jetzt für den Aufbau eingesetzt werden können. Es zeigt sich damit, daß jener Ansatz der ersten Rückwanderungsbewegung noch nicht völlig geschwunden ist, und es ergibt sich daraus die Möglichkeit, trotz aller enthusiastischen Reaktionen der Bevölkerung auf die Eroberung der Altstadt Jerusalems und des Westufers des Jordans auf jene Zielsetzung der Rückwanderung zu verweisen, die seit der Etablierung des Staates Israel zwar nicht preisgegeben, jedoch praktisch permanent negiert wurde, wie es die faktische Diskriminierung der arabischen Bevölkerung auch vor dem Juni-Krieg 1967 in Israel zeigt. Die Folgen des Juni-Krieges haben jedoch diese Wandlung der Zielsetzung derart offensichtlich gemacht, daß jener Satz des offiziellen Handbuches heute nicht einmal mehr theoretische Geltung beanspruchen kann.

Für eine Wiederbelebung dieser ursprünglichen Zielsetzung der „Alijah" (Rückwanderung) im politischen Leben bieten sich zwei Möglichkeiten. Die eine muß auf die direkte politische Auseinandersetzung mit der Regierung Israels in der Öffentlichkeit zielen, die andere kann über die Gesellschaften christlich-jüdischer Zusammenarbeit gehen.

1) In der direkten politischen Auseinandersetzung ist zuerst jener Mythos von der unmittelbaren militärischen Bedrohung des Staates Israel 1956 und 1967 der Kritik zu unterziehen. Für die Beobachter in Europa erscheint diese Bedrohung einfach durch die Zahlenverhältnisse als erwiesen. Der Staat Israel mit den unnatürlichen Grenzen ist eine Insel in einem feindlichen Meer, umgeben von den Armeen einer Vielzahl arabischer Staaten. Dem europäischen Beobachter erscheint der Kampf Israels gegen die arabischen Staaten als ein Kampf Davids gegen Goliath. Aber dieser Schein trügt ebenso wie die Zahlenverhältnisse. Tatsächlich stand der wohl durchorganisierten israelischen Armee eine Masse von Arabern gegenüber, die außer den fanatischen Parolen ihrer Anführer nichts hatten, um sich der Armee Israels auch nur zu erwehren. Die modernen Waffen, die auf der Sinai-Halbinsel standen, konnten nicht in Aktion treten, weil die arabischen Soldaten sie nicht einmal bedienen konnten. Wer die Diskrepanz zwischen modernen Maschinen und der hoffnungslosen Unfähigkeit der Araber, sich dieser Maschinen durch eine entsprechende Organisation zu bedienen, nur einmal auf dem Kairoer Flughafen erlebt hat, kann nicht mehr daran glauben, daß eine reale Bedrohung nach dem Waffenstillstand von 1949 und der Organisation der israelischen Armee in den vorhergegangenen Kämpfen jemals bestanden hat. Sie besteht auch bis heute nicht. Niemand kann natürlich sagen, wie lange es dauern wird, bis es den arabischen Staaten mit Hilfe der ausländischen Unterstützung gelingen wird, sich der modernen Waffen tatsächlich zu bedienen und jenes Ge-

fälle in der Effektivität der Rüstung auszugleichen oder gar umzukehren. Aber bis dies der Fall sein wird, ist die Möglichkeit gegeben, die Regierung Israels zu einer Rückkehr zur ursprünglichen Konzeption des eigenen Staates zu bewegen.

Das faktische Kräfteverhältnis macht ebenso die Forderung der arabischen Staaten verständlich, daß die Verhandlungen über eine friedliche Regelung des Konfliktes nicht einfach zweiseitige Verhandlungen zwischen Israel und seinen einzelnen arabischen Nachbarn sein sollen. Sie müssen befürchten, daß derartige Verhandlungen zu einem Diktat führen, bei dem nicht Gerechtigkeit, sondern die Machtverhältnisse das Ergebnis bestimmen.

Um die Regierung Israels dazu zu bewegen, Verhandlungen auf breiterer Basis zuzustimmen, ist auf einen Faktor hinzuweisen, der immer deutlicher die tatsächlich bestehende Gefährdung des Staates Israel bedeutet: auf den immer intensiver werdenden Guerilla-Krieg, vor allem in den besetzten Gebieten. Für diesen Krieg brauchen die Araber keine ausgebaute Organisation. Die verschiedenen Aktionen zeigen wenig Koordinierung, dagegen mehr Spontaneität. Gerade die Sinnlosigkeit vieler Aktionen läßt diese nicht als Teile eines durchdachten Planes erscheinen, sondern eher als Verzweiflungsakte. Könnte man von daher noch relativ gelassen auf diese Aktivität sehen und argumentieren, daß sie zwar Menschenleben fordern wird, aber nicht einen Staat erschüttern kann, so gibt es andere Anzeichen, die diese Gelassenheit verbieten.

Das Bündnis zwischen der Palästinensischen Befreiungsfront und den Regierungen der arabischen Staaten ist mehr und mehr in die Brüche gegangen, seit sich die blutrünstigen Parolen Schukeiris als Bluff erwiesen und seit jene Armee der Befreiungsfront sich als ebenso wenig schlagkräftig erwies wie die der arabischen Staaten. Teile dieser Befreiungsfront haben begonnen, selbständig und unabhängig von den Regierungen zu agieren. Diese Aktivität beschränkt sich aber nicht auf Sabotageakte, sondern sie hat ihr Schwergewicht in der Ausbildung der Jugend. Es ist eine dritte Kraft zwischen der Regierung und Armee Israels auf der einen Seite und den Regierungen der arabischen Staaten auf der anderen Seite im Entstehen. Diese dritte Kraft hat ausdrücklich jenem Ziel abgesagt, das propagandistisch bis zum Juni-Krieg die Araber geeint hat: den Staat Israel auszulöschen und die Juden ins Meer zu treiben.

Wenn man auf der 2. internationalen Konferenz zur Unterstützung der arabischen Völker in Kairo arabische Delegierte darauf ansprach, daß der Juni-Krieg eine Präventivmaßnahme Israels angesichts der Parolen von Schukeiri gewesen sei, wurde ausdrücklich bedauert, daß Schukeiri damals mit offizieller Billigung derart geredet habe. Er habe jetzt aber keine Bedeutung mehr. Zwar versuchte man, auch für ihn Verständnis zu gewinnen, da er eben vertriebener Palästinenser sei, aber es waren nur schwache Versuche ohne wirkliche Überzeugung. Demgegenüber proklamierte auf der Schlußversammlung jener Konferenz am 28. Januar 1969 der offizielle Vertreter der „Al Fatah" als das Ziel seiner Bewegung „einen säkularen demokratischen Staat in Palästina, in dem Christen, Moslems und Juden in Frieden miteinander leben können". Es wäre falsch, diese von der ganzen Versammlung spontan applaudierte Erklärung dahin zu überschätzen, als bedeute sie bereits eine de facto-Anerkennung des Staates Israel. Und auch eine in die gleiche Richtung gehende Erklärung des ägyptischen Präsidenten darf nicht überinterpretiert werden. Wohl aber darf darin ein Ansatz für mögliche Verhandlungen gesehen werden, die den Staat Israel als bestehend voraussetzen. Diese politische Möglichkeit darf nicht dadurch verscherzt werden, daß die Regierung

Israels weiter eine imperialistische Politik verfolgt, die ein „größeres Israel" zum geheimen Ziel hat und immer offensichtlicher sich als Statthalter der USA im Vorderen Orient erweist. Die Regierung Israels sollte aufmerksam registrieren, daß auf jener Konferenz in Kairo Delegationen der lateinamerikanischen Staaten, der afrikanischen Staaten und der Befreiungsbewegungen in den noch bestehenden afrikanischen Kolonien die Auseinandersetzung zwischen Israel und den arabischen Völkern sehr nachdrücklich in die Parallelität zu dem Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt schoben. So absurd es klingt, wenn die Struktur des Staates Israel der der Südafrikanischen Union parallel gesetzt wurde, die Diskriminierung der Araber in Israel und den besetzten Gebieten als Apartheidpolitik bezeichnet wurde — es muß registiert werden, daß die Politik der Regierung Israels unter den Völkern und Staaten der Dritten Welt diesen Eindruck erweckt. Israel als Repräsentant der Kolonialmacht USA im Nahen Osten steht auf einem verlorenen Posten angesichts der Emanzipation der Völker der Dritten Welt. Darum sollte die Regierung Israels die entsprechenden Konsequenzen ziehen, damit ein solcher Eindruck korrigiert wird.

2) Es wird wenig Erfolg haben, wenn man die Regierung Israels auf den religiösen Aspekt der eigenen Politik verweisen wollte, obwohl ein derartiger Verweis keineswegs sinnlos ist. Ist es tatsächlich das Ziel des Staates Israel, die Sache des Friedens zu fördern und zur Erfüllung der prophetischen Verheißungen beizutragen, so steht die gegenwärtige Politik in krassem Gegensatz zu diesem Ziel. Aber eine der Machtpolitik verfallene Regierung ist darauf schwer ansprechbar, vor allem, wenn diese Machtpolitik Erfolge vorweisen kann, deren Moshe Dajan sich rühmt. Eher erscheint es sinnvoll, in den christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften die Diskrepanz zwischen der gegenwärtigen Politik Israels und der Zielsetzung des Staates Israel zur Geltung zu bringen. Es muß jene pauschale Identifizierung zwischen dem jüdischen Volk, dem Staat Israel und der Regierung und Armee Israels durchbrochen werden. Diese Identifizierung ist unter den Christen ja gerade das Ergebnis des antisemitischen Traumas, das jede rationale Beurteilung des Konflikts verhindert.

Gerade für eine Beurteilung, die die christlich-jüdische Überlieferung als Einheit versteht und von daher zur politischen Situation Stellung zu beziehen sucht, muß die Regierung des Staates Israel als säkulare Größe gelten, deren Politik darum rationaler Beurteilung offen ist. Auf der anderen Seite müßte den jüdischen Partnern im christlich-jüdischen Gespräch aufgrund des ihnen eigenen Bewußtseins der eschatologischen Verheißung die Diskrepanz dieser Hoffnung zu der machtpolitischen „Realisierung" einsichtig gemacht werden können. Es muß festgestellt werden, daß ein jüdischer Nationalstaat jedweder Größe nichts zu tun hat mit der eschatologischen Hoffnung und ihrer allmählichen Erfüllung. Der jüdische Nationalstaat kann nur eine Restaurierung des davidischen Reiches, eine Wiederholung des Experiments der Makkabäer bedeuten — und nicht einmal dies bedeutet der gegenwärtige Staat Israel unter seiner augenblicklichen Führung. Es wäre leicht, aus den Propheten Urteile zu zitieren, die sich auf die Allianz des Königs von Juda mit einer der damaligen Großmächte beziehen und den Untergang voraussagen. Daß die Politik der Regierung Israels auf einer gleichen verderblichen Allianz begründet ist, müßte das gleiche Unheilsurteil hervorrufen. Dennoch ist die Abhängigkeit Israels von den USA eher Symptom als die eigentliche Ursache des Irrweges. Dieser begann mit der Preisgabe der eschatologischen Hoffnung und dem Wandel im Selbstverständnis der jüdischen Rückwanderer. Soweit sie sich nicht mehr als Avantgarde für ein neues Zusammenleben der Menschen und Völker verstanden, sondern als Anfang eines National-

staates, wurde der Konflikt unvermeidbar. Es mag paradox erscheinen, daß Christen, in deren Tradition die eschatologische Hoffnung bereits viel länger erstorben ist, ihre jüdischen Freunde zu dieser Hoffnung zurückrufen sollen. Dennoch ist dies in der gegenwärtigen Situation ihre Aufgabe, resultierend aus der theologischen Entwicklung.

Wenigstens einem Teil der christlichen Theologen ist das Trauma des Antisemitismus bewußt geworden. Die Möglichkeit einer rationalen Reflexion der Gründe für dieses Trauma war gegeben und ist weithin genutzt worden. Zumindest ist eine christliche Wurzel des Antisemitismus heute erkannt, und sie erscheint als unmittelbare Folge des Verlustes der eschatologischen Hoffnung innerhalb der Christenheit. Darum geht in der Theologie der Wiedergewinnung der Kontinuität von Judentum und Christentum die Wiedergewinnung der eschatologischen Hoffnung parallel. Soweit die Christenheit sich ihres alttestamentlich-jüdischen Erbes wieder bewußt wird, wird ihr Blick notwendig wieder auf die eschatologische Zukunft gerichtet. Diese Wendung ist bei den christlichen Partnern des christlich-jüdischen Gesprächs zwangsläufig deutlicher als bei den jüdischen Teilnehmern. Die Christen mußten eine Wendung vollziehen, um überhaupt mögliche Gesprächspartner der Juden zu werden. Sie mußten zumindest eine kritische Position gegenüber der eigenen vom Hellenismus bestimmten Tradition einnehmen. Sie mußten dort wieder anknüpfen, wo der Bruch mit Israel in der frühen Kirche erfolgt ist, und sie mußten die Gründe für diesen Bruch kritisch untersuchen. Dabei erwies sich, daß die Konsolidierung der christlichen Kirche in dieser Welt, die Ausprägung eines metaphysischen Lehrsystems wesentliche Faktoren für die Trennung von Israel waren. Voraussetzung für alle diese Faktoren war aber der Verlust der eschatologischen Erwartung.

Wenn es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder zu echten Gesprächen zwischen Christen und Juden gekommen ist, bei denen von vornherein zugestanden wird, daß auf seiten der Christen das wesentliche, notwendige Interesse an diesen Gesprächen besteht, so liegt in derartigen Gesprächen die Chance, daß auch die jüdischen Partner die eschatologische Ausrichtung des Glaubens als ihnen selbst eigen wiedererkennen, obwohl sich bei ihnen in der Zerstreuung der gleiche Prozeß der Konsolidierung innerhalb dieser Welt vollzogen hat. Das christlich-jüdische Gespräch hat somit die Möglichkeit, beiden Partnern zu helfen, die eigene Identität wiederzugewinnen. Das würde aber bedeuten, daß die Christen mehr und mehr zu jener Differenzierung zwischen der Regierung Israels, der Bevölkerung des Staates Israel und dem jüdischen Volk sich bereit finden. Damit wäre ein Schritt getan, jenes Trauma des Antisemitismus zu überwinden, anstatt es durch einen Philosemitismus nur zu kompensieren. Die Christen wären in der Lage, ihre jüdischen Gesprächspartner darauf anzusprechen, daß die Politik der israelischen Regierung ein aller Kritik bedürftiges säkulares Geschehen ist. Sie könnten den israelischen Bürgern helfen, jene Anklagen aus der Dritten Welt nicht einfach als böswillig und antisemitisch beiseite zu schieben, sondern sie ernst zu nehmen, auch dann, wenn man diese Vorwürfe nicht als berechtigt anerkennen kann. Es wäre jedenfalls die Frage ermöglicht, welche Aktionen der israelischen Regierung und Armee Ursache für solche Vorwürfe sind. Man könnte um eine gegenüber dem US-Kolonialismus selbständige Politik Israels bemüht sein und etwa das Verhalten gegenüber der arabischen Bevölkerung wie gegenüber den arabischen Flüchtlingen revidieren. Als säkularer Staat müßte Israel eine stärkere Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft der UNO sichtbar werden lassen.

Es mag sein, daß aus derartigen christlich-jüdischen Gesprächen sich kaum unmittelbare Fortschritte ergeben. Dennoch brauchen die Möglichkeiten nicht unterschätzt zu werden, die in diesen Gesprächen liegen. Ihr Interesse ist auf beiden Seiten nicht nur ein religiöses, sondern es ist primär das humanitäre Interesse am gegenseitigen Verstehen. Darum muß es darauf gerichtet sein, was als das religiöse Ziel der Funktion Israels erscheint: ein Modell für das Zusammenleben der Völker zu entwickeln, das den prophetischen Verheißungen entspricht. Daß dies konkret am Zusammenleben mit den Arabern zu praktizieren ist, läßt sich nicht bestreiten. Von daher ergeben sich die konkreten politischen Folgerungen sowohl für die Bürger des Staates Israel wie für die Gesprächspartner der europäischen Staaten.

Tirono Gómez

Opposition in Spanien

Der nachfolgende, aus verständlichen Gründen unter Pseudonym erscheinende Aufsatz stammt aus der Feder eines in Spanien lebenden jungen katholischen Priesters. Obwohl der Ausnahmezustand in Spanien zwischen Abfassung und Veröffentlichung formal wieder aufgehoben worden ist, dürften diese Betrachtungen eines Eingeweihten nichts von ihrem Interesse eingebüßt haben. Wir veröffentlichen sie aus Anlaß jenes Tages Anfang April 1939, da das spanische Volk vor nunmehr 30 Jahren unter faschistische Diktatur geriet. D. Red.

I

Seit Ende Januar 1969 ist Spanien ein aktuelles Thema der Weltpresse. Die Verhängung des Ausnahmezustandes über das ganze Land wurde als ein außerordentliches Ereignis empfunden; dabei bedeutet dieser Vorgang nichts anderes, als daß jetzt auch von offizieller Seite der richtige Name für die politische Situation in Spanien gebraucht wird.

Der jüngste Versuch des Franco-Regimes, sich der Opposition zu entziehen, beweist die politische Schwäche dieses Systems. Hier wurde versucht, durch Ausschaltung der Opposition als organisierte Gruppe die inneren Gegensätzlichkeiten der eigenen Politik zu kompensieren. Darum will dieser Beitrag mit einer Charakteristik verschiedener oppositioneller Gruppierungen nicht eine formale Begründung oder Erklärung für die Verhängung des Ausnahmezustandes als einen Akt liefern, sondern will die logische Notwendigkeit der Opposition klar machen, die sich unmittelbar aus den Widersprüchen der spanischen Regierungspolitik ergibt.

Darum muß zunächst die Rede sein von der Armee als der traditionell tragenden Säule des Regimes. Der Hauptmann Julio Busquets, der 1968 in seinem Buch „El Militar de Carrera en España" [1]) die erste spanische Untersuchung über das Militärwesen im heutigen Spanien angestellt hat, spricht von drei Generationen der Armee: die afrikanische Generation (generación africanista) sitzt heute in den Spitzenorganisationen, steht aber unmittelbar vor ihrem Abtreten; die Hilfsleutnante des Bürgerkrieges (alféreces provisionales) bekleiden die oberen Ränge und haben eine dogmatische Kreuzzugsideologie entwickelt; die Nachkriegsgeneration (generación de la postguerra) dient in den unteren und mittleren Rängen und ist gesprächsbereit und bemüht sich ohne Dogmatismus und mit Sachverstand um eine Reform der Armee. Die Zukunft Spaniens hängt weitgehend davon ab, wie sich diese drei Generationen untereinander und mit der Öffentlichkeit verständigen; denn „erst 1980 werden alle Militärs, die aus der Zeit vor dem Bürgerkrieg und aus dem Bürgerkrieg hervorgegangen sind, abgetreten sein". Vielleicht kann man erst dann erreichen, was der General Díaz Alegria kürzlich aussprach: „Es geht darum, daß die Armee zu der Überzeugung kommt, daß die Streitkräfte im eigenen Land sich am Rande der politischen Auseinandersetzung aufhalten müssen."

Daß die Armee oder doch ein Teil der Armee zu einem für die Regierung gefährlichen Element geworden ist, legt schon der Umstand nahe, daß in den Kasernen von Madrid und Valencia gleich zu Beginn des Ausnahmezustandes mehrere Offiziere festgenommen wurden. Aber schon Anfang vergangenen Jahres war ein Putschversuch aufgedeckt worden, den eine Gruppe von Militärs plante (darunter auch der damalige Vizepräsident General Muñoz Grandes), die die angeblich zu weiche Haltung der Regierung gegenüber der studentischen Opposition verurteilten und den Liberalisierungsprozeß in Spanien als nicht vereinbar mit der Revolution von 1936 bezeichneten. Diese „harten Männer" bekämpfen alles, was die Macht der Armee einschränken könnte. Sie sind auch als die Initiatoren des derzeitigen Ausnahmezustandes anzusehen. Sie wünschen einen Franco-Nachfolger, der noch autoritärer regiert als dieser selbst, und suchen dafür durch einen scharfen Rechtskurs die Vorbedingungen zu erstellen. Dabei spielen die Äußerungen Francos über einen monarchischen Nachfolger eine nicht unwesentliche Rolle, da sie in einem Monarchen eine Gefahr für den Einfluß der Armee sehen.

Im Zusammenhang mit dieser Rechtsströmung muß eine andere Organisation erwähnt werden, die in ähnlicher Nähe zur Macht steht wie die Armee: das „Opus Dei".

„Opus Dei" ist eine religiöse Organisation von Laien und Priestern, die nach dem Willen ihres Gründers Escrivá „niemals in weltliche, zumal politische Angelegenheiten verwickelt" werden sollte. Heute ist diese Vereinigung eine der einflußreichsten und machtvollsten im wirtschaftlichen und politischen Leben Spaniens. Franco scheint in der Tat nahezu alle Hebel der Wirtschaft in die Hände der Anhänger des „Opus" gelegt zu haben. Der Minister für Entwicklungsplanung López Rodó, der Handelsminister García Moncó, der Industrieminister López Bravo, der ehemalige Finanzminister und heutige Zentralbankleiter Navarro Rubio und der Botschafter und ehemalige Handelsminister Alberto Ullastres sind Mitglieder dieser Organisation. Die Spanische Volksbank, ein privates Geldinstitut, das 13 andere Banken und Versicherungsgesellschaften, 16 Grundstücks- und Baufirmen sowie einen Chemie-Konzern mit 15 Betrieben kontrolliert, wird ebenfalls von „Opus"-Leuten beherrscht.

[1]) Julio Busquets, El militar de carrera en España, Barcelona 1968.

Das „Opus Dei" hat in Spanien etwa 25 000 Anhänger, die zur militanten Bourgeoisie zu rechnen sind. Das „Opus" hat sich großen Einfluß in der Regierung verschafft, möchte sich aber nicht die offene Gegnerschaft der Linken zuziehen. So vertritt es in seinen Publikationen bisweilen die gegensätzlichsten Auffassungen. Auf diese undurchsichtige Weise hat sich das „Opus Dei" zu einer entscheidenden Stütze des Regimes entwickeln können. Francos alte Bürgerkriegsgarde war nämlich den Anforderungen einer modernen Wirtschaftspolitik nicht gewachsen. Mitte der fünfziger Jahre zeichnete sich eine Katastrophe ab: die Produktion stagnierte, der Kurs der Pesete sank, die Devisenkasse war leer. Amerika, das 1953 mit Spanien einen Militärvertrag abgeschlossen hatte und entsprechende Wirtschaftshilfe zahlte, drängte die Regierung, sich aus der Isolation zu befreien. Zu diesem Zweck holte der Caudillo neue Männer in das Kabinett: weder Falangisten noch Militärs, sondern Wirtschaftsfachleute — Technokraten mit religiösem Habitus aus dem „Opus Dei". So rückten 1957 Alberto Ullastres als Handelsminister und Navarro Rubio als Finanzminister als erste Vertreter des „Opus" in Regierungsämter auf. Damit hatte für Spanien die Ära der Technokraten begonnen: „Wir haben keine politischen Probleme; es gibt bei uns nur Wirtschafts- und Verwaltungsprobleme." Das „Opus Dei" gründete in Pamplona eine eigene Universität, die seinem Nachwuchs eine hochqualifizierte technokratische Ausbildung vermittelt. So kamen Jahre voller Enthusiasmus für diesen noch neuen Regierungsstil, der allerdings eine totale Entpolitisierung bewirkte. Dank den Technokraten von „Opus Dei" hat Franco auf diese Weise eine politische und wirtschaftliche Krise vorläufig überwunden. Er mußte dafür aber das „Opus Dei" als Nachfolger der Falange als neuen Partner in Kauf nehmen, ohne daß „Opus" ihm eine Dauerlösung ermöglicht hätte. „Wie es scheint, gibt es nur eine Lösung. Aber diese Lösung, die uns retten könnte, bringt eine hohe Dosis politischer Bestandteile mit. So kommen wir wieder auf denselben Punkt: den Primat der Politik" [2]).

Hier bedeutet das „Opus" mit seiner rein pragmatischen Programmatik, mit seinen ständigen Versuchen in Richtung auf eine Umarmung der Regierung, mit seinem religiösen Charakter nur ein Hindernis für eine rechte Entwicklung Spaniens. Denn es löst die grundlegenden Probleme nicht. Es schafft nur Verhältnisse, die eine klare Sicht der gesellschaftlichen Fragen verhindert. Damit vertuscht es einerseits die Widersprüche des Systems und lähmt andererseits alle Initiative, die jene bereinigen will.

II

Wenn so das „Opus Dei" unter christlichen Vorzeichen seine systemtreue Politik betreibt, vertritt es damit noch den weitaus größten Teil der katholischen Kirche in Spanien. Nach wie vor bestehen nämlich engste institutionelle und finanzielle Beziehungen von Staat und Kirche, die die offizielle Kirche eng an das System Francos binden. Allmählich werden jedoch auch in der Kirche Stimmen der Kritik laut. Noch befinden sich diese innerhalb der Kirche in der Minderheit. Trotzdem sind sie eine der stärksten oppositionellen Kräfte, da das Regime bisher jede Opposition als „kommunistisch" abtat und aus den Reihen der katholischen Kirche [3]) hierfür sein ideologisches Rüstzeug erhielt. Wenn dem Regime jetzt von

---

2) Prof. M. Jiménez de Parga, der gleich nach Verhängung des Ausnahmezustandes inhaftiert wurde, am 20. 5. 1967 in der Zeitschrift „Destino", S. 14.

3) „Der spanische Staat sieht als höchste Ehre an die Hochachtung des Gottesgesetzes nach der Lehre der Heiligen, Katholischen, Apostolischen und Römischen Kirche, der einzigen, wahren Kirche, deren Glauben — vom nationalen Gewissen nicht trennbar — seine Gesetzgebung anleiten wird" (II Principio del Movimiento Nacional).

dort her Kritik widerfährt, bewirkt das zwangsläufig einen kräftigen Auftrieb für alle anderen oppositionellen Strömungen, da dem Gegner einer seiner hilfreichen Anhänger verloren geht. Die Regierungskreise scheinen das klar erkannt zu haben. Denn ein großer Teil der nach der Verhängung des Ausnahmezustandes Inhaftierten stammt aus der katholischen Laienbewegung oder gehört dem Klerus an.

Die Laienbewegung war lange Zeit die einzige Trägerin der katholischen Kritik. Vom Episkopat wurde sie anfangs deswegen scharf verurteilt. Bischöfe, die durch ihre Mitgliedschaft in den Cortes und durch ihren Treueeid [4]) auf den Staatschef auf das entschiedenste politisierten, warfen der Bewegung vor, sie treibe Politik, während doch das Christentum keine Politik sei. Heute werden diese Anliegen der Bewegung in immer stärkerem Maße vom niederen Klerus aufgegriffen und werden auch schon von einigen Bischöfen vertreten:

„Ständig ist unser Volk Opfer der Drohungen, Verhaftungen und barbarischen Mißhandlungen, die gegen die Bürger — besonders die jungen — angewandt werden wegen dieser Delikte: sich zu versammeln, Meinungen auszusprechen und gegen die Umtriebe der Autorität zu protestieren. Geräuschlos sickert der Terror in das Bewußtsein der Menschen, die nicht wagen, Verantwortung oder irgendein Recht zu beanspruchen, das die zivilisierte Welt für natürliches und unbedingt notwendiges Menschenrecht hält" [5]).

„Wir fordern jenen Dialog, in dem die verschiedensten Meinungen wirklich ausgesprochen werden können in Freiheit, Aufrichtigkeit, Klarheit und Liebe; in dem sich alle Regierenden und Regierten auf die Suche begeben nach gerechteren und vorteilhafteren Lösungen für die Gemeinden" [6]).

Diese Kleriker halten es für eine Pflicht der Kirche, die Meinungsfreiheit und alle anderen Menschenrechte zu verteidigen, auch wenn das als rein „politisch" bezeichnet und geahndet werden kann, erst recht, wenn es um eine Politik geht, „die sich christlich nennt, aber die Menschenrechte nicht respektiert" [7]).

„Es ist nicht genug, wenn Studenten sich auf's Studieren beschränken. Sie müssen die soziale, politische und wirtschaftliche Wirklichkeit des Landes, in dem sie leben, kennen ... Das Wichtigste für einen Studenten ist seine Bildung, und niemand kann sich bilden allein durch Studieren" [8]).

Überaus deutlich zeigten sich die Risse im ehemals so festgefügten monolithischen Block der Kirche nach der Verhängung des Ausnahmezustandes. Während die ständige Kommission der spanischen Bischofskonferenz ihre Unterstützung versprach für alle, „die sich für die Erhaltung des Friedens und der öffentlichen Ordnung einsetzen", wies der Erzbischof von Pamplona, Tabera, neben einigen anderen, einschränkend darauf hin, „daß die öffentliche Ordnung ein sehr kostbarer Wert ist — aber nicht der einzige, den man berücksichtigen muß". Es sei

---

4) „Vor Gott und den Heiligen Evangelien schwöre und verspreche ich, wie es einem Bischof geziemt, Achtung und Treue gegenüber dem spanischen Staat. Ich schwöre und verspreche, den Staatschef und die nach spanischem Gesetz eingesetzte Regierung zu achten und zu veranlassen, daß auch mein Volk dieselben achtet. Ich schwöre und verspreche auch, an keinem Beschluß mitzuwirken und keine Versammlungen zu besuchen, die der spanischen Regierung und der öffentlichen Ordnung Nachteil zufügen kann, und darauf zu achten, daß auch mein Klerus sich so verhält. Ich werde mich sorgen um das Glück und die Interessen des spanischen Staates. Ich werde versuchen, alles Übel, was ihn bedrohen könnte, zu vermeiden" (Treueid der spanischen Bischöfe an die Francoregierung).

5) Flugblatt, das von einer Gruppe von 60 Priestern während der Besetzung des Priesterseminars in Derio in der Diözese Bilbao im November 1968 herausgegeben wurde.

6) Aus einem Pastoralbrief des Bischofs von San Sebastián, Bereciartúa, vom 22. 8. 1968, der trotz der Intervention des Gouverneurs von San Sebastián und einiger Delegierten aus Madrid veröffentlicht wurde. Zitiert nach „Cuadernos para el Diálogo", 8./9. 1968, S. 5.

7) Don Escarré, der Abt der Benediktinerabtei von Montserrat, der wegen dieser Haltung 1965 ins Exil ging.

8) So der neue Primas von Spanien, Erzbischof Enrique Tarrancón, gegenüber der Erklärung des Vicepräsidenten Carrero Blanco in Cortes: „Man darf nicht Sport in der Kirche, nicht Wissenschaft im Circus, nicht Politik in der Universität treiben." In „Informations catholiques internationales", 1. 3. 1969, S. 6.

notwendig, „nach den Gründen zu suchen, die zu dieser anormalen Situation geführt haben". Er forderte „ein normales Klima, in dem alle frei und unbesorgt die Menschenrechte in Anspruch nehmen könnten, die Kirche und Konzil verkündigen ... Um darüber urteilen zu können, ob diese Maßnahmen gerecht sind oder nicht, muß der Christ mit allen möglichen Wahrheitsgarantien informiert sein über die Situation des Landes." [9]) Der Ausnahmezustand nehme alle Mittel der Information und Meinungsäußerung, die es dem Bürger ermöglichen, die soziopolitischen Strukturen zu verbessern.

III

Mit diesen Gedanken nähern sich die zitierten kirchlichen Kreise dem Lager der „linken" Intelligenz. Diese artikuliert ihre Vorstellungen seit langem in einer Vielzahl von Presseorganen. Angesichts der autoritären Struktur des spanischen Regierungssystems mußte die mit erstaunlichem Freimut hier vorgetragene Kritik auf manche Vertreter auch der gemäßigten Rechten wie eine offene Herausforderung wirken. Hier zeigte sich mit ganzer Schärfe die Problematik der widersinnigen „Liberalisierung" in Spanien. Das Regime versuchte durch Gewährung eines gewissen Spielraumes für unverbindliche Erörterungen ein Ventil zu schaffen, kraft dessen Opposition der Intellektuellen wirkungslos gemacht werden sollte. Tatsächlich war diese Opposition aber schon so stark, daß man sie nicht mehr kanalisieren konnte. Die Zensurstellen sahen sich in so vielen Fällen zum Einschreiten veranlaßt, daß der Assimilationsversuch fehlschlug. Zeugen dafür sind die wiederholten Verbote einzelner Artikel sowie ganzer Bücher und Zeitschriften. „Destino", eine in Barcelona erscheinende Wochenzeitschrift, war Anfang vorigen Jahres für zwei Monate verboten. Der Verlagsdirektor hatte eine Strafe von 250 000 Peseten zu zahlen und muß eine Gefängnisstrafe von sechs bis zwölf Jahren verbüßen. Die Zeitung „Madrid" wurde ebenso gemaßregelt und nach Ablauf der ersten Frist nochmals für zwei Monate verboten. Mehrere Artikel und Bücher der Gruppe, die hinter der Monatszeitschrift „Cuadernos para el Diálogo" steht, wurden beschlagnahmt, darunter auch zwei Bücher über die französische Mairevolution. Die Zeitschriften „Signo", „Aún", „La Voz del Trabajo", „Juventud Obrera", „Boletín de la HOAC" und verschiedene weniger bedeutsame andere Blätter sind ganz verboten, obwohl sie zunächst größte Freiheit besaßen, weil sie von der Laienbewegung herausgegeben wurden und damit als Kirchenpresse von der Zensur verschont blieben. Verzweifelte Abwehrmaßnahmen dieser Art können die scharfsinnige Kritik der Intellektuellen jedoch nicht zum Schweigen bringen.

So hatten sich schon 1962 hundert Intellektuelle für die Aufklärung von Vorfällen bei Bergarbeiterstreiks in Asturien eingesetzt, indem sie an die Regierung schrieben. Die Antwort war eine ausgedehnte und heftige Kampagne gegen diese unbequemen Bittsteller, denen „Subversion" vorgeworfen wurde. Anfang Januar dieses Jahres forderten die Anwaltskammern von Madrid und Barcelona einstimmig einen Sonderstatus für politische Häftlinge. Gleichzeitig verlangte ein Manifest von 1300 politisch engagierten Künstlern, Professoren und Priestern die Untersuchung der Foltermethoden in spanischen Gefängnissen [10]).

[9]) „Le Monde", 18. 2. 1969, S. 3.

[10]) „In Barcelona foltert die Polizei in barbarischer Weise die Gefangenen mit bis zu 60stündigen Vernehmungen, mit Faustschlägen, Prügeln und Fußtritten, mit physischen und moralischen Vergewaltigungen jeder Art ... Die Führungspersönlichkeiten und lebenden Minderheiten der Intellektuellen-, der Priester- und der Arbeiterbewegung werden systematisch ausgeschaltet mit dem Vorsatz, jegliche Art von Opposition zu zerschlagen, die eine ernsthafte Kritik an der gegenwärtigen Regierung organisieren und repräsentieren könnte" (Hilfsappell von 300 Priestern der Stadt Barcelona an Papst Paul VI., UN-Generalsekretär U Thant und internationale Organisationen vom 10. 3. 1969).

Diese spontanen Aktionen sind ein deutliches Zeichen für die Solidarität unter den Intellektuellen und beweisen den hohen Stand und die Empfindsamkeit ihres politischen Bewußtseins. Für die Regierung dürfte es besonders peinlich sein, daß ehemalige enge Mitarbeiter unter ihnen eine führende Rolle spielen. So gründete zum Beispiel der ehemalige Erziehungsminister Prof. J. Ruiz Giménez die Monatszeitschrift „Cuadernos para el Diálogo" (Hefte für den Dialog), die das Sprachrohr einer entschiedenen linkskatholischen Richtung ist, die auch nichtchristliche Autoren zu Wort kommen läßt. In ihren Leitartikeln heißt es:

„Es scheint, das Leben in Spanien läuft auf zwei verschiedenen Ebenen ab, die sehr wenige Bezüge zueinander aufweisen: die rein sozial-ökonomische und die rein politische Ebene. Hier die Gesellschaft — da die politische Macht. Dieser Zustand läßt sich nicht lange aufrecht erhalten, erst recht nicht unter den heutigen Umständen. Bevor es zu spät ist, müssen daher unbedingt demokratische Formen geschaffen werden, um einen Kanal für dichte Wechselbeziehungen zwischen Volk und Macht einzurichten. Denn allein das Volk ist legitimer Träger der Macht. Entweder entwickeln sich solche Formen, oder es kommen weitere Schritte zur Stärkung des staatlichen Straf-Mechanismus. Auch darf man nicht vergessen, daß die ständige Verwendung autoritärer Zwangsmittel kein Problem lösen wird; denn die Geschichte beweist, daß solch ein Verfahren die, die man bekämpft, nie vernichtet hat" [11]). ... „Wir sind keinesfalls einverstanden mit dem Prinzip des konfessionellen Staates" [12]) ... „Die Politik der nordamerikanischen Basis in Spanien ist sehr wichtig für das politische System Spaniens, viel weniger wichtig aber für die stetigen Interessen des spanischen Volkes" [13]).

Diese drei Zitate mögen als Beleg dafür gelten, daß diese Strömung mit größter Sachkenntnis und Sachlichkeit operiert und argumentiert, ohne sich in illusionären Träumen zu verlieren, wie es auch ihre Haltung in bezug auf das Nationalitätenproblem erkennen läßt, da sie sich um einen Mittelweg zwischen Zentralismus und separatistischem Partikularismus zugunsten eines gewissen Förderalismus — unter Einschluß Portugals — bemüht. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß diese Ziele immer nur auf Umwegen angestrebt werden können, da der unmittelbare Weg über eine eigene politische Partei sofort das Verbot der Gruppierung durch die Behörden bedeuten würde.

IV

In den Kreisen dieser Intellektuellen sind auch die Anfänge der studentischen Opposition anzusetzen: „ . . . zu sagen, der Protest der Studenten entspringe allein der subversiven Aktion von Minderheiten oder fremden Elementen in unserer Gesellschaft (oft nur unser eigenes Durcheinander und unsere eigenen Krankheiten, die wir auf die böse Absicht und die Machination der Fremden schieben wollen), heißt, den Versuch zu unternehmen, aus dem Immobilismus ein System zu machen. Ich frage mich, ob nicht der Unwille so vieler Erwachsener angesichts der Unruhe unserer Jugend manchmal nur ein Refugium des schlechten Gewissens ist: das schlechte Gewissen, zur rechten Zeit nicht das getan zu haben, was hätte längst getan werden sollen, aber nicht getan wurde — oder in anderen Fällen noch Schlimmeres . . . So lange die gemaßregelten Professoren und

11) „Cuadernos para el Diálogo", 6./7., 1968, S. 4.
12) Ebenda, 8./9., 1968, S. 13.
13) Ebenda, 10., 1968, S. 7.

Assistenten nicht wieder eingesetzt werden, kann ich die Universität nicht als meine ansehen" [14]).

Der studentische Kampf hat als Selbstbefreiungsbewegung angefangen. Denn die Universität mit all ihren Organisationen und ihren obligatorischen Syndikaten SEU und APE war — und ist offiziell auch heute noch — ein Instrument des Totalitarismus. Das politische Programm, in das sich die spanischen Universitäten einzuordnen haben, ist im Universitätsgesetz vom 19. 7. 1943 festgelegt: „Dieses Gesetz dient in allen seinen Artikeln dem treuen Dienst der Universitäten an den Idealen der Falange, die den Staat tragen" (Präambel). „Die spanische Universität hat in Übereinstimmung mit den Idealen des Staates ihren Unterricht und ihre Erziehungsziele nach den Programmpunkten des ‚Movimiento' einzurichten" (Art. 4). Die Aufhebung der hier verordneten politischen Abhängigkeit der Universität vom Regime und die Demokratisierung ihrer Strukturen ist das Ziel der Studentenopposition. Bis etwa 1967 war es eine rein spontane und unorganisierte Bewegung.

Nicht in allen Phasen handelte es sich dabei um ein politisches Aufbegehren gegen die Obrigkeit. Am Anfang richteten die Studenten rein gewerkschaftliche Forderungen an ihre Organisation, das SEU (Sindicato Español Universitario — Spanisches Universitätssyndikat). Erst als sich herausstellte, daß dieser Verband sich der Forderungen seiner Mitglieder nicht annahm, weil er seiner Struktur nach nicht die Interessen der Studenten, sondern die der Regierung zu vertreten hatte, formulierten die Studenten ihre „reivindicación" (Rückforderung) außerhalb der legalen Institutionen und abseits offiziöser Kontrolle in nach demokratischen Prinzipien ausgerichteten illegalen Gewerkschaftsorganisationen. Darum trifft die Studentenbewegung keinerlei Verschulden an der problematischen Entwicklung der spanischen Gesellschaft; sie ist nur ein Symptom ihrer radikalen Krise.

Seit 1967 hat die Bewegung zwei wichtige Schritte unternommen: sie gründete eine eigene Gewerkschaft und tritt über den eigentlichen Raum der Universität hinaus als allgemeinpolitischer Faktor auf.

Am 9. März 1966 trafen sich heimlich 500 Studentenvertreter im Kapuzinerkloster von Sarriá, einem Vorort von Barcelona, und wählten eine freie — illegale — Gewerkschaftsvertretung, das Sindicato Democrático de Estudiantes (SDE). Als die Polizei die Versammlung nach zwei Tagen auflöste und 50 Teilnehmer verhaftete, war ein „Manifest für eine demokratische Universität" verabschiedet und ein Statut der neuen Vereinigung gebilligt. Darauf bildeten sich an allen spanischen Hochschulen Gruppen des SDE, und im Juni 1967 löste sich die legale APE (Asociaciones Profesionales de Estudiantes — Berufsverbände der Studenten —, der Nachfolgeverband des unterdessen wegen seiner Wirkungslosigkeit von der Regierung aufgelösten SEU) auf, da alle Funktionäre geschlossen ihre Mandate niederlegten. Diese Entwicklung zeichnete sich schon im November 1966 ab, als die APE mit dem Wahlslogan „Wählt nicht das illegale SDE — wählt legal" auftrat und das SDE nicht zuletzt deshalb an fast allen Hochschulen die Mehrheit der Stimmen errang. Damit ist das SDE das einzige legitime — aber illegale — Sprachrohr der Studentenschaft.

14) In der Madrider Tageszeitung „Ya", 31. 3. und 6. 4. 1968, S. 3 und 7. „Eine internationale Strategie", „ein Komplott von Weltsubversion" und „die Aktion von Grüppchen" waren Wörter, die der Informationsminister Fraga Iribarne am 24. Januar als Rechtfertigung des Ausnahmezustandes wiederholte („Le Monde" 25. 1. 1969). Aber, wenn es sich um „Grüppchen" handelt, warum ein Ausnahmezustand? Das Gesetz erlaubt die Ausrufung solcher Maßnahme, wenn „bei Störung der öffentlichen Ordnung die gewöhnlichen Mittel zu deren Wiederherstellung sich als unzureichend erweisen" (Gesetz über die öffentliche Ordnung, 30. 7. 1959, Art. 24).

Die einzelnen Gruppen des SDE geben sich ihr eigenes Programm, die sich freilich an der gemeinsamen Grundhaltung orientieren. So lautet das Programm des SDE-Madrid folgendermaßen:

1) Der Verband dient dem Schutz, der Verwaltung und der Förderung der gemeinsamen Rechte und Interessen der Studenten in Universität und Gesellschaft;

2) der Verband erklärt sein Recht auf Ausübung der Verbandsfreiheit;

3) er erklärt daher seine Unabhängigkeit von jeder politischen oder akademischen Autorität, er ist nur den Studenten verantwortlich;

4) die Statuten des Verbandes sind von und für Studenten gemacht, und zwar auf dem Wege der Selbstverwaltung;

5) der Verband kann nur als echte und bevollmächtigte Vertretung der Studenten fungieren und bedarf bei der Wahl der Vertreter und bei seinen Aktionen der Mitarbeit der Studenten;

6) der Verband erklärt sein Recht auf Meinungsäußerung seiner Repräsentanten in individueller wie in kollektiver Form;

7) der Verband betrachtet das Versammlungsrecht als notwendige Voraussetzung für seine Arbeit (Abhaltung von Vollversammlungen usw.);

8) der Verband betrachtet zur Durchsetzung seiner Aufgaben das Recht auf Streik und Proteste als notwendig;

9) der Verband hält die Teilnahme der Studenten an den Organen der universitären Selbstverwaltung für notwendig;

10) der Verband strebt die Abhaltung eines allgemeinen demokratischen Studentenkongresses an;

11) der Verband erklärt als sein Hauptziel die demokratische Reform der Universität. Er versteht darunter eine demokratische Universität, die allen sozialen Klassen offen steht, freie Studentenverbände unterhält und Freiheit der Lehre, der Forschung, der Meinungsäußerung und der Verbandsbildung garantiert. Eine Universität, die den technischen und sozialen Problemen unserer Zeit gerecht wird und die nicht einer Minorität, sondern den produktiven Kräften dient.

Um diese Theorie realisieren zu können, bedarf es bei dem Untergrundcharakter des SDE einer besonders sorgfältigen Organisation. Das SDE ist zwar ein Verband auf der Ebene des ganzen Landes, doch sitzt nirgendwo sein Kopf, seine Befehlszentrale. Eine Dachorganisation im bürokratischen Sinne existiert nicht. Denn Führungszentralen sind gerade das, was man bekämpft. Jede Fakultät, manchmal sogar einzelne Semester, bildet ein eigenes Kader. Diese sind allein an ihre studentische Belegschaft gebunden und arbeiten auf Fakultäts- und Universitätsebene. Die Zusammenarbeit fördern informelle Kontakte. Ebenso informell sind die Kontakte unter den Gruppen verschiedener Universitäten. Alle Gruppen orientieren sich an der Basis ihres Einzugsgebietes. Nur so bleibt die Bewegung in ihrer Taktik genügend flexibel, um ihren Gegnern ausweichen zu können, ohne ihr eigenes Ziel aufgeben zu müssen. So bietet dieses zunächst ideologisch bedingte Organisationsmodell auch einen wirksamen Schutz gegen Versuche der Polizei, durch einen groß angelegten Schlag gegen die Zentrale den Gesamtverband von oben nach unten aufzurollen. Hinter jedem Abgeordneten stehen jetzt unsichtbar viele Kommilitonen, um seine Tätigkeit gegebenenfalls fortzusetzen. Damit setzt die Bewegung einen politischen Lernprozeß in Gang, der von sich aus schon Kritik am autoritären Modell des Staates und seiner Hierarchie darstellt.

Im SDE lassen sich drei führende Richtungen unterscheiden: die politische Linie der klassischen kommunistischen Partei hat die Idee der demokratischen Reform der Universität konzipiert. Ihre Strategie basiert auf dem gemeinsamen Kampf aller Bevölkerungsteile für demokratische Freiheit. Sie vermeidet, von Sozialismus, Revolution und Kommunismus zu sprechen, weil ihrer Meinung nach diese Begriffe den konkreten und aktuellen Bedürfnissen der Masse fernliegen. Der Sozialismus kann erst nach Befriedigung dieser Bedürfnisse errichtet werden.

An zweiter Stelle liegen die Organisationen des revolutionären Antikapitalismus, deren Urtyp die Liberale Volksfront FLP darstellt. Hier wird großer Wert auf wissenschaftliche Analyse der soziologischen Daten und auf korrekte Antworten gelegt. Sie werfen der Kommunistischen Partei Revisionismus und Bürokratismus vor, wodurch die dynamische Teilnahme des Unterbaus verhindert würde. Nach ihnen müssen sich die Wünsche nach einer demokratischen Reform-Universität der sozialistischen Alternative der Gesellschaft unterordnen. Sie versuchen, die gegenwärtigen und die zukünftigen Ziele zu verbinden durch eine Zwischenlösung: den Kampf für die Herrschaft der Arbeiter und Akademiker. Die KP wirft ihnen extremen kleinbürgerlichen Intellektualismus vor, der sie hindere, sich mit den wirklichen Bedürfnissen des Volkes zu identifizieren; sie seien daher nicht mit der Arbeiterklasse verwurzelt. Außerdem sei Spanien nicht das neokapitalistische Europa.

Schließlich sind die ultrarevolutionären Linken zu erwähnen, besonders die chinesischer und trotzkistischer Schattierung. Sie alle zeichnen sich in konkreten Situationen durch wirksame Antworten aus, aber es fehlt ihnen an gültigen Alternativen zu Verbalismus und der Sucht nach Import von Revolutionen. Einige ihrer Sektoren neigen zur Abspaltung, weil sie empfinden, daß eine revolutionäre Partei realistischer und tiefgründiger sein müßte. Der Universität gegenüber nehmen sie eine völlig ablehnende Haltung ein, ohne daß sie ein ernsthaftes Programm vorzuweisen hätten.

In diesen drei Strömungen finden sich auch sehr viele engagierte Christen, die bewußt auf jeden konfessionellen Habitus verzichten. Dennoch „ist die große Einheit trotz all der Gruppierungen das Hauptkennzeichen der Studentenbewegung" [15]).

Castroisten, Maoisten, Trotzkisten, Sozialisten verschiedenster Färbung, traditionelle Kommunisten, militante Katholiken, Liberale, Sozialdemokraten und sogar Linksfalangisten werden durch den Druck des Regimes mit politisch Unentschiedenen zu einer Koalition gegen autoritäre Repression zusammengetrieben. Das hat der Bewegung nach einer weitgehenden Konsolidierung ihrer Organisation den Anschluß an weitere Kreise der Kritik in der Gesamtgesellschaft erleichtert, worin sie auch von vielen Professoren gefördert wird. „Unter den gegenwärtigen Umständen darf die Universität nicht nur eine Einrichtung mit dem isolierten Streben sein, sich selbst perfektionistisch zu verbessern, sie muß sich als Instrument zur Veränderung des ganzen Landes verstehen" (Tierno Galván, einer der seit vier Jahren „beurlaubten" Professoren der Madrider Universität). Die Studenten sehen ihre Rolle nicht mehr als den Kern des Konfliktes an, sondern als einen Teil innerhalb der soziopolitischen Umwelt. Schon am 26./27. 10. 1967 erklärte sich die Madrider Delegiertenversammlung des SDE solidarisch mit allen demokratischen Kräften im Lande.

In diesem Sinn findet der Kampf der Arbeiter große Unterstützung durch die Studenten, „da wir die Kritik innerhalb der Universität wünschen, als Ziel aber

15) Santiago Carrillo, der Sekretär der spanischen Kommunistischen Partei, auf dem Parteitag der KPI in Bologna, „Ya", 15. 2. 1969.

ihren Dienst am Volk der Arbeiter sehen. Diese Volksuniversität ist nur über die sozialistische Revolution zu erreichen. Wir wollen keine großen Demonstrationen, unser Ziel ist vielmehr eine Universität des Volkes für das Volk" [16]).

V

Besonders wichtig ist darum neben dem SDE die Arbeit der ebenfalls illegalen „Comisiones Obreras" (Arbeiterräte). Sie sind aus den offiziellen Syndikaten hervorgegangen und wenden sich besonders gegen die staatliche Kontrolle über den Funktionärsapparat des obligatorischen Gewerkschaftssyndikates. Sie sind marxistisch orientiert und fordern vor allem eine Erhöhung der Mindestlöhne, das Streikrecht und die Koalitionsfreiheit. Derzeit beschäftigen sie sich in erster Linie mit der Vorbereitung eines neuen Syndikalgesetzes, das die Regierung in obrigkeitsstaatlicher Manier von oben verordnen möchte.

„Comisiones" bilden zur Zeit die bedeutendste organisierte Arbeitergruppe. Ihre Organisation beruht auf denselben Prinzipien wie die des SDE. Obwohl die Dirigenten Julián Ariza, Marcelino Gamacho und etwa 40 Mitglieder allein schon in Madrid verhaftet wurden, arbeiten die „Comisiones" weiter. Mehrere Mitglieder der „Comisiones" wurden von den Arbeitern auch in die obligatorische Gewerkschaft delegiert, aber ihr Mandat wird von den Behörden nicht anerkannt.

Auf nationaler Ebene traten die „Comisiones" bisher bei den Kampfwochen, einer Streik- und Demonstrationskampagne im ganzen Land, bei den Maidemonstrationen und bei Solidaritätsstreiks in Erscheinung. Sie finden dafür lebhafte Unterstützung auch bei Akademikern:

„Die Unterzeichner dieses Dokuments, Angehörige freier Berufe, Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler, wissen, daß sich die Comisiones Obreras entwickelt haben und weite Kreise der Arbeiterschaft in ganz Spanien repräsentieren. Wir haben jetzt gehört, daß die Comisiones, die nach unserer Meinung das Problem einer authentischen Vertretung der Arbeiterschaft in richtige Kategorien fassen und sich zum Sprachrohr der Volksunruhe machten, angesichts der Verschärfung der sozialen Bedingungen der letzten Monate ein öffentliches Manifest entworfen haben. Unter diesen Bedingungen betrachten wir es als unsere staatsbürgerliche und moralische Pflicht:

1) uns mit den von den Comisiones Obreras formulierten Forderungen, die auch die unseren sind, zu solidarisieren: Preisstopp, Kündigungsstopp und Abbau der Repression, Lohnerhöhung, gewerkschaftliche Freiheit, Streikrecht, Amnestie, wozu wir noch hinzufügen wollen die Meinungsfreiheit und die Aufhebung der Zensur in allen Formen und grundsätzlich die Respektierung der Grundrechte der Menschen;

2) die Abwesenheit von freien Wahlen zu betonen, die den Arbeitern die Lösung ihrer Probleme erlauben würden. Wir unterstreichen, daß durch die Nichtexistenz legaler Wahlen die Comisiones Obreras und ihre kämpferischen Forderungen gerechtfertigt sind;

3) zu versichern, daß nicht durch Unterdrückung sich dermaßen ernste Probleme regeln lassen, sondern nur durch eine wahrhafte Demokratisierung unserer sozialen, politischen und wirtschaftlichen Struktur" [17]).

---

16) „Die Situation der spanischen Universität", bei dem Internationalen Kongreß der Paulus-Gesellschaft, Bonn, Oktober 1968. Obwohl die Bauern und Arbeiter 60,9 Prozent der arbeitenden spanischen Bevölkerung bilden, stellen ihre Nachkommen nur 4 Prozent der Studentenschaft; aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen kommen dagegen 95,3 Prozent.

17) Im Oktober 1967 wurde dieses Dokument von 227 Personen unterzeichnet.

„Comisiones" sind vielleicht der wichtigste Faktor aller Demokratisierungsbewegungen in Spanien, da sie durch ihre Kader am ehesten Zugang zu den Massen des Volkes finden. Ohne ihre Mitarbeit würde wahrscheinlich die Gesellschaftskritik der Intellektuellen und Studenten eine rein theoretische bleiben. Aussagen wie „Wir sind auf eurer Seite im Kampf um die Freiheit und die Demokratisierung der Universität; eure studentischen Probleme sind im Grunde ähnlich den Problemen, die wir Arbeiter haben, und wir stimmen überein, was die Notwendigkeit betrifft, Freiheit und Demokratie für unser Land zu erreichen" haben damit keineswegs nur einen propagandistischen Stellenwert für den Augenblick.

Von den traditionellen Parteien konnte nur die kommunistische Partei, die als einzige Oppositionspartei eine einigermaßen wirksame Untergrundorganisation besitzt, Kader für die „Comisiones" stellen, in denen sie daher einen kräftigen Einfluß hat.

Auf dieselbe Weise übt sie auch Einfluß in den verschiedenen Nationalströmungen, die im Baskenland, in Katalonien und in Galicien mit kommunistischer Unterstützung zur Gewalt gegen Madrid aufrufen und eine andere Schattenseite des Franco-Regimes widerspiegeln: den übertriebenen Zentralismus, der das Bedürfnis nach regionaler Selbständigkeit und Autonomie zum Nationalismus angestachelt hat. Wenn heute in jedem zivilisierten Land Nationalismus bei kritischer Betrachtung sich als ein Anachronismus erweist, beweisen diese Bewegungen in Spanien den Anachronismus des Regimes. Hier zeigt sich wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß die Opposition niemals ein fremdes Element gegenüber dem Staat ist; Opposition ist ein Reflex von Gegensätzen in gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Je größer die Gegensätze sind, desto größer ist auch die Spontaneität der Opposition. Wenn eine Regierung sich veranlaßt sieht, die Opposition auszuschalten, bringt sie damit den besten Beweis, daß die Gegensätze in ihrem System ihren Höhepunkt erreicht haben. Letztlich ist das eine Folge aus einem Politik-Verständnis, das nach einem Freund-Feind-Denken die Opposition allein als Gegner, nicht aber als Mitarbeiter ansieht.

Angesichts dieser Überlegungen mag mancher Leser einige Präzision der Berichterstattung oder Information vermissen. Er sollte sich dann klar machen, was es heißt, über Opposition in Spanien zu reden. Von spanischer Opposition zu sprechen, heißt sprechen von einer Schattenwelt: sprechen über etwas, worüber man „offiziell" nicht spricht — und in Spanien wird kaum ein Wort gesprochen, das nicht „offiziell" ist oder offiziell kontrolliert wird —, eine Welt von Protagonisten, die es vorziehen, zu schweigen, weil sich erklären unmittelbar Illegalität bedeutet: „Jedwede politische Organisation außerhalb dieses Vertreter-Systems — Familie, Gemeinderat, Gewerkschaftssyndikat — gilt als illegal" (Art. 1 des Versammlungsgesetzes). Damit ist als illegal erklärt nicht nur jede außerparlamentarische, sondern auch innerparlamentarische Opposition. Dies innenpolitische Klima dauert seit dreißig Jahren an. Es hat jede politische Entwicklung verhindert oder eher noch die politische Entwicklung hinter den Stand von 1936 zurückgeführt, weil man bestrebt war, das Provisorium Diktatur zu stabilisieren, statt abzulösen und deswegen eine derartige Entpolitisierung betrieb, die Spanien zu einem politischen Entwicklungsland gemacht hat.

Die Konturen des heutigen politischen Bewußtseins bei vielen Oppositionellen lassen aber den Schluß zu, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes die letzte Krise des Francismus mit Franco markiert.

Dr. Hanns-Jochen Hauß

Vor zehn Jahren Deutschlandplan der SPD

Alibi oder Test?

I

Vor 10 Jahren — am 19. März 1959 — legten fünf führende Politiker der SPD der Öffentlichkeit einen Deutschlandplan vor. Er wurde sofort Gegenstand heftiger Kontroversen zwischen dem Regierungslager und der parlamentarischen Opposition. Während einer seiner Autoren, Prof. Ernst Wilhelm Meyer, den Plan der SPD als das Beste bezeichnete, was bisher auf diesem Gebiet dem deutschen Volk und der Welt präsentiert worden sei [1]), nannte ihn Prof. Michael Freund „ein erschreckendes Dokument" [2]).

Die Verfasser des Deutschlandplans gingen von der Erkenntnis aus, daß angesichts der Auseinanderentwicklung der beiden deutschen Staaten eine Wiedervereinigung in einem Zuge keinerlei Chancen mehr habe. Sie setzten weiter voraus, daß erst die Schaffung einer Zone militärischer Entspannung in Europa politische Regelungen ermögliche und der Status eines zukünftigen wiedervereinigten Deutschland im voraus vereinbart werden müsse. Sie erkannten schließlich an, daß ein bestimmtes Maß verwaltungsmäßiger Mitwirkung der Regierung der DDR im Falle einer Zusammenführung beider Teile Deutschlands unumgänglich sei.

Dementsprechend gliederte sich der Deutschlandplan in zwei Abschnitte. Einen, der Vorschläge für eine rüstungsverdünnte, atomwaffenfreie und von fremden Truppen geräumte Zone in Mitteleuropa, bestehend aus der Bundesrepublik, der DDR, der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn, vorlegte; und einen zweiten, der einen Drei-Stufen-Plan für die Wiederzusammenführung beider Teile Deutschlands enthielt.

Als erste Stufe sollte eine Gesamtdeutsche Konferenz zusammentreten, paritätisch zusammengesetzt aus Beauftragten der beiden deutschen Regierungen, mit der hauptsächlichen Aufgabe, Regelungen über innerdeutsche Angelegenheiten zu vereinbaren, insbesondere zur Einleitung der wirtschaftlichen Zusammenführung.

In der zweiten Phase sollte ein Gesamtdeutscher Palamentarischer Rat gebildet werden, dessen Wahl von der Gesamtdeutschen Konferenz für beide deutschen Staaten auszuschreiben war. Er sollte die gesetzgeberische Befugnis für bestimmte Bereiche in beiden deutschen Staaten erhalten und die wirtschaftliche Zusammenführung fördern.

Der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat sollte schließlich in der dritten Phase Wahlen zu einer Verfassunggebenden Nationalversammlung veranstalten. Diese Nationalversammlung sollte die gesamtdeutsche Verfassung beschließen, auf

1) Auf dem Bezirksparteitag der nordhessischen SPD, laut „Vorwärts" vom 12. 6. 1959.
2) Leitartikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 23. 3. 1959.

Grund derer Wahlen zum gesamtdeutschen Parlament abzuhalten waren. Mit der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung sollte der Wiedervereinigungsprozeß abgeschlossen werden. Berlin war als Sitz aller gesamtdeutscher Institutionen vorgesehen.

Schließlich richtete die SPD-Führung, dem Deutschlandplan vorgeschaltet, an die deutschen Regierungen und die vier Großmächte die Forderung nach einer Reihe einleitender Schritte und Festlegungen. Soweit in groben Umrissen der wesentliche Inhalt des SPD-Deutschlandplans [3]).

II

Die Heftigkeit und Widersprüchlichkeit von Anklagen und Gegenanklagen machte es den entschiedenen Demokraten seinerzeit nicht leicht, sich ein gesichertes Urteil über Wesen und Zweck des Planes zu bilden. Es gab zwar 1959 auf der Linken in der Bundesrepublik kaum jemanden, der den Plan selbst nicht grundsätzlich begrüßt hätte. Eine Reihe von Begleitumständen und Interpretationen hat aber damals schon manche Bedenken erweckt. Während die Regierung der SPD vorwarf, ihr und dem Westen vor wichtigen internationalen Verhandlungen auf höchster Ebene in den Rücken gefallen zu sein, versicherte die SPD-Führung, sie wolle mit dem Plan gerade die Position der Bundesrepublik in Genf stärken und der Bundesregierung hilfreich zur Seite stehen. Und während Ernst Majonica für die CDU noch am Tage nach der Veröffentlichung davon sprach, die SPD sei mit ihrem neuen Plan „auf die schiefe Ebene der Kapitulation geraten", betonte die SPD-Führung, sie sehe in ihm die einzige und für lange Zeit letzte Chance für eine „Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit" (vgl. „Einwände und Antworten" in „Deutschlandplan der SPD ..."). Auffällig war auch die defensive Art und Weise, in der der Deutschlandplan von der SPD-Führung von Anfang an vertreten wurde. Die Sache wurde vollends rätselhaft, als sich spätestens am 30. Juni 1960 ausgerechnet der Initiator des Plans, Herbert Wehner, als engagiertester Verfechter einer Gemeinsamkeit der großen Parteien in der Deutschland- und Außenpolitik, ja schlechthin einer Anpassung seiner Partei an die herrschende Politik zu erkennen gab.

Die zehnjährige Distanz ermöglicht uns heute eine leidenschaftslose und realistische Beurteilung der Bedeutung des SPD-Deutschlandplans, der Motive und Intentionen seiner Urheber. Hinzu kommt, daß einige Umstände, die 1959 den Plan veranlaßten, vor allem die Berlin-Situation, von ausgesprochener Aktualität sind.

Um herauszufinden, welche Rolle der Deutschlandplan damals in der internationalen Auseinandersetzung einerseits und für die innere Politik der Bundesrepublik und die SPD selbst andererseits spielte, ist es erforderlich, zunächst in einigen Grundzügen die damalige Situation zu kennzeichnen.

Bereits das Jahr 1957 brachte eine Verschärfung der als Wiedervereinigungspolitik ausgegebenen Politik der Rüstung und Expansionsdrohung des Westens in Mitteleuropa. Die Berliner Erklärung der Westmächte und der Bundesregierung vom Juli jenes Jahres — wiewohl in erster Linie als Wahlhilfe für Adenauer gedacht — ist hierfür symptomatisch. In ihr wird die Spaltung Deutschlands erneut als Hauptquelle der Spannungen in Europa bezeichnet und die Wiedervereinigung auf der Grundlage der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik sowie völlige gesellschafts- und bündnispolitische

[3]) Wortlaut im „Vorwärts" vom 27. 3. 1959 und in der Broschüre „Deutschlandplan der SPD. Kommentare, Argumente, Begründungen", hrg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1959.

Entscheidungsfreiheit des wiedervereinigten Deutschland verlangt. Ohne Wiedervereinigung könne es keinen Friedensvertrag und keine Stabilität geben.

Die Atmosphäre in Deutschland wurde angeheizt. Am 25. März 1958 folgte der Atomrüstungsbeschluß des Bundestags. Entsprechend der These, Berlin müsse als „Frontstadt" gelten und als „Pfahl im Fleisch" der DDR wirken, wurde der Bundestag für den 1. Oktober 1958 zu einer Vollsitzung nach Westberlin einberufen.

Willy Brandt, damals Regierender Bürgermeister von Westberlin, erklärte in dieser Bundestagssitzung: „Wir wollen immer daran denken, daß viele in aller Welt am Beispiel Berlins ablesen, wie ernst wir es mit unserem Anspruch auf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit meinen, und daß wir es selber am Beispiel dieser Stadt morgen wie heute nachweisen können, wie sicher wir letzten Endes unserer Sache sind" [4]).

In dieser Situation richtete die Sowjetregierung am 27. November 1958 eine Note an die Westmächte und die Bundesregierung, in der sie das Viermächteabkommen über Berlin aufkündigte und die Übertragung aller entsprechenden Rechte an die DDR ankündigte für den Fall, daß es nicht binnen 6 Monaten zu einer Vereinbarung der Großmächte, der beiden deutschen Staaten und Westberlins über eine Freie Stadt Westberlin komme.

Die Sowjetregierung begründete ihren Schritt damit, daß die Westmächte sich „längst von dem Wichtigsten losgesagt haben, was in den während des Krieges gegen Hitlerdeutschland und nach seiner Niederlage abgeschlossenen Verträgen und Abkommen festgelegt worden war", und nur noch das Abkommen über den Viermächtestatus Berlins tatsächlich beachtet werde. Die Westmächte mißbrauchten zudem ihre Besatzungsrechte in Berlin zur Schädigung der DDR, der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder. Die Rolle Berlins in den Beziehungen der Mächte lasse sich „mit einer glimmenden Lunte vergleichen, die in die Nähe eines Pulverfasses gebracht wurde". Westmächte und Bundesregierung hätten sich gegen alle sowjetischen Friedensvertragsvorschläge gewandt, ohne eigene Vorstellungen entwickelt zu haben [5]). Der Bonner Sprachgebrauch stempelte diese Note zum „Berlin-Ultimatum". Wenige Wochen darauf machte die Sowjetregierung den Versuch, die Lösung des Berlin-Problems mit einer friedensvertraglichen Lösung für ganz Deutschland zu verbinden. Dieser Friedensvertragsentwurf, der den Westmächten, der Bundesregierung und der Regierung der DDR am 10. Januar 1959 zusammen mit einer Note zugestellt wurde, in der Moskau die Einberufung einer Friedenskonferenz vorschlug, sah im Gegensatz zu den sowjetischen Angeboten von 1952 und 1954 einen Abschluß nicht mit einem zukünftigen Gesamtdeutschland, sondern mit beiden deutschen Staaten bzw. einer deutschen Konföderation vor. Er entsprach damit der fortgeschrittenen Auseinanderentwicklung der sozialen Systeme in beiden deutschen Staaten.

Die sowjetischen Vorstöße führten dazu, daß sich die Großmächte darauf einigten, noch für das Frühjahr 1959 eine Außenministerkonferenz einzuberufen, die das Deutschland- und Berlin-Problem behandeln sollte. Obwohl vorauszusehen war, daß es im Falle ihres Scheiterns für lange Zeit die letzte Konferenz über diese Thematik auf höchster Ebene sein würde, weigerte sich die Bundesregie-

4) Bundestagsprotokoll vom 1. 10. 1958, S. 2392.
5) Nach Heinrich Siegler, Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, Bonn 1964, S. 94 ff.

rung auch diesmal, konstruktive Vorschläge für die geplanten Verhandlungen vorzulegen.

In dieser Situation beauftragte der Parteivorstand der SPD eine Siebenerkommission, bestehend aus den Vorstandsmitgliedern und Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner, Fritz Erler, Gustav Heinemann, Kurt Mattick, Ernst Wilhelm Meyer, Ernst Paul und Helmut Schmidt, mit der Abfassung des Entwurfs eines Deutschlandplans auf der Grundlage einer Entschließung des Stuttgarter Parteitags der SPD zur Deutschland- und Sicherheitspolitik. Der Entwurf wurde dem Außenpolitischen Ausschuß beim Parteivorstand und dem Außenpolitischen Arbeitskreis bei der Bundestagsfraktion vorgelegt und von beiden Gremien am 3. März 1959 einstimmig gebilligt. Am 18. März, unmittelbar nach der Rückkehr Carlo Schmids und Fritz Erlers von einer Moskaufahrt, wurde er nach einer redaktionellen Überarbeitung vom Parteivorstand und vom Vorstand der Bundestagsfraktion einstimmig beschlossen.

Schon der dritte und der vierte Satz der Einleitung des Deutschlandplans verraten einen Schwerpunkt der Motive seiner Autoren. Sie lauten: „Wenn sie (die Großmächte, H.-J. H.) sich nur über Berlin verständigen, droht die Teilung Deutschlands endgültig zu werden. Der sowjetische Vorstoß in der Berlin-Frage und der durch jahrelange Versäumnisse und Fehlspekulationen ermöglichte Friedensvertrag der Sowjetunion zwingen jetzt jeden zu der Erkenntnis, daß die Teilung Deutschlands den Weltfrieden bedroht" [6]).

Bei der Vorlage des Deutschlandplans erklärte Wehner vor Journalisten, die Sozialdemokratie als eine Partei, die nach Geist und Gesinnung zum Westen gehöre, versuche, im Rahmen des dem Westen Möglichen die richtigen Themen an den Verhandlungstisch zu bringen, um eine isolierte Lösung für Berlin zu verhüten [7]). Und wenig später schrieb Wehner ohne Umschweife: „Der Deutschlandplan ist der Versuch der Sozialdemokratischen Partei, die Vorschläge zur Diskussion zu stellen, mit denen es noch möglich sein könnte, zu verhindern, daß West-Berlin isoliert und ein Friedensvertrag mit einem Teil Deutschlands geschlossen wird" [8]).

In der internationalen Politik ging es der SPD-Führung also vordringlich um die zur Einleitung des Plans aufgestellten Punkte, deren erster lautete: „Verhandlungen der vier für die deutsche Frage unmittelbar verantwortlichen Staaten zur Vorbereitung eines Friedensvertrags für Gesamtdeutschland". Punkt fünf besagte: „Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur Regelung der deutschen Frage."

III

Die maßgebenden Politiker der SPD trafen sich in dem Bestreben, den Besatzungsstatus für Westberlin zu erhalten und einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten abzuwehren, durchaus mit der Bundesregierung, trauten dieser freilich nicht die genügende Flexibilität und Manövrierkunst zu, um dieses Ziel auch zuverlässig zu erreichen. „Bis zur letzten Minute" habe, so führte Wehner später aus, die SPD-Führung versucht, „mit der Regierung über das zweckmäßige Vorgehen einig zu werden" [9]). Als Bemühung um flankierende Schützenhilfe für die Bundesregierung müssen vor allem die Intentionen der

6) „Vorwärts" vom 27. 3. 1959, S. 4, oder „Deutschlandplan der SPD . . .", S. 5.
7) Nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 20. 3. 1959.
8) „Vorwärts" vom 17. 4. 1959.
9) „Vorwärts" vom 18. 3. 1959.

Autoren des Deutschlandplans hinsichtlich Westberlins gewertet werden. Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD im Mai 1959 plädierte der Regierende Bürgermeister Brandt dafür, die gemeinsame Basis in der Berlin-Politik auszubauen und so auch das Verhältnis zwischen SPD und Bundesregierung zu entgiften [10]). In der Broschüre des Parteivorstands wird denn auch versprochen: „Der Deutschlandplan rettet das freie Berlin" [11]).

Darauf, daß der Deutschlandplan für einige SPD-Führer mehr Mittel zu dem angegebenen Zweck war als eine ernstgemeinte Entspannungsofferte, weist ein weiterer Umstand hin. Auch die SPD-Führung konnte im Frühjahr 1959 eigentlich nicht im Zweifel sein, daß angesichts des weitgehenden Auseinanderlebens beider deutscher Staaten die vorherige Festlegung des internationalen Status eines wiedervereinigten Deutschlands als Grundlage für eine Zusammenführung der deutschen Teile nicht mehr ausreichte. Fünf, sieben Jahre vorher wäre das noch anders gewesen. Genau sieben Jahre zuvor, als offizielle Antwort Bonns auf die sowjetische Note vom 10. März 1952, hätte der Deutschlandplan, mit entsprechenden zeitbedingten Veränderungen, mit einiger Wahrscheinlichkeit zur Wiedervereinigung geführt. Aber damals beharrte die SPD noch in Übereinstimmung mit der Bundesregierung auf „freien Wahlen zuerst" und der „innen- wie außenpolitischen Entscheidungsfreiheit" für eine gesamtdeutsche Regierung [12]). Insofern stand auch die SPD unter dem verhängnisvollen Gesetz des „Zu wenig" und „Zu spät".

Soweit an die Verfolgung des Planes selbst überhaupt gedacht war, hatte man offenbar nicht einen „dritten Weg" für Gesamtdeutschland im Sinn, sondern eine einseitige Angleichung der DDR an die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik. Es fällt auf, daß die maßgebenden SPD-Politiker gerade damals ihre antikommunistische Haltung unterstrichen. Wehner schrieb sozusagen zur Einführung des Deutschlandplans im Februar und März zwei „Aufmacher", in denen er Kontakte zwischen SPD und SED ablehnte („Keine Aktionseinheit", „Vorwärts" vom 20. 2. 1959, und „Kampf der Arbeiterschaft um Deutschlands Einheit", „Vorwärts" vom 20. 3. 1959). Im Frühjahr 1960 schrieb Wehner in einem Abgesang auf den Deutschlandplan: „Für die SPD bestand und besteht zu keiner Zeit die Versuchung, mit einer totalitären Partei zu kooperieren" [13]). Zwei Tage nach Veröffentlichung des Deutschlandplans, sozusagen als Begleitmusik zu seiner Präsentation, schloß der SPD-Bezirksverband Hessen-Nord den Kasseler ÖTV-Vorsitzenden Karl Eckerlin wegen Teilnahme an der Leipziger Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz aus der Partei aus.

In der offiziösen Begründung des Deutschlandplans im Parteiorgan schließlich findet Carlo Schmid recht deutliche Worte: Es gehe in erster Linie darum, „die Russen zu veranlassen, aus Deutschland hinauszugehen ... Das ist die einzige Methode jedenfalls, um die Dinge in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands in Bewegung zu bringen. Wir wissen doch, daß unsere Art zu leben besser ist als die dort. Wir wissen, daß das System Ulbricht den Wettbewerb auf die Dauer nicht aushalten kann, wenn die Russen einmal weg sein sollten. Ich gehe sogar so weit, zu sagen: Je näher die beiden staatlichen Organisationen auf deutschem Boden aneinanderrücken, je mehr jeder von beiden unter dem Druck des Wettbewerbs des anderen steht, desto mehr wird sich der monolithische Charakter — und der ist ja nur scheinbar so monolithisch — der DDR lockern. Es ist dann möglich, daß die Bevölkerung dort in Bewegung kommt ... Es ist die einzige

10) „Vorwärts" vom 29. 5. 1959.
11) „Deutschlandplan der SPD ...", S. 60.
12) Bundestagsentschließung vom 3. 4. 1952, nach Siegler, a.a.O., S. 320.
13) „Vorwärts" vom 25. 3. 1960.

Chance, etwas an den Dingen zu ändern, die wir nicht weiter ertragen können" [14]). In dem oben bereits zitierten Artikel versicherte Wehner: „Diese Partei (die SPD, H.-J. H.) hätte mit Hingabe alles getan, was in ihren Kräften steht, um die Demokratie als Staats- und Lebensform in ganz Deutschland durchsetzen zu helfen" [15]). In der Broschüre des Parteivorstands findet sich denn abschließend auch etikettiert: „17 Mill. Deutsche wollen wieder frei sein, 50 Mill. Deutsche wollen frei bleiben" [16]).

IV

Kommen wir auf die innenpolitischen und innerparteilichen Motive der Initiatoren des Deutschlandplans. Auch hier ist eine Skizzierung der politischen Landschaft nützlich.

Wir erinnern uns: Nach dem erneuten Mißerfolg der SPD bei der Bundestagswahl 1957 drängte in der Partei eine Gruppierung nach vorn, die eine „Reform der SPD an Haupt und Gliedern" verlangte. Darunter wurde die Wandlung der SPD zu einer scharf antimarxistischen, wenngleich straff geführten „Volkspartei" in Programm und Erscheinungsbild verstanden. Der Sache nach handelte es sich um die Anpassung an die CDU/CSU in Stil und Aussage, um die „Öffnung nach rechts", hin zum Großkapital und den ideologisch unmittelbar von ihm beeinflußten Schichten.

Der Stuttgarter Parteitag vom Mai 1958 schuf, zum Teil ungewollt, die personellen und prozeduralen Voraussetzungen für diese Neuausrichtung der SPD. Herbert Wehner gewann mit dem stellvertretenden Parteivorsitz und der Zuständigkeit für die Organisation die entscheidende Machtposition in der Partei. Er nutzte sie sofort im Sinne der „Parteireform". Nach seinem eigenen Zeugnis sah er schon unmittelbar nach dem Stuttgarter Parteitag „nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Möglichkeit" zur Durchsetzung längst ins Auge gefaßter Ziele [17]). Dazu gehörte die Vorbereitung eines außerordentlichen Parteitags zur Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms.

Das waren die Intentionen von Führern der SPD wie Wehner, Erler, Brandt, Mommer, Schmid, Schmidt, v. Knoeringen. Sie hatten dabei freilich zu bedenken, daß Mitgliedschaft und Tradition der SPD eine zähe Materie darstellten. Die SPD-Führung hatte nicht umhin gekonnt, in den Protest gegen den NATO-Beitritt und die Wiederaufrüstung einzustimmen. Diese Positionen hatte man mit dem Beschluß der Bundestagsfraktion vom 15. Oktober 1958, Sozialdemokraten den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr zu empfehlen, inzwischen revidiert, aber sie wirkten nach. Die Stellungnahme gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr aber konnte von der SPD-Führung bis zum Frühjahr 1959 noch nicht aufgegeben werden.

Man muß sich in Erinnerung rufen, daß seit 1953 zahlreiche Menschen in erster Linie deshalb zur SPD gefunden hatten, weil sie in ihr die Kraft gegen die Aufrüstungspolitik und für eine realistische Deutschland- und Ostpolitik sahen. Zuletzt war es die Gesamtdeutsche Volkspartei, waren es deren Führer Gustav Heinemann und Helene Wessel, waren es die Wissenschaftler, Publizisten und Geistlichen, die sich im Zuge der Anti-Atomwaffen-Kampagne an die Seite der

14) „Vorwärts" vom 27. 3. 1959.
15) „Vorwärts" vom 25. 3. 1960.
16) „Deutschlandplan der SPD . . .", S. 60.
17) Günter Gaus, Staatserhaltende Opposition oder Hat die SPD kapituliert? Gespräche mit Herbert Wehner, Hamburg 1966, S. 37.

Westdeutscher Verlag
Köln und Opladen

Aus unserem Frühjahrsprogramm

Thomas Dehler
Reden und Aufsätze

1969. Ca. 250 Seiten. Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung, Bd. 13.
Kart. ca. DM 9,80.

C. J. Friedrich
Politik als Prozeß der Gemeinschaftsbildung

Eine empirische Theorie.
1969. Ca. 550 Seiten. Ln. DM 60,—.

Axel Görlitz
Demokratie im Wandel

Mit einem Geleitwort von Thomas Ellwein.
1969. Ca. 200 S. WV-Sammlung Politik.
Kart. DM 12,80.

D. Hertz-Eichenrode
Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen

1969. Ca. 450 Seiten. Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin, Bd. 23. Ln. ca. DM 72,50.

Werner Kaltefleiter
Die Funktionen des Staatsoberhauptes in der parlamentarischen Demokratie

1969. Ca. 300 Seiten. Demokratie und Frieden, Bd. 9. Kart. ca. DM 35,—.

Reform als Alternative

Hochschullehrer antworten auf die Herausforderung der Studenten.
Hrsg. von Alexander Schwan und Kurt Sontheimer.
1969. 168 Seiten. Paperback DM 9,80.

C. C. Schweitzer
Amerikas chinesisches Dilemma

Fallstudie über außenpolitische Entscheidungen in einer offenen Gesellschaft.
1969. Ca. 320 Seiten. Kart. ca. DM 29,—.

C. C. Schweitzer
Die USA und der Vietnam-Konflikt 1964 bis 1967

1969. 112 Seiten. Kart. ca. DM 9,—.

Verfassung und Verfassungswirklichkeit

Jahrbuch 1968, Teil II
Hrsg. von F. A. Hermens.
1969. 270 Seiten. Kart. DM 14.—.

G. W. Wittkämper
Das Staatsrecht der Interessenverbände

2., völlig neu bearb. Aufl. des Buches „Grundgesetz und Interessenverbände".
1969. Staat und Politik, Bd. 5.
In Vorbereitung.

SPD stellten. Wollte man sie nicht wieder verlieren, mußte man ihnen auf dem Gebiet etwas bieten, das ihnen besonders am Herzen lag.

Aber auch den altlinken Flügel der Partei, der der „Parteireform" widerstrebte, wollte man mit ostpolitischer „Progressivität" in gewissem Umfang entschädigen für die Zumutung, daß aus der Arbeiterpartei eine „Volkspartei" werden sollte. Kurz: Die Parteiführung war gesonnen, sich die reibungslose gesellschaftspolitische Neuprogrammierung der SPD auf dem bevorstehenden außerordentlichen Parteitag einige Manöver kosten zu lassen. Ihre Rechnung sollte weitgehend aufgehen: Viele Delegierte des Godesberger Parteitags fanden sich durch das verbale Festhalten der Parteiführung an gewissen alternativen Positionen in der Wehr-, Ost- und Deutschlandpolitik etwas versöhnt mit den gesellschaftspolitischen Grundlegungen des neuen Programms. Kaum war der Godesberger Kongreß über die Bühne und verdaut, ging die SPD-Führung von diesen Positionen rücksichtslos ab und auf die der Regierung über; ihre beharrlichsten Verfechter wurden aus der Partei entfernt.

Es gibt viele zuverlässige Hinweise darauf, daß der Deutschlandplan von einigen seiner Initiatoren dergestalt als taktisches Manöver, als Instrument zur Manipulierung der Mitgliedschaft und Anhängerschaft der SPD betrachtet wurde.

Einmal fällt auf, daß gerade Wehner, der nach seinem eigenen Zeugnis (siehe Gespräche mit Gaus, vgl. Anm. [17]) schon lange die Anpassung der SPD im Sinne hatte und sich im Laufe der Jahre 1959/60 auch als Motor einer solchen Politik offenbarte, zugleich der Motor des Deutschlandplans war. Wehner war der Vorsitzende der Siebenerkommission, die für den Entwurf des Deutschlandplans verantwortlich zeichnete, und die wesentlichen Passagen des Plans wie seiner Begründung stammen ohne Zweifel aus Wehners Feder.

Zum zweiten ist aufschlußreich die Art und Weise, wie die SPD-Leitung den Plan propagierte und dann fallen ließ. Während an die Mitgliedschaft bewegt appelliert wurde, den Deutschlandplan in seiner Bedeutung zu erkennen und ihn zu vertreten [18]), propagierten die maßgebenden SPD-Politiker ihren Plan nach außen hin von Anfang an sehr defensiv und wichen mehr und mehr vor den Angriffen des Großkapitals, der CDU/CSU, der Bundesregierung zurück. Schon bald suchte Wehner die SED für das Scheitern des Deutschlandplans verantwortlich zu machen. Das Angebot des SED-Zentralkomitees, mit der SPD über den Deutschlandplan und seine Verwirklichung zu sprechen, wertete er als „Ulbrichts Dolchstoß gegen den Deutschlandplan" [19]).

Noch während der Genfer Außenministerkonferenz, auf dem Berliner Parteitag der SPD im Mai 1959, meinte der Parteivorsitzende Ollenhauer, der sicherlich eher zu den aufrichtigen Verfechtern des Plans gehörte: „Manches an diesem Deutschland-Plan ist vielleicht in der Zwischenzeit durch die Ereignisse überholt" [20]). Und schon wenig später wurde der Plan von der Parteiführung praktisch ganz aus dem Verkehr gezogen.

Ein Jahr nach seiner Verabschiedung wurde der Deutschlandplan von seinem hauptsächlichen Autor, Herbert Wehner, auch vor der Parteimitgliedschaft in aller Form beerdigt. Wehner sprach dem Deutschlandplan jede Allgemeingültigkeit ab und interpretierte ihn als eine ausschließlich auf die Genfer Außenministerkonferenz gezielte Bemühungen. Er warf den Plan wie lästigen Ballast ab, indem er ihn so darstellte, als sei er geradezu ein Instrument gegen die Sozialdemokratie in den Händen von deren Gegnern geworden [21]).

18) Vgl. z. B. Wehner im „Vorwärts" vom 17. 4. 1959.
19) „Vorwärts" vom 10. 4. 1959.
20) „Vorwärts" vom 29. 5. 1959.
21) „Vorwärts" vom 25. 3. 1960.

Während SPD-Führer zunächst beteuerten, wenigstens gewisse Grundgedanken des Deutschlandplans hätten weiterhin Gültigkeit, antwortete Wehner während seiner Rede am 30. Juni 1960 im Bundestag auf die Frage des CDU-Abgeordneten Krone, ob der Deutschlandplan völlig in allen Elementen der Vergangenheit angehöre, mit „Sicher!"

V

Eine zusammenfassende Wertung des Planes, zehn Jahre nach seiner Veröffentlichung, ergibt folgendes:

Der Plan selbst mit seinen zwei Hauptsträngen: entspannte Zone in Mitteleuropa und stufenweises Zusammenführen beider deutscher Staaten, enthält wesentliche Elemente einer realistischen Entspannungspolitik für Mitteleuropa und bleibt insofern weiter von Bedeutung. Wie schon vor 1959, so bleiben auch nach 1960 wesentliche im Plan enthaltene Vorstellungen für die ofrtschrittlich-demokratischen Kräfte der Bundesrepublik verbindliche Elemente ihrer Wehr-, Deutschland- und Ostpolitik. Es steht außer Zweifel, daß große Teile der SPD seinerzeit den Deutschlandplan aufrichtig begrüßt und entschieden für ihn gekämpft haben. Das dürfte auch heute noch bei vielen Sozialdemokraten nachwirken.

Ebenso sicher aber ist, daß zumindest ein Teil der führenden Politiker der SPD Mißbrauch getrieben haben mit dem Entspannungswillen und der Einheitssehnsucht vieler fortschrittlich gesinnter Menschen in der Bundesrepublik und in Westberlin; daß es ihnen darum ging, den spannungsstiftenden Status Westberlins, der noch heute besteht, zu konservieren; daß sie eine Anerkennung der Realitäten in Mitteleuropa um jeden Preis vereiteln wollten; daß sie die Risikobereitschaft der Sowjetunion und der DDR testen, den Mitgliedern und Anhängern der SPD nur ein Alibi für die Anpassung ihrer Partei an die Politik der CDU/CSU vorzeigen wollten.

Karl Theodor Schuon / Hanne Wiedner

Politisch-soziologische Analyse historischer Kausalität und politische Bildung in der BRD

Weimarer Republik und Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der Schulgeschichtsbücher für die Oberstufe der Gymnasien (II)*)

V

Im Zentrum der Erklärungen der Ursachen des Aufstiegs der NSDAP steht die Wirtschaftskrise von 1929 als „eine der entscheidenden Voraussetzungen für

*) Vgl. „Blätter" Heft12/68.

den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland" (10, S. 227; 9, S. 152; 4, S. 169), deren eine Folge, die „Arbeitslosigkeit und soziales Elend" (4, S. 156), in allen Büchern, deren andere, für den Aufstieg der NSDAP nicht minder wichtige Folge, nämlich die Existenzgefährdung des deutschen Mittelstandes, jedoch nur selten genannt wird (1; 3; 4; 9; 10). Doch bemühen sich die meisten Geschichtsbücher, auch die Ursachen der Wirtschaftskrise selbst aufzudecken. Diesterweg (4, S. 155) führt die Rolle der USA als „Gläubiger Europas" an, ein Faktum, das jedoch eher den internationalen Charakter der Krise erklärt als ihre Ursachen selbst. Dagegen nennt Klett (9; 10) als Ursachen „fessellose Wirtschaftsexpansion, blinde Überproduktion und ein im Vertrauen auf eine ununterbrochene Fortentwicklung der Prosperity ungesund überhöhtes Kreditgebäude in den USA. Hinzu kam(en) eine lang andauernde Agrarkrise ... sowie weltpolitisch bedingte Umstände wie das Netz der Reparations- und Kriegsschulden, die Ausdehnung und Steigerung des Hochschutzzolles und die Unsicherheit der weltpolitischen Lage seit 1919 ... Entscheidend wurde die 1931 in Deutschland ausbrechende Liquiditätskrise, denn damit zerbrach das internationale Zahlungssystem" (10, S. 193). Klett (9, S. 122; 11, S. 77; 12, S. 226) führt weiter aus: „Die Produktionskraft stieg durch Technik und Rationalisierung in atemberaubendem Tempo. Aber die Kaufkraft blieb — zum Teil durch solche Hemmungen — weit dahinter zurück." Daß die Wirtschaftskrise in ihren Ursachen als Produkt menschlicher Tätigkeit einerseits anzusehen ist, kommt hier klar zum Ausdruck, weniger allerdings, daß sie gleichzeitig auch als Produkt bestimmter wirtschaftlicher Strukturen betrachtet werden muß. Lediglich Klett spricht im Zusammenhang mit der Krise von einer „letzten Entfaltung des Hochkapitalismus" und von den durch „multilaterale Marktwirtschaft" verbundenen Ländern (10, S. 191; 9, S. 121). Klargestellt werden sollte, daß die Wirtschaftskrise, die die Gegensätze der sozialen Klassen verschärfte, selbst wieder ihren Grund in der Struktur der spätkapitalistischen Gesellschaft hatte. In der vermachteten Wirtschaft unserer Epoche reagieren marktstarke Anbieter auf ein Nachlassen der Märkte nicht durch Senkung der Preise — wie es im 19. Jahrhundert üblich war —, sondern durch Senkung der Produktion. „Das hat weitreichende Konsequenzen auf die Beschäftigung, die volkswirtschaftliche Lohnsumme, die Lage der marktschwachen Wirtschaftszweige. Es hat zur allgemeinen Zerreißung der Proportionen einer fortschreitenden Wirtschaft geführt. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis der Weltwirtschaftskrise. Das Bild zyklischer Konjunktur wird nun überlagert von Problemen struktureller Art: anhaltende Disproportion in der Akkumulationskraft und Ausdehnung der verschiedenen Wirtschaftszweige, verbunden mit der Möglichkeit langfristiger Arbeitslosigkeit" [26]).

Als weitere konkrete Ursache für den Sieg des Nationalsozialismus wird angeführt, daß die Demokratie nach 1918 mit einem Staatsapparat arbeitete, der aus der Monarchie fast unverändert übernommen worden und in starkem Maße von demokratiefeindlichen Mächten durchsetzt war (9, S. 143; 10, S. 221). Dieser nur vorsichtig in einigen Büchern angedeutete Sachverhalt ist durchaus als bedeutsamer Grund anzusehen, daß die Demokratie in der Krise so hilflos wirkte. Genannt werden weiter die fehlende parlamentarische Tradition, die Existenz der Links- und Rechtsparteien, die von Anfang an die Republik bekämpften (7; 9; 10; 12; 13), sowie die zwiespältige Haltung der Reichswehr. Nur einige Bücher weisen darauf hin, daß, solange die wirtschaftliche Kraft Deutschlands gefestigt war, die Opposition gegen Weimar für den Bestand der Republik ohne Gefahr war (11, S. 165; 12, S. 211). Klett stellt richtig fest: „Die Wirtschafts-

[26]) Werner Hofmann, Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre, Marburg o. J., S. 15.

krise wirkte sich katastrophal aus, weil die ökonomische Krise mit einer geistigen und politischen Krise zusammenfiel" (10, S. 229). Die Wirtschaftskrise allein kann in der Tat nicht die Ursache des Aufstiegs sein, denn sie ergriff alle kapitalistisch organisierten Industriestaaten und zeigte keineswegs dieselben Folgen wie in Deutschland, wenn es auch in allen europäischen Staaten faschistische Bewegungen gab. Betont werden müssen daher die besonderen historischen Bedingungen in Deutschland, vor allem die autoritäre Tradition und ihr Fortdauern nach 1918, die im Verein mit der Krise den Sieg des Nationalsozialismus ermöglichte.

Neben diesen in der historischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Realität begründeten Erklärungen für den Sieg des Nationalsozialismus — die sich allerdings in den wenigsten Büchern zu einem sinnvollen Ganzen verbinden — finden sich in den Schulbüchern auch Ansätze von psychologischen Erklärungen, die von bestimmten menschlichen Qualitäten der Beteiligten — der Führer einerseits, der Massen andererseits — ausgehen, sich oft ins Anthropologische wenden und über allgemeine Schwächen der menschlichen Natur klagen. Diese Art von Geschichtsschreibung kommt besonders deutlich in den Darstellungen zur Person Hitlers zum Ausdruck, die fast jedes Schulbuch einer eingehenden Betrachtung für wert hält; man beschränkt sich hier nicht auf die Angabe von Daten und Geschehnissen zum Lebenslauf, sondern verlegt sich darauf, auch Hitlers Charakter näher zu beleuchten (Ausnahmen: 4; 6; 7). Als Beispiel sei Klett angeführt:„ ... Hitler besaß vielfältige Gaben, aber er war faul, launisch und ohne Ausdauer. Er war voller Ideen, aber zu sprunghaft, sie auszuwerten. Seine einzigen Leidenschaften waren Zeitunglesen und Politisieren. Auch sonst las er viel, aber wahllos und unsystematisch. In der Diskussion schrie er, wenn er sich aufregte, und beschimpfte seine Widersacher. Schon damals zeigte sich sein manischer Drang zum Monolog und eine bis ins Psychopathische gesteigerte Einseitigkeit ... Im wesentlichen aber dank seiner Energie und politischen Führungsgabe ... gelang es dem von glühendem Ehrgeiz Besessenen, die Partei groß zu machen ... In den Jahren nach der Machtergreifung wurde Hitler immer stärker der vollendete Schauspieler, er war liebenswürdig, zornig, entrüstet, ganz wie es ihm nötig schien. Dabei ging er völlig in seiner Rolle auf, so daß er das, was er sagte, im Augenblick auch für wahr hielt. Er glaubte an die eigene Inspiration und Berufung und berechnete wieder in schlauer Weise seine Wirkung auf das Gegenüber. Dabei besaß er weder Skrupel noch Hemmungen; es gab für ihn keinerlei Bindungen weder an Menschen noch an Gott, denn er kannte, ehrfurchtslos wie er war, im Grunde nur eine Bindung, die an sich selbst ... Dieser völlige Egoist kannte nur ein Ziel, die Macht ... Es gab keine gültige Ethik, kein gültiges Sittengesetz mehr; die Macht legitimierte jede Gewalttat, jeden Mord, sie schuf die Moral. Das göttliche Gesetz war aufgehoben, der Mensch Hitler setzte sich an Gottes Stelle zum Herrn über die Gewissen. Hitlers Propaganda und seine scheinbaren innen- und außenpolitischen Erfolge bewirkten bei den meisten eine rauschhafte Besinnungslosigkeit" (9, S. 154—56; 10, S. 230—32). Die hier zitierte Beschreibung der Person Hitlers läßt sich bei Klett über drei Seiten hin — klein gedruckt — verfolgen, während man sich bei der Analyse der objektiven sozialen und politischen Verhältnisse der Weimarer Republik jeweils auf einige Sätze beschränkt. Dieses Mißverhältnis in der Breite der Darstellung läßt darauf schließen, daß man den psychologischen Kategorien offenbar stärkeres Gewicht zumißt als den sozialpolitischen. Unterstützt wird dieser Eindruck noch dadurch, daß sich die Beschreibung Hitlers — in ihrem ganzen Umfang — an die Darstellung der Weimarer Republik, der Geschichte ihres Scheiterns anschließt und damit im Grunde das vorher Dargelegte, soweit es analysiert ist, aufhebt. Diese

Wirkung kann um so eher erzielt werden, als die sozialpolitischen Analysen ja nicht als sinnvolles Ganzes erscheinen, sondern vermischt mit rein äußerlichen Symptomen verstreut im Text auftauchen. Auch Blutenberg widmet relativ breiten Raum den Erwägungen über Hitlers Person und „seine dämonische Rednergabe" (2, S. 156). Bei Braun ist die Rede von der „erstaunlichen Suggestivkraft" Hitlers, ferner davon, daß ihm „namentlich viele junge Leute ... blindlings folgten" und sich bei vielen „der Sinn für die objektive Beurteilung der Gegenkräfte trübte", auch daß die äußerlichen Formen des Faschismus, wie Aufmärsche, „ihre Wirkung auf nicht ganz gefestigte Gemüter" ausübten (3, S. 165). Zu fragen ist, ob solche Momente in der Darstellungsweise dazu beitragen, die historische Entwicklung einer Industriegesellschaft zu erklären. Betrachtet man den Sieg des Nationalsozialismus als Ergebnis der Dämonie Hitlers, als Folge menschlichen Versagens oder Irrens breiter Bevölkerungsschichten, und stellt man die Person Hitlers ins Zentrum der Erklärungen, dann verbaut man sich die Möglichkeit zu einem wirklichen Verständnis des Phänomens Faschismus. „In Italien, Spanien, Ungarn, Österreich, Belgien und Frankreich gab es keinen Hitler, und es gab dennoch vergleichbare Bewegungen, von denen auch einige die Macht eroberten ... Dabei soll nicht übersehen werden, daß die besondere Ausprägung des Faschismus in den einzelnen Ländern von den jeweiligen Führern stark beeinflußt werden kann; doch handelt es sich hierbei um Modifikationen, nicht um den prinzipiellen Charakter" [27]). Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Ursachen nur teilweise im einzelnen richtig genannt, aber in keinem Buch in ihrem Zusammenhang vollständig aufgezeigt werden.

VI

Die einzelnen Stufen der Machtergreifung der NSDAP vom 30. Januar 1933 bis zum August 1934 werden von den Schulbüchern in recht unterschiedlicher Weise behandelt. Alle Geschichtsbücher schildern relativ ausführlich die Intrigen der letzten Wochen und Tage vor dem 30. Januar, so daß der Eindruck erweckt wird, daß diese Intrigen das Entscheidende für den Sieg des Nationalsozialismus waren und die eigentlichen Ursachen nur Beiwerk. Belastet wird vor allem Papen, „der selbstgefällig und politisch oberflächlich ... Brüning in den Rücken fiel" (4, S. 162; 8, S. 105; 9, S. 153; 10, S. 228), sowie Schleicher, „der ehrgeizige General und intrigante Taktiker" (8, S. 105; 9, S. 153; 10, S. 228). Blutenberg sieht daher auch bezeichnenderweise die Machtergreifung als „Ergebnis einer Hofintrige und als Werk Papens" (2, S. 157). Schöningh kennzeichnet Papen „als Wegbereiter des Nationalsozialismus" (11, S. 88; 12, S. 221) und reduziert damit — wie auch in den oben zitierten Beispielen — politische Prozesse auf die Handlungsweise führender Einzelpersönlichkeiten, damit auf rein menschliches individuelles Verhalten. Die Bildung der Regierung wird von einigen Geschichtsbüchern als „formal legal" bezeichnet (3; 4; 6; 9; 10; 13). Doch die Berufung auf den formalen Vorgang verfälscht den wahren Charakter des Regierungswechsels. Es waren durchaus unverantwortliche außerverfassungsmäßige Exponenten politischer und wirtschaftlicher Bestrebungen und Illusionen, die Hitler die Macht in die Hände spielten. Die rechtmäßig politisch verantwortlichen Instanzen dagegen, vor allem die Parteien, der Reichstag und der Reichspräsident, ließen sich von diesen Vorgängen ausschalten. „Der Geist dieses Regierungswechsels war dem Sinn der Verfassung gänzlich zuwider" [28]). Auf diesen problematischen Sachverhalt geht allein Diesterweg (6, S. 324) kritisch ein. Von den großen SA-Aufmärschen berichtet nur der Bayrische Schulbuchverlag (1, S. 146).

[27]) Reinhard Kühnl, Das Dritte Reich in der Presse der Bundesrepublik. Frankfurt 1966, S. 61 f.
[28]) Karl-Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen/Schwarzwald [4]1964, S. 731.

Die Zusammensetzung des Kabinetts und die Tatsache, daß der neuen Regierung nur drei Nationalsozialisten angehörten, wird in fast allen Büchern genannt. Auch wird erwähnt, daß „Hugenberg und Papen hofften, in dieser Regierung auf Hitler mäßigend einwirken und ihn für ihre Politik einspannen zu können", daß sie sich jedoch darin täuschten, denn die entscheidenden Schlüsselstellungen waren bereits von den Nationalsozialisten besetzt (4, S. 164). Über die Auflösung des Kabinetts und die Ansetzung von Neuwahlen sowie die Frage, welche Gesichtspunkte Hitler bei dieser Entscheidung geleitet haben und welche Ziele damit die nationale Rechte verband, werden nur selten Andeutungen gemacht (1, S. 146; 10, S. 233 f.). Die Beurteilung der Auflösung des Reichstages als Verfassungsbruch wird nirgends erwähnt.

Über Görings Maßnahmen in Preußen als kommissarischer Innenminister berichten überhaupt nur zwei Geschichtsbücher andeutungsweise (3; 4). Sie erwähnen, daß Göring das preußische Innenministerium übernahm und „damit die entscheidende Schlüsselstellung" (4, S. 164; 3, S. 167) in dem größten Land des Reiches, weil er vor allem die preußische Polizei in die Hand bekam. Die Bedeutung seiner Maßnahmen als wichtigste Stütze der ersten Phase der Einschüchterung — Straßenterror, Verhaftungen, Bespitzelungen — und wachsender Gleichschaltung im Reich bleiben ungenannt.

Den Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 bringen alle Schulbücher, die Hintergründe jedoch nur einige. „Bis heute ist nicht geklärt, wer außer dem am Tatort verhafteten holländischen Kommunisten van der Lubbe dafür verantwortlich ist. Die Regierung behauptete, ohne Beweise zu liefern, daß die Kommunisten schuldig seien, und nutzte die Gelegenheit, um diese Partei noch vor der Wahl zu vernichten" (4, S. 167; 8, S. 108; 9, S. 156; 10, S. 234; 3, S. 165; 7, S. 260; 11, S. 94; 12, S. 223). Daß die Täterschaft van der Lubbes umstritten ist, erwähnt klar nur Braun mit dem Hinweis, daß die Brandstiftung den Kommunisten ja nichts nützen konnte, wohl aber den Nationalsozialisten (3, S. 180, 188). Tatsächlich liegt die wahre Bedeutung des Brandes in dem Gebrauch, den man von ihm gemacht hat, und insofern stellt er ein entscheidendes politisches Ereignis dar.

Die Notverordnung vom 28. Februar 1933 als eine der vom Reichstagsbrand abgeleiteten Aktionen bedeutet das grundlegende Ausnahmegesetz, auf das sich die nationalsozialistische Diktatur bis zu ihrem Zusammenbruch in erster Linie stützte. Es bildet die juristische Grundlage für 90 Prozent der im Dritten Reich erlassenen Gesetze. Die Geschichtsbücher aber begnügen sich meist mit der Wiedergabe des Inhalts der Verordnung, etwa derart, daß sie sich auf Art. 48 stützte und die wichtigsten Grundrechte aufhob. Ansätze von Interpretationen liefert Diesterweg mit der Bemerkung: „Die Verordnung blieb bis zum Ende des nationalsozialistischen Staates in Geltung und erlaubte während dieser ganzen Zeit eine Willkürherrschaft über den einzelnen Staatsbürger. Das System der Konzentrationslager beruhte auf dieser Verordnung" (4, S. 165), sowie Schöningh: „Gegen diese Verordnung gab es keine rechtliche Sicherung. Auf dem Wege zur gewaltsamen Ausschaltung seiner Gegner hatte Hitler mit Billigung des Reichspräsidenten den ersten Schritt getan" (11, S. 94). Einige Bücher verweisen auch auf die Begründung der Verordnung mit „kommunistischen staatsgefährdenden Gewaltakten" (10, S. 234; 1, S. 146). Nicht erwähnt wird, daß sich damit der faschistische Staat auf eine tatsachenwidrig begründete, permanente Ausnahmegesetzgebung stützte und daß die Machtergreifung schon hier in ihren ersten alle weiteren Diktaturakte fundierenden Gewaltdekreten, lange vor dem darauf aufbauenden Er-

mächtigungsgesetz, „das klare Signum des Rechts- und Verfassungsbruchs trägt" [29]).

Nur wenige Bücher heben hervor, daß die mit der Notverordnung getroffenen Ausnahmegewalten der NSDAP im Wahlkampf sehr zustatten kamen, daß sich dennoch „das deutsche Volk nicht mit Mehrheit für Hitler und seine Partei" entschied (11, S. 93; 4, S. 165; 6, S. 325; 13, S. 10). Genaue Wahlergebnisse bringt nur Diesterweg (4), wo auch gesagt wird, daß die bürgerliche Mitte fast verschwunden war. Einige Geschichtsbücher (4; 6; 8; 11) betonen, daß SPD und Zentrum ihre Stimmen behielten, alle bis auf Blutenberg führen die Stimmenzahl von Nationalsozialisten und Deutschnationalen an. Gelegentlich erwähnt man auch die Tatsache, daß die KPD trotz des gegen sie ausgeübten Terrors kaum an Stimmen verlor (3; 4; 13). Als einziger behauptet Schöningh, „die KPD hatte erhebliche Verluste" (11, S. 93), was sachlich unrichtig ist, betrachtet man die Wahlergebnisse. Gerade bei diesem Ereignis hätte man am Beispiel der KPD, deren Kandidaten formal zugelassen, deren Führer tatsächlich aber bereits im Gefängnis saßen, soweit sie nicht geflüchtet oder in die Illegalität gegangen und deren Versammlungen verboten waren, die Parlaments- und Wahltaktik der NSDAP-Machtergreifungsstrategie (Legalitätstaktik) aufzeigen können.

Zum Tag von Potsdam findet sich lediglich bei Braun und Hirschgraben eine kurze Notiz: „Die Feier zur Eröffnung des neuen Reichstages, die am 23. März in der Garnisonskirche stattfand, war ganz auf die nationale Tradition gestimmt und daher geeignet, dem Bürgertum Sand in die Augen zu streuen" (3, S. 166). Bei Hirschgraben: „Bei der Eröffnung des Reichstages durch einen Staatsakt . . . zu Potsdam . . ., dem die SPD fernblieb, bekennt sich Hitler zum ‚Geist von Potsdam', wie er ihn verstanden wissen will" (7, S. 260). Die Hintergründe für dieses Ereignis bleiben jedoch auch bei diesen Büchern unbekannt.

Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes vom 24. März 1933 wird in seiner epochalen Bedeutung als Selbstaufgabe des Reichstags von einem Teil der Bücher erkannt (1; 7; 9; 10; 11). Bis auf Diesterweg (6) und Klett (8) wird allgemein angeführt, daß alle Parteien mit Ausnahme der SPD dem Ermächtigungsgesetz zustimmten. Einige der Bücher verweisen dabei auf die „mutige und würdige Rede" (1, S. 147; 4, S. 166; 11, S. 94) des sozialdemokratischen Vorsitzenden Wels, mit der er die Ablehnung seiner Partei begründete. Das Verhalten der übrigen Parteien wird mit folgenden Hinweisen erklärt: Sie hätten „im Vertrauen auf Hitlers beruhigende Zusicherungen" (10, S. 234; 9, S. 157) zugestimmt; man nahm an, „daß jeder direkte Widerstand ohnehin vergeblich sei" (1, S. 147); die Befürchtung war maßgebend, „daß Hitler andernfalls mit offener Gewalt vorgehen werde" (3, S. 166; 7, S. 260); „unter Betrugsanwendung und Terrordrohung wurde der Reichstag dahin gebracht" (2, S. 157). „Hitler gab sich in seiner Rede vor dem Reichstag bewußt maßvoll, sprach von der hohen Bedeutung der christlichen Kirchen und eines von der Politik unabhängigen Rechts für Deutschland, versprach, niemals das Gesetz zu mißbrauchen oder das kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der Länder anzutasten" (11, S. 94). Ein Teil der Geschichtsbücher begründet dabei auch näher die Haltung des Zentrums. Hitler gewann das Zentrum „durch das Versprechen, die bürgerlichen und politischen Freiheiten wieder herzustellen" (1, S. 147; 11, S. 94; 13, S. 10); diese mündliche Zusage sollte in einem Schreiben an das Zentrum auch schriftlich niedergelegt werden; in der entscheidenden Sitzung lag jedoch der Brief noch nicht vor; „als aber der nationalsozialistische Innenminister dem Zentrum zusicherte, daß der Brief unterwegs sei,

[29]) Karl-Dietrich Bracher, W. Sauer, G. Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln—Opladen [2]1962, S. 85.

stimmte das Zentrum gutgläubig für das Gesetz" (4, S. 166). Auf die Änderung der Geschäftsordnung, die der Abstimmung vorausging, diesen offenen Verfassungsbruch, der von vornherein die gesamte Abstimmung in die Illegalität stellte, geht außer dem Wochenschauverlag gründlicher nur der Bayrische Schulbuchverlag ein und erwähnt auch, daß außer den kommunistischen Reichstagsabgeordneten, deren 81 Gegenstimmen man ausschalten wollte, auch einzelne Abgeordnete der SPD verhaftet worden waren. Allerdings heißt es dann: „Aber die völlig verwirrten gemäßigten Parteien fanden sich mit dem Rechtsbruch ab, da sie nicht in den Verdacht der Kommunistenfreundlichkeit kommen wollten" (1, S. 147). Die Tatsache, daß die Kommunisten bei der Abstimmung fehlten, wird zwar auch von anderen Büchern gebracht, allerdings ohne den Hinweis auf den vorliegenden Verfassungsbruch. Der Wochenschauverlag begründet das Fehlen der Kommunisten merkwürdigerweise damit, sie hätten „es nicht gewagt, zu der Parlamentssitzung zu erscheinen, da alle Eingänge der Kroll-Oper ... von SS und SA bewacht wurden" (13, S. 11), — wie aber sollten die Abgeordneten erscheinen, wenn sie im Gefängnis saßen? Prüft man die Argumente der Geschichtsbücher zum Verhalten der Parteien bei der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz, so fällt auf, daß man sich allgemein wiederum von der historisch soziologischen Betrachtungsweise löst und auf psychologische Erklärungen zurückgreift: Die Parteien versagten aus „Furcht", „getäuschtem Vertrauen", aus „Gutgläubigkeit"; umgekehrt wird das Verhalten der SPD mit persönlichem Mut erklärt. Diese Erklärungen reichen offensichtlich nicht aus, will man nicht den Schluß ziehen, daß die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien insgesamt Angsthasen und etwas dümmliche Getäuschte, die Sozialdemokraten aber persönliche Helden waren. „Die Gründe für das Verhalten der Parteien müssen offenbar tiefer liegen und beispielsweise in der sozialen Struktur und der daraus folgenden politischen und sozialen Zielsetzung der jeweiligen Partei gesucht werden" [30]). Aber gerade diese Faktoren werden in den Geschichtsbüchern nur gelegentlich geprüft und immer wieder überdeckt von einer rein formalen Betrachtungsweise. Möglicherweise spielt hier noch immer das Rechtfertigungsbedürfnis der überlebenden Zeugen eine Rolle, das eine wissenschaftliche Betrachtungsweise des Problems, wie sie z. B. Bracher, Sauer, Schulz bewiesen haben, nicht erlaubt.

Zum Problem der Gleichschaltung der Länder bringen die Geschichtsbücher in stark geraffter Form nur das Faktengerüst. Einige wenige erwähnen noch das Ergebnis dieser Aktion: „Anstelle des föderativen Aufbaues trat die von einem Mann abhängige zentralistische Organisation" (11, S. 94). Die Beseitigung der Länder begründet der Wochenschauverlag folgendermaßen: Ein föderativer Staat entsprach „nicht dem diktatorischen Willen des Führers ... und hinderte ihn vor allen Dingen daran, überall gleichmäßig das durchzusetzen, was er wollte" (S. 19). Das wissenschaftlich interessante Problem bei der Gleichschaltung der Länder, die Frage nach der Wahl der Methode, mit der diese Gleichschaltung vollzogen wurde, findet in den Schulbüchern keine Berücksichtigung.

Ein Ziel der nationalsozialistischen Machtbefestigung mußte die „Großsäuberung" und „Kollektiveinschüchterung" der Beamtenschaft sein, wenn die Gleichschaltung des Staatsapparates auch wirklich von oben bis unten vollzogen sein sollte. Kaum ein Geschichtsbuch geht auf diesen Sachverhalt ein; einige erwähnen zwar die Gleichschaltung des Beamtenapparates, begnügen sich aber meist mit einer kurzen Inhaltsangabe des Gesetzes vom 7. April 1933 (3, S. 168; 7, S. 261). Lediglich Diesterweg (4; 6) befaßt sich etwas eingehender mit diesem Problem mit der Feststellung, daß „mißliebige Beamte... entlassen oder pensioniert und

30) Reinhard Kühnl, Presse, a.a.O., S. 32.

durch Funktionäre der nationalsozialistischen Partei ersetzt" (4, S. 166) und daß „jüdische Beamte und solche, die durch ihre demokratische Einstellung bekannt waren" (6, S. 326), entlassen wurden.

Im Zusammenhang mit der Machtergreifung muß auch geklärt werden, wie es Hitler gelang, eine so mächtige, noch intakte Institution wie die Gewerkschaften zu zerschlagen, ohne daß sich der geringste Widerstand regte. Die meisten Geschichtsbücher begnügen sich jedoch mit der Feststellung: „Die Gewerkschaften wurden aufgelöst, Arbeiter, Angestellte und Unternehmer in der ‚Deutschen Arbeitsfront' zusammengeschlossen" (7, S. 261). In einigen Büchern wird auch der Zweck der DAF näher benannt: Sie wurde „als das wirksamste Mittel der Überwindung des Klassenkampfes angesehen" (3, S. 168). Diesterweg (6) weist noch darauf hin, daß Kampfmittel im Wirtschaftsleben nicht mehr geduldet und daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter unter Berufung auf das Führerprinzip abgelehnt wurde. „So wurden der Arbeiterschaft ihre in jahrzehntelangen Kämpfen errungenen Rechte entwunden. Nichts geschah mehr im Interesse des arbeitenden Menschen selbst... Offen hieß es, die DAF habe die ‚Grundlagen und Voraussetzungen für die deutsche Wehrgemeinschaft' zu schaffen" (6, S. 328). Sicherlich ist gegen eine solche Darstellung nichts einzuwenden, erläutert sie doch die Funktion der DAF; aber sie genügt nicht. Geklärt werden sollten etwa die Hintergründe der gemeinsamen Kundgebung am 1. Mai — daß hier nämlich gemäß der von Hitler proklamierten „Volksgemeinschaft aller Arbeiter der Faust und der Stirn" die Wandlung des 1. Mai vom Symbol des Klassenkampfes zum Tag der Erhebung und Einigung des ganzen Volkes vollzogen wurde, als ideologische Verbrämung des eigentlichen Ziels: Senkung der Löhne bei beginnender Aufrüstung. Von Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang die Analyse des Verhaltens der Gewerkschaftsbürokratie, die sich kampflos unterwarf, nachdem sie vorher — am 1. Mai — an den gemeinsamen Kundgebungen teilgenommen und ihren Mitgliedern das gleiche empfohlen hatte. Doch davon ist in den Schulbüchern nicht die Rede, desgleichen nicht von den ähnlichen Vorgängen bei der Auflösung der einzelnen Parteien.

Den Abschluß des Konkordats vom 20. Juli 1933 erwähnen zwar einige Geschichtsbücher, aber nur zwei befassen sich näher mit diesem Sachverhalt (4; 6). Diesterweg (4) stellt dar, daß der Vertrag „der katholischen Kirche gegen den ausdrücklichen Verzicht auf politische Betätigung der Geistlichen große Rechte im kirchlichen Vereinswesen einräumte, ja sogar die Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen zuließ" (S. 171). Der Grundgedanke auf seiten Hitlers war, „die Phase des Aufbaus seines Regimes durch diesen wie auch andere außenpolitische Verträge abzuschirmen..." (4, S. 171). Auf die Bedeutung des Konkordats bezieht sich Braun: „Die Tatsache, daß eine moralische Macht wie die römische Weltkirche mit dem Dritten Reich einen Vertrag schloß, war für Hitler von unschätzbarem Wert und erhöhte sein Ansehen in der ganzen Welt" (3, S. 169). Diesterweg (6) erwähnt auch noch den für Hitler damit verbundenen innenpolitischen Erfolg. Der Vertrag „festigte Hitlers Stellung gegenüber den deutschen Katholiken..." (S. 326). Tatsächlich war damit für die einfachen Gläubigen der Weg frei zum Nationalsozialismus, zumal dem politischen Katholizismus jegliche Grundlage entzogen war. Die maßgebenden Motive des hohen Klerus wie des Vatikans beim Abschluß des Vertrags, nämlich Kampf gegen Kommunismus und Liberalismus, werden von keinem Buch gebracht, ebenso wenig die grundsätzliche Neigung des Katholizismus, Bündnisse mit autoritären Regimen einzugehen.

Der Anspruch des werdenden faschistischen Staates, alle Bereiche des menschlichen Lebens nach seinen Vorstellungen zu reglementieren, ist besonders betont

auf alle Medien der Meinungsäußerung und auf alle Mittel der geistigen und physischen Beeinflussung angewandt worden. Presse und Kulturwesen im allgemeinen und das gesamte Feld der Erziehung im besonderen gerieten in den Griff der neuen Machthaber. Dieser Sachverhalt wird im allgemeinen von allen Büchern richtig angeführt, wenn auch meistens in sehr knapper Form (7; 8;10; 11; 13). Nur Diesterweg (4), Braun und der Bayrische Schulbuchverlag gehen ausführlicher auf dieses Thema ein. Diesterweg berichtet von öffentlichen Verbrennungen von Büchern „jüdischer oder sonst mißliebiger Schriftsteller" (S. 170), von der Emigration zahlreicher Künstler, Schriftsteller und Gelehrten (3, S. 168). Erwähnt wird auch der wichtige Gesichtspunkt, daß in der Schule vor allem im Deutsch-, Geschichts- und Biologieunterricht die nationalsozialistische Weltanschauung und Rassenlehre behandelt wurde (4, S. 170). Die Folgen dieser Kulturpolitik sieht der Bayrische Schulbuchverlag so: „Durch eine solche Dienstbarmachung der Kunst für ideologische Zwecke verlor Deutschland sein Ansehen als Kulturnation, und der Zusammenhang mit der Kunst und Dichtung der übrigen Welt wurde unterbrochen" (S. 152).

Nur drei Bücher beziehen sich auf das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit. Sie führen zunächst den Inhalt des Gesetzes an, kommentieren es aber dann sehr unterschiedlich. Der Wochenschauverlag meint: „Das war ein harter Schlag für die Arbeitnehmer wie auch für die Industrie und die selbständigen Unternehmer. Jetzt gab es keine Möglichkeit mehr, die Arbeitsbedingungen in unabhängigen Verhandlungen miteinander auszuhandeln, sondern jetzt hieß es so zu handeln, wie es der Führer befahl. Die gesamte Wirtschaft ... diente jetzt nur noch Hitlers Plänen" (S. 18 f.). Der Bayrische Schulbuchverlag stellt fest, daß „nicht nur ‚Klassenkampfideologie', sondern auch die Idee einer freien Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ... zugunsten eines Dirigismus aufgegeben" wurde (S. 115). Die Schaffung von Treuhändern wird von beiden Büchern als „eine Einschaltung von Parteifunktionären in die Wirtschaft" (13, S. 19) interpretiert. Daß sie sich mit ihrer Kritik gar nicht grundsätzlich von der nationalsozialistischen Ideologie der „Volksgemeinschaft aller Arbeiter der Faust und der Stirn" unterscheiden, indem sie selbst den Akzent auf Schlagwörter wie „freie Partnerschaft" und „Miteinander" legen, fällt ihnen offensichtlich nicht auf. Wesentlich kritischer und den wirklichen Tatbestand nicht verschleiernd betrachtet Hirschgraben das Gesetz vom 20. 1. 1934. Er stellt fest, daß die neue Art von Betriebsgemeinschaft „sich vorwiegend zum Vorteil der Unternehmer" (S. 261) auswirkte, die zwar auch „durch die straffe Lenkung von Erzeugung und Verteilung, durch Staatsaufträge und in anderer Weise an die Regierung gebunden werden."

Mit dem sogenannten Röhm-Putsch befassen sich alle Geschichtsbücher bis auf den Wochenschauverlag, jedoch wieder in sehr unterschiedlicher Weise. Die tatsächlichen Hintergründe der Krise — der Konflikt zwischen linkem Flügel und der Parteileitung der NSDAP um das Problem einer Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne des Programms von 1920 — erkennen nur sehr wenige Bücher. Klett geht auf Hitlers Motive beim Vorgehen gegen die SA ausführlich ein: Röhm plante „eine zweite — soziale — Revolution: Praktisch wohl die Enteignung der bürgerlichen Schichten. Hitler fürchtete für seine Stellung, wenn Röhm Befehlshaber der gesamten bewaffneten Macht des Staates würde. Außerdem brauchte er die bürgerlichen Schichten für seine außenpolitischen Pläne: die Offiziere sollten ihm eine starke Armee, die Industriellen eine autarke Wirtschaft aufbauen. Innenpolitisch hatte er das Wohlwollen der Reichswehr nötig, um Nachfolger des dahinsiechenden Reichspräsidenten zu werden; so entschied er sich gegen die SA" (S. 235 f.). Röhms Streben nach Eingliederung der Reichs-

wehr in die SA und Hitlers Reaktion werden auch von Diesterweg zutreffend dargestellt (4, S. 168; 10, S. 236). Ein Teil der übrigen Geschichtsbücher sieht ebenfalls in Röhms militärischen Plänen die Ursache des Konflikts, doch wird auf die näheren Umstände nicht eingegangen (6; 8; 11). Braun erblickt die Ursache der Krise in Röhms persönlichem Ehrgeiz; aus der gleichen Perspektive wird Hitlers Verhalten gesehen (S. 166 f.). Im Bayrischen Schulbuchverlag finden sich gar keine Erklärungen, statt dessen berichtet man von der „widernatürlichen Unzucht" Röhms und vom „anmaßenden Auftreten und hemmungslosen Lebensstil" mancher SA-Führer (S. 155).

Auf die Marburger Rede Papens weisen nur zwei Bücher hin. Bei Klett (8) findet sich die Notiz: „Selbst Vizekanzler von Papen übte in einer Marburger Rede ernste Kritik" (S. 109). Der Bayrische Schulbuchverlag sieht in Papen so etwas wie einen Widerstandskämpfer: „Der exponierteste unter jenen Männern, die den neuen Kurs nicht mit vollem Herzen mitmachten, war ... von Papen. Am 17. Juni 1934 wagte er in einer Rede ... eine zusammenfassende Kritik ..." (S. 155). Die Funktion der Rede als Aufforderung der Konservativen an die nationalsozialistische Führung, Bestrebungen der linken Nationalsozialisten zu unterdrücken und die Herrschaftsverhältnisse, so wie sie waren, unangetastet zu lassen, wird nicht untersucht. So kann auch nicht erkannt werden, daß der Mord an der SA die unmittelbare Antwort auf diese Rede Papens war. Als Ergebnis der Aktion wird allgemein die Entmachtung der SA und ihre Ersetzung durch die SS angesehen, wobei das gesetzwidrige Vorgehen Hitlers betont wird (4; 7; 10). Tatsächlich bildeten fortan Partei und SA nur noch Massenintegrations- und Manipulationsinstrumente in der Hand der Führung.

Die Bedeutung des Todes Hindenburgs, die darin lag, daß Hitler nun auch die „Rechte des Reichsoberhauptes, insbesondere den Oberbefehl über die Reichswehr, die er sofort auf seine Person vereidigen ließ" (6, S. 327), übernahm, wird von den meisten Büchern festgestellt. Der Bayrische Schulbuchverlag erwähnt, daß der Tod Hindenburgs „eine erneute Festigung der Macht Hitlers" (S. 157) bedeutete, und weist auch auf die Volksabstimmung hin, die mit 88 Prozent Ja-Stimmen die bereits vollzogene Vereinigung der beiden höchsten Ämter des Reichs bestätigte. „Er verfügte damit über eine unbegrenzte Machtfülle", betont auch Schöningh (12, S. 224) und ebenso Diesterweg (6, S. 327). Hitler hatte zwar damit die Reichswehr an seine Person gebunden, doch beschränkte er sich zunächst auf die nominelle Führung und überließ das innere Gefüge noch ganz der Reichswehrführung (4, S. 169). Doch war er damit unbestritten als Sieger aus der Junikrise hervorgegangen.

Eine abschließende Analyse des Aufstiegs und der Machtergreifung des Nationalsozialismus sucht man in den Geschichtsbüchern vergebens. Ebenso wenig wird klargestellt, welche sozialen Kräfte nun eigentlich das Dritte Reich getragen haben, weil seine Politik — im ganzen — zunächst ihren Vorstellungen entsprach. Ungeklärt bleibt auch, welche soziale Funktion die NS-Regierung hatte, welche Kräfte mit dem 30. Januar gesiegt, welche verloren hatten. Wohl werden an einzelnen Stellen soziologische Kategorien verwendet, jedoch so spärlich, daß sich ein zusammenhängendes Bild vom Verhalten der wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen — Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Kirchen usw. — nicht ergibt. Vielmehr wird der Eindruck erweckt, daß sich diese Machtergreifung auf recht geheimnisvolle Weise vollzog; der Leser wird ständig vor vollendete Tatsachen gestellt. Klar wird lediglich, daß Terror, Propaganda und Gewalt eine Rolle spielten. Ungeklärt bleibt aber die Tatsache, daß sich auch ein Terrorregime, wenn es die Macht behalten will, auf bestimmte Sozialschichten stützen muß.

VII

Der Widerstand im Dritten Reich[31]) wird in allen durchgesehenen Büchern behandelt. Betont wird häufig, daß sich „immer wieder" in Deutschland „namhafte Persönlichkeiten aller Bekenntnisse, Stände und ehemaligen Parteien zusammen (fanden) mit dem Ziel, das Reich von dem verhängnisvollen außen- und innenpolitischen Kurs abzubringen" (9, S. 188; 10, S. 265; 4, S. 187), wobei in diesem Zusammenhang „Offiziere, Beamte, Gewerkschaftler und Sozialdemokraten" (11, S. 124) angeführt werden. Der Widerstand der Arbeiterbewegung wird nicht dargestellt. Des öfteren erwähnt man zwar, daß Gewerkschaftler und Sozialdemokraten daran teilnahmen (11; 13), aber nur Schöningh weist darauf hin, daß schon seit 1933 kommunistische Widerstandsgruppen bestanden hatten (11, S. 124). Offensichtlich gehen die Geschichtsbücher konform mit Schmitthenner, der in seinen Überlegungen zur Behandlung des Widerstands gegen Hitler in der Schule forderte, daß alle Gruppen von Widerstandskämpfern im Unterricht behandelt werden sollten, bis auf die Kommunisten, denn sie „haben ... ihren Widerstand nicht auf Grund deutscher, sondern sowjetrussischer politischer Zielsetzungen unternommen" [32]). Über einen sozialdemokratischen Widerstand ist ebenfalls kaum etwas zu finden. Namentlich werden erwähnt: Wilhelm Leuschner, Adolf Reichwein, Julius Leber (1; 11). Daß KPD und SPD, die den Terror des Regimes am frühesten und am stärksten zu spüren bekamen, den ersten Widerstand gegen das Dritte Reich leisteten, daß die beiden Parteien nach dem 30. Juni 1934 gemeinsam mit allen anderen Gegnern des Nationalsozialismus eine einheitliche Front bildeten und daß kommunistische, sozialdemokratische und andere linksgerichtete Arbeiter, Studenten und Intellektuelle einen großen Teil der annähernd 100 000 ermordeten und der fast 1 000 000 inhaftierten Antifaschisten bildeten, bleibt in den Geschichtsbüchern ungenannt. Um so ausführlicher wird der kirchliche Widerstand geschildert, der in einigen Büchern den gleichen Raum einnimmt wie die Schilderung des übrigen Widerstandes. Im Mittelpunkt des protestantischen Widerstandes stehen in fast allen Büchern die Bekennende Kirche und Martin Niemöller; erwähnt werden gelegentlich Dietrich Bonhoeffer sowie die von Karl Barth verfaßte Barmer „theologische Erklärung" (1; 2; 4; 6; 11). Auf der katholischen Seite wird neben dem Auftreten der Bischöfe Graf von Galen, Wurm und Kardinal Faulhaber (2) auch die Enzyklika „Mit brennender Sorge" herausgestellt (3; 4; 6). Im Zusammenhang mit dem Kreisauer Kreis wird Alfred Delp genannt (1; 2). Der Widerstand dieser einzelnen „Männer der Kirche" wird durchweg den Kirchen selbst zugerechnet, so daß der Eindruck erweckt wird, als habe es einen Widerstand der Kirchen gegeben. Lediglich der Bayrische Schulbuchverlag weist darauf hin, daß weder die evangelische noch die katholische Kirchenleitung ihre Gläubigen zum Kampf gegen das Regime aufforderten, „nur einzelne Persönlichkeiten haben mit den aktiven Widerstandsgruppen eng zusammengearbeitet" (S. 199). Allerdings behauptet das gleiche Buch: „Die größte, allerdings weitgehend passive Widerstandsgruppe bildeten die christlichen Kirchen" (S. 199). Das höchst ambivalente Verhältnis der katholischen wie der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus wird in keinem Buch dargestellt. Lediglich bei Klett findet sich die vorsichtige Notiz, daß Hitler bei „katholischen Kreisen zunächst eine gewisse Zustimmung fand" (10, S. 238). Professor Huber und die Geschwister Scholl, die „im Zeichen der ‚weißen Rose' die akademische Jugend nach Stalingrad zum Protest aufriefen" (2, S. 169), werden von fast allen Büchern genannt.

[31]) Vgl. zur Darstellung des Widerstandes in den Schulgeschichtsbüchern Edgar Weick, Deutscher Widerstand 1933—45. Aspekte der Forschung und der Darstellung im Schulbuch. Eine Berichterstattung, Heidelberg 1967.

[32]) W. Schmitthenner, Die deutsche Widerstandsbewegung gegen Hitler, in: GWU 1952, S. 468.

Die dominierende Stellung in allen Büchern nimmt der 20. Juli 1944 ein. Klaus von Stauffenberg, Generaloberst Beck und Carl Goerdeler werden am häufigsten als führende Männer des 20. Juli herausgestellt. Angesichts der Rolle, die sie bei der Planung und Ausführung des Attentats gespielt haben, erscheint das durchaus gerechtfertigt. Daneben werden genannt Graf von Moltke, Rommel, Graf Peter Yorck und von Witzleben. Allgemein werden die verschiedenen Gruppen und Richtungen richtig und vollständig aufgeführt, und zwar sowohl was ihre soziale Zusammensetzung — Militär, hohe Bürokratie, Adel, Gewerkschaftsführer, Intellektuelle —, als auch was die Namen der wichtigsten Persönlichkeiten betrifft. Der ungefähre Ablauf des Attentatsversuchs und seine unmittelbaren Folgen werden fast immer ausführlich geschildert. Auf die Motive und Ziele der Verschwörung verweist nur ein kleiner Teil der Geschichtsbücher. Als Beispiel sei Klett zitiert: „Nicht machtlüsterner Imperialismus, sondern sittliche Prinzipien trieben die Elite der Nation zum aktiven Widerstand, der ein ‚Aufstand des Gewissens' war" (10, S. 265); die Männer des 20. Juli hatten gehandelt „allein schon um der moralischen Rehabilitierung willen" (10, S. 266). Die These vom „Aufstand des Gewissens" wird auch von Diesterweg vorgetragen, wobei erwähnt wird, daß die Männer des 20. Juli „vor allem die ethische Grundlage des politischen Handelns und die Frage der kommenden Staats- und Gesellschaftsordnung" klärten (6, S. 335). Wie diese Pläne im einzelnen aussahen, wird nicht dargestellt. Auf die Situation im Juli 1944 verweisen einige Bücher, etwa Klett mit der Bemerkung: Der Krieg war „praktisch bereits verloren" (9, S. 190). Aus dieser Situation werden auch größtenteils die Motive der Verschwörer abgeleitet: Erreichen eines sofortigen Friedens „anstatt weiterer sinnloser Opfer und Zerstörungen" (3; 9; 11; 12). Doch diese Motive, die zeigen, daß der 20. Juli konkrete historische Bezüge hat, stehen unvermittelt neben der These vom rein moralischen Charakter der Verschwörung, obwohl der Widerspruch zwischen beiden evident ist. Offenbar werden sie in erster Linie deshalb angeführt, um zu demonstrieren, daß der Krieg eindeutig verloren war und daher der Vorwurf des Landesverrats nicht haltbar ist. Doch zieht man keine weiteren Konsequenzen aus dem Tatbestand, daß die Ansätze zu einer Widerstandshaltung in Kreisen der Militärs unmittelbar vor dem drohenden Kriegsausbruch 1938 feststellbar sind, daß diese Ansätze in der Periode der großen militärischen Siege wieder verkümmern und erst besonders seit der Niederlage von Stalingrad wieder aufgenommen werden. Stattdessen hält man allgemein an der Interpretation des Widerstandes als Kampf der Guten gegen die Bösen fest. Doch zeigen die unterschiedlichen Zeitpunkte, Intensitätsgrade und Zielsetzungen der verschiedensten Widerstandsgruppen (einschließlich der Verschwörung des 20. Juli) und ihre Aktionen, daß ihre Moralbegriffe weit auseinandergingen und daher näherer Bestimmung bedürfen. Es ist anzunehmen, daß Moralbegriff und politische und soziale Positionen der einzelnen Widerstandskämpfer in engem Zusammenhang stehen; dieser müßte deshalb der eigentliche Gegenstand der Analyse sein.

VIII

Das vorgelegte Material erlaubt abschließend folgende Feststellungen: Das Verhältnis zwischen der historischen Darstellung der Geschichtsbücher und den Ergebnissen der Wissenschaft ist merkwürdig ambivalent. „Der Geschichtsunterricht muß", so heißt es im Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen vom 22. Januar 1955, „neben den Erkenntnissen der Geschichtswissenschaft auch den Ertrag der Soziologie und verwandter Wissenschaften einbeziehen." Doch wird hinsichtlich der Methoden, die von politischer

Wissenschaft und Zeitgeschichte unter Einbeziehung der Soziologie in neuester Zeit entwickelt worden sind, bis auf ein paar Ansätze von den Geschichtsbüchern der Bundesrepublik nichts übernommen. Sie muß noch immer der Vorwurf der Überbetonung des subjektiven Faktors treffen. Historische Ereignisse und ihre gesellschaftlichen Zusammenhänge werden häufig als das Ergebnis individuellen Strebens und Handelns einzelner aufgefaßt. So schildern die Geschichtsbücher fast ausschließlich die Handlungsweise führender Einzelpersönlichkeiten — Hitlers, Hindenburgs, Hugenbergs, Papens usw. — und führen sie auf deren Charakter zurück. Politisch-gesellschaftliche Kategorien spielen bei der Deutung historischer Ereignisse und Prozesse kaum eine Rolle. Wohl tauchen sie gelegentlich auf, doch erscheinen sie „eingebettet" in das Geflecht der geschilderten Vorstellungen von Geschichte als Handlungsweise führender Persönlichkeiten und personalisierter Kollektiva und bleiben daher bedeutungslos. Wie aber beispielsweise Karl-Dietrich Bracher in seinen Werken gezeigt hat, ist die systematische Untersuchung der Struktur, der Geschichte und der Ideologie bestimmter Institutionen — der Parteien, Gewerkschaften, Bürokratie, Reichswehr usw. — notwendig, will man die historische Entwicklung einer modernen Industriegesellschaft sichtbar machen. „Die Fruchtbarkeit seiner Methoden und die Zuverlässigkeit seiner Resultate sind in der politischen Wissenschaft der Bundesrepublik so gut wie unumstritten" [33]). Das personalisierende Geschichtsbild verstellt auch den Zugang zu den Resultaten wissenschaftlicher Forschungen. Bracher wie Sontheimer werden ebenso ignoriert wie die Darstellungen, die sich mit dem Verhalten, den Motiven und Zielen der verschiedenen sozialen Gruppen befassen. Es kommt besonders deutlich zum Ausdruck bei der Darstellung des Aufstiegs der NSDAP und der Verschwörung vom 20. Juli 1944 wie beim Widerstand insgesamt. Das Bild, das die Geschichtsbücher von der Vorgeschichte des Dritten Reiches, den Stufen der Machtergreifung und des Widerstandes zeichnen, ist daher fragwürdig. Der Prozeß des Aufstiegs und der Sieg der NSDAP muß dem Schüler unverständlich bleiben, verzichtet man doch einerseits auf die Untersuchung der sozialen Zusammensetzung der nationalsozialistischen Anhängerschaft sowie der konkreten politischen und sozialen Zielsetzung der Partei und andererseits auf die Analyse des Verhaltens der sozialen Gruppen und Institutionen. Besonders auffällig ist, daß die Oberschichten, die das Dritte Reich mitgetragen haben, bei der Untersuchung des Aufstiegs der Partei als soziale Gruppe nicht namhaft gemacht werden, wohl aber bei der Darstellung des Widerstands. Gleichfalls „aufgebessert" wird die Rolle der Kirchen, deren Verhalten als eine kontinuierliche Folge von Widerstandshandlungen herausgestellt wird. Die Darlegungen zu Hitlers Person und Charakter nehmen in fast allen Geschichtsbüchern breiten Raum ein, so daß die Vorstellung erweckt wird, Hitler allein, sein Wollen und Handeln bestimmte die jüngste Geschichte. Personalisierte Kollektiva — wie „die Deutschen", „viele Gutgläubige", „viele junge Leute" — spielen zumeist eine passive Rolle und sind der Aktivität übermächtiger Subjekte ausgeliefert. In diesem Sinne wird etwa das Verhältnis Hitlers zu seiner Anhängerschaft gesehen. Vielerlei Momente in der Darstellungsweise tragen dazu bei, dieses einseitige Bild zu erzeugen. Die bestimmten Einzelpersönlichkeiten zugeschriebenen Eigenschaften und Absichten gelten als „Ursachen" der historischen Entwicklung. Das Dritte Reich erscheint als das Produkt der „Dämonie", der „Suggestivkraft" Hitlers, des Versailler Vertrags, der Wirtschaftskrise, deren Ursachen selbst im unklaren bleiben, oder als Folge menschlichen Versagens und Irrens Hindenburgs, Papens, Hugenbergs u. a. Dabei erweist sich die Reduzierung politischer Prozesse auf das „rein Menschliche" als ideologisch. „Mensch-

33) Kühnl, Presse, a.a.O., S. 173.

liches Versagen" wird grundsätzlich nur der bürgerlichen Mitte und der Rechten zugebilligt, niemals der Linken, deren Verhalten in starkem Maße mit autoritären und faschistischen Begriffen und Argumenten interpretiert wird.

Die Frage, welche Ursachen der nichtbewältigten Darstellung des Nationalsozialismus in den Geschichtsbüchern der Bundesrepublik zugrunde liegen, würde eine umfangreiche Analyse der politischen, sozialen und ideologischen Struktur der Bundesrepublik erfordern, die hier jedoch nicht geleistet werden kann. Ansätze finden sich beispielsweise bei Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland (München 1965), und Claessens, Klönne, Tschoepe, Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland (Düsseldorf—Köln 1965).

Besonders wichtig erscheint die Frage, wieweit die Darstellung in den Geschichtsbüchern geeignet ist, das demokratische Bewußtsein der Schüler zu fördern und eine Neuauflage des Faschismus auszuschließen. Gegenüber der Erscheinung des Nationalsozialismus begründen die Lehrbücher das „obligate Mißvergnügen" [34]). Doch der weitgehende Verzicht auf politisch-gesellschaftliche Kategorien, die Beschränkung auf reine Faktenwiedergabe, das Hinweisen auf „rein menschliches" Verhalten zeigen, daß das Problem nicht bewältigt ist. „Ohne eine in die Tiefe dringende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist politische Bildung in Deutschland nicht möglich" [35]), d. h. ohne Analyse der gesellschaftlichen und politischen Struktur des Nationalsozialismus wird kritisches Urteilen und engagiertes Handeln in der Gegenwart nicht erreicht. Denn demokratisches Engagement heißt, auf Grund einer „rationalen Durchdringung der Prozesse" in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung Stellung zu nehmen. „Politisches Bewußtsein und politischer Handlungswille entstehen nur im Bewußtsein gesellschaftlicher Konflikte" [36]). Reduziert man jedoch die Analyse konkreter gesellschaftlicher Widersprüche — hier am Beispiel des Faschismus — auf eine rein formalistische und ahistorische und rein statische Betrachtungsweise der Gesellschaft, dann verzichtet man von vornherein auf die Möglichkeit, dem Schüler zu erklären, inwieweit die politischen und gesellschaftlichen Fragen für ihn selbst relevant sind. Die politische Bildung führt hier zum Gegenteil dessen, was sie offiziell als Ziel vorgibt, und wird auf diese Weise die allgemeinen Tendenzen zur Entpolitisierung des öffentlichen Lebens und Bewußtseins der Menschen (hier der Schüler) nicht aufhalten können, sie eher noch fördern. Das ist, vorsichtig ausgedrückt, zweifellos keine geeignete Methode, eine erneute Wendung zum Faschismus zu verhindern.

---

34) Werner Hofmann, Sozialkunde — konformistisch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/1966.
35) Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 5. Juli 1962.
36) R. Schmiederer, Zur Theorie der politischen Bildung, in: Das Argument, Juli 1967, S. 126.

der Fall; als Biologe sieht er „Die Wurzel des Übels vor allem darin, daß einerseits Wettbewerb und Auslese durch eine egalisierende Gesellschaftspolitik immer mehr entschärft und zum anderen nach Maßstäben betrieben werden, die sich so weit von denen der natürlichen Auslese entfernt haben, daß sie nicht mehr die Fähigsten, sondern die bequemere Mittelmäßigkeit begünstigen" (S. 32). Gesund in biologischer Sicht ist nur die Wirtschaft, denn nur sie „ist weitgehend vor diesen Tendenzen bewahrt geblieben, und hier florieren wir darum auch am besten" (S. 32). Den „jungen Rebellen" gebührt nach Ansicht von Frank das Verdienst, auf die Mißstände der Gesellschaft hingewiesen und insbesondere gezeigt zu haben, „wieviel falsche, nur auf die Position und nicht auf überlegene Leistung gegründete Autorität in unserer heutigen Hierarchie herrscht" (S. 33). Mit Recht fordere die APO sogar „die Mitberatung der Betroffenen an allen wichtigen Entscheidungen, die auch in höheren Tiergesellschaften angebahnt und beim Affen zum Teil schon hoch entwickelt ist, allerdings auf die Ranghöheren und damit nach menschlichen Maßstäben Urteilsfähigen beschränkt bleibt. Die ebenfalls geforderte Mitbestimmung aller widerspricht schon insofern der natürlichen Ordnung, als sie die individuelle Verantwortung für Entscheidungen aufhebt und damit eine Auslese unmöglich macht" (S. 34).

Selbstverständlich stimmt nun Frank keineswegs allem, was die APO tut und will, als Biologe zu. Den Hauptfehler der Rebellen sieht er vielmehr darin, daß sie sich „nur allzu schnell aus der konkreten Wirklichkeit in die weitgeöffneten Arme einer Ideologie geflüchtet haben, die sie für die tatsächlichen Probleme unserer Zeit blind macht. Hierin sind sich alle wohlmeinenden Kritiker einig, aber keiner von ihnen hat bisher auf das besondere, aber vom Zeitgeist her verständliche Kuriosum hingewiesen, daß sich diese Ideologie auf das gleiche irreale Menschenbild gründet, dem sich im Prinzip auch die führenden Gesellschaftspolitiker des so erbittert bekämpften Establishments verschrieben haben" (S. 34).

Dieser kurze Überblick dürfte klar gezeigt haben, welche Bedeutung die Naturwissenschaften, insbesondere die Biologie für Fragen besitzt, die bisher nur von Politologen und Soziologen behandelt wurden. Frank ruft daher den Studenten zu: „Und jeder Student, der sich heute in einer vorwiegend mit dem Menschen befaßten geisteswissenschaftlichen Disziplin ausbilden läßt, muß wissen, daß er ohne ausreichende naturwissenschaftliche Fundierung seines Menschenbildes schon heute in seinem Beruf rückständig ist" (S. 37).

Dem Rezensenten bleibt zum Abschluß nur übrig zu fragen: Wie konnte es geschehen, daß die Biologie sich zu den drängenden gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit erst so spät zu Wort meldet? Vielleicht hängt dieses Versäumnis mit dem Mißbrauch der Begriffe Auslese, Rasse, Lebensraum zusammen, der von einigen wenigen „verbrecherischen Führern" (Heinrich Lübke) in Deutschlands schwerer, dunkler Zeit betrieben worden ist. Frank kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, dargelegt zu haben, daß diese Begriffe auch und gerade für die Gesellschaft und den Staat der Bundesrepublik ihre Bedeutung haben.

Dr. Peter Römer

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Theorie der Erfahrung in der Rechtswissenschaft des 19. Jahrhunderts. Zwei methodische Schriften von Paul Joh. Anselm Feuerbach und C. J. A. Mittermaier. Einleitung von Klaus Lüderssen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 156 S., 8,— DM (Theorie I).

R. A. Métall, Hans Kelsen. Leben und Werk. Eine autorisierte Biographie samt vollständigem Werk- und Schrifttumsverzeichnis. Verlag Franz Deuticke, Wien, VI + 220 S., Ln. 30,— DM.

Gedächtnisschrift für Gustav Radbruch (21. 11. 1878 bis 22. 11. 1949). Herausgegeben von Arthur Kaufmann. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 402 S., Ln. 29,— DM. — Mit Beiträgen u. a. von Fritz Bauer, Jürgen Baumann, Werner Goldschmidt, Karl Japsers, Ulrich Klug und

Agnes Schwarzschild. Im gleichen Verlag erschien: Gustav Radbruch, Briefe. Herausgegeben von Erik Wolf (345 S., Ln. 22,— DM).

Psychoanalyse. Zum 60. Geburtstag von Alexander Mitscherlich. Kritische Beiträge von Peter Brückner, Thomas Leithäuser und Werner Kriesel. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 112 S., kart. 7,— DM.

Joachim Matthes, Kirche und Gesellschaft. Einführung in die Religionssoziologie II. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek b. Hamburg, 272 S., br. 4,80 DM (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie, Bd. 312/13). — Teil I dieser Originalausgabe ist früher als Bd. 279/80 erschienen.

Brecht-Dialog 1968. Politik auf dem Theater. Herausgegeben von Werner Hecht. Verlag Rogner & Bernhard, München, 340 S., 33 Abb., Ln-kart. 14,— DM; einmalige Auflage 1500 Exemplare (Reihe „Passagen"). — Der Band vereinigt die wichtigsten Diskussionsbeiträge eines internationalen Symposiums, das aus Anlaß des 70. Geburtstages von Bertolt Brecht im Frühjahr 1968 in Ostberlin stattfand. In der Reihe „Passagen" liegt weiter vor: Die Schriften zu J. G. Fichtes Atheismusstreit. Herausgegeben von Frank Böckelmann (256 S., Ln-kart. 10,— DM).

Matthias Wegner, Exil und Literatur. Deutsche Schriftsteller im Ausland 1933—1945. Zweite, durchgesehene und ergänzte Auflage. Athenäum Verlag, Frankfurt, 246 S., Ln. 28,— DM, Paperback 18,— DM.

Rudolf Grossmann, Geschichte und Probleme der lateinamerikanischen Literatur. Max Hueber Verlag, München, 699 S., 4 Kt., Linson 44,— DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Otto Flake, Die Französische Revolution. Verlag C. Bertelsmann, Gütersloh, 352 S., Ln. 20,— DM.

Eduard März, Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josephs I. Am Beispiel der k.k. privilegierten Österreichischen Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe. Europa Verlag, Wien, 384 S., Ln. 40,— DM.

Lamar Cecil, Albert Ballin — Wirtschaft und Politik im deutschen Kaiserreich. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, 338 S., 16 Fotos, Ln. 26,— DM.

Walter Wolf, Faschismus in der Schweiz. Die Geschichte der Frontenbewegung in der deutschen Schweiz 1930—1945. Flamberg Verlag, Zürich/Stuttgart, 530 S. mit 33 Reproduktionen aus dem „Nebelspalter", Ln. 36,— DM.

Das „Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933. Bearbeitet und herausgegeben von Rudolf Morsey. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 84 S., kart. 5,80 DM (Historische Texte/Neuzeit/Bd. 4). — Neben dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" sind auch ergänzende Materialien abgedruckt: Auszüge aus den Protokollen des Reichstages und der Reichstagsfraktionen (vor allem der Zentrumspartei, auf deren Zustimmung Hitler besonderen Wert legte), Zeugnisse der unmittelbar Beteiligten und Beobachter sowie juristische Kommentare. Als Band 6 der Reihe wird eine Auswahl über den Vertrag von Brest-Litowsk, der im März 1918 den Kriegszustand zwischen Sowjetrußland und den Mittelmächten beendete, vorbereitet.

Aktuelle Themen

Eugene McCarthy, Macht hat Grenzen. Amerika in der Weltpolitik. Deutsche Ausgabe von „The Limits of Power". Aus dem Amerikanischen von Monika Wiethoff. Econ Verlag, Düsseldorf, 223 S., Ln. 22,— DM.

Ronald Segal, Die Krise Indiens. Aus dem Englischen von Herbert Preißler. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 348 S., kart. 9,— DM.

Gottfried Herbig, Staatensukzession und Staatenintegration. Ein Beitrag zur Frage der Kontinuität völkerrechtlicher Verträge bei Staatenzusammenschlüssen. Verlag v. Hase & Koehler, Mainz, 175 S., Ln. 22,— DM (Sozialwissenschaftliche Bibliothek, Bd. 2).

Bernd Rüthers, Das Recht der Gewerkschaften auf Mitgliederwerbung im Betrieb. Ein Rechtsgutachten. Verlag C. H. Beck, München, 69 S., kart. 4,80 DM.

Politisches Strafrecht. Zusammengestellt von Jürgen Burghardt. Mit einer Einleitung von Peter Cramer. Verlag Gehlen, Bad Homburg v.d.H., 327 S., kart. 6,80 DM (Gehlen Texte, Bd. 3).

Fernseh-Spalte

MINUS UND PLUS

Hauptabhängige, Oberabhängige und Abhängige der untersten Schicht, Truppen des Königs Georg II. von England auf der einen, mitleiderregende Untertanen der schottischen Highland-Clans auf der anderen Seite, machten sich 1746 im Culloden-Moor gegenseitig den Garaus. Die Pflicht-Recherchen, die man als TV-Kritiker nicht versäumen sollte, erwiesen sich zwar als ergebnislos — acht einschlägige Historienwerke verzeichnen das Ereignis verständlicherweise nicht —, aber auch als überflüssig. Peter Watkins, dessen nukleare Massaker-Fiktion „The War Game" man bislang nur anläßlich der Mannheimer Filmwoche besichtigen konnte, hatte für perfekte Verständlichkeit gesorgt. „Bericht einer Schlacht", eine „dokumentarische Rekonstruktion", im Auftrag der BBC produziert, bekundete überdeutlich die Auswüchse und Folgen brutal manipulierten Gehorsams. Die Soldaten seiner Majestät kämpfen, weil Desertion den sicheren Tod bedeutet, das Schlachtgetümmel wenigstens eine Chance des Überlebens bietet. Die Untertanen der rebellischen schottischen Herren machen mit, weil sie Rachegelüste befriedigen wollen, ihren Kartoffelacker oder zwei Kühe, die Gunst eines Verwalters oder des Besitzers zu verlieren haben. Das große Verrecken ist realistisch genug gefilmt, um manch sensiblen Betrachter wiederholt die Augen abwenden zu lassen. Von Western- und Krimi-Konsumenten freilich könnte das als Variante eines geläufigen sado-optischen Rituals mißverstanden werden. Dennoch ein Ja zu der Karfreitagssendung, eben wegen des Karfreitags, der damit erstmals eine Art funktionellen Akzent erhielt. Die Schandtaten der Christenmenschen einer Konfession an den Christenmenschen der anderen Konfession steigerten sich nach dem Ende der Schlacht zu perfide-zynischer Terrorlust. Hier allerdings schlug Aufklärung in Determinismus — Waktins' typische Schwäche — um. Aber soll man ihm deswegen säuerlich-mahnend kommen? Nein — solange es weit und breit im TV-Wunderland keinen zweiten Watkins oder auch nur einen Schatten seines Radikalismus' gibt.

Wie aber wird dieses Abenteuer des Deutschen Fernsehens ausgehen? Die nicht notwendige, aber leider von den Programmachern immer wieder betonte Abhängigkeit vom permanent gepflegten Umfragesystem hat längst bewirkt, daß die Ausnahmen nicht einmal mehr die Regel bestätigen, denn es existieren fast keine mehr (die Dritten Programme, die ohnehin kaum jemand sieht, ausgenommen). Das sollte eigentlich das Thema des vorliegenden Beitrages sein. Da nur noch ein kleiner Rest für Anmerkungen bleibt, muß leider die Ausbreitung des gesammelten Materials zurückgestellt werden. Jedenfalls gestattet dieses Material die Behauptung, daß die jahrelange Buhlerei der ARD und des ZDF um die sogenannte Publikumsgunst das Medium selbst geschlagen hat. Man kann heute nicht einmal mehr von Proportionen einer guten und schlechten Programmqualität sprechen. Das Programm ist undiskutabel geworden, nicht nur wegen des massiven Überhangs an primitiver Konsumware, auch im Bereich der Information, der politischen Aktualität. Die paar Programmstunden, die für einige wenige beachtliche Filme oder Fernsehspiele monatlich aufgewendet werden, versickern im generellen Angebot. Das ist nicht allein die Schuld der Zuschauer; die Programmverantwortlichen und ihre Intendanten haben dieses Grab mitgeschaufelt. „Week-End", so liest man, Godards unerhörter Film über den bürgerlichen Konsumfaschismus, wurde bei einer zwölfprozentigen Zuschauerteilnahme mit minus vier (laut „infratest") bewertet. Nun ist „infratest" kein Maßstab, sondern ein von den Anstalten selbst gewolltes Dilemma. Dennoch macht dieses Ergebnis erneut deutlich, daß es nicht einmal in Ansätzen neue Seh- oder Reflexionserfahrungen gibt. Wenn die angenommenen vier bis fünf Millionen Zuschauer, die sich immerhin montags in der Nacht diesen Film angesehen haben oder ansehen wollten, zu einem so vernichtenden Urteil gelangen, bestätigen sie allenfalls ein Desaster: die Fernsehanstalten haben alles getan, um die totale geistige und ideelle Lethargie der Zuschauermillionen zu zementieren. Näheres ein andermal.

E. H. Wahl

Bücher

Kritik der Kritiker

Kritik — von wem / für wen / wie. Eine Selbstdarstellung deutscher Kritiker. Herausgegeben von Peter Hamm. Reihe Hanser 12, Carl-Hanser-Verlag, München 1968. 120 S., 5,80 DM.

Achtzehn Kritiker, unter ihnen fast alle namhaften Literatur- und Kunstpäpste der bürgerlichen Presse, kommen in dem vorliegenden, von Peter Hamm sachkundig edierten Sammelband zu Wort. Die beabsichtigte Selbstdarstellung der bundesdeutschen Kritik ist als Selbstdarstellung der Kritiker vollauf gelungen. Von den drei Fragen, die den Mitarbeitern des Bandes vorgelegt wurden, ist die Frage „von wem" in jedem Fall ausführlich beantwortet worden. Die Frage „für wen" wird meistens durch die Feststellung, für wen nicht (nicht für die Banausen, Ungebildeten und Unbelehrbaren, für die nicht Ihresgleichen), richtiggestellt, und die Frage „wie" beantwortet sich in der Regel nach Abfertigung der vorangegangenen Fragestellungen von selbst.

Brecht nannte die deutsche Kritik einen „Fall deutscher Justiz". Dieser Satz trifft für die Bundesrepublik auch heute noch zu. Die saloppe Bescheidenheit, mit der die von Peter Hamm befragten Kunstrichter ihre kunstrichterlichen Vollmachten herunterspielen, kann Brechts in den Zwanzigerjahren gefälltes Urteil eher bestätigen als widerlegen. Die bürgerliche Kritik, von der „Zeit" bis zur „Welt", ist durchweg Klassenkritik; sie gehört im kulturpolitischen Bereich durchaus zum Herrschaftsinstrumentarium der bürgerlichen Klasse. Ihre Tätigkeit ist immer politisch, sie hat ihren Anteil an der Manipulation, mit der die regressiven und repressiven Kräfte das Bestehende zu erhalten versuchen. Wenn Henning Rischbieter, allmächtiger Herausgeber von „Theater heute", als sein Amt angibt, er mache Politik, „nämlich Theaterpolitik", trifft er für sich und seine Kollegen den Nagel auf den Kopf.

Bildung, Kultur und Kunst sind hierzulande Privileg einer winzigen Minderheit, die auch in allen übrigen Angelegenheiten die Schlüssel zur Macht in der Hand hält. Aufgabe der bürgerlichen Kritiker ist es, diese Privilegien aufrechtzuerhalten und auszubauen, „die Kultur vor dem Zerfall zu schützen" und die Demokratisierung des geistigen Lebens, die Mitbestimmung der unterprivilegierten Schichten am kulturellen Leben der Nation zu verhindern.

Daß die bürgerliche Kritik als richterliche Instanz nahezu reibungslos funktioniert, wenn es gilt, neue Impulse etwa proletarischer Herkunft abzuwehren, zeigt die einhellige Ablehnung von Max von der Grüns Arbeiterromanen, quer durch die Reihen der bürgerlichen Kritik, von Rolf Heuer in „Konkret" bis zu Günther Zehm in der „Welt der Literatur". Die politischen Implikationen der Kritik werden nicht minder deutlich, wenn alle beamteten Kritiker, egal ob antiautoritär, liberal oder gar reaktionär, die großen Romane der Anna Seghers seit ihrer konkreten Parteinahme in der Deutschen Demokratischen Republik als „langweilig" abtun. Ähnliche Beispiele aus der Film-, Theater- oder Kunstkritik lassen sich leicht summieren. Auch in diesem Band finden sich genügend Absprachen, die von allen ungefragt eingehalten werden: So wissen die Kunstkritiker selbstverständlich, was modern ist und was antiquiert; die Filmkritiker sind sich einig, was sie von Godard zu halten haben, und sämtliche Theaterkritiker stimmen darin überein, daß das Dokumentartheater allenfalls eine Notlösung bedeuten kann. Erkenne die Markt-Lage: das ist die Devise aller Chefkritiker.

Die Frage eines lesenden, kunsthungrigen Arbeiters stellt kaum einer, nehmen wir die Musikkritiker Wolf Rosenberg und Konrad Boehmer einmal aus. Alle sehen ihren Beruf klassenneutral und überparteilich; selbst Martin Walser begreift Literaturkritik als rein literarische und kritische Kategorie. Noch bei Kritikern, die sich fortschrittlich geben und verstehen, finden sich Polemiken gegen die Parteilichkeit in der Kunst, sie setzen sie mit Subjektivität und Befangenheit gleich und spielen sie gegen ihr vermeintliches Objektivitätsstreben aus. Wenn Joachim Kaiser sein Amt als unabhängig und überparteilich beschreibt und sich selbst als nur dem Ge-

schmack, dem Gewissen und der Eingebung unterworfen darstellt, ist das soviel wert wie der Markentitel „unabhängig und überparteilich" unter dem Kopf der „Welt".

Selbst wenn alle Kritiker ihre Arbeit zum Gesellschaftsspiel verniedlichen, läßt sich der Systemcharakter der bundesdeutschen Kritik nicht verschleiern; er wird deutlich, ob man der „Zeit" den „Spiegel" vorhält oder dem „Spiegel" die „Zeit" um die Ohren schlägt. Was dem Ton nach wie unverbindliches Salongeschwätz anmutet, hat bei näherem Zusehen Methode. Hinter vorgehaltener Hand finden die Absprachen statt, wird entschieden, wer dazugehört und wer nicht. Das raffinierte Zusammenspiel der bürgerlichen Film-, Kunst-, Musik-, Theater- und Literaturkritik bewährt sich immer dann, wenn herrschende Kunstpraktiken infragegestellt werden. Dann reichen sich die linke und die rechte Fraktion der bourgeoisen Kritik eilfertig die Hand.

Wen überzeugte nicht das Argument, der Vietnamprotest finde am wirksamsten auf der Straße statt? Auch der Theaterkritiker Siegfried Melchinger macht sich das Argument zueigen, er stellt die Vietnamproteste in aller Welt dar und dreht dann unversehens den Spieß um: wenn der Protest auf der Straße zuhaus ist, was soll er dann im Theater! Peter Weiss sollte, statt einen Vietnam-Diskurs für die Bühne zu schreiben, lieber selbst demonstrieren gehen! Das Erschreckende ist, daß solche kunstfeindlichen Thesen auch zunehmend von Kritikern verkündet werden, die sich selbst als ausgesprochen links verstehen. Nicht wenige der radikallinken Kritiker, darunter der Herausgeber Peter Hamm selbst, erklären die Kunst durchweg für „bürgerlich", zur „Ware" oder zum Rauschgift. Jede politisch verstandene, engagierte Kunst halten sie folglich für Verrat entweder an der Politik oder an der Kunst und spielen damit ungewollt der Reaktion in die Hände. Die alte Mär, Kunst und Politik paßten nicht zusammen, hat heute zwei Varianten: die Rechten sagen, die Kunst habe nichts mit Politik zu tun, die Linken behaupten, linke Politik vertrage sich nicht mit einer „wie auch immer gearteten Kunst". Es ist klar, daß beide Spielarten einunddesselben Vorurteils nur denen zugutekommen, die an der „Politisierung", das heißt an der Demokratisierung, Proletarisierung und Sozialisierung des bürgerlichen Kunstbetriebs nicht interessiert sind.

Auffällig ist, daß die reaktionären Kritiker mehr und mehr mit linkem Vokabular operieren. Die Großkritiker der Fünfzigerjahre, die Blöcker, Holthusen und Hohoff, die mit ihrer „werkimmanenten Interpretation" im Grunde nur die Goebbelssche „Kunstbetrachtung" neu aufgewärmt haben, haben inzwischen jetzt „Zeit"-genossen wie Reich-Ranicki, Karasek oder Nettelbeck Platz gemacht, die das sprachliche Potential der neuen Linken mit verblüffenden Effekten und Effekthaschereien einzusetzen wissen. Die Theaterkritiker Karasek, Melchinger und Rischbieter zitieren ihren Brecht und Benjamin aus der Westentasche, sie haben ihren Marcuse schnell zur Hand und zollen Rudi Dutschke gern Tribut. Was solche Leute mit „Revolution" meinen, geht aus einer im Vorwort angeführten Anmerkung des Kunstkritikers Peter M. Bodes hervor, er wolle klarmachen, „ob der neueste Kurswechsel revolutionär oder nur ephemer ist". Der bildlich verwendete „Kurswechsel" verrät, was die bürgerlichen Kritiker mit ihrer „Kunstrevolution" meinen: den marktgesetzlich diktierten Übergang von einer Mode zur anderen.

Wer die anderthalb Dutzend Kritikerselbstdarstellungen, die sich eine nach der anderen wenigstens dem Worte nach links überholen, aufmerksam liest, erkennt, daß es für einen Kritiker nicht die Frage sein kann, wie links, wie avantgardistisch, wie progressiv, wie radikal oder gar wie revolutionär er sich versteht. Es kommt nur darauf an, wie überzeugend ein Kritiker den letzten Schrei, das neueste Montagemodell verkauft. Das Ende der bürgerlichen Zerfallskunst ist keineswegs der Anfang der neuen Kunst, die nur sozialistisch und proletarisch sein kann. Sie kann nur im Bündnis mit den Massen, die bisher auch kulturell ausgebeutet und unterdrückt waren, neu entstehen — aus Anfängen, die vornehmlich außerhalb des bürgerlichen Kulturrummels wachsen.

Wichtig für den Kritiker ist allein die Frage, wo er steht, auf wessen Seite, ob auf seiten des bourgeoisen Kunstestablishments oder auf seiten der Klasse, die bisher von allem Kunstgenuß und -gebrauch ausgeschlossen war. Vor dieser Fragestellung können nur wenige Antworten stand-

halten, zum Beispiel Wolfram Schüttes klarer Standpunkt, er möchte die besprochenen Filme auf ihre humane Aussage hin überprüfen. Das ist eine deutliche Perspektive; eine Kunstkritik, die das Kunstwerk nicht als Selbstzweck nimmt, lenkt nicht von den herrschenden Verhältnissen außerhalb des Elfenbeinturms der Kunst ab und gerät nicht in Gefahr, die Kunst dorthin zurückzuführen, von wo der intellektuelle Faschismus oft ausgegangen ist: dem mythischen Urgrund des Seins.

Das repressive Zusammenspiel der großen Kritiker-Kumpanei hat wesentlich zur Voraussetzung, daß bei uns radikal zwischen Kunst- und Gesellschaftskritik getrennt wird, daß die herrschende Kultur nicht als Kultur der Herrschenden verstanden wird, sondern durchweg ahistorisch und asozial. Da nutzt es gar nichts, wenn Kritiker wie Hans Mayer und Reich-Ranicki marxistische Zitate, Dokumente oder Beweisverfahren in ihre methodisch immer noch werkimmanente Literaturbetrachtung aufnehmen. Sie isolieren das Kunstwerk aus seinem gesellschaftlichen Zusammenhang und streuen dem Leser Sand ins Auge: er glaubt, es mit einer soziologisch stimmigen Untersuchung zu tun zu haben, obwohl es sich in Wahrheit nur um eine raffiniertere Form der Verschleierung handelt.

Der etablierte Abschirmdienst der bürgerlichen Kritik hat seine Methoden in den letzten Jahren beträchtlich vervollkommnet. Das Schwergewicht der ideologischen Kampfhandlungen gegen die sozialkritische, sozialreformerische oder sozialrevolutionäre Kunst ist vom reaktionären auf das liberale Argumentationsfeld verlagert und hat sich in jüngster Zeit immer mehr „antiautoritäre", antiproletarische und antikommunistisch umgemünzte Auffassungen zueigen gemacht. Die Grenze zwischen den Liberalen und den Antiautoritären des linken Lagers ist heute in den Dritten Programmen und in den Feuilletons von der „Zeit" bis zur „Frankfurter Rundschau" kaum noch zu ziehen; Reaktionäre, Liberale und Linke reden da eine zum Verwechseln ähnliche Sprache. Alle wissen: „Kunst ist Ware", und manche können nur noch mühsam ihre von kapitalistischen Managern übernommene Kunstverachtung unterdrücken. Aber keiner sagt, Kunst und Kunstkritik sind Waffen: eine Waffe in der Hand der Herrschenden, um die Herrschaftsverhältnisse zu verewigen, oder Waffen in der Hand der Beherrschten, um die bestehende Eigentumsordnung auch im Bereich von Bildung, Kunst und Kultur zu ändern.

Peter Schütt

Die APO aus biologischer Sicht

Fritz Frank, APO und Establishment aus biologischer Sicht. Stalling-Verlag, Oldenburg 1969, 38 S., 2,80 DM.

Aus der Fülle der Neuerscheinungen, die sich mit der Studentenbewegung, der Hochschulreform, der Notwendigkeit und Möglichkeit einer Umgestaltung unserer Gesellschaft und ihrer Rechtsordnung, kurz mit dem befassen, was schlagwortartig die „APO" genannt wird, ragt diese kleine Broschüre heraus, die von niemandem, der an den brennenden Fragen unserer Zeit interessiert ist, unbeachtet bleiben sollte. Wie leicht kann es doch geschehen, daß gerade derjenige, der sich bereits durch die Vielzahl der Bücher, Broschüren und Aufsätze über die APO durchgearbeitet und häufig nur dieselben Argumente in anderer Form und Zusammenstellung wiedergefunden hat, resigniert und meint: „Was mag wohl viel Neues in diesem schmalen Bändchen stehen?" Indes: der Verfasser dieser Broschüre — es handelt sich um einen Vortrag, der am 9. 1. 1969 in Oldenburg gehalten wurde — argumentiert nicht nur aus völlig neuer Sicht, er gibt auch eine klare und eindeutige Antwort auf die Frage nach den Bedingungen allen menschlichen Zusammenlebens.

Er kommt dabei zu Ergebnissen, die zeigen, daß aus biologischer Sicht die Theorien und Auffassungen, die in politologischen und soziologischen Diskussionen vertreten werden, falsch sind, weil sie der Natur des Menschen widersprechen. Zugleich ergibt sich aus seinen Darlegungen, daß zahlreiche Bestimmungen unseres Grundgesetzes, insbesondere die Artikel über die Gleichberechtigung der Frau, Art. 3 Abs. 2 GG, und über die Sozialisierung, Art. 15 GG, in naturwissenschaftlicher Perspektive unhaltbar sind. Jedoch konnte dieser spezielle

Aspekt im Rahmen eines Vortrages verständlicherweise nicht eingehend behandelt werden, und es bleibt deshalb zu hoffen, daß der Autor — er ist seit 1951 an der Biologischen Bundesanstalt tätig und wurde laut Klappentext international bekannt durch seine grundlegenden Untersuchungen über die Massenvermehrung freilebender Nagetiere — demnächst auch eine Untersuchung über „Das Grundgesetz aus biologischer Sicht" vorlegen wird. Der Rezensent ist der Ansicht, daß nur, wenn er den Autor selbst zu Wort kommen läßt, die Bedeutung seiner Ausführungen erkennbar wird. Diese liegt nicht zuletzt darin, daß es dem Autor, obwohl er sich nur mit einem speziellen Thema befaßt hat, zugleich gelungen ist, den Theorienstreit in den Sozialwissenschaften, in dem die Frage nach der Möglichkeit der Übernahme naturwissenschaftlicher Methoden eine wesentliche Rolle spielt, um neue, bedeutsame Argumente bereichert zu haben.

Frank geht zutreffend davon aus, daß die bisherige Diskussion über die APO auf geisteswissenschaftlicher oder ideologischer Grundlage stattfand (S. 6). Die behandelte Problematik sei jedoch keineswegs auf die menschliche Gesellschaft beschränkt, sondern trete auch im Tierreich auf. Aus langjährigen Untersuchungen der Lebensweise und der sozialen Organisationsform lasse sich Allgemeingültiges ableiten. Bei den von ihm untersuchten Tieren handelt es sich „um die Waldspitzmaus, über die 1966 eine großartige Arbeit der Holländerin Croin-Michielsen veröffentlicht wurde, das Mauswiesel, das ich selber seit 9 Jahren untersuche, den Bergiemming, bei dem ich mich nicht nur auf die seit 1961 erschienenen Arbeiten des Finnnen Kalela und seiner Schüler, sondern auch auf eigene Untersuchungen stützen kann, die Feldmaus, die im Mittelpunkt einer eigenen Arbeit stand, das Wildkaninchen, das Gegenstand eines großzügigen englischen Forschungsprojektes war, und die den Murmeltieren verwandten Präriehunde, über die eine faszinierende Arbeit des Amerikaners King vorliegt" (S. 7, Sperrungen von Frank). Auf die Affenuntersuchungen geht Frank bewußt nicht ein, um zu zeigen, daß die behandelten sozialen Phänomene nicht erst im Primatenbereich auftreten, sondern allgemeinbiologischer Natur sind (S. 7).

Nach einem anschaulichen Überblick über die Lebensweise der ausgewählten Tierarten stellt sich Frank die Aufgabe, „das allgemeingültige Normative" herauszuarbeiten. Er kommt dabei zu folgenden Ergebnissen:

1) Das Eigentumsproblem: Ausgehend von der Bedeutung des Territoriums für die meisten höheren Wirbeltiere, stellt Frank fest: „Der Besitz von Grund und Boden, aber auch anderer lebenswichtiger Dinge, wie z. B. ganz ausgeprägt der eines Sexualpartners, führt also schon bei Tieren zu einer entschiedenen Steigerung des Selbstbewußtseins, die für die Behauptung gegenüber konkurrierenden Artgenossen von entscheidender Bedeutung ist" (S. 16). Was „schon" bei Tieren eine Steigerung des Selbstbewußtseins bewirkt — wie bedeutungsvoll mag dieser Sachverhalt erst für den Menschen sein! Frank fährt denn auch fort: „Es ist ganz offensichtlich, daß hier die Wurzeln jenes Strebens nach Besitz und jener Selbstbewußtseinssteigerung durch Besitz liegen, die uns beim Menschen bis in den monetären, aber auch geistigen Bereich vertraut und auch hier zur Entfaltung und Selbstbehauptung des Individuums offensichtlich lebensnotwendig sind. Und zwar so unabdingbar, daß alle Versuche, den Besitz abzuschaffen und einen religiös oder ideologisch begründeten Kommunismus zu praktizieren, bisher gescheitert sind" (S. 16). Vielmehr ist der Besitzinstinkt „so fest im Erbgut verankert, daß er auch im Laufe der Menschheitsentwicklung nicht verloren gehen konnte, sondern im Gegenteil eine zusätzliche Absicherung in Tradition und Ethik erfahren hat" (S. 17). Frank kommt deshalb zu dem Schluß, daß der Besitzinstinkt genetisch fixiert sei; wer also das persönliche Eigentum abschaffen wolle, müsse sich darüber klar sein, daß dies „nicht mit Überzeugung und Erziehung, sondern nur mit permanentem Zwang möglich ist, solange nicht auch die biologische Verankerung des Besitzstrebens durch einen Eingriff in die Erbsubstanz beseitigt wird" (S. 17). Davon ist aber abzuraten, denn „dem die Zusammenhänge übersehenden Biologen ist schon jetzt klar, daß Wirbeltiere, aus deren Erbsubstanz die für den Besitzinstinkt verantwortlichen Gene eliminiert würden, nur als Laboratoriums-Individuen, nicht jedoch in Koexistenz mit Artgenossen lebensfähig wären, weil sie sich diesen gegenüber nicht durchzusetzen ver-

möchten, sondern dem Untergange geweiht wären" (S. 17).

Andererseits übersieht Frank nicht, daß „die Denkfähigkeit des Menschen eine Anhäufung von Eigentum in Dimensionen ermöglicht hat, die weit über das Biologische hinausgehen" (S. 18). Aus biologischer Sicht sei deshalb eine Klärung notwendig, in welchem Ausmaß die Anhäufung von Eigentum toleriert werden dürfe, „ohne die für das Gemeinwohl unentbehrliche Initiative des Individuums abzuwürgen und Wettbewerb und Auslese unwirksam zu machen" (S. 18).

Leider führt Frank nicht näher aus, welche biologischen Gesichtspunkte bei der Einschränkung der Verfügungsmacht im einzelnen zu berücksichtigen sind; hier eröffnet sich ein weites Forschungsfeld! Möge es möglichst bald von der jüngeren Forschergeneration unserer Biologen bearbeitet werden! Die Hypothese sei gewagt, daß dann auch die „soziale Marktwirtschaft" ihre noch fehlende biologische Begründung erhalten könnte.

2) Die Gleichberechtigung der Frau: Auch zur Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern weiß Frank aus biologischer Sicht Wesentliches beizutragen und manche Streitfrage zu entscheiden. Die Pädagogen vor allem müssen zur Kenntnis nehmen: „Die gerade in diesen Tagen lebhaft diskutierte Forderung, die Gleichberechtigung der Geschlechter auch in der Kinderaufzucht zu praktizieren, kollidiert also mit den biologischen Fakten" (S. 19).

Bedenklich erscheint es Frank, „daß die Gleichberechtigung der Geschlechter, wie sie in der heutigen Industriegesellschaft begriffen und praktiziert wird, zu einer unaufhaltsamen Angleichung der männlichen und weiblichen Funktionskreise führt und damit die Geschlechter in jene Konkurrenz treten läßt, welche die Natur peinlichst vermeidet" (S. 20/21). Die im Tierreich festzustellenden Privilegien der Weibchen dienten nämlich nicht nur der Sicherung der Fortpflanzung, sondern auch den physischen und psychischen Besonderheiten des weiblichen Organismus. Deshalb ist mit Frank festzuhalten: „Es liegt also im Interesse der Frauen selbst, die Egalisierung der Geschlechter nicht über jene Grenze hinauszutreiben, an der die Nachteile die Vorteile zu überwiegen beginnen. Gründliche Untersuchungen darüber, wo diese Grenzen im einzelnen liegen, dürften daher im gegenwärtigen Zeitpunkt entschieden wichtiger sein als die Verkündigung dogmatischer Gleichberechtigungsforderungen" (S. 21).

3) Die Frage der Gesellschaftsstruktur: Zum Problem der hierarchischen Struktur der Tiergesellschaften legt Frank hochinteressantes Material vor und kommt dann zum folgendem „zum Menschen überleitendem Resümee" (S. 28): „Ohne das Prinzip der hierarchischen Organisation wäre den höheren Wirbeltieren jenes Leben in individualisierten Sozialverbänden nicht möglich gewesen, das die entscheidende Voraussetzung für jede Kooperation und Aufgabenteilung und damit einer geistigen Höherentwicklung bis zum Menschen gewesen ist. Daraus ergibt sich aber auch ebenso eindeutig, daß der Mensch dieses seit Jahrmillionen erfolgreiche Prinzip aus dem Tierreich übernommen hat und daß die hierarchische Gliederung seiner Gesellschaft keineswegs — wie sachunkundige Ideologen behaupten — eine zweckvolle Erfindung macht- und privilegienhungriger Potentaten ist" (S. 28). Bevor nun Frank prüft, ob der hierarchische Aufbau der Gesellschaft heute noch sinnvoll ist, stellt er zunächst fest, „daß das auf die hierarchische Sozialordnung zugeschnittene Rangordnungsverhalten fest im Erbgut der betreffenden Tiere verankert und von den tierischen Vorfahren her auch in das Erbgut des Menschen übergegangen ist" (S. 28). Ferner ist biologisch unzweifelhaft, daß die natürliche und biologisch notwendige (S. 30) Aggressivität und das soziale Zusammenleben nur in einer hierarchisch gegliederten Gesellschaft miteinander vereinbar sind, die „wir also im ureigensten Interesse selbst dann beibehalten müßten, wenn ihre Abschaffung durch biotechnische Manipulation an den Genen eines Tages möglich werden sollte. Und dies bedeutet nichts anderes, als daß eine allgemeine Rangordnung des Alters, der Erfahrung, des Wissens, der Intelligenz und der Leistung für die Allgemeinheit auch in Zukunft nicht nur hingenommen, sondern sogar sanktioniert werden muß" (S. 30/31).

Eine andere Frage ist es jedoch für Frank, „ob die in unserer heutigen Gesellschaft praktizierte Hierarchie noch gesund ist" (S. 31). Das ist seiner Ansicht nach nicht

Böhm, K.

Schauplatz Zukunft

Prognosen für die neue Welt
Etwa 560 Seiten · Abb. Leinen
etwa 16,– DM

DDR und nationale Befreiungsrevolution

Autorenkollektiv
Etwa 195 Seiten · Broschiert
etwa 8,– DM

Winzer, O.

Deutsche Außenpolitik des Friedens und des Sozialismus

Etwa 640 Seiten · Leinen etwa
25,– DM

Die afro-asiatische Solidaritätsbewegung — Dokumente —

Etwa 624 Seiten · Leinen ·
15,– DM

20 Jahre DDR — 20 Jahre deutsche Politik

Autorenkollektiv

Etwa 700 Seiten · Leinen etwa
20,– DM

Das atlantische Dilemma

Etwa 375 Seiten · Leinen ·
12,– DM

Kommentar zur Verfassung der DDR

2 Bände

960 Seiten · Leinen etwa
20,– DM

Die Verfassung der DDR

Etwa 64 Seiten · Leinen ·
3,– DM

Entwicklungstendenzen der Außenpolitik

Etwa 400 Seiten · Leinen etwa
25,– DM

Jugend in unserem Staat

20 Jahre Jugendpolitik in der DDR

Etwa 200 Seiten · Pappband
etwa 3,80 DM

Gromyko, A. A.

Geschichte der sowjetischen Außenpolitik

Teil 1 1917–1945
Etwa 640 Seiten · Leinen etwa
25,– DM

Auf dem Wege zur sozialistischen Menschengemeinschaft

263 Seiten · Brosch. 4,50 DM

STAATSVERLAG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

DDR – 108 Berlin,
Otto-Grotewohl-Straße 17

der Fall; als Biologe sieht er „Die Wurzel des Übels vor allem darin, daß einerseits Wettbewerb und Auslese durch eine egalisierende Gesellschaftspolitik immer mehr entschärft und zum anderen nach Maßstäben betrieben werden, die sich so weit von denen der natürlichen Auslese entfernt haben, daß sie nicht mehr die Fähigsten, sondern die bequemere Mittelmäßigkeit begünstigen" (S. 32). Gesund in biologischer Sicht ist nur die Wirtschaft, denn nur sie „ist weitgehend vor diesen Tendenzen bewahrt geblieben, und hier florieren wir darum auch am besten" (S. 32). Den „jungen Rebellen" gebührt nach Ansicht von Frank das Verdienst, auf die Mißstände der Gesellschaft hingewiesen und insbesondere gezeigt zu haben, „wieviel falsche, nur auf die Position und nicht auf überlegene Leistung gegründete Autorität in unserer heutigen Hierarchie herrscht" (S. 33). Mit Recht fordere die APO sogar „die Mitberatung der Betroffenen an allen wichtigen Entscheidungen, die auch in höheren Tiergesellschaften angebahnt und beim Affen zum Teil schon hoch entwickelt ist, allerdings auf die Ranghöheren und damit nach menschlichen Maßstäben Urteilsfähigen beschränkt bleibt. Die ebenfalls geforderte Mitbestimmung aller widerspricht schon insofern der natürlichen Ordnung, als sie die individuelle Verantwortung für Entscheidungen aufhebt und damit eine Auslese unmöglich macht" (S. 34).

Selbstverständlich stimmt nun Frank keineswegs allem, was die APO tut und will, als Biologe zu. Den Hauptfehler der Rebellen sieht er vielmehr darin, daß sie sich „nur allzu schnell aus der konkreten Wirklichkeit in die weitgeöffneten Arme einer Ideologie geflüchtet haben, die sie für die tatsächlichen Probleme unserer Zeit blind macht. Hierin sind sich alle wohlmeinenden Kritiker einig, aber keiner von ihnen hat bisher auf das besondere, aber vom Zeitgeist her verständliche Kuriosum hingewiesen, daß sich diese Ideologie auf das gleiche irreale Menschenbild gründet, dem sich im Prinzip auch die führenden Gesellschaftspolitiker des so erbittert bekämpften Establishments verschrieben haben" (S. 34).

Dieser kurze Überblick dürfte klar gezeigt haben, welche Bedeutung die Naturwissenschaften, insbesondere die Biologie für Fragen besitzt, die bisher nur von Politologen und Soziologen behandelt wurden. Frank ruft daher den Studenten zu: „Und jeder Student, der sich heute in einer vorwiegend mit dem Menschen befaßten geisteswissenschaftlichen Disziplin ausbilden läßt, muß wissen, daß er ohne ausreichende naturwissenschaftliche Fundierung seines Menschenbildes schon heute in seinem Beruf rückständig ist" (S. 37).

Dem Rezensenten bleibt zum Abschluß nur übrig zu fragen: Wie konnte es geschehen, daß die Biologie sich zu den drängenden gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit erst so spät zu Wort meldet? Vielleicht hängt dieses Versäumnis mit dem Mißbrauch der Begriffe Auslese, Rasse, Lebensraum zusammen, der von einigen wenigen „verbrecherischen Führern" (Heinrich Lübke) in Deutschlands schwerer, dunkler Zeit betrieben worden ist. Frank kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, dargelegt zu haben, daß diese Begriffe auch und gerade für die Gesellschaft und den Staat der Bundesrepublik ihre Bedeutung haben.

Dr. Peter Römer

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Theorie der Erfahrung in der Rechtswissenschaft des 19. Jahrhunderts. Zwei methodische Schriften von Paul Joh. Anselm Feuerbach und C. J. A. Mittermaier. Einleitung von Klaus Lüderssen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 156 S., 8,— DM (Theorie I).

R. A. Métall, Hans Kelsen. Leben und Werk. Eine autorisierte Biographie samt vollständigem Werk- und Schrifttumsverzeichnis. Verlag Franz Deuticke, Wien, VI + 220 S., Ln. 30,— DM.

Gedächtnisschrift für Gustav Radbruch (21. 11. 1878 bis 22. 11. 1949). Herausgegeben von Arthur Kaufmann. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 402 S., Ln. 29,— DM. — Mit Beiträgen u. a. von Fritz Bauer, Jürgen Baumann, Werner Goldschmidt, Karl Japsers, Ulrich Klug und

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des Budapester Appells der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an alle europäischen Länder vom 17. März 1969

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages — Teilnehmer an der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses —, die Volksrepublik Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Ungarische Volksrepublik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die die Hoffnungen ihrer Völker, in Frieden und guter Nachbarschaft mit den übrigen europäischen Völkern zu leben, sowie ihre feste Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, zur Herstellung einer Atmosphäre der Sicherheit und Zusammenarbeit auf unserem Kontinent beizutragen, wenden sich an alle europäischen Staaten mit dem Appell, ihre Anstrengungen zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa zu vervielfachen.

Die Gegenwart und Zukunft der Völker Europas sind untrennbar mit der Erhaltung und Festigung des Friedens auf unserem Kontinent verbunden. Echte Sicherheit und dauerhafter Frieden können nur gewährleistet werden, wenn das Sinnen und Trachten, die Taten und Energie der europäischen Staaten darauf gerichtet werden, die Spannungen zu mindern und unter Anerkennung der Realitäten die herangereiften internationalen Probleme zu lösen sowie auf gesamteuropäischer Grundlage allseitig zusammenzuarbeiten.

Der Weg zu gutnachbarlichen Beziehungen, zu Vertrauen und zur Verständigung hängt vom Willen und den Anstrengungen der Völker und Regierungen aller europäischen Länder ab. Das Europa der Gegenwart, wie es aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist — das sind mehr als 30 Staaten, große und kleine, die in ihrer Gesellschaftsordnung, ihrer Lage und ihren Interessen unterschiedlich sind. Es ist eine unabänderliche Tatsache, daß sie nach dem Willen der Geschichte Seite an Seite leben müssen.

Immer mehr Regierungen, Parlamente, Parteien und Vertreter von Politik und Gesellschaft begreifen die Verantwortung, die sie gegenüber der lebenden und den kommenden Generationen für die Verhinderung eines neuen militärischen Konfliktes in Europa tragen. Jedoch wirken in Europa auch Kräfte, die die europäische Entwicklung nicht durch die Regelung von Streitigkeiten durch friedliche Vereinbarungen fördern wollen, sondern weitere Divisionen und Raketen, neue Militärprogramme, die auf Jahrzehnte hinaus berechnet sind, aufstellen. In Übereinstimmung mit diesen Kräften handeln auch jene, welche aus den Resultaten des Zweiten Weltkrieges, in dessen Ergebnis der deutsche Militarismus und Nazismus zerschlagen wurde, nicht die entsprechenden Lehren gezogen haben. Ihre Umtriebe sind die Ursache der Spannungen, sie tragen Komplikationen in die internationalen Beziehungen.

Die an der Tagung teilnehmenden Staaten betrachten es als ihre Pflicht, auch weiterhin alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um Europa vor der Gefahr neuer militärischer Konflikte zu bewahren und die Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Ländern, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu entwickeln.

Wie kompliziert auch die noch ungelösten Probleme sein mögen — sie müssen mit friedlichen Mitteln durch Verhandlungen und nicht durch Anwendung von Gewalt oder deren Androhung gelöst werden.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die die Lage in Europa analysierten, sind der Auffassung, daß die reale Möglichkeit besteht, durch gemeinsame Anstrengungen die europäische Sicherheit unter Berücksichtigung der Interessen aller Staaten und Völker Europas zu gewährleisten.

Vor fast drei Jahren unterbreiteten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Bukarest den Vorschlag, eine gesamteuropäische Konferenz zur Erörterung von Fragen der europäischen Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit einzuberufen. Die seitdem hergestellten Kontakte zeigten, daß sich keine europäische Regierung gegen den Gedanken einer gesamteuropäischen Konferenz ausgesprochen hat und daß reale Möglichkeiten für ihre Durchführung bestehen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die Staaten Europas noch kein einziges Mal zusammengefunden, obgleich es eine Vielzahl von Fragen gibt, die ihrer Erörterung am Verhandlungstisch harren. Ausgehend von den Interessen der Festigung des Friedens, gibt es keine gewichtigen Gründe, die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz aufzuschieben.

Eine solche Konferenz entspräche den Interessen aller europäischen Staaten. Sie böte die Möglichkeit, gemeinsam Mittel und Wege zu finden, die zur Beseitigung der Spaltung Europas in Militärgruppierungen und zur Verwirklichung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten und Völkern führen.

In der Welt gibt es jedoch Kräfte, die, um die Spaltung unseres Kontinents aufrechtzuerhalten, die Spannungen schüren und nicht bereit sind, die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern zu gestalten, und die gegen die Einberufung einer solchen Konferenz sowie gegen andere Maßnahmen zur Festigung der europäischen Sicherheit auftreten.

Die an der Tagung beteiligten Staaten sind davon überzeugt, daß die Entwicklung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit die einzig reale Alternative zur gefährlichen militärischen Konfrontation, zum Wettrüsten und zu Streitigkeiten ist, welche die aggressiven Kräfte, die die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und die Karte Europas verändern möchten, Europa auch weiterhin aufzwingen wollen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekräftigen ihre Vorschläge, die gegen die Teilung der Welt in Militärblöcke, gegen das Wettrüsten und die Gefahren, die sich daraus für den Frieden und die Sicherheit der Völker ergeben, gerichtet sind, sowie andere Maßnahmen und Festlegungen, die in der 1966 in Bukarest angenommenen Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa enthalten sind.

Für die europäischen Völker ist es eine Lebensnotwendigkeit, neue militärische Konflikte zu verhindern, die politischen, ökonomischen und kulturellen Verbindungen zwischen allen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten zu stärken. Ein dauerhaftes System der europäischen Sicherheit ermöglicht, durch gemeinsame Anstrengungen große Projekte auf dem Gebiet der Energetik, des Verkehrswesens, der Wasserwirtschaft, der Luft und des Gesundheitswesens, die in unmittelbarer Beziehung zum Wohlstand der Bevölkerung des gesamten Kontinents stehen, zu verwirklichen. Eben dieses Gemeinsame kann und muß zum Fundament der europäischen Sicherheit werden.

Eine der Hauptvoraussetzungen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit ist die Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen, darunter der Oder-Neiße-**Grenze sowie der Grenze zwischen der DDR und der deutschen Bundesrepublik, die Anerkennung der Existenz der DDR und der deutschen Bundesrepublik, der Verzicht der deutschen Bundesrepublik auf ihren Anspruch, das ganze deutsche Volk zu vertreten,** und ihr Verzicht auf Verfügungsgewalt über Kernwaffen in jeder Form. Westberlin hat einen besonderen Status und gehört nicht zu Westdeutschland.

Ein praktischer Schritt zur Festigung der europäischen Sicherheit wäre das baldige Zusammentreffen von Vertretern aller interessierten europäischen Staaten, um im gegenseitigen Einvernehmen sowohl die Art und Weise der Einberufung der Konferenz als auch ihre Tagesordnung festzulegen. Die Teilnehmer an der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sind bereit, auch jeden anderen Vorschlag hinsichtlich der Vorbereitung und Einberufung dieser Konferenz zu prüfen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten rufen alle Länder Europas auf, für die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zusammenzuarbeiten und die notwendigen Voraussetzungen für ihren Erfolg zu schaffen, damit die Hoffnungen gerechtfertigt werden, die die Völker an sie knüpfen.

Im Interesse der Verwirklichung dieser wichtigen Aktion, die ein historischer Moment im Leben des Kontinents wäre, wenden sich die an der Tagung beteiligten Staaten mit dem feierlichen Aufruf an alle europäischen Länder, das gegenseitige Vertrauen zu festigen und sich zu diesem Zwecke aller Handlungen zu enthalten, die die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen den Staaten vergiften könnten. Sie rufen dazu auf, von allgemeinen Friedenserklärungen zu Taten und Maßnahmen zur Entspannung und Abrüstung und zur Entwicklung der Zusammenarbeit und des Friedens zwischen den Völkern überzugehen. Sie wenden sich an alle europäischen Regierungen mit dem Aufruf, ihre Anstrengungen zu vereinen, damit Europa ein Kontinent fruchtbringender Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Nationen, ein Faktor der Stabilität, des Friedens und der Verständigung in der ganzen Welt werde.

Für die Volksrepublik Bulgarien: Todor Shiwkow, Erster Sekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei und Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien.

Für die Deutsche Demokratische Republik: Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik; Willi Stoph, Vorsitzender des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik.

Für die Volksrepublik Polen: Wladyslaw Gomulka, Erster Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei; Józef Cyrankiewicz, Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Polen.

Für die Sozialistische Republik Rumänien: Nicolae Ceausescu, Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei und Vorsitzender des Staatsrates der Sozialistischen Republik Rumänien; Ion Gheorghe Maurer, Vorsitzender des Ministerrates der Sozialistischen Republik Rumänien.

Für die Tschechoslowakische Sozialistische Republik: Ludvik Svoboda, Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik; Alexander Dubcek, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei; Oldrich Cernik, Vorsitzender der Föderativen Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.

Für die Ungarische Volksrepublik: Janos Kadar, Erster Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei; Jenö Fock, Vorsitzender der Ungarischen Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: L. I. Breshnew, Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion; A. N. Kossygin, Vorsitzender des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Bericht der Bernal-Friedensbibliothek über chemische und biologische Kriegführung

Der nachfolgend veröffentlichte Bericht der von der Bernal-Friedensbibliothek (Bernal Peace Library) am 22. und 23. Februar 1968 abgehaltenen Konferenz über „Chemische und biologische Kriegführung" erschien unter dem Titel „CBW: Chemical and Biological Warfare" im Verlag Dr. Steven Rose, Harrap, London, am 24. Oktober 1968. Als britische Einrichtung untersucht die Bernal-Friedensbibliothek hier die Materie primär anhand von britischen, bzw. britisch-amerikanischen Tatbeständen und Befürchtungen, doch kommt ihren Untersuchungen auch für den Bürger der Bundesrepublik Deutschland ungeminderte Bedeutung zu. D. Red.

1) Was sind chemische und biologische Waffen?

Vom Schießpulver bis zu Napalm sind alle Explosivstoffe das Ergebnis einer chemischen Reaktion. Chemische und biologische Waffen wirken aber direkt als Ergebnis ihrer chemischen Eigenschaften und nicht durch Luftdruck, Hitze oder andere physikalische Wirkungen einer chemischen Reaktion. Sie zielen darauf ab, lebende Organismen zu zerstören oder zu schädigen. Diese Waffen können eingeteilt werden in: A — Chemische Waffen; B — Entlaubungsmittel; C — Biologische Waffen.

A — Chemische Waffen

Chemikalien werden als Gas, zerstäubte Flüssigkeit oder als fein pulverisierter Feststoff verbreitet. Sie können auch von niedrig fliegenden Flugzeugen versprüht oder mittels eines Aerosolnebels (Suspension feiner Teilchen) verteilt werden. Die amerikanischen Streitkräfte in Vietnam verwenden eine Art gigantisches Gebläse, genannt „Mighty Mite", das hohe Konzentrationen von CS-Pulver in Tunnelsysteme, Keller und Häuser bläst. In den USA wurden umfangreiche Arbeiten über Beförderungssysteme unternommen, darunter auch der Bau von Sprengsätzen für die Sergeantrakete. Man glaubt, daß Rußland ähnliche Sprengköpfe für seine Scud-Rakete besitzt.

Typen von erzeugten Gasen: Sie werden als irritierende Wirkstoffe beschrieben wie z. B. Tränengase, Stickgase wie Chlorin und Phosgen, die auf die Lungen wirken; Nesselgase, die in erster Linie die Haut reizen; Blutgase wie Zyanwasserstoff, die durch die Lungen in den Blutkreislauf gelangen; bläschenerzeugende Gase wie die Arsen- und Senfgase, welche die Haut und Lungen verbrennen und Blasenbildung hervorrufen und besonders toxisch sind; die als G- und V-Wirkstoffe bekannten Nervengase, die als fürchterlich stark und tödlich wirkend bekannt sind; und schließlich die kampfunfähig machenden Gase wie das amerikanische „BZ", welches die psychischen und physischen Funktionen verlangsamt.

Das eine irritierende Wirkung erzeugende „CS" ist das von den Amerikanern in Vietnam derzeit hauptsächlich angewandte Gas, das eine große Kontroverse ausgelöst hat, zum Teil, weil es in diesem Land entwickelt wurde, und zum anderen, weil durch seine Wirkung Todesfälle nachgewiesen wurden.

Die Nervengase wie zum Beispiel Serin und Tabun, die zuerst von Deutschland entwickelt wurden, zwingen den Körper, sich durch ein funktionelles Nebenprodukt des Nervensystems zu vergiften. Eine Verbesserung der deutschen Entdeckungen, die V-Stoffe, gelten als britische Entdeckung. 1960 bestätigte das Verteidigungsministerium, daß es den USA Detailangaben über ihre Herstellungsprozesse zur Verfügung gestellt habe. Man glaubt, daß 1/100 Gramm dieses V-Gases bei Berührung mit der Haut tödlich wirkt. Diese fast unsichtbare Menge ermöglicht es, mit einem einzigen Angriff auf ganze Städte einzuwirken.

Die Vorteile chemischer Waffen für die Militärs: Sie sind relativ billig und leicht herzustellen. — Ihre Wirkungen fallen in einen weiten Bereich und sind anhaltend. — Ein Reihe verschiedener offener und verborgener Beförderungssysteme sind möglich. — Viele Wirkstoffe sind farb- und geruchlos und daher außerordentlich schwierig festzustellen; eine wirksame Aufdeckung und Behandlung ist verzögert und vielleicht unmöglich. — Die Stoffe lassen Installationen, Fabriken usw. intakt; sie dringen in Verstecke ein, die für andere Waffenarten unerreichbar sind, und können daher Truppen aktionsunfähig machen beziehungsweise Schaden anrichten.

Militärische Nachteile chemischer Waffen: Zu den Nachteilen gehören ihre Abhängigkeit von Wetterbedingungen wie Temperatur, Wind oder Nebel; variierende Wirksamkeit je nach Freisetzung in offenen oder geschlossenen Räumen; Schwierigkeiten hinsichtlich ihres taktischen Einsatzes wegen ihrer Persistenz oder der Gefahr für die eigene Armee; Unmöglichkeit des gezielten Einsatzes gegen ein individuelles Ziel.

B — Entlaubungs- und Pflanzenvertilgungsmittel

Das Versprühen gewöhnlicher Unkrautvertilgungsmittel aus Flugzeugen, um die Position des Feindes durch Vernichtung der Belaubung erkennbar zu machen, die Nahrungs-

mittelversorgung des Feindes durch Vernichtung der Kulturen abzuschneiden und Bevölkerungen so „menschlich" wie möglich zum Verlassen des Gebietes zu veranlassen.

Die Nachteile dieser Chemikalien liegen in den ungewissen ökologischen Wirkungen einer hochgradigen Vergiftung des Bodens und in der unmittelbaren Tatsache, daß unweigerlich Kinder, Greise und Kranke betroffen werden. Die feindlichen Soldaten werden bei den verfügbaren Nahrungsmitteln immer Vorrang haben.

C — Biologische Waffen

Das amerikanische Armeehandbuch führt vier Arten von Wirkstoffen in der biologischen Kriegführung an: 1) Mikroorganismen wie Bakterien, Viren und Pilze. 2) Toxine: chemische Giftstoffe, die von lebenden Organismen stammen. 3) Vektoren: Krankheitsüberträger wie Insekten, Vögel und Tiere. 4) Haustier- und Pflanzenschädlinge.

Im Bereich der Mikroorganismen haben die Forscher u. a. die Pest, Tularemie, Milzbrand, Cholera, Q-Fieber (Balkangrippe) und Psittakose (Papageienkrankheit) erforscht. Toxine sind geringe Mengen einer höchst giftigen Substanz, die von ansonsten unschädlichen Bakterien ausgeschieden werden. Da es sich um reines Gift handelt, sind sie nicht ansteckend. Das tausendfach mehr als Nervengase tödliche Botulinus-Toxin zählt zu den letalsten Giftstoffen. 1949 zeigte Dr. Brock Chisholm, während des Krieges Leiter der kanadischen Forschung für chemische und biologische Kriegführung, daß diese Waffe binnen sechs Stunden alles menschliche Leben in einem bestimmten Gebiet vernichten könnte, aber innerhalb von 12 Stunden vollständig verdunstet und ein völlig bewohnbares Gebiet hinterläßt (CBW, S. 13).

In den USA und anderenorts werden nachweislich Untersuchungen mit getrockneten Bakterien durchgeführt, die in der Luft verteilt werden sollen und in der Feuchtigkeit des menschlichen Organismus wieder zu leben beginnen. Das amerikanische Armeechemiekorps erklärte im Jahre 1960 vor dem Kongreß, daß 100 000 Pfund eines solchen Stoffes ein Drittel der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, also annähernd 60 Millionen Menschen, vernichten würden.

Militärische Vorteile biologischer Waffen: Das mit einem ersten Einsatz wirksam erfaßte Gebiet ist größer als bei chemischen Waffen. Versuche haben gezeigt, daß Tausende von Quadratmeilen ohne weiteres einbezogen werden können. So eignen sich die biologischen Waffen ohne weiteres, gegen große Bevölkerungen eingesetzt zu werden. — Die biologischen Waffen wirken wie die chemischen direkt gegen die Bevölkerung und ihre Nahrungsmittelversorgung, und sie zerstören kein Eigentum. — Sie können sich selbst weiter verbreiten, wenn sie ansteckend sind. Ihre Feststellung oder Identifizierung ist sogar noch schwieriger als im Falle der chemischen Waffen. — Einige biologische Waffenwirkstoffe sind nicht unbedingt tödlich, sondern können bloß inaktivieren. Die für die Verwendung notwendigen geringen Mengen verleihen gegenüber der Vorbereitung, Lagerung und Verbreitung anderer Waffen einen ungeheuren Vorteil. Sie können schnell und zu relativ niedrigen Produktionskosten hergestellt werden. Sie eignen sich zum verborgenen Einsatz und ziehen daher nicht unbedingt einen Gegenschlag nach sich.

Militärische Nachteile der biologischen Waffen: Glücklicherweise gab es bisher bei den biologischen Waffen noch zu viele unbekannte Faktoren, um sie selbst im militärischen Sinne zu einem nützlichen Instrument zu machen. Weder ist es möglich, sie genau zu dosieren noch ihre gleichmäßige Verbreitung zu gewährleisten. Die Gefahren, daß sich die Infektion auf die eigenen Streitkräfte oder das eigene Land ausbreitet oder auf die Tier- oder Insektenpopulation überträgt und dann wieder in Erscheinung tritt, sind zu groß. — Massiv und erkennbar eingesetzte biologische Waffen würden eine Vergeltung herausfordern, kleine Mengen sind bisher zu unsicher.

2) Der Hintergrund der Entwicklung der chemischen und biologischen Kriegführung und die rechtliche Situation

Die Haager Konvention von 1907 untersagte „die Verwendung von Gift oder giftigen Stoffen, die dazu geeignet sind, eine überflüssige Schädigung hervorzurufen."

Die chemische Kriegführung begann in kleinem Ausmaß im Ersten Weltkrieg mit einem Chlorgasangriff der Deutschen im Jahre 1915, obgleich es allerdings auch Behauptungen gab, daß die Franzosen schon früher Tränengas angewendet hatten. Ab 1915 wurde von beiden Seiten zunehmend Phosgen-, Chlor- und Senfgas verwendet, und gegen Ende des Krieges waren sogar noch tödlichere Gase, wie z. B. Liwisit, zum Einsatz bereit.

Nach dem Krieg ergriffen die USA die Initiative zum Verbot der chemischen Kriegführung. Der von ihnen vorgeschlagene und ratifizierte Vertrag von Washington (1922) stellte die Verwendung von Stick-, Gift- und anderen Gasen im Krieg außer Gesetz. Leider wandte sich Frankreich gegen die Einbeziehung von bestimmten Klauseln in den Vertrag, die mit der chemischen Kriegführung in keinerlei Zusammenhang stehen, was zur Ablehnung des ganzen Vertragswerkes führte.

Der zweite Versuch, das Genfer Protokoll aus dem Jahre 1925, fügte das zusätzliche Verbot der „bakteriologischen Kriegführung" hinzu. Aus verschiedenen Gründen, wie dem wachsenden Isolationismus, den nachdrücklichen Interventionen der Amerikanischen Chemischen Gesellschaft und der Amerikanischen Legion, kam das von den Vereinigten Staaten zwar unterzeichnete Protokoll nicht über den Senat hinaus. Großbritannien und 43 andere Staaten ratifizierten das Protokoll. Seit dem Krieg haben weitere 14 Staaten, so auch Indien, Pakistan, Kuba und eine Reihe afrikanischer Staaten, das gleiche getan. Chinas Zustimmung von 1929 wurde von der Volksrepublik China anerkannt. Das Vereinigte Königreich, Frankreich, die UdSSR und einige andere Staaten gehören dem Vertrag unter der Bedingung der Reziprozität an.

Das Genfer Protokoll war wahrscheinlich ein Faktor, der die Verwendung der chemischen und biologischen Waffen während des Zweiten Weltkrieges verhinderte. Die Italiener hatten zwar im Krieg gegen Abessinien (1935—1936) Gas verwendet, und möglicherweise auch die Japaner in China (1937—1942) in geringem Ausmaß.

Roosevelt erklärte sich 1943 für eine Politik, daß „die USA nicht als erste die chemischen und biologischen Waffen verwenden würden". 1945 entwarfen die Amerikaner gemeinsam mit Frankreich, Großbritannien und Rußland die Nürnberger Charta, die Kriegsverbrechen und Verantwortung definiert. Wenn sie auch keinen speziellen Artikel hinsichtlich der chemischen und biologischen Waffen enthält, kann doch darauf hingewiesen werden, daß eine derartige Kriegführung im Rahmen der Klauseln 6 und 7 untersagt ist.

1960 bekräftigte Eisenhower in einer persönlichen Erklärung erneut die Politik der USA, „nicht als erste die chemischen und biologischen Waffen zu verwenden". 1966 stimmten die Vereinigten Staaten einer von Ungarn ausgearbeiteten Resolution der UNO-Generalversammlung zu, welche die strikte Einhaltung des Genfer Protokolls seitens aller Staaten forderte.

Formal unterstützen die USA gegenwärtig das von ihnen noch immer nicht ratifizierte Protokoll, mit Ausnahmen hinsichtlich des allumfassenden Verbots, und zwar: 1) Pflanzen und Kulturen werden vom Protokoll nicht erfaßt, daher sind Entlaubung und Vernichtung der Kulturen zulässig. — 2) Die USA befinden sich mit Vietnam nicht im Kriegszustand, das Protokoll verbietet aber die Anwendung nur „im Krieg". — 3) Die in Vietnam eingesetzten Gase sind aufruhrbekämpfende Gase und fallen nicht unter das Verbot gegen „erstickende, giftige oder analoge Gase".

Die offizielle britische Haltung zum amerikanischen Gaseinsatz in Vietnam schließt sich diesem Gesichtspunkt an. In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage erklärte Stewart am 20. Mai 1968: „Mir ist hinsichtlich der Verwendung eines tödlichen Gases nichts bekannt."

Bereits vor der Anwendung von Gas in Vietnam war die amerikanische Position vielleicht wegen der Differenzen zwischen dem State Department und dem Verteidigungsministerium widersprüchlich. Das Armeefeldhandbuch FM 27—10 „Das Recht der Landkriegführung" (Juli 1956) stellt ganz ausdrücklich fest: „Die Vereinigten Staaten haben keinen derzeit geltenden Vertrag unterzeichnet, der die Verwendung von toxischen oder nicht-toxischen Gasen, Rauch oder Brandstoffen oder von bakteriologischen Waffen im Krieg verbietet oder einschränkt."

3) Die amerikanische Beteiligung an der Erforschung und Anwendung der chemischen und biologischen Waffen

In den Fünfzigerjahren war die chemische Abteilung der amerikanischen Armee demoralisiert, ohne viel Ansehen und in Gefahr, geschlossen zu werden. Ihr Budget war bloß mit 35 Millionen Dollar jährlich veranschlagt. 1959 beschloß sie, sich mit einer Kampagne „Operation blauer Himmel" direkt an die Öffentlichkeit zu wenden. Es handelte sich dabei um das kluge neue Konzept des „Krieges ohne Tod" zur Durchbrechung des nuklearen Stillstandes: kein Blutvergießen, keine Zerstörung, nur außer Funktion setzen und dann übernehmen. Dies war naiv, aber wirksam. Unterstützung kam von der Regierung und Privatunternehmen. 1961 hatte das gesamte Forschungs- und Entwicklungsbudget für alle drei Waffengattungen 57 Millionen Dollar erreicht. 1964 betrug es 158 Millionen Dollar. Spätere Ziffern blieben geheim, aber Dr. Steven Rose spricht von 300 Millionen Dollar jährlich für die gegenwärtigen Ausgaben.

Derzeit ist die Arbeit an den chemischen und biologischen Waffen fest in Großunternehmen, in der Regierung und an den Universitäten verankert. Bis zu 65 Prozent des gesamten Entwicklungs- und Forschungsbudgets wurde gelegentlich an Geschäftsunternehmen (Newcastle, S. 23) vergeben, und mindestens 50 Universitäten beteiligen sich an der chemisch-biologischen Waffenforschung. Die chemische Abteilung der Armee führt auch ihre eigenen Forschungen durch.

Einige Armeezentren

Edgwood Arsenal: Hauptzentrum für die Forschung an chemischen Waffen. — Fort Detrick (Maryland): Zentrum für die Erforschung der biologischen Kriegführung. Ungefähr 1 500 Morgen, 700 wissenschaftliche und medizinische Personen, militärische Einrichtung mit einem Wert von 76 Millionen Dollar. Konzentriert sich auf Milzbrand, Ruhr, Bruzellose (Maltafieber), Strahlenpilzkrankheit, Pest und Tularemie, wobei versucht wird, bei diesen Krankheiten eine Resistenz gegen Antibiotika zu züchten, um sie virulenter zu machen. Es wurden auch Pflanzenkrankheiten untersucht, um eine wirksame Waffe gegen die Reiskulturen zu finden (Science 133, Jan. 1967). Dieses Zentrum arbeitet mit britischen Wissenschaftlern aus Porton zusammen. — Dugway Versuchsgelände (Utah): erstreckt sich über ungefähr 1800 Quadratmeilen. Versuche mit nichttödlichen Stoffen an freiwilligen Personen. Im März 1968 wurden 25 Meilen von Dugway entfernt über 6000 Schafe getötet, die Schnee gefressen hatten, der anscheinend durch Nervengas vergiftet war, das nach Versuchen mit Granaten vom Dugway Versuchsgelände herübergezogen war. — Rocky Mountain Arsenal und Pine Bluff Arsenal: Massenproduktionszentren.

Einige kommerzielle Zentren

Food Machinery Corporation, Newport, Indiana: Hauptwerk für die Produktion von Nervengas, Sarin. Beschäftigt 300 Personen und arbeitet seit 1960 im 24 Stundenbetrieb. — Travelers Research Corporation (Hartford, Conn.): arbeitet an einem System für die Entwicklung von Pest und Tularemie als Waffe.

Diese Beschleunigung der Forschung wurde nicht nur durch Propaganda in der Öffentlichkeit und die finanzielle Förderung von Chemieunternehmen, sondern auch durch Anpassung an die Strategie der Regierung ermöglicht. Die Forschung war auf die folgenden Ziele ausgerichtet:

1) Erhöhte Aktionsfreiheit unter den Bedingungen des nuklearen Stillstandes;

2) praktische Probleme bei der Führung eines begrenzten Krieges gegen ein kleines unterentwickeltes Land, und die Notwendigkeit, eine wirksame Anti-Guerillawaffe zu finden.

Die letzten zehn Jahre waren in den USA durch eine erhöhte Duldung des Gebrauches von Gasen, aber auch durch eine verstärkte Unruhe bei den Studenten, in wissenschaftlichen Kreisen, bei Journalisten und der öffentlichen Meinung gegen diese Waffen und die damit zusammenhängende Forschung gekennzeichnet. Dies führte zu der paradoxen

Situation, daß bis zur Konferenz über die chemische und biologische Kriegführung und der mit ihr verbundenen Kampagne in diesem Land in den Staaten allmählich weitaus mehr über diese Probleme durchsickerte als hier.

Chemische und biologische Waffen im Einsatz in Vietnam

Entlaubungsmittel

Erstmals von der südvietnamesischen Regierung Ende 1961 verwendet. Goldwaters Argumente in der Wahlkampagne von 1964 für die Verwendung von Entlaubungsmitteln wurden von Johnson entrüstet zurückgewiesen, obwohl die Vereinigten Staaten mit der Anwendung in begrenztem Maßstab bereits begonnen hatten. Aber nach Johnsons Sieg wurde die Entlaubungskampagne verstärkt.

Ein vom Pentagon angeforderter Bericht führt aus, daß im Jahre 1967 843 606 Morgen Dschungel und 121 000 Morgen Kulturland mit einem Kostenaufwand von 39 Millionen Dollar besprüht wurden. Es war für 1968 geplant, 45 Millionen Dollar auszugeben, aber im Juni des gleichen Jahres berichtete das amerikanische Magazin „Science" (zitiert im „Guardian" vom 25. Juni), daß der Voranschlag des Pentagon für die 12 Monate vom 1. Juli an auf 70,8 Millionen Dollar erhöht worden war. Dr. Minarik von Fort Detrick gab im Januar 1968 in einer Ansprache den weit größeren Betrag von fast 100 Millionen Dollar an. Er gestand auch die Verwendung eines arsenhaltigen Sprühmittels, der Kakodylsäure, ein, das bedeutend giftiger ist als die gewöhnlichen Pflanzenvertilgungsmittel. Abgesehen von den unmittelbaren Folgen — Hungersnot der Zivilbevölkerung und die Unmöglichkeit, die Soldaten von den Lebensmitteln fernzuhalten —, sind amerikanische Wissenschaftler über die langfristigen Wirkungen besorgt: „Wir haben uns auf eine massive Umweltbeeinflussung eingelassen, ohne uns der biologischen Folgen bewußt zu sein" (Dr. Barry Commoner in einer Rede vor der Amerikanischen Vereinigung für den Fortschritt der Wissenschaft).

Dr. Galston hob bei der letzten Konferenz über die chemischen und biologischen Waffen hervor, daß die Entlaubung die Durchschnittstemperatur erhöht, die Winde verstärkt, die Niederschläge vermindert und die Umwandlung des Bodens in Gestein fördert. Er sprach seine Besorgnis über die Verweildauer von Chemikalien im Boden aus. Eine geringgradige Vernichtung von Kulturen ist unwirksam, in genügend großem Maße für die ganze Gemeinschaft aber verheerend, insbesondere in einem Land, das sich von Reis ernährt.

Reizgase

Es handelt sich hier um ein weiteres Beispiel der allmählich beschleunigten Verwendung. Die Reizgase standen erstmalig 1962 zur Verfügung, wurden aber erst Dezember 1964 im Kampf eingesetzt. Der Verteidigungsminister identifizierte die verwendeten Gase im März 1965 als „DM", „CS" und „CN". Sie wurden im Freien und nicht zur „Durchspülung" von Tunnels verwendet. Dean Rusk betonte: „Es gab keine politische Entscheidung, in Vietnam den Gaskrieg zu entfachen ... Wir sprechen über ein Gas, das von der Polizei in der Welt allgemein als Mittel zur Aufruhrbekämpfung zum Einsatz kommt ..., um zu vermeiden, daß unschuldige Menschen getötet oder verletzt werden" („New York Times" vom 25. 3. 1965).

Die überwältigende Gegenreaktion in den USA führte dazu, daß die Verwendung von Gas zeitweilig eingestellt oder zumindest nicht bekanntgegeben wurde. Im September 1965 wurde ein Offizier des Marinekorps nach Hause geschickt, weil er in einer Militäroffensive 48 Kanister CN-Gas verwendet hatte. Später wurde er von dieser Beschuldigung allerdings wieder freigesprochen. Möglicherweise wurde dieser Zwischenfall inszeniert, um die öffentliche Reaktion zu testen, die unbeachtlich war.

Ende 1965 wurde der Gebrauch von Gas ausgedehnt. Es gibt Berichte von neuen Gasen, die in der ursprünglichen Beschreibung nicht enthalten sind. Von diesem Zeitpunkt an kamen immer mehr Berichte über die Verwendung von Gas, um begrenzte Räume, wie Bunker, Tunnels und Schutzräume, zu säubern. Unter den in Vietnam gelagerten Gasen befindet sich CNS, ein Brechreiz erzeugendes Gas, mit länger anhaltenden Wirkungen als die durch CS verursachten, und BZ, ein lethargisch machendes Gas, das zeitweilig das

Denken beeinflußt. Wegen der äußerst strengen Sicherheitsmaßnahmen und der widersprechenden Berichte in nichtamerikanischen Quellen läßt sich nicht genau feststellen, welche Gase in Vietnam verwendet wurden. Es ist aber möglich, daß Stoffe in verschiedenen Kombinationen experimentell auf ihre Wirkung erprobt wurden, daß Gas außer zum taktischen Einsatz zur Säuberung von Tunnelsystemen usw. auch zu Feldversuchen unter Kampfbedingungen getestet wurde, die im Versuchsgelände oder im Laboratorium nicht gegeben sind.

Die Amerikaner stellten sich immer auf den Standpunkt, daß die in Vietnam verwendeten Gase nicht tödlich sind. Selbstverständlich ist diese Beschreibung für Gase sinnlos. Ebenso wie Anästhetika sind sie nur dann nicht tödlich, wenn sie richtig und unter strenger Kontrolle verwendet werden, und nicht dann, wenn sie mittels Mighty Mite unter Druck in Tunnels gepreßt oder aus unmittelbarer Nähe eingesetzt werden.

Dr. Steven Rose berichtete einer Gruppe von Abgeordneten im Juli, daß CS-Gas dokumentarisch nachgewiesen den Tod von mehr als 350 Personen verursacht hat („Guardian", 1. Juli 1968).

Einige Beispiele besonderer Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang: Die „New York Times" vom 25. März 1965 berichtete, daß durch den Einsatz von nichttoxischem Gas in Tunnels der australische Korporal Robert Bowtell getötet wurde, sechs andere Soldaten ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten, obwohl sie zur Zeit der Verwendung des Gases Gasmasken getragen hatten. — Der kanadische Arzt Dr. Vennemma, der in einem Zivilkrankenhaus in Vietnam arbeitet, berichtete in einem Brief an die Amerikanische Vereinigung zur Förderung der Wissenschaft, daß die Todesrate bei den in seinem Krankenhaus behandelten zivilen Gasvergifteten bei Kindern 90 Prozent, bei Erwachsenen 10 Prozent beträgt. Er sei nicht sicher, ob es sich bei dem fraglichen Gas um CS gehandelt habe, aber unbestreitbar um ein tödliches.

Biologische Kriegführung

Es kann nicht direkt nachgewiesen werden, daß die Amerikaner in Vietnam biologische Waffen einsetzen, obwohl klar ist, daß in den Staaten ausgedehnte Forschungsarbeit auf diesem Gebiet geleistet wird. Dr. Robert Ellis, ein leitender Angestellter der New England Firm of Travelers Research, bestätigte, daß seine Firma mit dem Verteidigungsministerium einen Vertrag für die Entwicklung eines zur Verwendung in Vietnam geeigneten Systems der Verbreitung der Pest auf dem Luftwege abgeschlossen hat. Ein Teil dieses Projekts befaßt sich mit der Entwicklung eines Pestbazillenstammes, der besonders resistent gegen Antibiotika ist, in einem anderen Teil des Projekts wird die Haltung führender Regierungsmitglieder zu einer möglichen Anwendung der biologischen Waffen studiert (Viet Report, Juni—Juli 1966).

Die Gesellschaft PSR (Physicians for Social Responsibility — Ärzte für soziale Verantwortung), die hinter diesen Vertrag kam, stellt in einer Untersuchung fest, daß sie von Dr. Ellis, dem Verteidigungsministerium und dem State Department widersprechende Informationen erhalten habe. Ein Beamter des Weißen Hauses erklärte ihr, daß das State Department seine Opposition zur Verwendung der bakteriologischen Waffen in einem an den Präsidenten gerichteten entsprechenden Memorandum im Juni 1965 revidiert habe. Eine offizielle Ankündigung darüber erfolgte nicht.

Tatsache ist, daß die WHO-Ziffern über die Pest in Südvietnam kürzlich erstaunlich angestiegen sind. Früher trat die Seuche immer seltener auf, 1954 gab es keinerlei Fälle. Ab 1954 nahm die Zahl der Fälle nach und nach zu:

1964 — 227 Fälle; 1965 — 4500 Fälle; 1966 — 2649 Fälle in den ersten sechs Monaten!

Die Weltgesundheitsorganisation war nicht in der Lage, spätere Statistiken zu liefern, da sie der Zensur unterliegen. Ziffern, die von der amerikanischen Botschaft in Saigon im April 1968 freigegeben wurden, zeigen folgendes Bild:

1967 — 2438 verdächtige Fälle in den ersten drei Monaten des Jahres 1967; 1968 — 1647 verdächtige Fälle in den ersten drei Monaten.

Diese Ziffern stammen vom südvietnamesischen Gesundheitsministerium und wurden wahrscheinlich deshalb freigegeben, um das Absinken von 1967 auf 1968 zu zeigen. Sie

sind unmöglich zu überprüfen und wahrscheinlich ungenau, beweisen aber, daß die Verbreitung der Pest alarmierend ist. Natürlich existieren in Vietnam die klassischen Bedingungen für die Ausbreitung von Epidemien. Obwohl die statistischen Ziffern in den umgebenden Ländern sehr niedrig sind, ist es möglich, daß die Krankheit durch Schiffe von Indonesien eingeschleppt wird und sich dann natürlich ausbreitet.

Amerikanische Soldaten werden vor ihrer Abreise gegen die Pest immunisiert und erhalten dann alle vier Monate Nachimpfungen. Ein an Pest erkrankter amerikanischer Soldat wurde in die USA zurückgeschickt.

Wenn man dies im Zusammenhang mit anderen amerikanischen Aktivitäten in Vietnam und mit dem Aufwand für die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der bakteriologischen Kriegführung sieht, kann die Möglichkeit nicht völlig ausgeschlossen werden, daß die Amerikaner Vietnam als Versuchsgelände für den bakteriologischen Krieg benützen, obwohl die Wahrscheinlichkeit wegen der Schwierigkeit der Sammlung brauchbarer statistischer Angaben und wegen der mit einem solchen Schritt verbundenen Gefahren entfernt ist.

4) Wie steht es um die Politik und Arbeit anderer Länder auf dem Gebiet der chemischen und biologischen Kriegführung?

Es muß angenommen werden, daß auf dem Gebiet der chemischen und biologischen Kriegführung in den meisten größeren Ländern der Welt Forschungsarbeit geleistet wird. Mehr weiß man über die Arbeit in den Vereinigten Staaten, und zwar aus folgenden Gründen: a) Es ist das einzige Land, das gegenwärtig die chemische Kriegführung anwendet, und dies in großem Maßstab; b) die unkonsequente Sicherheitspolitik hinsichtlich der chemischen und biologischen Kriegführung in den letzten Jahren hat die Verbreitung von Informationen begünstigt; c) das Anwachsen der Protestbewegung der Studenten und Wissenschaftler gegen den Vietnamkrieg hat Informationen ans Licht gebracht.

Ähnliche Forschungsarbeit wird in Kanada (Southern Alberta) und in Rußland (nahe der Kaspischen See) unternommen. Die von den Japanern in den Dreißigerjahren in der Mandschurei errichtete Station wird wahrscheinlich von der chinesischen Regierung benützt. Die USA berichteten über die Entdeckung von Verstecken von Gasgranaten chinesischer Provenienz in Vietnam. Es scheint klar, daß angeblich von Ägypten geliefertes Senfgas im Yemen zum Einsatz kam. Es gab auch unbestätigte Beschuldigungen, daß auch V-Stoffe verwendet worden seien. Als sich im Mai 1968 bei Studenten in Frankreich durch den Einsatz von CS lang anhaltende und schwere Wirkungen zeigten, wurde klar, daß dieses Gas auch in Frankreich existiert.

5) Wie steht Großbritannien zu der chemischen und biologischen Kriegführung?

Rechtlich ist die britische Haltung ganz offen und eindeutig. Großbritannien hat das Genfer Protokoll unterzeichnet, behält sich jedoch das Recht der Vergeltung vor, falls es mit chemischen oder biologischen Waffen angegriffen werden sollte. Die gesamte Forschungsarbeit dient in diesem Lande der Aufgabe, etwaige chemische oder biologische Waffen zu identifizieren und Verteidigungsmaßnahmen dagegen zu entwickeln.

In Wirklichkeit ist diese Haltung jedoch nicht so einfach, wie dies immer deutlicher durch öffentliche Anfragen und einen gewissen Druck zum Ausdruck kommt, der sich seit der **Konferenz der J. D. Bernal Peace Library** im Februar 1968 entfaltet hat.

Großbritannien tauscht im Rahmen des Programms für technische Zusammenarbeit vom Jahre 1958 und dem Grundnormen-Abkommen von 1964 wissenschaftliche Informationen mit den USA, Kanada und Australien aus, obwohl die genauen Bedingungen dieser Abkommen nicht bekannt gemacht wurden. Sie sind allgemein als Vierer-Abkommen bekannt. Dies bedeutete, daß die USA die kurz nach dem Krieg gemachte britische Wiederentdeckung des CS übernahmen und weiterentwickeln konnten: „Wir hatten das Glück, in der unmittelbaren Nachkriegszeit einen Wirkstoff namens CS wiederzuentdecken, da dieses chemische Produkt bereits vorher hergestellt worden war und praktisch 15 Jahre lang weltweit in Verwendung stand und auch weiterhin noch steht. Durch dieses Gas muß man weinen, die Nase schmerzt, es schnürt die Brust zusammen und verursacht Hustenreiz. Dies dauert so lange, als man sich in der Gaswolke befindet, die natürlich wahr-

scheinlich unsichtbar ist. Aber sobald man innerhalb von fünf bis zehn Minuten aus der Wolke herauskommt, verschwinden die Wirkungen, obwohl man vorher in der Wolke geglaubt hat, sterben zu müssen, und man erholt sich nachher wieder vollständig" (Eric Haddon, CDEE, Porton, in der Fernsehsendung „Eine Heimsuchung für eure Kinder").

1960 bestätigte das britische Verteidigungsministerium, daß es Detailangaben über den Herstellungsprozeß von Nervengas an die USA weitergeleitet habe: „Nehmen wir die Nervenwirkstoffe. Einige der zuletzt entwickelten waren das Ergebnis der Arbeit eines Industriekonzerns in unserem Lande für bessere Insektizide. Er informierte uns, daß er eine wirklich niedrige Toxizität für Menschen erreichen wollte, aber zu seinem Schrekken festgestellt habe, daß einige der von ihm hergestellten Stoffe eine ziemlich hohe Toxizität besitzen. Wir gingen der Sache tatsächlich nach, informierten die Amerikaner im Rahmen unserer Verbindung, und die Amerikaner stellen diesen Stoff, wie Sie wissen, jetzt tonnenweise für offensive Zwecke her" (Eric Haddon, CDEE, Porton, in der Fernsehsendung: „Eine Heimsuchung für eure Kinder").

Am 30. Juni 1968 berichtete der „Sunday Observer", daß das US Journal of Microbiology (Zeitschrift für allgemeine Mikrobiologie) einen Artikel veröffentlicht hatte, der die Zusammenarbeit zwischen britischen Wissenschaftlern in Porton und amerikanischen Wissenschaftlern in Fort Detrick auf dem Gebiet des Pestbazillus beschreibt. Dr. Bernard Dixon, stellvertretender Chefredakteur von „World Medicine", erklärte, daß diese Gemeinschaftsforschung möglicherweise zu der Herstellung eines der gefährlichsten Organismen führen könnte, die die Welt jemals gekannt hat.

Die Einrichtungen in Porton

Über diese beiden Einrichtungen war in der Öffentlichkeit bis zum Zeitpunkt der BBC-Fernsehsendung vom 6. Juni 1968 „Eine Heimsuchung für eure Kinder" und des Berichtes des Komitees für Wissenschaft und Technik, der am 8. Juli 1968 veröffentlicht wurde, wenig bekannt. Dieser Bericht erschien teilweise zensuriert. Die Zeitschrift „Nature" erklärte dazu: „Wie in einem viktorianischen Roman hat die Aussage die Tendenz, sich in Augenblicken der Spannung in eine Reihe von Sternchen aufzulösen, um die Schrekken, die zu furchtbar sind, ausgesprochen zu werden, nur anzudeuten."

CDEE — The Chemical Defence Experimental Establishment (Experimentelle Abteilung für chemische Verteidigung)

Sie wurde 1916 vom Kriegsministerium geschaffen, um die Gefahr der chemischen Kriegführung zu untersuchen und einzuschätzen und die drei Waffengattungen über die Möglichkeiten des Schutzes zu beraten. Für den Betrieb ist ein Aufwand von 1 600 000 Pfund im Jahr erforderlich. Die Abteilung beschäftigt 70 Wissenschaftler und Ingenieure sowie 120 Laboranten. Die Installation hat eine Ausdehnung von 7000 Morgen für Versuche, verfügt aber selbstverständlich auch über Arbeitsmöglichkeiten in den größeren Geländen in den USA und Kanada. Porton unterhält eine Außenstation in Nancekuke, Cornwall, wo die Möglichkeit für die Produktion chemischer Stoffe in militärischen Quantitäten untersucht wird. In Nancekuke wird CS hergestellt. Ein Teil davon wird in die Schurmuley Fabrik nach Guildford gesandt, dort in Kanister abgefüllt und ungefähr an die Hälfte der Polizeikräfte im Lande geliefert. Ungefähr sechs Tonnen jährlich werden an ausländische Polizeikräfte exportiert, was ca. 25 000 Pfund einbringt. Das von den USA in Vietnam verwendete CS wird nicht in unserem Lande hergestellt. Parlamentarische Anfragen über die genaue Situation der Lizenzabkommen mit den USA wurden vom Verteidigungsministerium nicht völlig klar beantwortet.

Das Nervengas VX wird ebenfalls in Nancekuke, aber nur in Versuchsquantitäten hergestellt.

MRE — The Microbiological Research Establishment (Die Abteilung für mikrobiologische Forschung)

Sie wurde während des Zweiten Weltkrieges geschaffen. Sie verfügt über 48 Wissenschaftler und 76 Laboranten und kostet jährlich 500 000 Pfund. Über 80 Prozent der hier durchgeführten Arbeiten wird in der Literatur veröffentlicht.

Obwohl die Leiter betonen, daß beide Abteilungen in erster Linie für die militärische Verteidigung arbeiten, haben sie auch auf dem zivilen Sektor zur Entwicklung besserer Luftfilter, Schutzkleidung und verschiedener Impfstoffe beigetragen.

Ein Mitglied des amerikanischen Normenausschusses im Vereinigten Königreich und 13 Offiziere sind in Porton stationiert, um die Standardisierung der Ausrüstung mit den USA und unseren bewaffneten Streitkräften zu gewährleisten. Es gibt auch Standardisierungsabkommen mit der NATO und bilaterale Abkommen mit NATO-Ländern.

Die CDEE in Porton hat 27 Forschungsaufträge an Universitäten vergeben, MRE fünf. Keiner steht unter besonderer Geheimhaltung. Die mit der Arbeit betrauten Universitäten haben sich allerdings einverstanden erklärt, vor einer Veröffentlichung das „Department" zu konsultieren. Die Genehmigung könnte verweigert werden, wenn es das nationale Interesse und die nationale Sicherheit erfordern (Parlamentarische Beantwortung durch den Unterstaatssekretär für Verteidigung, 26. Februar 1968).

Wachsende Besorgnis der Öffentlichkeit über die chemischen und biologischen Waffen in Großbritannien

Seit Januar 1969 ist eine wachsende Besorgnis der Öffentlichkeit über die chemischen und biologischen Waffen im allgemeinen und die britische Beteiligung an den amerikanischen Aktionen in Vietnam im besonderen festzustellen.

1) Parlamentsmitglieder stellten Fragen, um Licht in die folgenden Angelegenheiten zu bringen: Geheimgehaltene Verteidigungsaufträge an den Universitäten; der genaue Charakter des Vierer-Abkommens für Informationen; die Arbeit in Porton und Nancekuke; das Verhältnis zwischen den britischen und den amerikanischen chemischen und biologischen Waffen.

2) Viele britische Wissenschaftler einschließlich der Hälfte aller britischen Nobelpreisträger führen eine Kampagne für die Bekanntgabe der gesamten von der MRE in Porton durchgeführten Arbeit und für die Übertragung dieser Arbeit aus der Kompetenz des Verteidigungsministeriums in die einer Zivilbehörde, vorzugsweise des Gesundheitsministeriums. „Wir haben gesehen, wie britische chemische Forschungsergebnisse den Amerikanern zugänglich gemacht worden sind, die offensive Waffen entwickeln. Es könnte nun die Situation eintreten, daß die britische biologische Forschungsarbeit von den Amerikanern benützt wird, um Waffen für den Bakterienkrieg zu entwickeln" (Maurice Wilkins, „Guardian", 27. Juni 1968). Wilson antwortete, daß einige geheime Maßnahmen wichtig seien, um die Bereitschaft des Landes sowie einige Stoffe, an denen wir arbeiten, nicht preiszugeben.

3) Gruppe gegen die chemischen und biologischen Waffen: ins Leben gerufen von Frau Compton in Devon und in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen wie FOR und CND gebildet, um Teach-ins abzuhalten und an Zeitungen zu schreiben.

4) Studentengruppen, insbesondere an der Universität von Essex, haben Demonstrationen durchgeführt.

Die Regierung hat auf diesen Druck hin mit der Ankündigung geantwortet, daß es bei der MRE in Porton „Offene Tage" geben werde und daß der Staatsminister für Abrüstung, Fred Mulley, der 18-Staaten-Abrüstungskonferenz in Genf am 6. August 1969 Vorschläge überbringen wird.

Das britische Arbeitsdokument über die chemische und biologische Kriegführung

Die chemische und die biologische Kriegführung sollen getrennt behandelt werden.

Die Forschungsarbeit für chemische Waffen erfordert in vielen Ländern bereits beträchtliche Investitionen. Gase wurden im Krieg schon verwendet; die Frage der Unterscheidung zwischen tödlichen und nichttödlichen Gasen ist zu kompliziert.

Die Frage der chemischen Kriegführung sollte daher zwecks Ausarbeitung eines Berichts über den Charakter und die Anwendung chemischer Waffen an den UNO-Generalsekretär verwiesen werden.

Es gibt Vorschläge für eine neue Konvention zum Verbot mikrobiologischer Methoden der Kriegführung, um das Genfer Protokoll von 1925 zu ergänzen, aber nicht zu ersetzen. Jene Staaten, die sich der Konvention anschließen, würden zustimmen, solche Methoden der Kriegführung unter keinen Umständen anzuwenden und auch keinerlei Forschungsarbeit auf dem Sektor der mikrobiologischen Waffen zu unternehmen.

Die Schwierigkeiten der Überprüfung und Kontrolle werden anerkannt; es wird jedoch vorgeschlagen, eine kompetente Instanz von Experten unter den Auspizien der UNO zu schaffen, die alle Beschuldigungen der Anwendung mikrobiologischer Waffen zu untersuchen hätte. Es sollten Bestimmungen für die Vernichtung aller gelagerten mikrobiologischer Waffen und Zusatzgeräte und für die Aufhebung der Geheimhaltung über die Forschungsarbeit auf verwandten Gebieten erlassen werden.

Die russische Reaktion war, daß es wichtiger wäre, Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, um das Genfer Protokoll wirksamer zu machen, und alle Länder, insbesondere die USA und Japan, zu veranlassen, es zu ratifizieren. Herr Roschtschin berief sich dabei auf den Appell der UNO-Generalversammlung von 1966, der zum Beitritt aufrief und dem die USA bereits zugestimmt haben.

Die amerikanische Reaktion war neutral. „Die Vereinigten Staaten unterstützen weiterhin die verdienstvollen Ziele des Genfer Protokolls. Die neue von Großbritannien vorgeschlagene Konvention würde das Genfer Protokoll nicht aufheben, sondern ergänzen."

Man kommt schwer um das Gefühl herum, daß es sich hier bei der britischen Regierung um den Versuch handelt, die Kritiker ihrer Politik hinsichtlich der chemischen und biologischen Waffen im eigenen Lande zu entwaffnen, ohne sich gegen die amerikanischen Praktiken der chemischen Kriegführung stellen oder sie diskreditieren zu müssen. Es wäre allerdings bedauerlich, wenn man zuließe, die Frage fallen zu lassen. Ein UNO-Bericht über die Anwendung chemischer Waffen könnte ein Anfang sein. Die Pugwash-Experimente für die Möglichkeit einer Untersuchung der biologischen Waffenforschung und für Methoden zur raschen Aufdeckung mikrobiologischer Wirkstoffe in der Luft könnten mehr Schutz bieten als die Schaffung einer internationalen Körperschaft zur Untersuchung von Beschuldigungen über die Anwendung biologischer Waffen nach erfolgtem Einsatz.

6) Welche Probleme ergeben sich aus der Forschung und Anwendung der chemischen und biologischen Kriegführung?

Argumente für die Fortsetzung der gegenwärtigen britischen Politik der geheimen Forschung und für das Recht auf Vergeltung:

1) Diese Politik ist notwendig für die richtige Verteidigung des Landes. — Es gibt das Beispiel der abschreckenden Wirkung durchgesickerter Berichte über die geheime Forschung im Zweiten Weltkrieg. — Es besteht die Gefahr, daß andere Länder unsere Geheimnisse erfahren und diese für offensive Zwecke gegen uns verwenden. — Durch das Vierer-Abkommen haben wir Zugang zu den großen Einrichtungen der amerikanischen Forschung und wenden daher wenig Geld für unsere eigene Forschung auf. Dies würde sich ändern, wenn die Geheimhaltung aufgehoben wird. — Die Aufrechterhaltung einiger geheimer Arbeiten würde es dem Land ermöglichen, auf intensivere militärische Arbeit umzuschalten, wenn sich dies als notwendig erweisen sollte. — Die Arbeit in unserem Lande ist nicht provokatorisch und bewegt sich in einem so kleinen Rahmen, daß eine Lagerung vermieden werden kann. Wir haben auch keine Arbeit an Beförderungssystemen unternommen. — Zum Unterschied von einem nuklearen Angriff könnte einem chemischen und biologischen Angriff Widerstand geleistet werden, da es vernünftige Aussichten auf Gegenmittel gibt. Es ist die Aufgabe von Porton, sie zu erforschen, zu erproben und einzusetzen. — Die Kenntnis eines potentiellen Feindes, daß wir gegen ein spezifisches Gas oder eine biologische Waffe geschützt sind, könnte ihn zur Änderung in der Wahl des Wirkstoffes veranlassen.

2) Man kann keine Waffe ignorieren, die im Krieg die Möglichkeit bietet, den Sieg herbeizuführen und die Zahl der Opfer zu vermindern. Ein zivilisierter Krieg ist nicht möglich. Jede Unterscheidung zwischen zum Beispiel Napalm und Gas ist falsche Moral. Wenn

unser Land jemals in einen Krieg gerät, muß es mit allen ihm zu Gebote stehenden Waffen kämpfen, um zu gewinnen.

3) Wir müssen auf internationaler Ebene versuchen, die Kontrolle über die chemischen und biologischen Waffen zu gewinnen, dürfen aber unsere eigene Forschung nicht einstellen, bis eine solche Kontrolle gesichert ist.

Im Laufe der Zusammenstellung dieses Materials wurden Kritiken an der derzeitigen Haltung des Vereinigten Königreiches laut, die nachstehend zusammengefaßt sind:

1) Im Interesse einer weiteren Abrüstungskontrolle sollten Vorschläge oder Praktiken vermieden werden, die die Gefahr einer Verwässerung des einzigen Waffenverbots mit sich bringen, das während des Zweiten Weltkrieges standgehalten hat.

2) In Friedenszeiten ist eine Geheimhaltung eher provokatorisch als schutzbietend. Selbst im Zweiten Weltkrieg war es nicht die Geheimhaltung, die uns vor Gasangriffen schützte, sondern weil wir absichtlich durchsickern ließen, daß wir darauf vorbereitet sind.

Professor E. H. S. Burhop von der Universität London erklärte laut Berichten, daß es durch die Veröffentlichung von Ergebnissen ein zu erwartendes Risiko geben könnte, da eine erfolgreiche wissenschaftliche Entdeckung eines Mikroorganismus oder eines schädlichen Stoffes einem anderen Lande zugänglich gemacht werden könnte. Ein solches Ereignis scheint jedoch unwahrscheinlich, da alle auf diesem Sektor arbeitenden Länder ungefähr gleich weit und ungefähr auf dem gleichen Niveau fortgeschritten sind.

Die Bekanntgabe von Verteidigungsmaßnahmen muß deren Wert nicht unbedingt herabsetzen. Eine wirksame Verteidigung könnte durch die Demonstration des Wissens erhöht werden.

3) Die Folgen der geheimen Forschung und der Verteidigungsaufträge an Universitäten sind besonders in Friedenszeiten beunruhigend und sprechen gegen die wirklich freie und offene Forschung, die ein Merkmal der Welt des Lernens sein muß.

4) Die moralische Auflehnung gegen die chemischen und biologischen Waffen sollte nicht unterschätzt werden. Sie richtet sich aber mehr gegen die britische Haltung im Rahmen des Vierer-Abkommens als gegen die Waffen an sich. Dies kommt in der nachstehenden Meinung zum Ausdruck: „Wie können es die Politiker wagen, Hoffnungen in internationale Kontrollen zu setzen und eine Tugend in der Tatsache zu sehen, daß Großbritannien diese Waffe noch nicht verwendet aber insgeheim Alliierten überlassen hat, die sie einsetzen können oder könnten? Man kann nur Entrüstung empfinden, daß die Nation in eine so schwierige Lage versetzt worden ist" (Aus einem Inserat in einer nationalen Kirchenzeitschrift).

„Was jedoch viele von uns mit Sorge erfüllt, ist die Frage, ob die Ergebnisse ihrer Untersuchungen ... an Instituten jenseits unserer Grenzen mitgeteilt werden. Sind es nicht gerade jene, nicht an die Genfer Konvention gebundenen Institutionen, die praktisch mit der Weiterentwicklung und Perfektionierung gerade jener Instrumente des chemischen Angriffes beschäftigt sind, gegen die Porton die Gegenmittel sucht (Lord MacLeod in einem Brief an die „Times" vom 28. Juni 1968)?"

Die britische Zusammenarbeit mit den USA zusammen mit unserer eigenen Forschung weckt den Argwohn anderer Länder und trägt nicht dazu bei, ein Kontrollabkommen zu erreichen.

5) Ist das Endergebnis dieser Form der Forschung dazu bestimmt, die Möglichkeit der chemischen und biologischen Kriegführung zu vergrößern oder zu verringern? Die Vereinigung amerikanischer Wissenschaftler (Federation of American Scientists) veröffentlichte im Mai 1968 eine Erklärung, die auch für unser Land anwendbar ist: „Es ist für eine reiche Nation mit der stärksten Abschreckungsmacht auf Erden verrückt, andere Nationen zur Entwicklung billiger Waffen zu ermutigen, die unsere Macht neutralisieren oder unser Volk vernichten könnten ... Wir sollten weder durch unsere Handlungen noch durch unsere Erklärungen die Stichhaltigkeit der chemischen und biologischen Kriegführung erhöhen."

Wenn wir unsere geheime Forschung über die chemische und biologische Kriegführung fortsetzen, haben wir mehr zu verlieren als zu gewinnen.

6) Garantiert die in Porton durchgeführte Arbeit wirklich die Verteidigung unseres Landes gegen die chemischen und biologischen Waffen?

Die einzigartige Empfindlichkeit des Vereinigten Königreiches für einen derartigen Angriff wurde bereits betont, denn wir sind eine kleine Insel mit großen Bevölkerungskonzentrationen und ziemlich permanenten Westwinden ausgesetzt.

Trotz den Versicherungen von Regierungssprechern und den Abteilungsdirektoren in Porton bietet die dort durchgeführte Arbeit keine Verteidigung für die Zivilbevölkerung. Ein Angriff mit ähnlichen Nervengasen, wie sie in den Fünfzigerjahren in Porton entwickelt wurden, würde uns ohne Verteidigungsmöglichkeit lassen. Wir haben keine Schutzkleidung, keine Luftfiltergeräte, keine Atropinspritzen oder Immunisierungsmethoden für den Zivilgebrauch. Die einzige Verteidigungsmöglichkeit gegen einen Angriff mit chemischen oder biologischen Waffen ist eine hinreichend informierte und offen geschützte Bevölkerung. Will unser Land das Geld ausgeben, das für die Gewährleistung eines solchen Schutzes notwendig ist?

7) Die Argumente gegen die Anwendung von Gasen oder biologischen Waffen in jedem Maße oder unter allen Umständen bedeuten keine falsche Moral.

Die chemischen und biologischen Waffen sind wie die nuklearen als totale Waffe anzusehen, die potentiell die ganze Bevölkerung vernichten können. Der Angriff eines einzigen Bombers mit Nervengas könnte derzeit eine gleiche Zahl von Toten zur Folge haben wie der Atombombenangriff auf Hiroshima und Nagasaki. „Feldversuche mit biologischen Waffen und insbesondere der tatsächliche Ausbruch eines mit biologischen Waffen geführten Krieges würden heutzutage eine Bedrohung der gesamten Menschengattung bedeuten" (M. Mesdon bei der Konferenz über chemische und biologische Waffen im Februar 1968).

Einige Vorschläge für eine Änderung der britischen Politik und für eine Kontrolle der chemischen und biologischen Waffen

1) Neuerliche Bestätigung und Konsolidierung des Genfer Protokolls von 1925. — Schluß mit der falschen Unterscheidung zwischen „tödlichen und nichttödlichen" Gasen. Ein erster Schritt hierzu könnte die Ausarbeitung eines Berichtes seitens des UNO-Generalsekretärs über Gase und die Folgen ihrer Anwendung sein, wie dies von Fred Mulley in Genf vorgeschlagen wurde. — Arbeit im Sinne des Abkommens über die „offene Forschung" auf dem Gebiet der Mikrobiologie, wie es von den Pugwash-Konferenzen ausgearbeitet wurde, das es jedem Lande nahezu unmöglich machen würde, eine biologische Waffe geheim zu erproben.

2) Beendigung des Informationsabkommens hinsichtlich der chemischen und biologischen Waffen mit den USA, Kanada und Australien.

3) Einstellung jeden Exports von chemischen Wirkstoffen.

4) Überstellung von Porton in die Kompetenz des Gesundheitsministeriums und freier Zutritt für die Öffentlichkeit in Porton.

5) Information der Öffentlichkeit über die Fakten der chemischen und biologischen Waffen wie in Schweden, so daß Entscheidungen auf Grund der Kenntnis der Sachlage über eine etwaige Verteidigung und deren Kosten getroffen werden können.

Aus einer Dokumentation des „Internationalen Instituts für den Frieden", Wien, Januar — März 1969; unwesentlich gekürzt.

Erklärung von Dr. Ehrenfried Petras, ehemals Leiter des Labors für Mikrobiologie am Institut für Aerobiologie in Grafschaft/Sauerland, vor der Presse am 6. Dezember 1968 in Berlin (DDR)

Die Enthüllungen des aus der BRD in die DDR übergesiedelten Mikrobiologen Dr. Petras über die unter strenger Geheimhaltung stattfindende Arbeit des Instituts für Aerobiologie in Grafschaft/Sauerland haben im In- und Ausland Aufsehen erregt. Sie laufen darauf hinaus, daß in diesem unter der Patronanz des Bundesverteidigungsministeriums stehenden Institut mit den Geldern des bundesdeutschen Steuerzahlers ohne dessen Wissen biologische und chemische Forschungsarbeiten betrieben werden, die nach Art und Umfang nur dann einen Sinn haben können, wenn ihre Produkte als potentionelle Kampfmittel in einer offenbar für möglich gehaltenen überfallartigen Kriegshandlung gedacht sind. Die wissenschaftliche Akribie, mit der Dr. Petras seine Erfahrungen und Kenntnisse vorgebracht hat, weisen ihn ohne Zweifel als seriösen Fachmann aus. Demgegenüber fällt an den zwei Gegenerklärungen des Bundesministeriums der Verteidigung vom 24. November und 3. Dezember 1968 auf, daß sie merkwürdig knapp gehalten sind — als komme obrigkeitlicher Kurzangebundenheit in unserem Staate von vornherein mehr Gewicht und Glaubwürdigkeit zu als den noch so ausführlichen, noch so detaillierten Warnungen eines Überläufers. Das Bundesministerium der Verteidigung glaubt die Enthüllungen des Dr. Petras vor allem mit dem Hinweis darauf entkräften zu können, daß es an die „noch im Frühjahr dieses Jahres" (also 1968) sowohl von Dr. Petras als auch von allen anderen Beschäftigten des Grafschafter Instituts unterschriebene „Verpflichtung" erinnert, „schon dann Strafantrag zu stellen, wenn er den Verdacht habe, daß Entwicklungen zur Herstellung von Kampfstoffen zur biologischen und chemischen Kriegsführung angestellt würden. Ein solcher Strafantrag ist weder von Dr. Petras noch von irgend einem anderen Angestellten dieses Instituts gestellt worden". Das mag stimmen. Doch ist damit nicht geklärt, aus welchen Gründen solche Strafanträge bisher nicht gestellt worden sind. Wäre es nicht denkbar, daß der Großteil der Beschäftigten des Grafschafter Instituts sich über Sinn und Zweck ihrer Arbeit selbst nicht im klaren ist? Diese Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, seit man weiß, daß den meisten Professoren, Ingenieuren usw., die in den 40er Jahren in den USA an der Kernspaltung arbeiteten, nicht bekannt war, daß sie in Wirklichkeit die Atombombe herstellen halfen. Ferner wies Dr. Petras in diesem Zusammenhang im „Neuen Deutschland" vom 28. Dezember 1968 darauf hin, daß die Kontrollinstanz, an die eine solche Anzeige zu richten wäre, das Bundesverteidigungsministerium selbst sei, „der Brotherr der Grafschafter Anstalt. Wer gegen den Teufel Klage zu führen hat", fährt Dr. Petras fort, „soll also, bitte schön, bei Beelzebub Strafantrag stellen". Wie dem auch sei — man kann die von einem Forscher offenbar aus Gewissensgründen ausgelösten Befürchtungen nicht mit kühlen amtlichen Dementis aus der Welt schaffen. Vor allem aber hat aus Bonn bis heute niemand Stellung genommen zu dem vielleicht entscheidenden Satz des Dr. Petras: „Worin liegt", so fragt er in dem oben erwähnten Zeitungsinterview, „der Verteidigungseffekt einer Substanz, die so giftig ist, daß ein Gramm ausreichte, um eine Million Menschen zu töten? Wer sich damit ‚verteidigen' wollte, würde die eigene Bevölkerung ausrotten." Wir halten die von Dr. Petras in Berlin (DDR) abgegebene Erklärung für so wichtig, daß wir sie im vollen Wortlaut abdrucken. Sie wird ergänzt und in größere Zusammenhänge gestellt durch den auf Seite 424 f abgedruckten Bericht der Bernal-Friedensbibliothek. *D. Red.*

Meine Damen und Herren!

Aus meinem Interview mit dem Deutschen Fernsehfunk ist Ihnen bekannt, daß ich durch meine neunjährige Tätigkeit im Institut für Aerobiologie in Grafschaft/Sauerland umfangreiche Kenntnisse über die Vorbereitung der B- und C-Kriegführung in der westdeutschen Bundesrepublik erhalten habe. Alle einschlägigen Arbeiten auf diesem Gebiet in der westdeutschen Bundesrepublik werden durch das Bundesverteidigungsministerium für militärisch-offensive Zwecke nutzbar gemacht.

Das westdeutsche militärische Forschungspotential auf dem B- und C-Waffen-Sektor umfaßt eine ganze Palette hochpathogener Mikroorganismen und Virusaerosole, der V-Stoffe, G-Gase, Toxine, psychoaktiven Kampfstoffe, Algogene und der phytotoxischen Kampfstoffe.

Im Vordergrund der wissenschaftlichen Bearbeitung dieser Probleme in speziellen Forschungseinrichtungen, in Universitätsinstituten und in Labors der chemischen Industrie Westdeutschlands stehen dabei folgende Fragen:

1) Weitere Erforschung und Neuentwicklung biologischer und chemischer Kampfstoffe und ihrer Einsatzmöglichkeiten als Aerosole;

2) die Erforschung optimaler Nachweis- und Entgiftungsverfahren für diese Giftstoffe, einschließlich der Entwicklung und Produktion von Gegenmitteln;

3) Erforschung von Kombinationsschäden, die durch gleichzeitige Einwirkung verschiedener Arten von ABC-Waffen entstehen;

4) Forschungen über alle Probleme des individuellen und kollektiven Schutzes sowie der medizinischen Versorgung vergifteter und strahlengeschädigter Personen.

Diese Forschungskomplexe bilden innerhalb der Konzeption des westdeutschen Bundesverteidigungsministeriums zur allseitigen Vorbereitung der ABC-Kriegführung eine notwendige Einheit und können daher nicht isoliert voneinander betrachtet werden.

Das gegenwärtige westdeutsche Rüstungsprogramm auf dem B- und C-Waffen-Sektor wird als ein straff organisiertes System der Forschung, Testung und Produktionsvorbereitung unter der Leitung des Bundesverteidigungsministeriums durchgesetzt. In der Abteilung Wehrtechnik des Bundesverteidigungsministeriums liegt die zentrale Leitung der militärischen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf diesem Gebiet. Das betrifft sowohl die Auftragserteilung, die Koordinierung als auch die Finanzierung der Arbeiten. Gleichzeitig übt diese Abteilung einen bestimmenden Einfluß auf die Auswahl der zur Durchführung der geforderten Arbeiten heranzuziehenden hochqualifizierten Wissenschaftler aus.

Zur unmittelbaren Leitung der biologischen und chemischen Kriegsvorbereitungen wurde in jüngster Zeit auf Initiative des Bundesverteidigungsministeriums eine besondere „Studiengruppe ABC" gebildet, die sich aus Vertretern der damit befaßten Referate des Bundesverteidigungsministeriums zusammensetzt.

Eine besondere Rolle als Beratungs- und Koordinierungsorgan des Bonner Bundesverteidigungsministeriums auf dem ABC-Sektor spielt der „Wissenschaftliche Beirat für das Sanitäts- und Gesundheitswesen der Bundeswehr", auch als „Wehrmedizinischer Beirat" bezeichnet.

Neben diesen Gremien verfügt das Bundesverteidigungsministerium auch über eigene Forschungseinrichtungen wie z. B. die ABC-Erprobungsstelle E 53 der Bundeswehr/Munsterlager in der Lüneburger Heide, die ABC-Abwehrschule Sonthofen sowie über das Institut für Aerobiologie in Grafschaft; außerdem schließt es Forschungsverträge mit Einzelpersonen bzw. wissenschaftlichen Arbeitsgruppen direkt oder zum Zwecke der Tarnung über die Fraunhofer-Gesellschaft ab.

Aus den verschiedensten politischen und ökonomischen Erwägungen sowie zu Zwecken der Geheimhaltung und Tarnung hat das westdeutsche Bundesverteidigungsministerium von Anfang an bei der Wiederaufrüstung Wert darauf gelegt, seine militärische Forschung weitgehend in den bestehenden zivilen Forschungseinrichtungen der westdeut-

schen Chemiekonzerne, Universitätsinstitute und anderen Forschungseinrichtungen so durchführen zu lassen, daß deren wahrer Charakter nicht sofort sichtbar wird. Eine der Hauptvoraussetzungen für diese Methode besteht darin, daß es unter den Bedingungen einer modernen Forschung und Industrie — diese sind in Westdeutschland vorhanden — eine weitgehende Überlagerung der Forschungsarbeiten für militärische und zivile Zwecke gibt. Daraus ergeben sich für das westdeutsche Bundesverteidigungsministerium erhebliche Vorteile, wie eine bessere Tarnung der unter ziviler Forschung, Entwicklung und Produktion laufenden Arbeiten für offensive militärische Zwecke, der Einsparung von Zeit, Personal und Geldmitteln. Das westdeutsche Bundesverteidigungsministerium hat sich bereits heute einen dominierenden Einfluß auf das entsprechende westdeutsche Potential der Forschung und Industrie gesichert, so daß es viele Wissenschaftler gibt, die trotz persönlicher Vorbehalte nicht wagen, Forschungsaufträge des Bundesverteidigungsministeriums zurückzuweisen.

*

Im folgenden werde ich Sie mit einigen detaillierten Angaben über das Institut für Aerobiologie in Grafschaft/Sauerland der Fraunhofer-Gesellschaft München bekannt machen.

Die Gründung des Instituts erfolgte 1959 mit dem Ziel, Forschungen des westdeutschen Bundesverteidigungsministeriums zur Vorbereitung der B- und C-Kriegführung durchzuführen. Zunächst war daran gedacht, das Institut für Aerobiologie dem westdeutschen Bundesverteidigungsministerium unmittelbar als Bundesanstalt zu unterstellen. Von diesem Gedanken wurde sehr bald Abstand genommen, und statt dessen wurde das Institut zum Zwecke der Tarnung der militärischen Forschung formal der Fraunhofer-Gesellschaft unterstellt.

Die Aufgabenstellung des Instituts war also von Anfang an auf wehrtechnische Objekte offensiven Charakters festgelegt. Im Frühjahr 1961 übernahm das Bundesministerium für Verteidigung bereits die unmittelbare Anleitung und direkte Aufgabenstellung für das Institut. Das besondere Interesse des Bundesverteidigungsministeriums an dem Institut wird auch dadurch unterstrichen, daß der damalige Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß schon für den 10. Januar 1961 zu einem Besuch angemeldet war.

Die Auftragserteilung durch das Bundesverteidigungsministerium erfolgt über die Abteilung T (Wehrtechnik), Referat T II 2, früher Referat T II 4. Zuständiger Referent des Bundesverteidigungsministeriums war bis zum vorigen Jahr Ministerialrat Dr. Glupe. Seit 1967 untersteht das Grafschafter Institut in wissenschaftlicher Hinsicht unmittelbar den Weisungen des Ministerialrates im Bundesverteidigungsministerium Dr. Strathmann, wobei Dr. Engelhard (Sohn des Göttinger Professors Engelhard) als sein Stellvertreter fungiert.

Entsprechend der Satzung der Fraunhofer-Gesellschaft wurde dem Institutsleiter ein Kuratorium beigeordnet. Dieses Kuratorium hat die Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesverteidigungsministerium die fachliche Aufgabenstellung zu präzisieren. Dem Kuratorium gehören namhafte Wissenschaftler an, die gleichzeitig die Verbindung zu anderen Instituten und Einrichtungen sichern und damit eine Erweiterung des wissenschaftlichen Potentials zur Realisierung der vom Bundesverteidigungsministerium fixierten aggressiven Zielstellung gewährleisten.

Die wichtigsten Vertreter waren bis 1963/64: Prof. Dr. Lendle, Institut für Pharmakologie und Toxikologie der Universität Göttingen; Prof. Dr. Kliewe, damals Leiter des Institus für Hygiene und Mikrobiologie der Universität Mainz; Prof. Dr. Langendorff, Direktor des Radiologischen Instituts der Universität Freiburg.

Das Bundesverteidigungsministerium übte seinen Einfluß über Regierungsrat Dr. Bollinger und die Fraunhofer-Gesellschaft durch ihren Generalsekretär Herrn Epp aus. 1964 wurde auf Weisung des Bundesverteidigungsministeriums ein neues Kuratorium für das Institut berufen, das aus folgenden Professoren besteht: Prof. Dr. Westphal, Direktor des Max-Planck-Instituts für Immunbiologie Freiburg; Prof. Dr. Lüttringhaus, Direktor des

Organisch-chemischen Instituts der Universität Freiburg; Prof. Dr. Kimmig, Direktor der Haut- und Poliklinik der Universität Hamburg.

Die Befugnisse dieses Kuratoriums werden durch das Bundesverteidigungsministerium sanktioniert. Seine Zusammensetzung garantiert ein hohes Niveau der wissenschaftlichen Arbeiten im Rahmen der vom Bundesverteidigungsministerium konzipierten Forschung für die B- und C-Kriegführung.

Diese militärischen Forschungsarbeiten im Grafschafter Institut werden in folgenden drei Abteilungen betrieben: 1) In der Medizinisch-biologischen Abteilung, zu der die Laboratorien B 1—7 sowie die Heiße Zelle gehören; 2) in der Chemischen Abteilung mit den Laboratorien 1—4; 3) in der Physikalischen Abteilung mit dem Labor 1 und 2 sowie mit dem Labor für Teilchenbeschleuniger.

Hinzu kam das Labor für Mikrobiologie, das unter meiner Leitung stand. Als Laborleiter habe ich jahrelang Untersuchungen zu Problemen der biologischen und chemischen Kriegführung durchgeführt. Ich hatte Gelegenheit, das gesamte Programm des Instituts kennen zu lernen. Darüber hinaus ist mir eine große Zahl von Wissenschaftlern bekannt geworden, die sich in der westdeutschen Bundesrepublik gegenwärtig mit Fragen der ABC-Kriegführung beschäftigen, wodurch ich Einblick in den Mechanismus ihrer Zusammenarbeit bekam. Ich muß heute sagen, daß ich von der Vielfältigkeit und der Intensität der Kriegsvorbereitungen auf diesem Gebiet von Jahr zu Jahr mehr beunruhigt worden bin. Als besonders erschreckend erschien mir die Tatsache, daß im Offizierskorps der Bundeswehr offen und mit größter Selbstverständlichkeit von einem neuen Krieg, bei dem auch bakteriologische und chemische Waffen eingesetzt werden sollen, gesprochen wird.

Es ist bedauerlich, daß sich angesichts derartiger Gefahren für die Menschheit wieder einmal eine nicht unerhebliche Zahl deutscher Wissenschaftler von skrupellosen Militärs mißbrauchen läßt — wenn auch vielfach unter schweren Gewissenskonflikten.

Dem Institut gehören zur Zeit etwa 70—80 Mitarbeiter an. Eine erhebliche Erweiterung des Personalbestandes ist vorgesehen. Die Bedingungen für die Einstellung von Mitarbeitern für das Grafschafter Institut weisen allein schon auf die Bedeutung hin, die das Bundesverteidigungsministerium diesem Institut beimißt. Es dürfen nur solche Mitarbeiter eingestellt werden, die dem Bundesverteidigungsministerium genehm sind. Im Frühjahr dieses Jahres wurde neuerdings verlangt, daß Akademiker, die sich um Anstellung im Institut bewerben, zunächst persönlich im Bundesverteidigungsministerium, Abteilung T II 2, vorsprechen müssen. Alle Mitarbeiter des Instituts sind zur Geheimhaltung verpflichtet, wobei das System der Geheimhaltungsstufen und die Bestimmungen der Bundeswehr zur Anwendung kommen.

So wie versucht wird, ein geschlossenes System der persönlichen sowie der inneren und äußeren Absicherung aufrechtzuerhalten, ist die Institutsleitung in Abstimmung mit dem Bundesverteidigungsministerium bemüht, den wahren Charakter der wissenschaftlichen Arbeiten durch die Verwendung von Tarnbezeichnungen, durch die dezentralisierte Bearbeitung von offensiven militärischen Forschungsthemen für den Uneingeweihten undurchschaubar zu machen.

Es wurden z. B. umfangreiche wissenschaftliche Forschungen zu folgenden Problemen durchgeführt:

1) Aerosolforschung. Hierbei wurden Untersuchungen zur Herstellung von Aerosolen mit langfristig wirksamen B- bzw. C-Kampfstoffgehalt angestellt. Diese Untersuchungen erfolgten — soweit sie den B-Sektor betrafen — in dem von mir geleiteten Labor, während die Untersuchungen mit chemischen Substanzen in enger Zusammenarbeit der Abteilungen Chemie und Physik durchgeführt wurden.

Die Herstellung und Untersuchung dieser Kampfmittel erfolgt nur unter dem Aspekt einer vorgesehenen schlagartigen und langfristigen Verseuchung großer Landstriche, die nur im Falle eines Angriffskrieges von Interesse sein kann. Die Ergebnisse dieser Forschungen dienen dem Bundesverteidigungsministerium zu Festlegungen für den Großeinsatz in einem Kriegsfall. Die Einführung in die direkte Anwendungstechnik erfolgt dann

unter anderem in der Erprobungsstelle E 53 in Munsterlager unter der Regie von Oberregierungsrat Dr. Lockau. Auf Grund dieser wissenschaftlichen Ergebnisse, ergänzt durch die Erfahrungen anderer Institute und Industrielabors, ist die moderne chemische Industrie der westdeutschen Bundesrepublik (z. B. die IG Farben Nachfolgeunternehmen Farbenfabriken Bayer AG, BASF und Hoechst) in der Lage, kurzfristig größere Mengen des von der Bundeswehr benötigten Kampfstoffes herzustellen und auszuliefern.

Sowohl in wissenschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht erhielt das Grafschafter Institut Anleitung für die Arbeiten auf dem Gebiet der B- und C-Aerosolforschung u. a. durch den deutsch-amerikanischen Professor Alexander Goetz aus Pasadena (USA), der sich auf Veranlassung des Bundesverteidigungsministeriums in den Jahren 1961 und 1962 zweimal für je sechs Wochen in Grafschaft aufhielt. Prof. Goetz hatte vorher viele Jahre im Auftrage des Pentagon auf dem Gebiet der Aerosolforschung gearbeitet. Die Kopie eines zehn Jahre geheimgehaltenen umfangreichen Berichtes über einen Teil seiner diesbezüglichen Forschungsarbeiten liegt im Grafschafter Institut.

2) Bestimmung von Toxizitätswerten und Vergiftungsbildern nach Injektion und bezeichnenderweise auch nach Inhalation bekannter und neuentwickelter phosphororganischer Verbindungen. Diese Untersuchungen werden von den Abteilungen Medizin-Biologie und Chemie gemeinsam durchgeführt, wobei im Bedarfsfalle Mitarbeiter der Abteilung Physik herangezogen werden. Für diese Arbeit wurde wegen ihrer Gefährlichkeit ein Speziallabor, der sogenannte Bunker, gebaut. In diesem Speziallabor wird durch die Erzeugung von Gasdruckdifferenzen eine gewisse Sicherheit für das mit den hochtoxischen Substanzen arbeitende Bedienungspersonal gewährleistet. Bei diesem Labor handelt es sich praktisch um eine kleine Gaskammer, die nur den Abteilungsleitern und dem Leiter des Instituts zur Untersuchung zur Verfügung steht. Diese Forschungen schließen sich logisch an die unter 1) genannten Probleme an und sind dementsprechend zu bewerten.

3) Bestimmung des Permeationsvermögens von neuentwickelten phosphororganischen Verbindungen wie auch von VX-Substanzen, speziell im Tierversuch und bei Versuchen mit menschlicher Haut. In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß VX-Stoffe wegen ihrer hohen Toxizität aus keinem anderen Grund als dem eines militärischen Einsatzes getestet und für die Produktion vorbereitet werden.

4) Arbeiten zur Theorie der synthetischen Ultragifte und technische Vorbereitungen für den Umgang mit Ultragiften.

5) Bearbeitung von Problemen der Anwendungstechnik von Aerosolen phosphororganischer Kampfstoffe bei Erprobung im Tierversuch. Diese Forschungen werden durchgeführt, um Erkenntnisse für den militärischen Einsatz phosphororganischer Kampfstoffe abzuleiten.

6) Vorbereitung von Experimenten mit hochpathogenen Mikroorganismen- und Virusstämmen sowie mit bakteriellen Toxinen, insbesondere mit Botulinus-Toxin, dem wirksamsten aller bekannten Gifte. Mein ehemaliger Mitarbeiter Dr. Salomon und ich hatten unter strenger Klausur eine Studie für das Bonner Bundesverteidigungsministerium anzufertigen, in der herausgearbeitet werden sollte, auf welche Weise kurzfristig militärische Objekte mittels biologischer Waffen lahmgelegt werden könnnen. Bei dieser Arbeit wurde unterschieden zwischen Krankheitserregern unterschiedlicher Pathogenität und Inkubationszeit sowie zwischen den diversen Möglichkeiten ihrer Anwendung. Um unsere moralischen Bedenken, die bei der Auftragserteilung bestanden, zu zerstreuen, wurde diese Studie durch die Institutsleitung als Abwehrarbeit zum Schutze der Bundeswehr deklariert. Diese Studie ist heute noch „streng geheim". Alle bei ihrer Anfertigung vorhandenen Materialien, selbst Schmierzettel, mußten jedesmal beim Verlassen des Arbeitsraumes beim Sicherheitsbeauftragten des Instituts abgegeben werden. Die fertiggestellte Arbeit wurde uns dann endgültig aus den Händen genommen.

Auf Grund dieser Studie hatte ich später ein Programm für den Aufbau einer umfangreichen Sammlung hochpathogener Mikroorganismen-Stämme zu erarbeiten. Außerdem sollte im Grafschafter Institut eine Salmonella-Zentrale für den gesamten NATO-Bereich Europa-Mitte installiert werden, d. h. für experimentelle Zwecke eine Sammlung von Hunderten von Typhus-, Paratyphus- und Enteritis-Erregern.

Obgleich ich kein Mediziner, sondern naturwissenschaftlicher Mikrobiologe bin, wurde mir eine Sondergenehmigung für den Umgang mit solchen hochpathogenen Mikroorganismen-Stämmen erteilt.

Zur Realisierung waren auch entsprechende Sicherheitsvorkehrungen, z. B. die Impfung der Mitarbeiter meines Labors, vorbereitet bzw. durchgeführt worden. Die ersten hochpathogenen Stämme waren in meinem Labor bereits eingetroffen. Wegen der Brisanz dieses Projektes übernahm dann allerdings die Bundeswehr selbst die Weiterbearbeitung.

*

Soweit einige Forschungsthemen aus der Arbeit des Instituts. Für besonders wichtige und lohnend erscheinende Projekte war und ist vorgesehen, bestimmte Versuchsresultate unter den Schutz von Geheimpatenten zu stellen. Zu diesem Zwecke verfügt die Fraunhofer-Gesellschaft in München über eine spezielle Patentstelle. Beispielsweise war für ein von mir bearbeitetes Projekt die Erteilung eines Geheimpatentes auf die Namen Bisa, Zoch und Petras beantragt worden.

Ich möchte nun noch einige Titel von Forschungsberichten nennen, die in den vergangenen Jahren in Grafschaft für das Bundesverteidigungsministerium angefertigt worden sind.

1) Die inhalative Schädigung durch Phosphorsäureester-Aerosole. Durch diese Arbeiten wurden erstmalig einsatzfähige Methoden zur Erzeugung von hochtoxischen Phosphorsäureester-Aerosolen entwickelt und deren effektive Wirksamkeit im Tierversuch an Affen und Ratten studiert;

2) Versuche mit Phosphorsäureester TP 59 und die Wirkung von Antidoten an Ratten sowie die Prüfung und Untersuchung von O-Secundärbutyl-Methylfluorphosphorsäureester. Diese Arbeiten beinhalteten die allseitige Testung neu entwickelter und bisher unbekannter organischer Phosphorverbindungen unter dem Gesichtspunkt einer militärischen Nutzbarkeit und Einsatzfähigkeit. Bei TP 59 handelt es sich um eine hochtoxische Verbindung, die strukturmäßig zwischen den chemischen Kampfstoffen Sarin und Soman steht;

3) histo-pathologische Untersuchungen an TP 60-geschädigten Ratten. Unter der Tarnbezeichnung TP 60 erfolgte hier die allseitige Testung des chemischen Kampfstoffes Soman zur Ermittlung der Wirkungsweise und Wirkungsbreite unter dem Gesichtspunkt eines Einsatzes;

4) Qualitative und quantitative Erfassung der biologischen Wirkung schneller Neutronen als Grundlage für Untersuchungen über Kombinationsschäden. Durch diese Arbeiten wurden Methoden entwickelt und studiert, die gleichzeitig Kernstrahlung und chemische Kampfstoffe in Kombination zur Anwendung bringen, um die Effektivität beim militärischen Einsatz zu erhöhen.

Am 27. März dieses Jahres fand im Institut für Aerobiologie ein Colloquium statt, an dem namhafte Wissenschaftler aus einer ganzen Reihe westdeutscher Universitäten und Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums sowie Offiziere der Bundeswehr teilnahmen. Hierbei berichteten die im Institut tätigen Akademiker über die Ergebnisse ihrer Untersuchungen. Zwei Vortragsthemen, die besonders bezeichnend sind, will ich hier nur nennen: „Die Soman-Intoxikation" und „Mechanismen von Hemmung und Reaktivierung an Esterasen".

Einige Bemerkungen zur Tätigkeit der Physikalischen Abteilung: Diese Abteilung ist neben ihrer spezifischen Arbeit auf dem Gebiet der atomaren Kriegführung in die Gesamtarbeitskonzeption des Instituts für die B- und C-Kriegsvorbereitung einbezogen. Seit Anfang 1968 beschäftigt sich diese Abteilung im besonderen Maße mit der Problematik der Kombinationsschäden.

Weitere Details zu den Arbeiten des Grafschafter Instituts sollen hier nicht angeführt werden. Sie sind übrigens in den Jahresberichten des Instituts enthalten, die regelmäßig dem Bundesverteidigungsministerium zugestellt worden sind. Darüber könnten zu einem späteren Zeitpunkt weitere Ausführungen gemacht werden.

Aus dem von mir auszugsweise charakterisierten umfangreichen Programm der wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts ist ersichtlich, daß sie nur in enger Zusammenarbeit mit anderen Forschungsinstitutionen der westdeutschen Bundesrepublik schnell und exakt gelöst werden können. Deshalb unterhält das Grafschafter Institut solche Verbindungen zu anderen Forschungseinrichtungen, mit denen entweder direkt zusammengearbeitet wird oder die im Auftrage des Bundesverteidigungsministeriums Probleme lösen, deren wissenschaftliche Ergebnisse dem Institut zur weiteren Auswertung zur Verfügung gestellt werden.

In einem Protokoll über ein Colloquium, das anläßlich einer Arbeitstagung im Institut am 5. November 1965 stattfand, wird unter anderem die enge Zusammenarbeit zwischen dem Institut, dem Bundesverteidigungsministerium, dem Kuratorium sowie anderen Instituten, so z. B. mit dem Institut für Zellphysiologie von Prof. Leiner (Finthen bei Mainz), bewiesen. In Anwesenheit von Prof. Kimmig, Prof. Lüttringhaus und Prof. Westphal wurde auf diesem Colloquium eine ausführliche Diskussion über Versuche mit chemischen Kampfstoffen und deren Wirkung auf die menschliche Haut geführt.

Eine ganze Reihe weiterer Institute in der westdeutschen Bundesrepublik arbeitet darüber hinaus direkt an Forschungsaufträgen zu den verschiedensten Problemen der B- und C-Kampfstoffe und ihres Einsatzes, die vom Bundesverteidigungsministerium vergeben und finanziert werden, z. B. mit dem Pharmakologischen Institut der Universität Göttingen, dessen Leiter Prof. Erdmann ist. Prof. Erdmann gibt dem Grafschafter Institut nach Abstimmung mit dem Bundesverteidigungsministerium laufend detaillierte Hinweise über künftige Versuchsanordnungen und Fragestellungen, die sich aus seinen eigenen Arbeiten ergeben.

Das Grafschafter Institut unterstützt seinerseits die Forschungstätigkeit von Prof. Erdmann. Durch Dr. Oldiges, den jetzigen wissenschaftlichen Leiter des Instituts für Aerobiologie, wurde z. B. anläßlich einer Arbeitstagung, die am 13. bzw. 14. Januar 1967 stattfand, im Auftrage des Bundesverteidigungsministeriums an Prof. Erdmann 500 mg Soman übergeben. Das Grafschafter Institut verfügt praktisch ständig über Somanbestände, die vom Bundesverteidigungsministerium geliefert werden.

Nach Auflösung des Instituts für Zellphysiologie von Prof. Leiner wurden die dort vorhandenen Kampfstoffvorräte auf Anweisung des Bundesverteidigungsministeriums dem Grafschafter Institut übergeben.

Neben den bereits genannten Beziehungen unterhält das Grafschafter Institut u. a. auch solche zu Universitätsinstituten in Bonn, Münster, Saarbrücken und Kiel.

Vom Bundesverteidigungsministerium werden dem Institut aber nicht nur die Arbeiten zur Verfügung gestellt, die in seinem Auftrage von westdeutschen Instituten durchgeführt wurden, sondern gleichzeitig wissenschaftliche Ergebnisse solcher Arbeiten, die westdeutsche Institute im Auftrage der US-Armee durchführen (z. B. das Institut für Veterinärphysiologie der Goethe-Universität Frankfurt/Main und das Chemische Institut der Universität Bonn).

Neben der engen Zusammenarbeit mit Universitätsinstituten besteht eine solche mit der chemischen Industrie. In einer der ersten Versuchsreihen der chemischen Abteilung des Instituts wurde z. B. das von den Farbenfabriken Bayer AG übernommene Präparat Zephirol auf seine Brauchbarkeit als allgemeines Felddesinfiziens geprüft. Seit einiger Zeit erfolgt die Zusammenarbeit mit den Farbenfabriken Bayer AG zwecks Tarnung über Dr. Clarmann, den Leiter der Entgiftungszentrale der Bundesrepublik in München, Krankenhaus rechts der Isar.

Mit der ABC-Erprobungsstelle E 53 der Bundeswehr, die von großer Bedeutung für die direkte militärische Nutzbarmachung der im Grafschafter Institut geschaffenen wissenschaftlichen Erkenntnisse ist, besteht vor allem seit den letzten zwei Jahren enger Kontakt. Die Mitarbeiter der Erprobungsstelle wie auch die des Grafschafter Instituts pflegen einen engen Erfahrungsaustausch. Das war nicht immer so. Seitdem jedoch die Sicherheitsbestimmungen im Institut erhöht worden sind, stimmte das Bundesverteidigungsministerium dieser engeren Zusammenarbeit zu.

Das Bundesverteidigungsministerium hat vor allem im letzten Jahr eine weitere Forcierung der Entwicklung und Erprobung von biologischen und chemischen Kampfstoffen sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht durch das Grafschafter Institut gefordert und durchgesetzt. So werden jetzt Forschungsarbeiten mit den bereits genannten VX-Stoffen nicht nur gefordert, sondern es wurden auch bereits praktische Versuche auf diesem Gebiet durchgeführt. Das Ergebnis dieser Versuche hat bei vielen Mitarbeitern des Instituts einen Schock ausgelöst. Stellte Soman bisher die oberste Grenze des Forschungsbereiches des Grafschafter Instituts dar, so wurde jetzt gefordert, Soman als unterste Stufe der weiteren Arbeit anzusehen. Damit ist ein qualitativ neues Stadium der Arbeiten erreicht, in dem sich natürlich die Gewissenskonflikte der Institutsangehörigen verstärken. In Kenntnis dieser Tatsache begann das Bundesverteidigungsministerium, noch mehr als bisher direkt auf die personellen Fragen des Instituts Einfluß zu nehmen, um sich von solchen Mitarbeitern zu trennen, die nicht bedenkenlos den geforderten Kurs der weiteren Forcierung der B- und C-Kriegsvorbereitungen nachkommen. Wie skrupellos vom Bundesverteidigungsministerium vorgegangen wird, beweist, daß selbst der langjährige Leiter des Instituts, Dr. Bisa, abgelöst wurde.

*

Ich glaube, die von mir dargestellten Tatsachen über die westdeutschen Vorbereitungen für die B- und C-Kriegführung und die damit verbundenen Praktiken des Bundesverteidigungsministeriums fordern eine Entscheidung eines jeden verantwortungsvollen Wissenschaftlers, der nicht an einem erneuten ungeheuerlichen Verbrechen am deutschen Volk und an der gesamten Menschheit schuldig werden will. Wer Kenntnis von der Ungeheuerlichkeit der in der Bundesrepublik durchgeführten Kriegsvorbereitungen hat, kann sich nicht einfach dadurch distanzieren, daß er lediglich seine Arbeitsstelle verläßt und über seine Erfahrungen und sein Wissen schweigt. Aus diesem Grunde hielt ich es für notwendig, meine Kenntnisse und Ansichten hier und in dieser Form darzulegen.

Autoren dieses Heftes

Bemerkungen

Karl D. Bredthauer, geb. 1943 in Bonn, studiert dort Germanistik und Geschichte; Zeitschriften- und Funkveröffentlichungen

Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln, promovierte über „Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr"; Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn; Zeitschriftenveröffentlichungen

Dr. Erasmus Schöfer, geb. 1931 in Berlin, studierte Sprachwissenschaften und Philosophie in Berlin, Köln und Bonn, promovierte über „Die Sprache Heideggers" (als Buch erschienen), lebt als Schriftsteller in Köln; Zeitschriften- und Funkveröffentlichungen

Dr. Charlotte Maack, geb. 1913 in Berlin, studierte Literatur- und Kunstgeschichte in Berlin, Freiburg, Straßburg und Tübingen; Vorsitzende der Humanistischen Union (HU) in Stuttgart; zahlreiche Zeitschriften- und Funkveröffentlichungen

Gunnar Matthiessen, geb. 1939 in Köln, studiert Germanistik und Philosophie in Köln, war dort Vorsitzender des SDS und später Geschäftsführer der Kampagne für Demokratie und Abrüstung in Nordrhein-Westfalen

Klaus Fritzsche, geb. 1940 in Karl-Marx-Stadt (früher Chemnitz), studiert nach Theologie und Latein Politische Wissenschaften in Marburg

Prof. Dr. Hans Werner Bartsch, D.D., geb. 1915 in Kiel, promovierte 1939 in Heidelberg zum Dr. theol., danach 20 Jahre Pastor in Lauenburg und Hessen, 1959 Habilitation in Frankfurt/Main, jetzt Ordinarius für ev. Theologie an der Abteilung für Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt; neutestamentliche Arbeiten und Herausgabe der Sammlung Kerygma und Mythos, bisher acht Bände und Ergänzungsbände

Dr. Hanns-Jochen Hauß, geboren 1940 in Marxgrün/Ofr., studierte Germanistik und Geschichte in Erlangen und München, promovierte 1956; ehemaliger Bundesvorsitzender des SHB; Zeitschriftenveröffentlichungen

Karl Theodor Schuon, geb. 1940 in Friedrichshafen, studierte Politologie, Germanistik und Philosophie in Tübingen, Berlin und Marburg, Staatsexamen 1968, Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg

Hanne Wiedner, geb. 1938 in Hirschberg/Schlesien, studierte Germanistik, Geschichte, Geographie und wissenschaftliche Politik in München und Marburg, Staatsexamen 1965; Studienassessorin in Gießen

Peter Schütt, geb. 1939 in Niederelbe, studierte Germanistik und Geschichte in Hamburg; nach zweijähriger Assistententätigkeit lebt er jetzt als freier Schriftsteller in Hamburg; politische Lyrik, literatur- und kulturpolitische Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen

Dr. Peter Römer, geb. 1936 in Kassel, studierte Jura und politische Wissenschaften in Berlin, Göttingen und Marburg, promovierte 1964; Wissenschaftlicher Assistent am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Carl Hanser Verlages bei, dessen Beachtung wir unseren Lesern empfehlen; einer Teilauflage ist ein Prospekt von Ingwald Schneider beigefügt

---

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,– jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 33,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,– jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.– jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,– halbjährlich, dkr 66,– jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,– jährlich; nkr 31,– halbjährlich, nkr 62,– jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

PREISLISTE FÜR SONDERDRUCKE AUS DER ZEITSCHRIFT „BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK"

Von allen Beiträgen, die in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlicht worden sind, können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten und 5,5 % MWSt.

Sonderdruck-Seiten	100	250	500	750	1000	2000	3000	Exemplare
4	48,–	55,–	62,–	71,–	77,–	108,–	138,–	DM
8	79,–	89,–	102,–	115,–	124,–	170,–	216,–	DM
12	118,–	124,–	158,–	198,–	214,–	330,–	444,–	DM
16	152,–	168,–	196,–	222,–	250,–	366,–	474,–	DM
20	210,–	222,–	254,–	276,–	318,–	444,–	564,–	DM
24	218,–	234,–	276,–	300,–	324,–	468,–	612,–	DM
28	251,–	267,–	309,–	334,–	357,–	502,–	675,–	DM
32	284,–	300,–	330,–	356,–	398,–	570,–	798,–	DM
36	293,–	312,–	354,–	378,–	404,–	594,–	930,–	DM
40	301,–	324,–	378,–	400,–	410,–	618,–	978,–	DM

Pahl-Rugenstein Verlag · Köln · Barbarossaplatz 2

Autoren dieses Heftes

Bemerkungen

Karl D. Bredthauer, geb. 1943 in Bonn, studiert dort Germanistik und Geschichte; Zeitschriften- und Funkveröffentlichungen

Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln, promovierte über „Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr"; Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn; Zeitschriftenveröffentlichungen

Dr. Erasmus Schöfer, geb. 1931 in Berlin, studierte Sprachwissenschaften und Philosophie in Berlin, Köln und Bonn, promovierte über „Die Sprache Heideggers" (als Buch erschienen), lebt als Schriftsteller in Köln; Zeitschriften- und Funkveröffentlichungen

Dr. Charlotte Maack, geb. 1913 in Berlin, studierte Literatur- und Kunstgeschichte in Berlin, Freiburg, Straßburg und Tübingen; Vorsitzende der Humanistischen Union (HU) in Stuttgart; zahlreiche Zeitschriften- und Funkveröffentlichungen

Gunnar Matthiessen, geb. 1939 in Köln, studiert Germanistik und Philosophie in Köln, war dort Vorsitzender des SDS und später Geschäftsführer der Kampagne für Demokratie und Abrüstung in Nordrhein-Westfalen

Klaus Fritzsche, geb. 1940 in Karl-Marx-Stadt (früher Chemnitz), studiert nach Theologie und Latein Politische Wissenschaften in Marburg

Prof. Dr. Hans Werner Bartsch, D.D., geb. 1915 in Kiel, promovierte 1939 in Heidelberg zum Dr. theol., danach 20 Jahre Pastor in Lauenburg und Hessen, 1959 Habilitation in Frankfurt/Main, jetzt Ordinarius für ev. Theologie an der Abteilung für Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt; neutestamentliche Arbeiten und Herausgabe der Sammlung Kerygma und Mythos, bisher acht Bände und Ergänzungsbände

Dr. Hanns-Jochen Hauß, geboren 1940 in Marxgrün/Ofr., studierte Germanistik und Geschichte in Erlangen und München, promovierte 1956; ehemaliger Bundesvorsitzender des SHB; Zeitschriftenveröffentlichungen

Karl Theodor Schuon, geb. 1940 in Friedrichshafen, studierte Politologie, Germanistik und Philosophie in Tübingen, Berlin und Marburg, Staatsexamen 1968, Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg

Hanne Wiedner, geb. 1938 in Hirschberg/Schlesien, studierte Germanistik, Geschichte, Geographie und wissenschaftliche Politik in München und Marburg, Staatsexamen 1965; Studienassessorin in Gießen

Peter Schütt, geb. 1939 in Niederelbe, studierte Germanistik und Geschichte in Hamburg; nach zweijähriger Assistententätigkeit lebt er jetzt als freier Schriftsteller in Hamburg; politische Lyrik, literatur- und kulturpolitische Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen

Dr. Peter Römer, geb. 1936 in Kassel, studierte Jura und politische Wissenschaften in Berlin, Göttingen und Marburg, promovierte 1964; Wissenschaftlicher Assistent am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Carl Hanser Verlages bei, dessen Beachtung wir unseren Lesern empfehlen; einer Teilauflage ist ein Prospekt von Ingwald Schneider beigefügt

---

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,– jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 33,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,– jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.– jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,– halbjährlich, dkr 66,– jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,– jährlich; nkr 31,– halbjährlich, nkr 62,– jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.